

Landtag von Baden-Württemberg

9. Sitzung 14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. Oktober 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 10:06 Uhr Mittagspause: 12:44 bis 14:15 Uhr Schluss: 18:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/360	2 /
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks	Abg. Karl Klein CDU	34 35 35 35
b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Sicherung der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek – Drucksache 14/343	 4. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/87 	
Abg. Christoph Palm CDU308Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP309Ministerpräsident Günther Oettinger310Abg. Stefan Mappus CDU314	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/119	
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP315Minister Dr. Peter Frankenberg317Abg. Helen Heberer SPD318Minister Dr. Ulrich Goll322	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/346	
Beschluss	 c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Umsetzung der Ganztagsschulkonzeption der Landesregierung – Drucksache 14/121 	
berg – beantragt von der Fraktion der CDU323Abg. Klaus Herrmann CDU323Abg. Dr. Nils Schmid SPD324, 330Abg. Oswald Metzger GRÜNE325, 331Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP326Minister Gerhard Stratthaus327Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP332	d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Durchführung des Ganztagsschulprogramms – Drucksache 14/187	36 37 38
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Änderung des Steuerbe- raterversorgungsgesetzes – Drucksache 14/27	Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP	41

5.	Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Demografischer Wandel – Herausforderung	8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – Schutz von Journalisten und der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht – Drucksache 14/148	63
	an die Landespolitik": Politik für ältere Menschen – Drucksache 14/58	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE	64 65
	Abg. Werner Raab CDU	Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP	
	Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	Beschluss	69
5.	Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Lehrerbedarfsplanung – Drucksache 14/157 351	9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung – Drucksache 14/155	69
	Abg. Christoph Bayer SPD	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE369, 37Abg. Sabine Kurtz CDU37Abg. Christoph Bayer SPD37Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP37Staatssekretär Georg Wacker37	70 70 71 72
	Beschluss	Beschluss	74
7.	Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Tarif -	10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Umsetzung und Fortschreibung des Generalverkehrsplans im Landesstraßenbau – Drucksache 14/156	74
	bindung der Zentren für Psychiatrie erhalten – Drucksache 14/94	Abg. Hans-Martin Haller SPD	79
	Abg. Ursula Haußmann SPD358, 362Abg. Andreas Hoffmann CDU359Abg. Bärbl Mielich GRÜNE360	Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE	77 78
	Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP360Ministerin Dr. Monika Stolz361	Beschluss	82
	Beschluss	Nächste Sitzung	82

Protokoll

über die 9. Sitzung vom 11. Oktober 2006

Beginn: 10:06 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Dienstlich verhindert sind die Herren Abg. Blenke, Mack, Dr. Palmer, Rivoir und Theurer.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Schneider erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Sitzmann sowie die Herren Abg. Buschle und Kretschmann.

Entschuldigt aus dienstlichen Gründen ist Herr Minister Stächele.

Meine Damen und Herren, nach § 44 Abs. 2 in Verbindung mit § 34 Abs. 4 Nr. 2 des Landesmediengesetzes dürfen die Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) nicht gleichzeitig dem Organ einer öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalt angehören.

Herr Abg. Pfisterer, der am 26. Juli 2006 als Vertreter des Landtags in den Medienrat der LfK gewählt wurde, hat deshalb sein Mandat als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats des SWR am 25. Juli 2006 niedergelegt.

Für den Rest der fünfjährigen Amtszeit im Verwaltungsrat des SWR, die am 24. Januar 2008 geendet hätte, ist gemäß § 22 Abs. 3 des SWR-Staatsvertrags ein Nachfolger zu bestimmen. Das Vorschlagsrecht hierfür steht der Fraktion der CDU zu, die als Nachfolger für den Rest der Amtszeit Herrn Abg. Dr. Stefan Scheffold benannt hat.

Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt auf Ihren Tischen. Darf ich davon ausgehen, dass Sie diesem Wahlvorschlag zustimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vervielfältigt vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

7

Im Eingang befinden sich:

 Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. August 2006 – Beratende Äußerung zur Struktur der Sportselbstverwaltung in Baden-Württemberg – Drucksache 14/243

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und federführend an den Finanzausschuss

Mitteilung der Landesregierung vom 10. August 2006 – Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2006 – Drucksache 14/258

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

 Mitteilung der Landesregierung vom 12. September 2006 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2005/ 2006 – Drucksache 14/315

Überweisung an den Europaausschuss mit der Ermächtigung, den anderen davon berührten Fachausschüssen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben

4. Mitteilung der Landesregierung vom 25. September 2006 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2006 (Januar – Juni) – Drucksache 14/336

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

 Antrag des Rechnungshofs vom 25. September 2006 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2004 durch den Landtag – Drucksache 14/64

Überweisung an den Finanzausschuss

 Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 – Beratende Äußerung zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg – Drucksache 14/392

Überweisung an den Ständigen Ausschuss und federführend an den Finanzausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Die "unvollendete Revolution" in Baden – Hintergründe des geplanten Verkaufs von Kulturgütern des Landes – Drucksache 14/341
- b) Antrag der Fraktion GRÜNE Sicherung der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek – Drucksache 14/343

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu den Buchstaben

(Präsident Peter Straub)

a und b je fünf Minuten, in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung des Antrags Drucksache 14/341 erteile ich Frau Abg. Vogt das Wort.

Abg. Ute Vogt SPD: Guten Morgen!

(Zurufe von der CDU: Guten Morgen!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, in Artikel 3 c Abs. 2 unserer Landesverfassung heißt es:

Die Landschaft sowie die Denkmale der Kunst, der Geschichte und der Natur genießen öffentlichen Schutz und die Pflege des Staates und der Gemeinden.

Diese Landesverfassung, Herr Ministerpräsident, der Sie und die Landesregierung verpflichtet sind, haben Sie mit dem geplanten Verkauf von Handschriften und anderen Kunstgegenständen aus dem Erbe des Landes mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Statt dieses verfassungsrechtliche Staatsziel zu achten, haben Sie die Interessen des Adels über das kulturelle Erbe des Landes gestellt.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Sie waren offensichtlich geblendet von einem "Schnäppchen". Da kommt jemand zu Ihnen und sagt "Wir brauchen 300 Millionen €", dann reden Sie eine Weile, und dann heißt es: "Wir brauchen nur noch 70 Millionen €", und am Ende heißt es: "Wir brauchen nur noch 30 Millionen €", und Sie glauben noch, damit ein gutes Geschäft gemacht zu haben. So kann man nicht mit dem Erbe des Landes und mit unseren Kulturgütern umgehen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie bringen viel durcheinander!)

Sie haben zusammen mit Ihrer Landesregierung unser Land blamiert, und das weltweit, international – eine peinliche Angelegenheit!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben ohne Not in vorauseilendem Gehorsam

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Überhaupt nicht!)

die Rechtsposition des Landes geräumt. Hätten Sie einmal den Professor aus Heidelberg gefragt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

In diesem Fall geht es nämlich gerade nicht um Zivilrecht. Es geht in diesem Fall um Verfassungsrecht und auch um Verfassungsgeschichte. Demnach kommt Herr Professor Mußgnug zu dem richtigen Schluss, dass die Sammlungen der Landesbibliothek, der Kunsthalle in Karlsruhe und anderer Museen des Landes mit der Abdankung des Großherzogs automatisch auf die Republik Baden und von ihr 1952 auf das Land Baden-Württemberg übergegangen sind.

(Zuruf von der CDU: Wenn es so einfach wäre!)

Daher gibt es, so der Rechtsprofessor, keinen Grund, sich mit dem Markgrafen über das Eigentum zu vergleichen, zumindest nicht vorauseilend praktisch schon alles darzubieten. Sie haben einen großen Fehler gemacht. Wir fordern Sie auf, diese Vereinbarungen nicht weiterzutreiben, auch wenn Sie sie jetzt schon ein Stück zurückgenommen haben, sondern vor dem demokratisch legitimierten Gremium dieses Landes erst einmal die Fakten auf den Tisch zu legen, damit wir danach in aller Ruhe schauen können, wie wir das Ziel, dem Schloss Salem zu helfen, gemeinsam erreichen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Denn, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind ja interessiert daran, dass ein Kulturgut wie das Schloss Salem, die dazugehörige Kirche und die dazugehörigen umliegenden Gebäude als ein Kulturschatz unseres Landes erhalten werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha! Also doch!)

Aber schauen Sie einmal, wie wir in den Gemeinden und gerade auch beim Land umgehen mit jedem Kulturverein, der auch nur einen kleinen Zuschuss möchte zu irgendeinem Projekt, das er plant. Von jedem wird, bevor es eine Zusage gibt – auch wenn es nur um 500 oder 1 000 € geht – verlangt, dass er einen Finanzierungsplan offenlegt, damit im Detail klar ist, was an Geldern erwartet wird, und nicht, dass einfach pauschal gesagt wird: "Wir fordern etwas, handeln ein bisschen herunter, und dann macht die Landesregierung großzügige Zusagen, weil sie gegenüber dem Adel nicht Nein sagen kann." So geht es nicht, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Falsch!)

Als Sie vor Kurzem gesagt haben, Sie könnten sich vorstellen, unter einem König zu regieren,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

da haben wir alle noch ein bisschen geschmunzelt, weil wir dachten: "Na ja, da hat er wieder etwas für die Schlagzeilen."

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Günther der Erste!)

Aber, Herr Ministerpräsident, uns ist zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern das Lachen da wirklich vergangen. Denn die Oberflächlichkeit im Umgang mit Ihrer Regierungsverantwortung hätte das Land beinahe einen sehr teuren Preis gekostet, wenn es nicht so viele Bürgerinnen und Bürger und aktive Kulturschaffende gegeben hätte, denen wir herzlich dafür zu danken haben, dass sie sich nicht gefallen lassen haben, was Sie planten, sodass wir jetzt we-

(Ute Vogt)

nigstens einen Rückschritt erleben und eine vernünftige Möglichkeit finden können, gemeinsam alle Kulturgüter des Landes zu schützen und nicht dem Ausverkauf preiszugeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte Sie auffordern: Lassen Sie uns das Ganze positiv wenden! Lassen Sie uns heute als Parlament selbstbewusst in namentlicher Abstimmung beschließen, dass die Vereinbarungen sofort gestoppt und keine weiteren Verhandlungen geführt werden, dass zuerst informiert wird. Und lassen Sie uns das Interesse der Bevölkerung stärken, indem wir die Kunstgegenstände, um die es geht und über die viele diskutiert haben, in der Stadthalle zu Karlsruhe in einer großen Ausstellung zeigen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch sehen, was man hier verhökern wollte.

Das wird insgesamt der kulturellen Bewusstseinsbildung im Lande mit Sicherheit weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem Positiven beginnen. Es ist positiv, dass in diesem Land wieder über den Sinn und die Bedeutung von Kultur öffentlich diskutiert wird. Das kann in dieser ökonomisierten Welt, in der wir leben, niemals schaden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das, Kollege Birk, ist der einzige positive Aspekt.

(Lachen bei der CDU)

Das dilettantische Verhalten der Landesregierung – anders kann man es gar nicht bezeichnen; das ist noch freundlich umschrieben – hat dem Land einen immensen Imageschaden gebracht, und zwar nicht nur in Baden und in Württemberg, sondern rund um den Globus. In Broschüren rufen Sie von der Landesregierung das Kulturland Baden-Württemberg aus, aber in Ihrem Verhalten offenbaren Sie ein gestörtes Verhältnis zu diesem Kulturerbe. Wenn ich heute in Zeitungen lese, dass der Justizminister dieses Landes die Handschriftensammlung in der Badischen Landesbibliothek als altes Papier, das im Keller liegt, bezeichnet,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Oh! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jesses! – Unruhe bei der SPD)

halte ich das für verheerend. Sie können alle Ihre Broschüren zum Kulturland Baden-Württemberg einstampfen, wenn das die Haltung des Landeskabinetts ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte mit Ihnen keine juristische Diskussion führen, obwohl ich, wie die Kollegin Vogt, die Meinung von Herrn Professor Mußgnug und vielen anderen teile. Für Ihr Gutachten gilt wohl auch der alte Spruch: Traue nur einem Gutachten, das du selbst in Auftrag gegeben hast!

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das gilt für euch genauso!)

Wenn Ihr Gutachten so überzeugend wäre, Kollege Mappus, hätten Sie es schon längst dem Landtag zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Da wir aber ein politisches Gremium sind, ist es unsere Aufgabe – selbst wenn sich der Ministerpräsident dankenswerterweise auf dem Rückzug befindet –, darüber zu diskutieren: Wie kam es eigentlich zu diesem verheerenden Fehlverhalten? Wie kam es, dass Sie, Herr Ministerpräsident, Ihren eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden? Sie wollten sich im Unterschied zu Ihrem Vorgänger profilieren, indem Sie gesagt haben: Bei mir wird immer im Diskurs geredet und gehandelt.

Wo haben Sie mit den Fachleuten geredet? Haben Sie mit Herrn Ehrle und mit Ihrer Verwaltung geredet? Auch er gehört zu Ihrer Verwaltung und versteht von diesem Thema etwas. Wenn ich sehe, was dabei herausgekommen ist, muss ich feststellen: Sie haben mit dem Haus Baden diskutiert, und Sie haben mit Bürokraten und Technokraten gesprochen, aber nicht mit den Fachleuten und nicht mit denen, die in diesem Land ein Herz für Kultur haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb wollen wir mit Ihnen, ganz speziell mit dieser Seite, diskutieren: Ist es redlich und legitim, Kulturdenkmäler gegen Kunstgegenstände auszuspielen? Wir wollen über die Bedeutung der Kunst in diesem Land diskutieren. Zunächst gilt es einmal festzuhalten – dieser Vorwurf schimmert immer durch –: Wir verweigern uns keiner Diskussion über die Sanierung von Salem. Aber – Kollegin Vogt hat zu Recht darauf hingewiesen – wir brauchen Fakten, wir brauchen Zahlen: Wie sieht der tatsächliche Sanierungsbedarf aus? Wie viel wird davon ohnehin über den Denkmalschutz von der öffentlichen Hand übernommen? Wir wollen, dass der Herr Finanzminister – Sie sind Mitglied einer demokratischen Regierung und nicht der Vertreter eines Fürstenhauses – hier und heute die Fakten auf den Tisch legt, spätestens aber in der nächsten Woche im Finanzausschuss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihrem Hause liegen die Zahlen doch vor. Warum bekommen wir sie nicht? Wir sollen hier entscheiden. Wir haben keine Gutachten, keine Zahlen. Aber wir sollen dieses absurde Konstrukt noch mittragen. Sie erwecken den Eindruck, dass es gar nicht um die Sanierung des Schlosses Salem geht, sondern um die Sanierung der maroden Finanzen des Hauses Baden. Wir sind nicht bereit, das mitzumachen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Solange Sie diese Fakten nicht liefern, können wir niemals zustimmen.

Der Ministerpräsident sagt zu Recht: "Wir wollen den Haushalt sanieren." Dem stimmen wir zu. Damit rennt er bei uns offene Türen ein. Nur, Herr Kollege Mappus, gerade vor diesem Hintergrund müssen wir uns die Frage stellen, ob

(Jürgen Walter)

das Haus Baden letztendlich für das Land Baden-Württemberg ein Fass ohne Boden ist und ob wir es uns einfach noch leisten können, solche Konstrukte, solche Vorhaben in die Tat umzusetzen, wie Sie es ursprünglich geplant haben.

In der zweiten Runde werde ich mich mit Ihnen gern noch darüber unterhalten, wie es mit der Kultur- und Kunstpolitik in diesem Land eigentlich weitergeht und was die Ursachen dafür sind, dass wir überhaupt in dieses Dilemma geraten sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg.

Abg. Christoph Palm CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Nachfahre jenes Johann Philipp Palm, der vor genau 200 Jahren auf Geheiß Napoleons erschossen wurde, weil er sich gegen die deutschen Fürsten wandte, stehe ich wohl kaum im Verdacht, ein Fürstendiener zu sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Für die CDU-Fraktion geht es in Sachen badische Kunstschätze auch nicht darum, dem Markgrafenhaus etwaige finanzielle Vorteile zu verschaffen. Was wir wollen – und darin unterstützen wir die Landesregierung voll und ganz –, ist die endgültige Regelung eines seit nahezu 90 Jahren ungeklärten Schwebezustands.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Denn seit dem Ende des Ersten Weltkriegs, meine Damen und Herren, tickt, was die Eigentumsverhältnisse der badischen Kunstsammlung insgesamt angeht, eine Zeitbombe.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Diesen Sprengsatz zu entschärfen ist allerhöchstes Ziel, und ich möchte mich unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger anschließen und ihm meine große Anerkennung dafür zollen, dass er dieses heiße Eisen angepackt hat,

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen)

dass er persönlich die Initiative ergriffen hat und zu einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung kommen will.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er hat vergessen, die Zange zu nehmen, und hat sich die Finger verbrannt!)

Dass dies angesichts der äußerst kniffligen Rechtslage – Herr Walter, es ist nicht alles so einfach, wie Sie es sich vorstellen –

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

nicht in einem Streitverfahren, sondern auf dem Verhandlungswege erreicht werden soll, findet die volle Zustimmung der CDU-Fraktion. In der Natur eines Vergleichs liegt natürlich auch, dass man aufeinander zugeht und es nicht einen eindeutigen Sieger und nicht einen eindeutigen Verlierer gibt.

Ich lege aber auch Wert darauf, dass wir drei Ziele verfolgen, bei denen wir uns im Einklang mit der Landesregierung sehen: Erstens wollen wir die bestehende Rechtsunsicherheit dauerhaft beenden, zweitens wollen wir die bedeutenden Kunstgegenstände für die Sammlungen erhalten

(Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

bei diesem Punkt wäre es besonders gut, wenn Sie zuhören würden –, und drittens wollen wir das Schloss Salem als Kulturgut ersten Ranges langfristig sichern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Palm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Vogt?

Abg. Christoph Palm CDU: Gern.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Frau Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Vielen Dank. – Herr Kollege, mich würde Ihre Auffassung zum Prozessrisiko interessieren. Denn im Moment befinden sich die fraglichen Gegenstände ja im Besitz des Landes und unserer Meinung nach auch im Eigentum des Landes,

(Unruhe bei der CDU)

und die Frage ist: Wer trägt das Prozessrisiko, wenn das Haus Baden möchte, dass diese Gegenstände herausgegeben werden? Sind Sie nicht mit mir der Auffassung,

(Zuruf von der CDU: Nein!)

dass dann sowohl die Kosten dieser Klageerhebung als auch die Dauer des Prozesses vor allem zulasten des Hauses Baden gingen und somit das Hauptprozessrisiko dort läge und mitnichten bei der Landesregierung und dem Land Baden-Württemberg?

(Beifall bei der SPD)

Abg. Christoph Palm CDU: Nein, Frau Abg. Vogt, das sehe ich absolut nicht so. Ein jahrelanger Prozess wäre eindeutig das höhere Risiko für das Land Baden-Württemberg.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Wir sind für eine rasche Lösung der Probleme; denn wenn man verhandelt und dann in einen Prozess geht, dann geschieht dies unter Umständen nicht mit dem Haus Baden, sondern mit den Gläubigern des Hauses Baden.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie doch nicht, dass eine internationale Großbank auf irgendwelche Emotionalitäten Rücksicht nimmt. Die gu-

(Christoph Palm)

cken, was eindeutig im Eigentum des Hauses Baden ist, und werden das dann auch entsprechend verwerten.

(Zurufe der Abg. Dr. Nils Schmid SPD und Jürgen Walter GRÜNE)

Ich meine, dass der Weg des Landes richtig ist und dass zu den Mitteln des Landes Sponsorengelder hinzukommen müssen, so wie es vorgesehen ist. Ich habe in meiner Funktion als kunstpolitischer Sprecher unserer Fraktion auch schon Gespräche mit Mäzenen geführt. Dabei sind positive Signale entstanden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Kulturlage darstellen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Revolution!)

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, Sie verkennen doch, dass es in den letzten Tagen eine Entwicklung gab, die durchaus positiv war. Baden-Württemberg kann sich weiterhin als Kulturland darstellen. Ihre schwachen Argumente zeigen insgesamt eindeutig, wo Sie eigentlich ansetzen, nämlich bei der Überschrift Ihres Antrags: Die "unvollendete Revolution". Sie wollen dort anknüpfen, wo 1926 ein Antrag der kommunistischen Partei endete.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

dem die SPD beigepflichtet hat, nämlich dass eine entschädigungslose Enteignung deutscher Fürsten passieren soll.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum gibt es dann Krisengespräche beim Ministerpräsidenten? – Abg. Ute Vogt SPD: Ihre Vorfahren drehen sich gerade im Grab herum! – Weitere Zurufe)

Das ist so weit links, dass Oskar Lafontaine schon wie ein CSU-Kreisvorsitzender dasteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Heiderose Berroth.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit schadet dem Thema nicht!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgabe des Projekts, über das wir heute diskutieren, ist der Erhalt wertvollen Kulturguts sowohl im Raum Karlsruhe wie auch in Salem. Die SPD geht jetzt auf die Barrikaden. Sie spricht von Revolution.

(Abg. Ute Vogt SPD: Die ist doch schon vorbei!)

Frau Vogt, ich rate Ihnen: Kommen Sie von diesen Barrikaden ganz schnell wieder herunter, und gehen Sie in sich. Ich erinnere mich sehr wohl daran, dass Anfang der Neunzigerjahre,

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

als es um den Ausverkauf des Schlosses Baden-Baden ging, der damalige Wirtschaftsminister Spöri stark involviert war. Er hat es aber leider versäumt, da einen endgültigen Strich zu ziehen. Das ist sehr bedauerlich, sonst hätten wir heute dieses Thema überhaupt nicht am Hals.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Jetzt bietet sich die Gelegenheit zu einer endgültigen Klärung. Nach einem Jahrhundert ist es dafür auch allerhöchste Zeit. Es geht darum, endlich Klarheit zu schaffen; denn es darf in der Tat in Salem – Kollege Walter hat es gesagt – kein Fass ohne Boden geben.

Ich möchte nicht, dass das Haus Baden alle zwei Jahre hier im Landtag mit aufgehaltener Hand auftauchen muss. Vielmehr haben wir jetzt die Chance, etwas zu klären. So wie ich meine Aufgabe als Politikerin sehe, müssen wir das jetzt auch klären.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Im Moment nicht.

Ich möchte aber durchaus meinen Respekt vor dem Haus Baden äußern. Ich persönlich möchte kein Schloss am Hals haben

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ihr Lachen zeigt, dass Sie sich überhaupt nicht darüber im Klaren sind, welche Aufgabe, welche Verantwortung und welche Schwierigkeiten damit heutzutage verbunden sind.

Frau Vogt, aus Ihrer Zwischenfrage von vorhin habe ich entnommen, dass Ihnen offensichtlich der Unterschied zwischen Eigentum und Besitz nicht klar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe)

Das hätte ich von einer Juristin anders erwartet. Die Dinge sind im Besitz des Landes. Aber die Eigentumsfrage ist eben bei einem bestimmten Teil nicht geklärt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Darum streiten wir!)

Frau Vogt, es gibt unterschiedliche Gutachten, die zu ganz unterschiedlichen Aussagen kommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Stimmt!)

Sie haben Professor Mußgnug zitiert. Ich habe die Chance gehabt, mir am Sonntag einen ruhigen Nachmittag zu gönnen und im Programm von SWR 2 das ausführliche Interview mit Professor Mußgnug zu hören. Er plädiert ja für einen Gang vor Gericht. Das verstehe ich: Ein Jurist klärt immer gern vor Gericht. Er hat aber in diesem Beitrag unter anderem auch gesagt, wie es vor Gericht ausgehen kann. Selbstverständlich werde nicht alles beim Land bleiben – so

(Heiderose Berroth)

die Aussage von Herrn Mußgnug. Hören Sie das Interview einmal nach: Es gibt einen Mitschnitt von dieser Sendung. Wenn selbst Professor Mußgnug, der ja eine sehr eindeutige Position hat, eine solche Aussage trifft, dann – so muss ich sagen – muss man auch auf andere hören, die uns zum Vergleich raten, wie kürzlich Professor Würtenberger und wie Jahrzehnte zuvor schon andere Gutachter. Es ist ja nicht das erste Mal, dass zum Vergleich geraten wird.

Das Problem bei der ganzen Sache --

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Joseph?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bitte.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der darf!)

Präsident Peter Straub: Bitte schön.

Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Frau Kollegin, Sie reden immer über diese Gutachten. Sind Ihnen die Inhalte dieser Gutachten bekannt? Mir als frei gewähltem Abgeordneten dieses Landtags sind sie jedenfalls nicht bekannt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Für meine Meinungsbildung reicht mir, was bisher schon in Veröffentlichungen zu lesen war.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das war ein Blattschuss!)

 Lachen Sie ruhig. Diese Aussagen sind in Artikeln getroffen worden, in denen gewaltig über uns hergezogen wurde.
 Wenn diese Gutachten selbst in diesen Artikeln so zitiert werden, dann werden sie so falsch nicht sein.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Frau Vogt kennt offenbar das Gutachten! – Zurufe von der SPD)

Der Grund dafür, dass das Ganze jetzt so hochgekocht ist, besteht darin, dass über halbfertige Dinge geredet worden ist. Das ist immer ein Problem.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Niemand hatte sich bereits konkret ausgedacht, was verkauft werden solle. Das haben ganz andere in den Vordergrund gestellt. Um die Objekte, die da in den Vordergrund gestellt worden sind, wäre es mit Sicherheit nicht gegangen.

Jetzt zu Ihrem Antrag. Sie wollen, dass wir keine Vereinbarung schließen. Meine Fraktion und ich sind anderer Meinung. Wir müssen das Ganze endlich und endgültig klären, weil dies vor Gericht Jahrzehnte dauern würde und dazwischen immer wieder andere Forderungen erhoben würden. Mit diesen will ich den Landeshaushalt nicht belasten.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Schließlich stellt sich ja auch die Frage, wenn verkauft wird – ich gehe davon aus, dass Gegenstände verkauft werden müssen – –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Hört, hört! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Welche?)

Es kommt aber nicht nur darauf an, was verkauft werden soll, sondern vor allem auch darauf, an wen verkauft werden soll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Mir gefällt da insbesondere das Vorhaben, eine oder vielleicht zwei Bürgerstiftungen zu gründen. Es gibt genügend Bürger im Land, die an Kultur interessiert sind und die auch bereit wären, das Ihre dazu zu tun.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Da denke ich nicht nur an die Betuchten, sondern auch an die, die vielleicht nur 50 € geben. Auch Kleinvieh gibt in diesem Fall Mist.

(Abg. Ute Vogt SPD: Die zahlen dann die Schulden des Adels! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich bitte die Landesregierung, sehr bald die Voraussetzungen für die Gründung einer solchen Stiftung zu schaffen, damit alle, die sich engagieren wollen, dies auch können. Ich hoffe, dass dann auch viele Kollegen aus diesem Haus dabei sein werden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Unruhe)

Im Übrigen würde es angesichts ihrer unterschiedlichen Aussagen aus meiner Sicht auch nichts bringen, die Gutachten vorzulegen.

(Zuruf des Abg. Karl-Heinz Joseph SPD)

Ich glaube nicht, dass es in unserem Landtag Kollegen gibt, die sich besser auskennen als erfahrene Leute wie Professor Mußgnug und Professor Würtenberger.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Letzter Satz: Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Aber wir werden weiter daran arbeiten, wertvolles Kulturgut in unserem Land zu erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Peinlich!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Oettinger.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Vor fast 90 Jahren haben wir zeitgeschichtlich den Übergang von der Monarchie zur Demokratie erlebt.

(Zuruf von der SPD: Dank der SPD!)

In Württemberg wurde alles geregelt: jeder Hektar Forst, jedes Gebäude, jedes Schloss, jeder Kunstgegenstand. Man hat damals entschieden, was privat ist und was dem Staat gehört.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Genau dies geschah in Baden nicht. Das werfe ich niemandem vor – nicht dem Haus Baden, nicht dem Freistaat Baden

Aber vor mehr als zwei Jahren kam das Haus Baden auf uns zu und hat geltend gemacht, dass es finanzielle Probleme gebe und das Recht des Eigentums an Kunstobjekten zu klären sei. Die Regierung Erwin Teufel hat dieses Thema damals gründlich geprüft. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wer es anfordert, bekommt es. Dies wissen die Medien. Kollege Walter, wenn Sie es anfordern, bekommen Sie es unverzüglich.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das Gutachten besagt, dass es unstrittig – dies wurde bisher nicht erwähnt – Gegenstände gibt,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

die sich zwar im Besitz des Landes, aber nicht in seinem Eigentum befinden. Das heißt, da gibt es keinen Streit. Das ist nicht zu prüfen, weder irgendwo zwischen Anwälten und Gutachtern noch in der Debatte. Es gibt nennenswerte Kunstgegenstände, die der Öffentlichkeit gezeigt werden, die sich im Besitz des Landes, aber im Eigentum des Hauses Baden befinden.

Ich nenne erstens ein Gemälde von Hans Baldung, genannt Grien: Markgraf Christoph I. von Baden mit seiner Familie. Das ist ein Gemälde im Wert von etwa 8 Millionen €.

Ich nenne zweitens zwei Medaillons von Cranach dem Älteren: Wert etwa 2 Millionen €.

Bezüglich dieser Gegenstände kann es keinen Streit geben. Wer unter Kultur auch Rechtskultur versteht und wer nicht nachträglich eine Revolution vollenden will, muss akzeptieren, dass Eigentum Eigentum bleibt. Das ist ein herausragendes Verfassungsgut. Diese Gegenstände gehören uns nicht. Aber wir haben Interesse daran, sie zu erwerben. Darüber reden wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unstrittig ist zweitens: Im Wert von etwa 4 Millionen € gibt es 35 – ich zitiere – Hinterlegungen allerhöchsten Privateigentums, darunter einen Heilsspiegel "Speculum humanae salvationis", der dem Haus Baden zu eigen ist. Er befindet sich in unserem Besitz. Ihn zu erlangen ist unser Interesse. Über das Eigentum an ihm kann aber überhaupt nicht – weder hier in diesem Hohen Haus noch vor Gericht – gestritten werden. Er ist nicht unser Eigentum. Ihn zu erwerben ist unser Ziel. Darum wollen wir einen Vergleich.

Nun komme ich zum Thema Salem. Ich weiß nicht, ob Sie jemals dort gewesen sind. Die Kunst im Hause hat einen Wert von etwa 9 Millionen €. Das Münster hat eine Innenausstattung im Wert von etwa 3 Millionen €. Es gibt weiteres Vermögen. Alles in allem reden wir – das sagen die Sachverständigen – über Werte von 13 bis 14 Millionen €, die uns nicht gehören. Sie könnten jeden Tag von den Eigentümern veräußert werden. Sie für Baden-Württemberg zu erwerben ist unser Ziel. Darum wollen wir uns vergleichen. Darüber sprechen wir. All dies haben Sie in Ihren beiden Äußerungen bisher völlig verdrängt und negiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: Wir haben ja bisher auch nur die erste Runde gehabt!)

- Kollege Walter, in der zweiten Runde werden Sie meistens nicht besser, als Sie in der ersten waren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU
 Abg. Reinhold Gall SPD: Deshalb reden Sie bloß eine Runde!)

Dann reden wir über Kunstobjekte, bei denen – so die Fachleute – das Eigentum in höchstem Maße zu unseren Lasten umstritten ist. Die sogenannte Türkensammlung ist seit Jahrzehnten ein hohes Gut im Badischen Landesmuseum. Die Fachleute sagen: Sie steht mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in unserem Eigentum. Sie hat einen Wert von ca. 11 Millionen €. Diese Sammlung zu erlangen, zu erwerben und auf Dauer zum Eigentum zu bekommen ist unser Ziel. Deswegen haben wir unsere Überlegungen zu diesem Vergleich angestellt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut! Genau!)

Dasselbe gilt für die kopfsche Kunstsammlung und für die jüncksche Gemäldesammlung, und es gilt auch für Bibliotheksgut in hoher Dimension.

Wenn man alles in allem die Fragen "Was haben wir mit Sicherheit und Wahrscheinlichkeit nicht im Eigentum? Was haben wir zwar in der Ausstellung, was besitzen wir, aber es gehört uns nicht?" objektiv bewertet, kommt man auf Werte von 70 bis 80 Millionen €.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU: Zuhören!)

Darüber hinaus sind Werte in Höhe von 200 Millionen € strittig.

Nun hat ein Streit immer eines an sich: Es besteht nicht unmittelbar Einigkeit. Vor Gericht zu gehen ist Ihr Vorschlag. Dies haben wir gründlich geprüft. Vor Gericht zu gehen heißt, dass zunächst einmal Vollstreckung, Pfändung, der "Kuckuck", eine Herausgabeklage möglich ist. Dies beträfe erstens das Haus Baden und zweitens Banken aus dem Inland und aus dem Ausland, denen nicht Gemeinnützigkeit, sondern die Durchsetzung ihrer Interessen eine Aufgabe ist.

Davor raten wir letztendlich dringend ab. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kunst in Baden-Württemberg oder dem Land und seinem Ruf ein Rechtsstreit vor Gericht, der "Kuckuck", die Pfändung, eine Herausgabe, Vollstreckung oder Versteigerung dienen würden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deswegen streben wir einen Vergleich an. Wir streben ihn an – unterschrieben haben wir ihn noch nicht, aber ausgehandelt. Wir haben ein Ergebnis, einen Vorschlag – weil dies Aufgabe und Pflicht einer Regierung ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf von der CDU) (Ministerpräsident Günther Oettinger)

Jetzt fragen Sie, warum die Öffentlichkeit nicht früher informiert worden sei. Die Antwort ist klar: Jeder Bürger in diesem Land – ob ohne Adel oder mit Adel – hat es, wenn er Probleme hat, verdient, dass das Land Verschwiegenheit wahrt und mit Rechtsverhältnissen oder Finanzverhältnissen erst dann an die Öffentlichkeit geht, wenn es um eine Entscheidung, eine Zustimmung oder um eine parlamentarische Beratung gehen muss. Dieser Zeitpunkt ist jetzt. Die letzten zwei Jahre waren von gründlicher Rechtsprüfung und Verhandlungen geprägt.

Wenn dieser Vergleich abgelehnt wird,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Dann gibt es vor Gericht einen Vergleich!)

dann geht es vor Gericht. Dann werden wir vor Gericht gezogen, und das Risiko für uns ist sehr hoch, weil – ich wiederhole mich –, wie von Ihnen beiden, Kollegin Vogt und Kollege Walter, bisher völlig negiert und verschwiegen worden ist, diese Werte in Höhe von 70 bis 80 Millionen € unstrittig nicht uns gehören. Wir besitzen sie; das Eigentum liegt beim Hause Baden. Diese Werte zu erwerben ist unser Interesse.

Meine Bitte lautet: Sagen Sie mir im zweiten Durchgang, wie Ihr Rat dazu aussieht, ob Sie lieber die Enteignung vollziehen und Revolution spielen wollen – was Ihre Jugendliebe ist –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Meine Jugendliebe? Also! – Heiterkeit des Abg. Karl Zimmermann CDU)

oder ob Sie mit mir sagen: Zur Rechtskultur gehört auch das Eigentum. Artikel 14 des Grundgesetzes wird in diesem Lande geachtet. Das Eigentum zu erlangen liegt in unserem Kunstinteresse, und deshalb streben wir diesen Vergleich an

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Jetzt kommt ein entscheidender Punkt: CDU und FDP/DVP legen diesem Hause und der Öffentlichkeit am 7. November einen Doppelhaushalt vor, der es in sich haben wird. Wir nehmen die Haushaltssanierung sehr ernst.

(Zuruf von der SPD: Seit wann?)

Wir werden erreichen, dass Baden-Württemberg – neben Bayern und Sachsen; vor 13 anderen Bundesländern und vor dem Bund – mit seinem Staatshaushaltsplan aufzeigen wird, dass die junge Generation bei uns keine Verlierergeneration wird. Wir wollen in diesem Land ohne zusätzliche Schulden auskommen. Deswegen sind Haushaltsmittel zur Problemlösung bei diesem Thema für mich tabu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt: nicht mehr Schulden für die Kunst und nicht mehr Kürzungen im Sozial-, Sport-, Kultur-, Bildungs- und Kirchenbereich. Vielmehr müssen wir das Problem haushaltsneutral lösen. Darin liegt unser Ehrgeiz, und das werden wir erreichen. Ich gehe darauf noch ganz kurz konkret ein. (Abg. Norbert Zeller SPD: Die Mittel der Landesstiftung sind genauso Landesmittel!)

- Kollege Zeller, wir haben dem Aufsichtsrat der Landesstiftung schriftlich einen Vorschlag gemacht. Damit sollen nicht rechtliche Verpflichtungen des Landes gelöst werden. Der Aufsichtsrat berät am nächsten Dienstag darüber, ob er ohne Vermögensaufzehrung aus den Erträgen, die jährlich bereitstehen, in den Haushaltsjahren 2006, 2007 und 2008 jährlich 10 Millionen € zur Finanzierung dieser Aufgabe erbringen will.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das fehlt dann im sozialen Bereich! Das fehlt woanders! – Gegenruf von der CDU: Seid ihr nun dafür oder dagegen?)

Kollege Zeller, da haben Sie recht. Aber irgendwoher – wenn nicht von einem anderen Stern – muss das Geld ja kommen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ja klar! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Da Salem in Ihrem Wahlkreis liegt, gehe ich davon aus, dass auch Ihnen das Kulturgut Salem und die Güter in Baden wichtig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Deswegen streben wir eine Lösung an, die den Haushalt weder indirekt noch direkt tangiert und die auch das Vermögen der Landesstiftung nicht angreift, sondern die aus Erträgen daraus vorrangig vor anderen Zwecken die Finanzierung des Ankaufs von wichtigen, uns nicht zustehenden Gegenständen, die wir aber in Eigentum bekommen wollen, zum Gegenstand hat.

Hinzu kommt ein Weiteres – dies sage ich selbstkritisch –: Aus den Gesprächen der letzten zwei Wochen habe ich eine Erfahrung mitgenommen: Direktoren staatlicher Museen, Direktoren und Vertreter der Kunst sagen generell: "Verkauft nichts, was ihr habt – lieber erwerben wir weniger in absehbarer Zeit –, sondern bewahrt, was in Besitz und Eigentum ist." Deswegen werden wir die Ankaufmittel der nächsten Jahre für unsere staatlichen Museen und unsere Landesbibliotheken nutzen und sagen: "Was ihr besitzt, können wir erwerben. Eigentum daran streben wir an." Dann steht manches, was ansonsten in den nächsten drei bis fünf Jahren zu erwerben wäre, zurück. Wir werden es möglich machen, dass durch konkrete Nutzung unserer Landesmittel der Besitz zu Eigentum wird und der künftige Erwerb von Kunstgegenständen entsprechend zurückgestellt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für das Thema Denkmäler. Wir streben jetzt an, dass 30 Millionen €, die notwendig sind, damit der Vergleich überhaupt erreicht werden kann, durch Landesstiftungsmittel, durch Haushaltsumschichtung, durch Sponsoren aus der Bürgerschaft und der Wirtschaft und durch eine Entwicklung, die zu Dauerleihgaben führt, machbar sind. Dafür werden wir ab der nächsten Woche bei allen Bürgern, bei der Wirtschaft, bei jedem, der sich gegenüber dem Lande Baden-Württemberg verpflichtet sieht, werben.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Die Stiftung für Salem streben wir in der zweiten Tranche an. Sie ist wichtig, aber nicht eilbedürftig. Da in der Landesstiftung für Denkmäler im Lande jährlich 1,2, 1,5 oder sogar bis zu 2,5 Millionen € bereitstehen und bereitstanden, werden wir diese vorrangig und vor anderen Anträgen, die wir haben − ich nenne Industriedenkmäler, ich nenne das Augustinermuseum in Freiburg −, einsetzen, damit auch die Sicherung von Salem noch in unserer Generation gelingen kann.

Alles in allem: Wir sind nachdenklich, und wir sind auch lernfähig. Die Beiträge der Kollegin Vogt und des Kollegen Walter haben uns im Grunde genommen wenig Konkretes gebracht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nichts!)

Wir glauben, dass der Vergleich gegenüber einem Gerichtsverfahren der bessere Weg ist. Wir glauben, dass außerhalb eines Gerichtsverfahrens auch ein Vergleichsvorschlag kommt, der bei einem Urteil nicht zu erwarten ist. Wir halten den Vergleichsvorschlag, den wir ausgehandelt haben, im Interesse des Landes Baden-Württemberg für klug und richtig. Darum streiten wir, dafür werben wir. Und wir wollen, dass nichts unnötig verkauft wird. Deswegen werden wir alles tun, dass durch Mittel der Bürgerschaft, Mittel der Wirtschaft, durch kluges Sponsoring das, was uns nicht gehört, erworben und das, was strittig ist, unstrittig gestellt werden kann.

Alles in allem haben wir hier eine Aufgabe, die einmalig ist. Diese Aufgabe haben wir uns nicht gesucht; wir haben sie uns auch nicht vorgestellt. Aber wir gehen sie an. Wir sitzen sie nicht aus. Ich sage dem Hohen Hause hier zu, dass alles in völliger Öffentlichkeit mit Ihnen beraten wird. Zeitdruck haben wir nicht. Auch die Gutachten sind kein Geheimnis, Kollege Walter. Das Gutachten wird Ihnen sogleich von mir vorgelegt werden.

Ich glaube, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen bei diesem Thema auf einem sachlich fundierten, rechtlich geklärten und kunstsinnigen Weg sind.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Ministerpräsident Günther Oettinger überreicht Abg. Jürgen Walter GRÜNE ein Dokument.)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Frau Abg. Vogt, das Wort.

(Zuruf von der CDU: Schon wieder!)

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu den Fakten!)

ich freue mich über Ihre Nachdenklichkeit. Aber man muss schon in sehr vielen Windungen denken, um dazu zu kommen, heute das Ganze hier so darzustellen, als sei es stets nur darum gegangen, dass die Landesregierung wertvolle Kulturgüter ankauft,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sicher!)

und mit keinem Wort zu erwähnen, dass Sie den Ausverkauf dieser Kulturgüter vornean gestellt hatten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich freue mich, wenn die öffentliche Diskussion und die jetzige Debatte dieses Umdenken bewirkt haben, dass es jetzt tatsächlich darum geht, die Kulturgüter zu schützen.

Trotzdem muss ich, was Ihre Interpretation der Rechtsposition angeht, sagen: Es geht uns nicht darum, um alles in der Welt einen Rechtsstreit vom Zaun zu brechen. Wir sind auch der Meinung: Wenn man etwas politisch in Verhandlungen vernünftig lösen kann, ist das immer besser. Nur: So, wie die Landesregierung aufgetreten ist, war aus unserer Sicht doch das Problem, dass Sie Ihre Verhandlungsposition von Anfang an ziemlich schwach dargestellt haben, indem Minister Dr. Frankenberg schon an einem Samstag in den "Badischen Neuesten Nachrichten" mitgeteilt hat, die Rechtsposition des Landes sei ja nun nicht so sicher. Man hat selbst praktisch dazu beigetragen, das Eigentum infrage zu stellen, bevor man die Öffentlichkeit auch über die Gutachten umfassend informieren konnte. Insofern gilt die Kritik schon der Art, wie Sie sich aufgestellt haben.

Die Lernfähigkeit mag uns, wenn sie auch spät kam, doch freuen. Sie zeigt, dass das Engagement der Opposition und von Bürgerinnen und Bürgern auch Früchte tragen kann. In diesem Sinne ist das auch ein gutes Zeichen für unsere Demokratie.

(Beifall bei der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr gebt zu, dass ihr es vorher nicht verstanden habt!)

Ich möchte etwas zu Ihrem Dreisäulenmodell sagen. Wir haben in der Sozialdemokratie keine Probleme damit, zu versuchen, mittels einer Stiftung oder auch mit Geldern der Stiftung aus dem Land durchaus auch Kulturgüter für die Zukunft zu erhalten. Ich halte es aber für einen Trugschluss, dass Sie glauben, Sponsoren für bereits ausgegebenes Geld, also Verschuldung, die heute beim Haus Baden besteht, gewinnen zu können. Man kann Sponsoren gewinnen für die Zukunft und für das, was wir künftig gemeinsam sichern wollen. Aber man kann doch nicht im Nachhinein für die Schulden, die andere gemacht haben, mit dem Sammelkässchen bei den Bürgerinnen und Bürgern einsammeln gehen. Das wird nicht funktionieren. Insofern ist das Dreisäulenmodell aus meiner Sicht eine ziemliche Luftnummer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will Ihnen gern den gewünschten Vorschlag machen, wohl wissend, dass wir auch nicht in der Lage sind, all die Gelder aufzubringen, die wir noch zusätzlich bräuchten. Wir brauchen nichts zu verkaufen, aber wir bräuchten zusätzliche Gelder, um das aufzukaufen, was in der Tat unstrittig im Eigentum von Baden ist, beispielsweise die Gemälde von Lukas Cranach und Baldung Grien.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, woher? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, jetzt!)

(Ute Vogt)

Ich wundere mich, warum Sie, wenn Ihnen die Wertschätzung dieser Gemälde so sehr am Herzen liegt, nicht schon längst Ihrer Verantwortung nachgekommen sind und verhindert haben, dass diese Gemälde überhaupt außerhalb des Landes verkauft werden können; Sie hätten diese nämlich schon lange schlicht in das Verzeichnis der national wertvollen Kulturgüter aufnehmen lassen können.

(Ministerpräsident Günther Oettinger: Unger-Soy-ka!)

Das ist ein Verzeichnis, in das alle in privatem Eigentum stehenden Kulturgüter aufgenommen werden können, um zu verhindern, dass sie außer Landes verkauft werden können

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das hätte Ihre Bundesregierung machen können, wenn sie gewollt hätte! – Ministerpräsident Günther Oettinger: Unger-Soyka!)

Sie sind dann zwar nicht in unserem Eigentum, aber sie bleiben dann zumindest im Land. Ich meine, Sie brauchen sich nach einer so langen Regierungszeit der CDU mit Sicherheit nicht auf Ministerinnen aus der großen Koalition zu berufen, sondern es geht schon darum, wie Sie aktuell das Problem lösen wollten.

(Abg. Christa Vossschulte CDU: Es geht um Zuständigkeiten!)

Ein Lösungsvorschlag wäre: Eintragung dieser in Privatbesitz befindlichen Güter in diese Liste. Das würde zumindest die Güter bei uns im Land halten und wäre ein wesentlicher Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir sind bei der Runde der Fraktionsvorsitzenden. Frau Bauer könnte jetzt das Wort bekommen. Nachdem sie es nicht wünscht, erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Mappus, das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es gleichfalls, Herr Kollege, für wichtig und für richtig, dass wir uns in diesem Rahmen über wichtige Kulturgüter dieses Landes unterhalten. Aber ich halte es auch für wichtig, dass wir dies in aller Sachlichkeit tun.

Frau Vogt, ich habe in jüngster Vergangenheit in den Medien gelesen, Sie würden in diesem Parlament vermeintlich immer besonders aggressiv behandelt, was ich nicht so sehe.

(Abg. Ute Vogt SPD: Glaube ich nicht!)

Aber was Sie in den letzten Tagen an Aggressivität, an Niveaulosigkeit gezeigt haben, das hat diese Diskussion mit Sicherheit nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Kommen Sie zur Sache, Herr Mappus! – Weitere Zurufe von der SPD) Zwei Beispiele: Professor Paul Kirchhof

(Lachen bei der SPD)

ist unbestritten einer der fähigsten – dass Sie da lachen, ist bezeichnend –, der anerkanntesten und der besten Verfassungsrechtler, die es in Deutschland und in Europa gibt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Der hat schon viele Prozesse verloren!)

Dass der heutige Gasverkäufer Schröder ihn im Wahlkampf ständig diskreditiert hat, ist schon schlimm genug.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Haben Sie nicht gerade etwas von Sachlichkeit gesagt?)

Aber dass die Fraktionsvorsitzende der SPD ihn in exakt dem Land, in dem er lehrt, ständig diskreditiert, ist zunehmend unerträglich – um es in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜ-NE: Sie hat doch gar nicht von Kirchhof geredet!)

Jetzt zum Haus Baden. Wer von Kultur und wer von Geschichte redet – und Geschichte ist wohl mit der Kultur dieses Landes untrennbar verbunden –,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gute Erkenntnis!)

der kann über einen wesentlichen Bestandteil der Geschichte dieses Landes, über das Haus Baden, nicht so herziehen, wie Sie es getan haben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann darf man auch keine Handschriften verkaufen!)

Das Haus Baden, eine Adelsfamilie, hat nicht mehr Rechte als ein Bürger, aber, mit Verlaub, auch nicht weniger Rechte als jeder Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es mehr als legitim, dass dann, wenn sich das Haus Baden an den Ministerpräsidenten dieses Landes mit einem Vorschlag wendet, dieser sauber geprüft wird,

(Abg. Ute Vogt SPD: Das ist der Punkt: sauber geprüft! Das wäre toll!)

dass er sauber abgearbeitet wird, dass die Argumente sauber abgewogen werden und dass man dann aufgrund des Wissens, das man hat, Frau Vogt, sauber entscheidet. So machen wir das.

Sie machen es nicht so.

(Abg. Johannes Stober SPD: Sie sagen uns ja gar nichts! Wie sollen wir da etwas wissen? – Abg. Helen Heberer SPD: Wir fordern es!)

Sie haben in den letzten Tagen argumentativ gesagt: Die Regierung kapituliert vor dem Adel.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

(Stefan Mappus)

Wenn das Ihr Sachbeitrag ist, dann kann ich nur sagen: Wir haben eine andere Vorstellung von Sachargumentation.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Dass die Rechtspositionen strittig sind, können Sie schon daran sehen, Frau Vogt, dass es für uns im Zweifel wesentlich leichter wäre, wenn die Rechtsposition so wäre, wie Sie sie gern hätten. So ist sie aber gerade nicht. Die verschiedenen Rechtsgutachten der letzten Jahre geben gerade das, was Sie behaupten, nicht her,

(Zuruf von der SPD: Dann zeigen Sie sie uns doch!)

sondern zeigen eindeutig – die Gutachten sind zugänglich, wie Sie gerade gesehen haben –, dass die Lage sehr viel schwieriger ist.

Wenn es darum geht – und darin sind wir uns einig –, dass die wesentlichen Kulturgüter nicht außer Landes dürfen,

(Abg. Helen Heberer SPD: Diese Einsicht ist aber neu!)

dann möchte ich schon einmal wissen, wie man es denn machen soll.

Wir sind uns einig: Die Kulturgüter sollen nicht ins Ausland oder sonst wohin. Dann gibt es aber nicht mehr so wahnsinnig viele Möglichkeiten. Aus der Landesstiftung wollen Sie die Mittel nicht. Das hat Herr Zeller freundlicherweise gerade mit dem zarten Hinweis, dass sie dann woanders fehlen würden, bestätigt. Das ist völlig logisch und richtig. Wenn Sie aber keine Stiftungsmittel wollen und einen Verkauf nicht wollen, dann gibt es noch exakt eine einzige Möglichkeit: den Landeshaushalt dieses Bundeslandes. Wenn Sie die Mittel aus dem Landeshaushalt wollen, dann stellen Sie, wenn Sie konsequent sind, in dem Moment, in dem der Doppelhaushalt auf dem Tisch dieses Hauses liegt, Änderungsanträge. Dann sagen Sie uns, ob Sie im Haushalt 70 Millionen € im Bereich der Bildung, im Bereich der Hochschulen, im Bereich des ländlichen Raums, im Bereich der wirtschaftlichen Förderung oder wo auch immer wegnehmen wollen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das sind doch Nebelkerzen!)

Wenn Sie so viel Rückgrat haben, habe ich allergrößten Respekt vor Ihnen. Solange Sie dies nicht haben, Frau Vogt – entgegen Ihrer Ankündigung haben Sie gerade nicht gesagt, woher das Geld kommen soll –, ist die Art und Weise, wie Sie argumentieren, nicht sachgerecht und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zur Festlegung der Kulturgüter, die Sie gerade angemahnt haben: Der zuständige Staatsminister im Bundeskanzleramt – ich sage ganz offen: ich kann nicht gerade behaupten, dass ich das gut fand – will diese Kulturgüter tatsächlich auf die Liste bringen, die Sie gerade genannt haben.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Die rot-grüne Bundesregierung und das Bundeskanzleramt unter Schröder haben dies in den sieben Jahren der rot-grünen Koalition nicht gemacht.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Das sind doch unsere Güter!)

Unger-Soyka hat das auch nicht gemacht. Deshalb ist es ziemlich fadenscheinig, wenn man es dort, wo man Verantwortung getragen hat, nicht getan hat und dann im Landesparlament sagt: Setzen Sie die Güter doch endlich einmal auf die Liste, damit sie nicht veräußert werden können.

(Abg. Ute Vogt SPD: Sie haben doch das Antragsrecht als Regierung! Das sollten Sie doch wissen!)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Mit Ihrer Argumentation zeigen Sie, dass Sie nicht in Sachlichkeit dazu beitragen wollen, dass wir einen möglichst konfliktfreien Einigungsweg mit dem Haus Baden, mit diesem Haus und mit anderen erreichen. Vielmehr wollen Sie die Situation nutzen, um wieder einmal richtig Krawall zu machen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Dieses Thema, meine Damen und Herren, ist für diese Art von Auseinandersetzung denkbar ungeeignet. Ich glaube, dass die Landesregierung auf diesem schwierigen, aber guten und richtigen Wege korrekt vorgeht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Absolut niveaulos! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich kann nur sagen, dass die Fraktionen von CDU und FDP/DVP – dies darf ich auch stellvertretend für den Kollegen Noll deutlich sagen – diesen Weg uneingeschränkt mittragen, weil ich glaube, dass die Auseinandersetzung sachgerecht, in sich konsequent und richtig und in der Außenwirkung auch darstellbar ist, und darauf muss es ankommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzendem der FDP/DVP-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Noll, das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es war nicht ganz klar, dass alle Fraktionsvorsitzenden noch die Gelegenheit ergreifen werden, das Wort zu nehmen.

Ich widerspreche an keiner Stelle der Schlussfolgerung des Kollegen Mappus, sondern will nur noch einmal versuchen, ein paar Dinge hier sachlich darzustellen und zu erklären, warum wir, selbstverständlich über die Koalitionsrunde in Vorgespräche eingebunden, der Spur nach jeweils informiert waren und die Ziele –

(Lachen der Abg. Jürgen Walter und Theresia Bauer GRÜNE)

Wer da jetzt lacht und meint, die Mitglieder der Koalitionsrunde sollten bitte schön alle Kunstgegenstände auflisten, mit Gutachten bewerten usw.,

(Dr. Ulrich Noll)

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Also Sie waren der Spur nach für den Verkauf der Handschriften!)

der sieht einfach die Realitäten völlig falsch. Nein, es geht mir jetzt darum: Heute ist ja deutlich geworden, dass man inzwischen weiß – der Ministerpräsident hat es ja selber gesagt –, dass auch manches in der Kommunikation unglücklich gelaufen ist. Das ist einfach Fakt.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Ich sage Ihnen: Dazu stehe ich. Wenn eine mittelständische Firma dieses Landes die Landesregierung um Hilfe ersucht – da geht es z. B. auch um Arbeitsplätze; das ist Ihnen immer sehr wichtig –,

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

dann interessiert mich zunächst einmal nicht, wer der Eigentümer ist. Wenn diese Firma in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist und an uns herantritt, können wir in der Öffentlichkeit nicht von A bis Z finanzielle Situationen, rechtliche Einschätzungen breit darlegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Deswegen bekenne ich mich dazu: Es war richtig, dieses Problem, das mehr als 90 Jahre diskutiert worden ist und jetzt zur Entscheidung kommen musste, zunächst einmal nicht auf dem offenen Markt auszutragen. Das ist Fakt 1.

Fakt 2 ist – da brauche ich gar nicht Jurist zu sein; vielleicht ist es besser, dass man da kein Jurist ist –,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Zahnarzt!)

dass man in einem solchen, über mehrere Jahrzehnte schwelenden Rechtsverfahren mit gesundem Menschenverstand ziemlich sicher wissen kann,

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

dass beide Seiten jeweils Gutachten, die ihre Sicht der Dinge bekräftigen, werden vorlegen können und nach aller Erfahrung, wenn es Rechtsstreitigkeiten in diesen Dimensionen gibt, am Ende ein Vergleich stehen wird. Deswegen ist es – auch für einen Privatmann – in solchen Fällen immer sinnvoll, zu schauen, ob man den Vergleich nicht von vornherein anstreben sollte, wenn man das Gefühl hat, damit genau das Ziel erreichen zu können, das der Herr Ministerpräsident genannt hat, nämlich Besitz in Eigentum zu bringen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Handschriftenverkauf, das war Ihr Ziel!)

Auch dazu stehen wir.

Wir stehen auch dazu, die Finanzierung nicht aus Haushaltsmitteln zu bestreiten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dazu steht doch jeder!)

Denn wir wollen die Nettonullverschuldung.

Zu dem Kollegen, der von der Landesstiftung gesprochen hat – wer war es? –: Ein Teil der Mittel der Landesstiftung ist per Definition – da sind wir uns im Aufsichtsrat einig – für den Erhalt und den Erwerb von Kulturgütern vorgesehen und reserviert.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Schattenhaushalt!)

Das heißt doch gar nicht, dass wir damit die Förderung anderer Zwecke unmöglich machen. Also: völliger Konsens.

Unsere Intention war – Kollegin Berroth hat sich sehr intensiv damit beschäftigt –: Wie können wir gemeinsam erreichen, dass bei einem Eigentumswechsel die für uns wichtigen Kulturgüter – angefangen von den Handschriften bis hin zu anderen Kulturgütern – im Land und für die Menschen in Baden und in Württemberg erhalten bleiben? Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es den Schweiß der Edlen wert ist, gemeinsam zu versuchen, die aufgezeigten Möglichkeiten – über eine Bürgerstiftung, z. B. über einen Mäzen, der bereit ist, einen größeren Betrag zur Verfügung zu stellen – zu nutzen, um diese Güter hier in Besitz zu halten, selbst wenn das Eigentum wechseln sollte.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gern.

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Zeller, bitte.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Kollege Noll, damit Sie wieder ein bisschen auf den Boden kommen und sich nicht so ereifern müssen: Können Sie sich noch daran erinnern, dass die Ausgangssituation die war, dass Sie – gemeinsam mit Ihrer Regierung – die Handschriften verkaufen wollten? Es ging also nicht um den Erhalt der Handschriften, sondern um den Verkauf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vielen Dank für diese Frage. Ich kann mich daran erinnern, dass nicht das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung oder die Fraktionen irgendein Kunstgut verkaufen wollten.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Das ist Fakt. An uns ist vielmehr herangetragen worden, zur Entschuldung des Hauses Baden beizutragen, das in Verantwortung für seine geschichtliche Tradition bereit war, das Schloss Salem und alles, was daran hängt, zu erhalten. Dabei hat das Haus Baden ungefähr 30 Millionen € Schulden geltend gemacht, einen Betrag, den es aus historischer Verpflichtung in das Ensemble Salem gesteckt hat. Dem konnten wir uns nicht verschließen. Man kann darüber streiten, in welcher Größenordnung diese Verantwortung hätte wahrgenommen werden sollen. Aber das Handeln dürfte nachvollziehbar sein. Deshalb wollte niemand von uns − weder das Land noch irgendeine Fraktion − verkaufen. Es gab vielmehr die Notwendigkeit der Entschuldung, weil wirt-

(Dr. Ulrich Noll)

schaftliche Zwänge ergeben haben: Das Haus Baden wäre im Grunde verpflichtet, zu verkaufen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Nun ging es darum, in gemeinsamer Verantwortung dafür zu sorgen – das spricht auch für das Haus Baden; es hätte auch sagen können, das wird verhökert, versteigert bei Sotheby's – und zu versuchen zu identifizieren, wie man den Verkauf so gestalten kann, dass die Kunstgegenstände im Land Baden-Württemberg bleiben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das hat gar nichts damit zu tun, was Sie da erzählen!)

Nach dieser Debatte sind wir wohl gar nicht so weit auseinander. Es ist nachvollziehbar, dass die Opposition versucht, die Teilinformationen, die herausgekommen sind, zu nutzen und sich dabei auf einen dieser Kunstgegenstände, nämlich diese Bibliothek, zu fokussieren. Ihr Verkauf war aber an keiner Stelle beschlossen, sondern als Möglichkeit angedacht. Darf man in dieser Republik keine Möglichkeiten mehr diskutieren?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch absurd!)

Sie haben doch mitbekommen, dass sowohl in der CDU-Fraktion als auch in der FDP/DVP-Fraktion der Verkauf der Bibliothek als eine der allerschlechtesten und möglichst zu vermeidenden Möglichkeiten dargestellt wurde.

(Zuruf von der SPD: Es wird nicht besser!)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir halten an dem Ziel fest, einen vernünftigen Vergleich hinzubekommen, der das Risiko des Landes minimiert – das steckt immer in einem Vergleich –, der Besitztümer in Eigentum des Landes oder von Stiftungen von Bürgerinnen und Bürgern bringt und der damit ein Problem, das über Jahrzehnte geschwelt hat und finanzielle Risiken für den Landeshaushalt beinhaltet hätte, wenn Insolvenz angemeldet worden wäre – dauerhafter Erhalt z. B. der Anlage Salem aus Haushaltsmitteln – Dieses Risiko wollen wir nach Möglichkeit ausräumen und damit auf Dauer einen Strich unter dieses leidige Problem ziehen, bei dem man sagen kann: Einfache Lösungen waren nach 90-jährigem Rechtsstreit mit Sicherheit nicht zu erwarten.

Aber vernünftige Lösungen sind meiner Meinung nach in Sicht. Ich bedanke mich beim Ministerpräsidenten, dass er genau in diese Richtung bei der Versammlung – Sie haben von Krisensitzung gesprochen – allen Anwesenden, allen Beteiligten Vorschläge gemacht hat. Wir werden diesen Weg weiterhin unterstützen. Insbesondere Sie alle hier sind natürlich aufgerufen, die Eigentümer zu suchen, die das Besitztum hier in Baden-Württemberg belassen, aber als Eigentümer sozusagen in die Bresche springen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Professor Dr. Frankenberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird es wieder zuhörenswert!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ging und geht uns bei der Frage der Kunstgüter, die im Zusammenhang mit dem Haus Baden steht, um die Sicherung von Kunst. Ich glaube, das ist bei der ganzen Debatte viel zu sehr vergessen worden.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Ich glaube, dass die Zahlen klar sind: Es geht um Kunstgegenstände in einem Gesamtwert von ca. 300 Millionen €. Wir wollen diese Gegenstände für das Land, seine Bewohner und die Öffentlichkeit sowie die Wissenschaft sichern.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Dem stand eine mögliche Abgabe gegenüber, sprich Verkauf von Kunstgegenständen im Wert von 30 bzw. 70 Millionen €. Da sieht doch jeder, der die Grundrechenarten einigermaßen beherrscht, dass hier die Sicherung Vorrang vor der Abgabe von Kunstgütern hatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU zur SPD: Es geht nicht um die Ausbildungsabgabe!)

Zweitens, Frau Vogt, zur Rechtslage: Die Rechtslage ist höchst kompliziert und basiert auch auf höchst komplizierten historischen Verhältnissen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Reden Sie die Rechtslage doch nicht dauernd schlecht!)

bei denen man etwas wissen muss über den Unterschied zwischen Gütern, die vor der Säkularisation erworben worden sind, und Gütern, die nach der Säkularisation in den Besitz des Hauses Baden gelangt sind, und etwas über die Zähringer-Stiftung wissen muss – ob sie zustande gekommen ist oder nicht. Gerade weil alle Gutachter diese Rechtslage als höchst kompliziert angesehen haben, raten sie uns zum Vergleich, wiewohl es Eigentum gibt, das eindeutig im Besitz des Hauses Baden ist, Eigentum, das wir über den Vergleich allerdings für das Land sichern. Das sind wertvolle Stücke, die – das muss man auch sagen – die Badener als Ausstellungsstücke lieb gewonnen haben.

Wäre das nicht so kompliziert, Frau Vogt, wäre klar, dass alles dem Haus Baden gehört, dann müssten wir 300 Millionen € aufwenden, um die Gegenstände für das Land zu sichern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Umgekehrte ist das Interessante!)

Wäre klar, dass alles uns gehört, dann würden wir keinen Vergleich geschlossen haben.

Das heißt, dieser Vergleich ist vernünftig. Er sichert uns weit mehr, als wir einbringen. Ein nüchterner Kaufmann würde sagen: Dieser Vergleich ist günstig für das Land und auch günstig für die Kulturwelt dieses Landes.

Nun zu der berühmten Liste: Die Liste zum Schutz der Kulturgüter kann nicht ganze Ensembles von Bibliotheken be-

(Minister Dr. Frankenberg)

inhalten. Wir können nicht eine ganze Bibliothek auf die Kulturliste setzen – das geht überhaupt nicht –,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eine Handschriftensammlung kann man schon draufsetzen!)

sondern es können nur einzelne Stücke auf diese Liste gesetzt werden. Aber diese Stücke wollen wir gar nicht abgeben. Warum sollten wir etwas auf eine Liste setzen, was wir überhaupt nicht abgeben?

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

 Dann, Herr Schmid, schützt diese Kulturgüterliste das Gut nicht vor dem Verkauf nach außerhalb von Baden

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Aber Baden liegt in Deutschland! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Baden liegt in Europa, heißt es!)

und auch nicht nach außerhalb von Baden-Württemberg, sondern das ist eine Liste, die lediglich verhindert, dass die Kulturgüter nach außerhalb von Deutschland verkauft werden.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber die Marktgängigkeit wird deutlich eingeschränkt!)

 Weil die Marktgängigkeit eingeschränkt wird, steht auch eine Entschädigung zu. So einfach ist die Geschichte also nicht.

Das heißt, zum Ersten kann man nicht die ganze Bibliothek unter Schutz stellen, sondern nur Einzelstücke, die wir ohnehin nicht abgeben wollen, und zum Zweiten stünde dann demjenigen, der eine Ertragsminderung hat, weil der internationale Markt nicht mehr zur Verfügung steht, eine Entschädigung zu. Bevor man also die Liste aufruft, sollte man sie kennen und auch die Bedingungen kennen, unter denen solche Objekte auf die Liste kommen.

Der Vorschlag, der jetzt hier diskutiert wird, zeigt insgesamt, dass wir mit einem relativ geringen Einsatz seitens des Landes einen hohen Gewinn an Kulturgütern für das Land haben werden: vom Schloss Salem bis hin zu Handschriften und zu Gemälden und der sogenannten Türkenbeute. Jeder, der einen anderen Vorschlag machen will, muss entweder Kulturgüter abgeben wollen oder Steuermittel einsetzen wollen. Jedenfalls wüsste ich keinen vernünftigeren Vorschlag als den, der jetzt auf dem Tisch liegt. Das sage ich gerade als jemand, der auch mit seinem Haus einen hohen Sachverstand in diese Dinge einbringen kann. Wir kennen die Bestände der Badischen Landesbibliothek und unserer Museen wahrscheinlich doch besser als viele andere – zumal sie ja zum Teil auch nicht zugänglich sind, was ihren Wert für die Wissenschaft aber nicht mindert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Heberer.

Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin erstaunt, welch schlechtes Gedächtnis man hier zum Teil hat, was die Vorgehensweise der letzen Wochen angeht. Man versucht, etwas zu vertuschen, was man doch noch vor Kurzem vorhatte. Es werden wohlfeile Worte für einen immer noch völlig intransparenten Vorgang gefunden. Es gibt ständig neue Informationen – auch heute hier in dieser Debatte.

Zuerst hatte der Besitzstand der Kulturgüter, die nicht dem Land gehören, einen Wert von 300 Millionen €; jetzt sind es 70 Millionen €. Es wurde bisher noch nie gesagt, heute zum ersten Mal

(Abg. Dr. Stefan Scheffold und Abg. Christoph Palm CDU: Zuhören!)

– lesen, lesen in diesem Fall, doch, doch –,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wurde immer gesagt!)

dass das Land die Schriften erwerben und erhalten möchte. Das wurde hier gesagt, und dafür möchte ich allen gratulieren, die das hier ausgesprochen haben. Aber man hat in der heutigen Debatte den Eindruck, dass sich in den vergangenen Wochen eine ganze Nation geirrt hat.

In der Frage des Handschriftenverkaufs und des Erhalts von Schloss Salem hatten wir uns nämlich mit mehreren Ebenen auseinanderzusetzen und werden das auch in Zukunft noch weiter zu tun haben: mit der finanzpolitischen Situation, der juristischen Frage – das wurde breit erörtert –, der kulturpolitischen Dimension, aber auch mit der Verfahrensfrage, der Gesinnung und der Art und Weise, wie das offenkundig komplexe Thema zu lösen ist bzw. wie versucht wird, es zu lösen. Man könnte auch sagen: Es ist die Moral der Geschichte.

In der aktuellen Pressemitteilung des Staatsministeriums heißt es, der Ministerpräsident wolle Maßnahmen ergreifen, um Schloss Salem und das Kulturgut der badischen Geschichte auf Dauer zu sichern. Das ist gut so. Hier sei ein jahrzehntelang schwelendes Problem zu lösen. Das ist in der Tat richtig. Das wurde hier festgestellt. Warum aber nach Jahrzehnten der Untätigkeit plötzlich diese unsensible, konzeptionslose Hast, meine Damen und Herren?

Zuerst sollte der Verkauf wertvoller Handschriften im Wert von 70 Millionen € am Landtag und an der Öffentlichkeit vorbeigemogelt werden. Nach Ruchbarwerden dieses Plans

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was? – Abg. Stefan Mappus CDU: Das Schriftstück, das Sie vorlesen, ist nicht mehr ganz aktuell!)

 ja, ich weiß, das haben einige schon vergessen – und dem weltweiten Aufschrei und Protesten von Wissenschaftlern aus Oxford, Yale, Cambridge, Harvard und aller Fachverbände und Kulturinstitutionen in der ganzen Republik begann das erste Zurückrudern.

Die neue Devise war nun: Es sollten nur noch Verkaufserlöse in Höhe von 30 Millionen € erzielt werden, um das Haus Baden zu entlasten. Über die 40 Millionen €, die zunächst in der Diskussion waren, um den Fortbestand der

(Helen Heberer)

Gebäude zu sichern, wurde nicht mehr diskutiert. Sie fielen unter den Tisch. Das ist jetzt wohl die zweite Tranche, über die diskutiert wird. Aber so erschreckt mussten die Akteure über das Entsetzen der Fachwelt, die den Deal nämlich nicht zu Unrecht als Barbarei, Banausentum, Teppichhändlertum und als kunsthistorischen Skandal bezeichnete, wohl gewesen sein, um so zurückzurudern.

(Beifall bei der SPD)

Der Finanzminister wehrte zu diesem Zeitpunkt jedes andere Finanzierungsmodell als abwegig und unfinanzierbar ab.

Der Ministerpräsident wiederum gab sich noch in der letzten Woche damit zufrieden, dass der Aufruhr ja nur im Feuilletonteil und nicht im Wirtschaftsteil der Zeitungen erscheine und damit für ihn ja auch irrelevant sei. Welcher Trugschluss, meine Damen und Herren, und welch entlarvende Peinlichkeit für ganz Baden-Württemberg, für ein Land mit einer stolzen, identitätsstiftenden Geschichte, deren hohe kulturelle Bedeutung beim Karlsruher Kulturkongress durch den Ministerpräsidenten noch mit großem Pathos gewürdigt wurde!

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie, Herr Oettinger: War das etwa gar nicht so gemeint?

In diesem Zusammenhang tritt der Wissenschaftsminister zusammen mit seinem Finanzministerkollegen ausdrücklich dem Verdacht entgegen, ein Kulturbanause zu sein. Diese Frage können und wollen wir hier natürlich nicht beurteilen, meine Damen und Herren. Aber in meiner Heimatstadt Mannheim, wo gegenwärtig die kulturwissenschaftlichen Fächer an der Universität mit Billigung von Professor Frankenberg "demoliert" werden sollen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

gibt es Menschen, die in diesem Vorgang durchaus einen Beleg für diesen Verdacht sehen.

Beim Verscherbeln der Kulturschätze aus Baden, das früher einmal die im innersten Europa gelegene Wiege der Kultur war,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

nahm man nicht nur in Kauf, durch Herausnehmen und Absetzen der wertvollsten Blätter eine in sich zusammenhängende Sammlung zu zerstören und dadurch den verbleibenden Rest wertlos zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Helen Heberer SPD: Ich gebe die Zeit noch dazu, die mir durch Zwischenrufe verloren gegangen ist.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das entscheidet der Präsident! – Zurufe von der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Außerdem ist es – entschuldigen Sie – meine erste Rede vor diesem Parlament. Da braucht man ein bisschen mehr Luft, und es haben so viele vorhin etwas gesagt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann hätte ich zehn Minuten länger reden dürfen!)

Ich bin gleich fertig. Das Wichtigste kommt ja noch.

(Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Nachdem Sie sich jetzt alle geäußert haben, fahre ich fort: Die Verantwortlichen sahen überhaupt nicht das politisch brisante Risiko, das bei einem Verkauf der Handschriften ins nichteuropäische Ausland entstanden wäre. Erst seit Kulturstaatsminister Bernd Neumann dieser Tage mit seinem strikten Machtwort zum Ausdruck brachte, dass er im Verkauf der Handschriften einen fahrlässigen Umgang mit unserem Kulturerbe sehe, den er aus kulturpolitischer Sicht für nicht vertretbar halte, kam es zu der entscheidenden Wende und entstand eine neue Handlungsstrategie.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist Ihre Redezeit abgelaufen oder nicht?)

Es gab aber keine erkennbare Umkehr und kein erkennbares Umdenken. Die heute publizierte Devise ist ein Dreisäulenmodell.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Haben wir eine festgelegte Redezeit, oder haben wir keine?)

Inhaltlich unverändert ist dabei, dass Verkäufe weiterhin nicht ausgeschlossen sind.

(Unruhe)

Ganz kurz: Diese drei Säulen beinhalten --

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

 Ja, ich weiß; ist okay. Sie dürfen nachher auch ein bisschen länger reden.

Eine Umverteilung von Ankaufs- und Denkmalmitteln bedeutet, dass den Museen und Kulturinstitutionen – jetzt wird es wichtig, Herr Mappus; passen Sie auf –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

als Strafaktion auferlegt wird, durch einen Mittelstopp eine Mittelreduzierung verkraften zu müssen – mit einem ungewissen Zeitverlauf.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: "Strafaktion"! Ich bitte Sie! Wägen Sie einmal Ihre Worte!)

 Das wirkt so! Die haben protestiert, und jetzt m\u00fcssen sie l\u00f6hnen.

Hinzu kommt, dass private Investoren nicht in die Schriften, sondern in Wirklichkeit in Schloss Salem investieren sollen.

Bei der dritten Säule erwartet die Landesregierung einen Solidarbeitrag aus dem Kunst- und Bibliotheksbereich des Landes. Dies ist ebenfalls ein weiterer Strafzoll und eine eigentliche Mittelkürzung für die entsprechenden Institutionen.

(Helen Heberer)

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ich störe nur ungern, aber es dauert zu lange! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Du störst gern! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wo, in welcher Höhe und wie lange sollen denn Landesmittel "weggemogelt" werden, damit sie zum Erhalt der Handschriften für Salem eingesetzt werden? Das ist unklar.

Ich erinnere noch einmal an den genannten Kulturkongress, wo der Ministerpräsident den Kulturleuten ganz klar versprochen hat: "Es gibt keine Einschnitte bei den Mitteln." Das haben Sie gesagt. Ich sage Ihnen: Das war zum richtigen Zeitpunkt das richtige Wort. Es wurde dankbar aufgenommen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Aber war das alles nicht so gemeint, Herr Oettinger?

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Auch der Stil bei der Lösung eines so schwierigen und vielschichtigen Problems ist eine Frage der Kultur. Ein Landesvater ist dann ein guter Landesvater,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, das ist ein guter Landesvater!)

wenn es ihm gelingt, das Ansehen und die Würde der Kultur seines Landes zu erhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, und das macht er! Und Sie sagen "Danke schön"!)

Die öffentliche Diskussion sieht dies im Augenblick anders. Ich hoffe, wir kommen da wieder hin.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Landesvater, ich danke Ihnen!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei dieser Debatte war auffallend: In den vielen Jahren, in denen der Herr Ministerpräsident und ich gemeinsam diesem Haus angehören, habe ich ihn noch nie so sehr in der Defensive, noch nie so zurückhaltend erlebt wie heute.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Defensive ist doch seine Kunst! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So sachlich! – Abg. Norbert Zeller SPD: Bei welcher Debatte waren Sie denn?)

 Ja, ich bin auch froh, Kollege Birk, dass er so sachlich diskutiert hat.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Gegensatz zum Kollegen Mappus!)

Da könnte der Kollege Mappus einmal in die Schule gehen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, klar!)

Ich bin ihm zweitens auch dafür dankbar, dass er jetzt zurückgerudert ist, dass er das noch einmal erklärt hat. Über einen Teil der Finanzierungsvorschläge,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind gut!)

die Sie heute und gestern präsentiert haben, können wir diskutieren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön! Prima! Dann machen wir das jetzt!)

Das Zweite, das mir noch aufgefallen ist, gilt für den Kollegen Mappus wie für den Kollegen Oettinger und auch für den Kollegen Noll: Auf die Frage, wie sie auf die absurde Idee gekommen sind, diese Handschriften auf den Markt zu werfen, haben sie gar keine Antwort gegeben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das kam doch nicht von uns! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat doch gar niemand gemacht! – Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Ja, wer denn dann?)

Sie, Herr Noll, haben dem Ministerpräsidenten und zweien seiner Minister ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn Sie sagen, der Verkauf der Handschriften sei die schlechteste aller Möglichkeiten. Aber mit der schlechtesten aller Möglichkeiten haben sie dieses ganze Land verrückt gemacht. Das ist doch der Punkt.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie sind erst aufgewacht, als der Protest rund um den Globus ging. Sie sind erst aufgewacht, als Herr Naumann aus Berlin verkünden musste, dass diese Handschriften nicht ins Ausland verkauft werden dürfen.

(Ministerpräsident Günther Oettinger: Der heißt Neumann! – Abg. Stefan Mappus CDU: Wir helfen gern! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie heißen ja auch nicht "Wolter"!)

- Neumann, Entschuldigung. Das war der andere. Sorry, ja.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Naumann war der andere! Das ist schon eine Weile her!)

Das ist schon einmal drin.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wir helfen gern!)

- Ja, ich weiß. Ihr könntet bei der Polizei sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Trotzdem gut, was der gemacht hat!)

Erst als der Protest schon um den Globus ging, sind Sie aufgewacht. Dabei hätte – Herr Kollege Birk, Sie sind doch der für Kultur in diesem Lande zuständige Staatssekretär –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist der?)

ein Blick in die Kunstkonzeption dieses Landes genügt, und Sie hätten diesen Fehler nicht begangen. Dort schreibt der (Jürgen Walter)

verdienstvolle Herr Rettich unter der Überschrift "Bewahrung bedeutender Kulturdenkmäler":

Sie

- die beiden Landesbibliotheken -

bewahren bedeutende Kulturdenkmäler von hohem künstlerischen und kulturpolitischen Wert.

Weiter schreibt er:

Diese Sammlungen ... stellen einen spezifischen Reichtum des Landes Baden-Württemberg dar.

Es ist doch logisch, dass Sie, wenn Sie diesen spezifischen Reichtum praktisch auf den politischen Markt werfen, dem Land und seinem Image einen enormen Schaden zufügen. Um diese Diskussion haben Sie sich heute gedrückt. Dazu hätte ich ein Wort erwartet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

Einerseits feiern Sie die Insel Reichenau als Weltkulturerbe der UNESCO, andererseits wollen Sie Schriften, die dort entstanden sind, die zu diesem Weltkulturerbe gehören, auf den Markt werfen. Das passt einfach nicht zusammen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Deshalb, meine Damen und Herren, frage ich Sie: Gibt es eigentlich in dieser Landesregierung niemanden mit einem engen Bezug zur Kultur?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Birk! – Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD)

Gibt es niemanden, der bei solchen Geschäften warnend den Finger hebt? Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, was unsere Gesellschaft zusammenhält? Sie, Herr Mappus, sind vorhin kurz darauf eingegangen. Das christliche Abendland hat doch nicht nur eine religiöse, sondern auch eine kulturelle Geschichte. Der Ministerpräsident hat am Samstag bei der Feier "15 Jahre Filmakademie Ludwigsburg" die kulturelle Leistung dieser Filmakademie gelobt. Da sind wir uns ja einig. Aber, Herr Ministerpräsident: Kultur ist nicht geschichtslos. Wer das kulturelle Erbe nicht kennt, kann nichts Zukunftweisendes kreieren.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das sollten Sie sich merken!)

Man muss vor dieser Kulturgeschichte Respekt haben. All das, was Herr Kollege Zimmermann oder auch Herr Goll dazu geäußert haben, zeigt mangelnden Respekt vor der Kulturgeschichte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diese Handschriften sind ein europäisches Kulturerbe. Wer davor keinen Respekt hat, der kann keine gute Kulturpolitik machen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Stephan Braun SPD) Herr Oettinger, Sie sehen sich gern in der Tradition eines Lothar Späth. Das ist ja auch verständlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gott bewahre uns davor!)

Deshalb veranstalten Sie auch gern Kongresse wie den Kulturkongress in Karlsruhe. Da gibt man sich dann weltoffen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man ist weltoffen!)

und zeigt: Man hat Verständnis für die Kultur usw. usf.

Aber Herr Späth hat erkannt: Dann brauche ich auch einen Staatsrat Gönnenwein; dann brauche ich jemanden wie einen Herrn Rettich, der mich warnt, der die Zusammenhänge erkennt, der erklärt, wohin die Reise gehen soll, damit das Ganze nicht nur in Kongressen endet, sondern diese Kulturpolitik tatsächlich ein Konzept und eine Richtung aufweist.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Suchst du einen Job?)

- Nein, ich suche keinen Job.

(Heiterkeit)

Aber ich suche jemanden in diesem Kabinett, der sich mehr darüber freut, wenn sein Name im Feuilleton einer Zeitung steht statt im Wirtschaftsteil. Den habe ich bisher vergeblich gesucht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Eines noch, Herr Kollege Mappus: Ein Michael Sieber hätte diese Diskussion nicht zugelassen. Das gebe ich Ihnen schriftlich. Eher wäre er zurückgetreten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aus der Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg zitieren, die bei Ihnen offensichtlich verschollen ist. Herr Rettich hat 1990 geschrieben – das ist heute noch genauso zeitlos wie damals –:

Die Förderung der Kunst durch den Staat ist in einer modernen demokratischen Gesellschaft weder ein obrigkeitlicher Gnadenakt noch eine ins Belieben von Parteien oder Personen gestellte Großzügigkeit. Sie ist Pflichtaufgabe eines Gemeinwesens, das sich ebensosehr als Kulturstaat wie als Rechts- und Sozialstaat versteht.

(Abg. Christoph Palm CDU: Das war das Klügste, was Sie heute gesagt haben! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es!)

Aber Sie haben sich genau diesem Vorwurf der Beliebigkeit ausgesetzt. Kulturförderung kann nicht der Beliebigkeit ausgesetzt werden. Deswegen zitiere ich zum Schluss noch eine andere Aussage, sozusagen die Abschiedsbotschaft von Klaus Zehelein aus Stuttgart. Ich hoffe, Sie nehmen sie ernst. Er sagte in einem Interview der "Stuttgarter Zeitung" Ende Juli dieses Jahres:

Kunst liefert der Gesellschaft nichts weniger als die Substanz.

(Jürgen Walter)

Das Agieren der Landesregierung war in der Tat substanzlos.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Was Sie heute präsentieren, meine Damen und Herren, ist keine Rettungstat, sondern das Zusammenkehren eines Scherbenhaufens.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Ulrich Goll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt kommt der mit dem "alten Papier"! – Unruhe bei der SPD)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Walter hat ein Zitat von mir aus der heutigen "Stuttgarter Zeitung" wiedergegeben, das wie jedes durchgestochene Zitat natürlich schon einer Erläuterung des Kontexts bedarf, bevor ich jetzt in der Folge 2 500-mal gefragt werde, wie das denn gemeint war.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Gestatten Sie mir zum Auftakt und zur Erklärung zwei, drei Bemerkungen.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Walter gesagt hat. Er sagte, wir würden das Vermögen des Markgrafen sanieren. Meine Damen und Herren, genau das machen wir nicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

Er muss sich aus seinem eigenen Vermögen sanieren – allerdings in der für das Land am wenigsten nachteiligen Weise

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Darum haben wir lange verhandelt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Diese Sanierung – und das wissen alle, die guten Willens sind und diesen Sachverhalt anschauen und abwägen – könnte auch anders aussehen. Sie könnte ohne Weiteres damit enden, dass wir für das Schloss Salem unterhaltspflichtig werden und dass wir aufgrund eines Vergleichs – spätestens am OLG oder am BGH – die Hälfte der Gegenstände, die strittig sind, herausgeben müssen. Das könnte das Ergebnis sein. Dieses Ergebnis werden wir aufgrund eines geschickten Vorgehens nicht bekommen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr geschickt!)

Das Verhandlungsergebnis war richtig; es war völlig in Ordnung. Dazu vielleicht eine Anmerkung: Wenn Bernhard von Baden, unser Gegenüber, rein kommerziell denken würde – das muss man der Fairness halber sagen – oder wenn er drei Anwälte damit beauftragt hätte, einen für das Haus Baden optimalen Vertrag auszuarbeiten, dann hätte er den Vertrag, den wir ausgehandelt haben, nicht unterschreiben dürfen. Das ist ganz klar.

(Unruhe bei der SPD)

Das Ergebnis war übrigens keineswegs eine Entscheidung, die Handschriften zu verkaufen, sondern die Festlegung, dass im nächsten Schritt eine Expertenkommission schauen muss, was aus dem Bestand schmerzfrei herausgenommen werden kann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Altpapier!)

 Dazu komme ich gleich noch. – Von Handschriften war überhaupt nicht die Rede, sondern es war die Rede davon, nachzusehen, was man schmerzfrei herausnehmen kann. Darum geht es bis jetzt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Jeder erzählt hier eine andere Story! – Abg. Ute Vogt SPD: Sie müssen sich wenigstens auf eine Version einigen! – Unruhe bei der SPD)

– Ich habe dazu jetzt keine Wortprotokolle, aber aus meiner Sicht kam eigentlich eher von der Berater- oder Expertenseite die Komponente ins Spiel, dass es sich insgesamt für den Reichtum des Landes Baden-Württemberg möglicherweise anbietet, bevor man die Bilder von den Wänden abhängt, zu schauen, ob alles, was in diesem Keller liegt, denn zwingend badisches Kulturgut ist. Dadurch ist die Diskussion um die Schriften entstanden.

Jetzt sind wir dabei, dieses Konzept umzusetzen. Es ist richtig: Wir werden das nicht nach dem Motto machen können: "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" Irgendwo muss dann eben bezahlt werden. Daher habe ich in der Kabinettssitzung in der Tat gesagt: Wenn wir über die Stiftungsmittel reden, dann möchte ich schon genau hinschauen, worauf wir verzichten. Denn auch das werden wir den Leuten zu erklären haben, und wir werden ihnen auch zu erklären haben, warum wir da verzichten, um – natürlich ironisch gesprochen – auf der anderen Seite alte Papiere im Keller zu lagern. Das waren meine Ausführungen.

Es gibt natürlich Menschen, denen wir erklären müssen, warum manches in der Zukunft nicht gemacht werden kann, damit diese Bestände erhalten werden. Diese Bestände achten und schätzen wir alle. Es ist zu Recht gesagt worden, dass darunter Dinge von unersetzlichem Wert für das Land, für unsere Kultur und unsere Geschichte sind. Aber nicht alle diese Dinge sind für unser Land tatsächlich unersetzlich

Darum warne ich hier ein bisschen davor, den Grundsatz aufzustellen, dass alles, was einmal in eine Sammlung gekommen ist, nie mehr aus dieser Sammlung herausgenommen werden darf. Meine Damen und Herren, in jeder Sammlung finden wir wahrscheinlich irgendetwas, was irgendwann einmal hinzugekommen ist – weil vielleicht gerade Mittel vorhanden waren, um etwas zu kaufen, oder weil gerade etwas Interessantes auf dem Markt war –, von dem Sie aber doch nicht durchweg sagen können, dass es für die Geschichte und die Kultur des Landes von elementarer Bedeutung sei.

Davor habe ich gewarnt, und davor warne ich auch hier. Ich meine, dass wir in Zukunft abwägen sollten, wenn es um die Frage des Verzichts geht, ob es nicht innerhalb dieser Bestände einzelne Stücke gibt – sei es ein Bild, sei es eine Plastik oder auch eine Handschrift –, von denen sich das

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Land oder die betreffende Sammlung auch einmal trennen kann.

Das Ziel, meine Damen und Herren, werden wir nicht aus den Augen verlieren. Dieses Ziel heißt: Wir wollen ein Optimum an Kulturgütern im Land halten, und wir wollen eine dauerhafte Sicherung der Anlage in Salem, die ja seit einiger Zeit "Schloss" heißt, die aber eines der ältesten Klöster und damit natürlich eine Anlage von unersetzlichem Wert gerade für unsere Geschichte ist. Dafür haben wir ein Konzept. Ein besseres Konzept als dieses hat bisher noch niemand auf den Tisch gelegt. Darum werden wir unser Konzept vonseiten der Landesregierung mit Nachdruck weiterverfolgen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Es geht um den Berichtsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/341, um den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/343, und um den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/402.

Ich habe zunächst gewisse Bedenken, ob zum Antrag Drucksache 14/341 überhaupt ein Änderungsantrag gestellt werden kann, weil es sich bei diesem Antrag der Fraktion der SPD um einen reinen Berichtsantrag handelt. Vielleicht brauchen wir diese Frage aber nicht zu entscheiden, wenn die Überweisung der Anträge an den Finanzausschuss beantragt wird. – Wird ein solcher Antrag gestellt?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ich beantrage die Überweisung der Anträge an den Finanzausschuss!)

– Es ist beantragt, die drei Anträge an den Finanzausschuss zu überweisen. Besteht darüber Übereinstimmung?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

– Soll darüber abgestimmt werden? – Das ist der Fall.

Wer dafür ist, dass die Überweisung der Anträge an den Finanzausschuss erfolgt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Überweisung an den Finanzausschuss wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber weiter sachlich aufklären!)

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ausgestaltung der Unternehmensteuerreform im Interesse des Mittelstands- und Wachstumslandes Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten von fünf Minuten für die einleitenden Ausführungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach wie vor sind es kleine und mittlere Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. 90 % der Unternehmen in unserem Land sind mittelständische Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern, und diese erwirtschaften rund die Hälfte unseres Bruttoinlandsprodukts.

In unserem Land sind auch das Handwerk, die kleinen und mittleren Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe in außerordentlich hoher Anzahl vertreten. Von der Unternehmensteuerreform versprechen wir uns eine Stärkung insbesondere auch des Mittelstands.

Was ist das Problem, das wir derzeit wirtschaftspolitisch haben? Zusätzliche Investitionen von Unternehmen am Standort Deutschland müssen ermöglicht werden, um damit einhergehende Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Das Hauptziel der Unternehmensteuerreform ist eine nachhaltige Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, indem die tarifliche Ertragsteuerbelastung der Unternehmen verringert wird. Insbesondere stehen die Kapitalgesellschaften, aber auch die größeren Personengesellschaften hierbei im Fokus. Wenn wir einmal innerhalb der EU einen Vergleich anstellen, dann stellen wir fest, dass die tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften in Deutschland 38,7 % beträgt und damit unter allen 25 Staaten der Europäischen Union am höchsten ist. Das stellt eine Belastung für unsere Wirtschaft dar und fördert Verlagerungen ins Ausland. Dem müssen wir entgegenwirken.

Deshalb begrüßt die CDU-Landtagsfraktion die nun vorgelegten Eckpunkte für eine wachstumsorientierte Unternehmensteuerreform, die insbesondere aus vier Komponenten besteht:

Erstens: Die steuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften sinkt insgesamt in Deutschland auf unter 30 % ab.

Zweitens: Es soll eine weitgehende Rechtsformneutralität von Personen- und Kapitalgesellschaften geschaffen werden. Die Benachteiligung des Eigenkapitals der Personengesellschaften wird dadurch beseitigt. Damit können auch Personengesellschaften im internationalen Wettbewerb besser bestehen und wirtschaftliche Talsohlen leichter meistern. Das stärkt den Mittelstand und sichert und schafft Arbeitsplätze insbesondere in unserem Land.

Drittens: Die Besteuerung von Unternehmen wird transparenter und weniger bürokratisch, indem wir eine föderale Unternehmensteuer einführen, die die bisherige Körperschaftsteuer ersetzt, und eine kommunale Unternehmensteuer, die die bisherige Gewerbesteuer ersetzt.

Und viertens: Durch eine Abgeltungssteuer wird die Besteuerung von Kapitalerträgen unbürokratischer durchgeführt und beendet die heute teilweise stattfindende Kontenschnüffelei.

(Klaus Herrmann)

Zusammenfassend: Mit der Verabschiedung dieser Eckpunkte wird eine Unternehmensteuerreform auf den Weg gebracht, die Antworten auf die Erfordernisse der Globalisierung bringt und die Voraussetzungen für Wachstum und neue Investitionen schafft.

Ein zweiter Teilaspekt ist uns wichtig: eine Reform bei der Erbschaftsteuer. Kernproblem bei der Unternehmensnachfolge ist bisher die Erbschaftsteuer, die häufig die Substanz von Unternehmen betroffen und so ihre Existenz und damit Arbeitsplätze gefährdet hat. Dieses zentrale Problem bei der Unternehmensnachfolge soll nun durch eine Reform der Erbschaftsteuer gelöst werden, indem die Betriebe bei der Erbschaftsteuer deutlich entlastet werden. Wenn ein Betrieb - so schlägt es die CDU vor - mindestens zehn Jahre lang fortgeführt wird, dann wird der Betrieb gänzlich von der Erbschaftsteuer befreit. Das ist die sogenannte Fortführungsklausel. In diesem Punkt unterscheiden wir uns von unserem Koalitionspartner auf der Bundesebene. Die SPD fordert eine Arbeitsplatzklausel. Diese ist allerdings unflexibler. Unser Weg ist der flexiblere, mittelstandsfreundlichere. Ich hoffe, dass da die Vernunft bei der SPD in Berlin noch Platz greift.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oje, oje!)

Ein Punkt ist mir hier allerdings auch wichtig, und ich bitte die Landesregierung, im Bundesrat und bei den Detailberatungen darauf hinzuwirken: Die Erbschaftsteuerreform darf nicht zur Benachteiligung kleiner und kleinster Handwerksbetriebe führen. Gerade Baden-Württemberg muss darauf ein besonderes Augenmerk richten.

Letzte Bemerkung, die ich als Finanzpolitiker machen möchte: Die Gesamtentlastung bei der Unternehmensteuerreform bedeutet für unseren Landeshaushalt Steuerausfälle von 350 bis 500 Millionen € pro Jahr ab dem Jahr 2008. Wir versprechen uns aber von der gesamten Reform, dass die Wirtschaft konkurrenzfähiger gemacht wird und durch die Senkung der Steuerbelastung insgesamt im Land mehr investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das bringt dann längerfristig auch Einnahmen für das Land Baden-Württemberg, für den Landeshaushalt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass wir mit der Unternehmensteuerreform auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Herrmann hat dankenswerterweise sehr schön die Eckpunkte der Konzeption von Herrn Steinbrück vorgetragen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es besteht Einigkeit darüber, dass im internationalen Standortwettbewerb die nominal hohen Körperschaftsteuersätze in Deutschland Schwierigkeiten auslösen. Gleichzeitig kam auch der Sachverständigenrat im April 2006 zu folgendem bemerkenswerten Ergebnis:

Festzuhalten ist, dass deutsche mittelständisch strukturierte Unternehmen mit Blick auf die Steuerbelastung der hierfür relevanten Gesamtebene im internationalen Vergleich bereits nach geltendem Recht eine Mittelposition einnehmen.

Das heißt im Klartext: Die nominale Steuerbelastung ist wesentlich höher als derjenige Anteil, der dann tatsächlich bezahlt wird. Beispielsweise hat die Allianz im Jahr 2005 effektiv weniger als 20 % Gewinnsteuern gezahlt.

Es geht also darum, die Spannung zwischen nominalen, auf dem Papier stehenden Steuersätzen und real gezahlten Steuersätzen aufzuheben, indem man nominal absenkt, gleichzeitig aber die Bemessungsgrundlage verbreitert und damit die Haushalte der staatlichen Ebenen in die Lage versetzt, diese Unternehmensteuerreform überhaupt zu verkraften

Klar ist – und deshalb hat sich die Große Koalition in Berlin auch darauf geeinigt –, dass die Nettoentlastung nicht über 5 Milliarden € betragen darf und dass Gegenfinanzierungsmaßnahmen sowohl auf der Körperschaftsteuerebene wie auf der Gewerbesteuerebene erfolgen müssen.

Ich weise darauf hin, dass es eine Einigung mit drei Elementen gibt, die wir begrüßen. Erstens wollen wir auf der Ebene der Körperschaftsteuer die Gesellschafterfremdfinanzierung stärker anpacken. Zweitens wollen wir auf der Ebene der Kommunalfinanzen eine Grundsteuer C mit zusätzlichem Hebesatzrecht für die Kommunen einführen – sehr attraktiv. Drittens wollen wir die Gewerbesteuer oder die neue kommunale Unternehmensteuer verstetigen. Das heißt, es gibt eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer, was wir für die kommunalen Haushalte für besonders wichtig erachten.

In diesem Punkt will ich auch einmal darauf hinweisen, dass es nicht angehen kann, dass Herr Oettinger beim BDI immer für die Abschaffung der Gewerbesteuer plädiert, aber bei den kommunalen Landesverbänden immer sagt, damit habe er es nicht so eilig, denn er wisse nicht, was nachkommt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Da muss man sich schon irgendwann entscheiden. Die Entscheidung wird in Berlin getroffen, und ich nehme an, dass die Landesregierung diese Entscheidung mittragen wird.

Das Letzte, was ich noch sagen kann, ist: Forderungen, wie sie ebenfalls von Herrn Oettinger erhoben, aber dankenswerterweise von der CDU-Fraktion nicht aufgegriffen worden sind, dass die Nettoentlastung noch höher sein soll, nämlich mindestens 8 Milliarden €, kann ich nicht nachvollziehen. Eine Nettoentlastung um 8 Milliarden € würde bedeuten, dass wir zusätzliche Einnahmeausfälle allein für den Landeshaushalt in Höhe von 200 Millionen € zu gewärtigen hätten. Dagegen ist das, was wir für Salem diskutieren, ein Nasenwasser – nur damit man sich die Dimension einmal richtig vor Augen führt.

(Dr. Nils Schmid)

Ich vermisse bei der Diskussion klare Stellungnahmen der CDU zu diesen Punkten, bei denen Herr Oettinger sehr machtvoll meint, er müsse aus der Spur laufen, während in Berlin die Verhandlungen eigentlich auf bestem Wege sind. Wie gesagt, die Einigung steht kurz bevor.

Ich bin auch sicher, dass wir bei der Erbschaftsteuer eine angemessene Lösung finden. Es gibt keine empirische Evidenz in Deutschland, wonach die Erbschaftsteuer Unternehmen massiv in den Konkurs stürzen würde.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber natürlich! Wo leben Sie denn, wenn Sie das nicht wissen?)

Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir dies sehr sachlich beleuchten. Wir überlegen, ob wir über Stundungsmöglichkeiten oder Ausnahmemöglichkeiten im Falle des Betriebsübergangs Lösungen finden. Aber man sollte auch nicht den Teufel an die Wand malen. Auch da weise ich darauf hin, dass man sich darauf verständigt hat, erst einmal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, weil wir schon jetzt eine beträchtliche Privilegierung betrieblicher Erbübergänge haben, und diese muss erst einmal vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden.

Ich halte das für richtig, und ich halte es auch für richtig, darauf zu achten, dass dies für die mittelständisch strukturierten Unternehmen in Deutschland aufrechterhalten bleibt. Aber schon bisher sind die Möglichkeiten gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erbschaftsteuer sehr groß. Deshalb denke ich, wir sollten da konsensual weiterarbeiten. Die Große Koalition ist auf dem richtigen Weg. Ich freue mich auf die Unterstützung der Landesregierung aus Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Metzger.

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn jetzt hier angedeutet wird, quasi am Horizont zeichne sich ab, dass die Große Koalition in Bezug auf die Unternehmensteuerreform auf dem richtigen Weg wäre, dann sage ich an die Adresse der SPD: Lesen Sie bitte die heutige Zeitung. Die SPD-Finanzexperten in Berlin propagieren heute in der "Financial Times Deutschland", dass die Unternehmensteuerreform keineswegs in trockenen Tüchern ist und beispielsweise bis heute kein Konsens in der Frage gefunden wurde, wie man mit der stärkeren ertragsunabhängigen Komponente bei Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer umgeht. Nächsten Montag findet eine Spitzenrunde von Steinbrück und Koch statt, von der jetzt schon behauptet wird, dass sie voraussichtlich keine Lösung finden wird. Insofern haben Sie auch auf dieser Baustelle das Szenario, das wir – auch die breite Öffentlichkeit inzwischen kennen: Die können es nicht. Das wurde uns – Rot-Grün – früher immer entgegengehalten, aber Sie haben als Große Koalition auf Bundesebene in einem Jahr schon so viel Vertrauen verspielt, dass die Bevölkerung heute ihr Urteil in demoskopischen Umfragen deutlich von sich gibt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Man kann ruhig klatschen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sollen wir mitklatschen? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Müder Beifall!)

Zur Sache: Kollege Herrmann hat als finanzpolitischer Sprecher der CDU zu Recht darauf hingewiesen, dass die nominalen Körperschaftsteuersätze in Deutschland europaweit in der Spitzengruppe liegen. Gleichzeitig – Herr Schmid, da haben Sie recht – ist die tatsächliche Steuerbelastung entsprechend niedriger. Beim Steuerrecht ist immer entscheidend, was hinten rauskommt. Da sind also die Abschreibungsmöglichkeiten und die Steuergestaltungsmöglichkeiten von Bedeutung, und da sind andere Länder teilweise schlechter. Trotzdem stelle ich als Oberschwabe die Vorarlberger Misere fest: Vorarlberg, das mit den niedrigen österreichischen Nominalsteuersätzen wirbt – 25 % Körperschaftsteuersatz plus 3 % Lohnsummensteuer, also 28 % Ertragsteuerbelastung –, wirbt unsere ertragsstarken Mittelständler aus Südwürttemberg ab.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben!)

Die Schweizer tun das Gleiche mit südbadischen Firmen.

Herr Schmid, die Tatsache, dass uns Steuereinnahmen entgehen, weil wir hier ein falsches Steuerrecht haben, plagt auch den Finanzminister, die plagt alle Finanzpolitiker. Da müssen wir in der Tat etwas tun.

(Zurufe der Abg. Dr. Nils Schmid SPD und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Eine intelligente Gestaltung setzt natürlich voraus, dass man Mittelstandskomponenten aus der Sicht der Praxis betrachtet. Betrachten Sie einmal die Fremdfinanzierungsanteile auch von Mittelständlern. Wenn man jetzt ertragsunabhängige Elemente stärker besteuern würde – das will die SPD; zunächst wollte man eine Besteuerung von 50 %, dann hat man sich auf den Satz von 25 % geeinigt –, ist das natürlich eine Achillesferse für Mittelständler, die investieren. Denn diese werden, wenn ertragsunabhängige Elemente bei der Unternehmensteuer stärker verankert werden, den Teufel tun, weiter zu investieren, weil sie sagen: Dann werde ich im Zweifelsfall in schlechten Ertragszeiten substanzbesteuert, und dann lohnt sich Investition weder in Baden-Württemberg noch in Deutschland insgesamt.

Da muss man also höllisch aufpassen und darf auf der anderen Seite auch nicht einfach den Eindruck erwecken, man wäre kommunalfreundlich, weil man den Kommunen permanent in Sonntagsreden verspricht – das geht übrigens durch alle Parteien –, die Einnahmen der Gemeinden verstetigen zu wollen. Eine Lösung, die zulasten des Mittelstands geht, nützt den Gemeinden überhaupt nichts,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Bärendienst!)

weil dann nämlich Betriebe hier von der Bildfläche verschwinden werden.

Die Lösung liegt in einem Spannungsfeld, das politisch auch in meiner Partei und Fraktion nicht entschieden ist,

(Oswald Metzger)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da unterscheiden wir uns: Bei uns ist es entschieden! – Vereinzelt Heiterkeit)

nämlich in der Frage: Welche steuertechnische Möglichkeit haben wir, um die Gemeinden tatsächlich mit einer eigenen Einnahmequelle auszustatten, die aber eine Abkehr von der heutigen Gewerbeertragsteuer darstellt? Ich glaube, steuersystematisch und praktisch hat die Gewerbeertragsteuer der alten Form keine Zukunft. Wenn wir hier eine Lösung anstreben würden, wie sie sich jetzt bei der Großen Koalition in Berlin am Horizont abzeichnet, dann führte das zu einer Verankerung der Gewerbeertragsteuer in der heutigen schlechten Form auf ewige Zeiten im Gesetzblatt. Mir wäre lieber – das sage ich offen –, wenn man in Richtung des Viersäulenmodells der Stiftung Marktwirtschaft marschieren könnte:

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Grundsteuer – Grundsteuer C; das wurde angesprochen; da hätte man einen Berührungspunkt –, eine Bürgersteuer für alle Bürger als Zuschlag der Gemeinden auf die Einkommensteuer, eine Unternehmensteuer von 6 bis 8 % auf die Körperschaftsteuer und eine Lohnsummensteuer, die Arbeitsplätze vor Ort auch in das Interesse der Gemeinden stellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Mit einem solchen Vorschlag hätten wir eine Lösung, die tatsächlich die Ertragskraft der Gemeinden gewährleistet und diese einbettet in ein Steuerkonzept, das tauglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ist das Ihre Meinung oder die Meinung der Grünen, Herr Metzger?)

– Bei uns wird das offen diskutiert, auch in der baden-württembergischen Landtagsfraktion. Man hat immer den Vorteil, lieber Kollege: Wenn man in der Meinungsbildung in der Fraktion noch nicht festgelegt ist, kann man freier denken, als wenn die Meinung schon festgelegt ist. Wir haben das in der Fraktionssitzung auch offen besprochen. Insofern biete ich Ihnen hier keine One-Man-Show, sondern ich will die Bandbreite schildern, in der wir stehen.

Das Problem des gesamten Steueraufkommens aus dem Unternehmenssektor in Deutschland ist doch Folgendes: Wir haben nicht nur die Steuerfront, sondern auch die Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt. Wir haben eine Überbürokratie in vielen Bereichen. All dies zusammen führt dazu, dass immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer über den niedrigsten Zaun springen und die Steuergestaltungsmöglichkeiten in einem großen Ausmaß nutzen, wozu die hohen Steuersätze veranlassen. Dieser Hintergrund macht das ganze Dilemma deutlich.

Ich kann nur hoffen – dazu sage ich in der zweiten Runde etwas –, dass bei der Erbschaftsteuerreform die Ministerpräsidenten der Länder – im Bundesrat hat die Union die Mehrheit – nicht bremsen und auf das Verfassungsgericht warten wollen. Finanzminister Steinbrück dagegen hat am 26. September in Berlin vor dem BDI versprochen, die Reform zum 1. Januar nächsten Jahres ins Gesetzblatt zu brin-

gen. Auch da wird wieder deutlich: Große Koalition – große Gegensätze. Ausbaden dürfen es auch in diesem Fall die Mittelständler.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich für die FDP/DVP-Fraktion sagen, dass wir unserem geschätzten Koalitionspartner dankbar dafür sind, dass er dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. Zum einen bietet es die Gelegenheit, deutlich zu machen, was die Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft, insbesondere des baden-württembergischen Mittelstands, sind. Zum anderen dient es vielleicht innerhalb der großen Volkspartei CDU zur Klärung der Meinungsbildung. Denn es gibt innerhalb der Union Leute, die sagen, niedrige Steuern seien eine Lebenslüge.

Wir sind dankbar dafür, dass die baden-württembergische Union nicht dieser Meinung ist, sondern die generelle Zielrichtung dieser Steuerreform begrüßt. Das gilt auch für uns. Die generelle Zielrichtung muss nämlich heißen: niedrigere Steuern. Das beweisen die Erfolge aller so organisierten Volkswirtschaften in Europa und darüber hinaus, und das ist auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Experten. Diese Zielrichtung ist auch für die baden-württembergische Wirtschaft die richtige.

Warum ist die Zielrichtung positiv? Zum einen ist die Senkung der Körperschaftsteuer bei GmbHs und Aktiengesellschaften sicherlich der richtige Weg. Auch sind wir dankbar dafür, dass die Ausgestaltung der Abgeltungssteuer mittelstandsfreundlich ausfallen wird, sodass der Mittelstand, der oftmals auf Fremdfinanzierung angewiesen ist, in dieser Hinsicht eine deutliche Fortentwicklung feststellen kann. Wir sind auch dankbar, dass mittel- und langfristig der Weg eingeschlagen wird, die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Unternehmensteuer weiterzuentwickeln. Das ist eine schon seit vielen Jahren bestehende Forderung der FDP/DVP.

Dennoch müssen wir uns gerade in Baden-Württemberg die Frage stellen: Was dient dem Mittelstand, was dient den kleineren und mittleren Unternehmen, die vielfach nicht von der Körperschaftsteuer, sondern von der Einkommensteuer betroffen sind, die immer noch in der Spitze bei 42 % liegt?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Plus Reichensteuer!)

Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer zunächst erhalten bleibt – eine im internationalen Bereich einmalige Zusatzbelastung.

Wir konnten in einer der letzten Ausgaben der "Wirtschaftswoche" einen eindrucksvollen Bericht lesen, in dem deutlich gemacht wird, warum die baden-württembergische Wirtschaft so erfolgreich ist, warum wir so hohe Wachstumsraten haben, warum wir schon seit Jahren die im Bun-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

desvergleich niedrigste Arbeitslosigkeit haben. Es ist der Mittelstand, es sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die in diesem Land vielfach einkommensteuerpflichtig sind.

Für den Mittelstand wird aus unserer Sicht in dieser Unternehmensteuerreform, die von der Großen Koalition diskutiert wird, zu wenig getan. Da ist das, was Ministerpräsident Oettinger in einer Pressemitteilung im Sommer dieses Jahres angeregt hat, nicht besonders hilfreich, nämlich die unterschiedliche Besteuerung der thesaurierten, also der wieder investierten oder einbehaltenen Gewinne und deren Ungleichbehandlung mit den entnommenen Gewinnen. Natürlich sind auch uns investierte Gewinne lieber als entnommene Gewinne, aber wir sehen es ordnungspolitisch als außerordentlich problematisch an, hier eine Ungleichbehandlung vorzunehmen, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund des ja immer noch anzustrebenden Ziels einer Entbürokratisierung. Hier sehen wir im Endeffekt neue, zusätzliche Bürokratie und ordnungspolitische Schwierigkeiten durch diesen Weg, wenn er denn gegangen wird.

Darüber hinaus gibt es weitere Kritikpunkte. Einen davon habe ich schon angesprochen: Eine Steuervereinfachung sehen wir bei dieser Reform nicht. Ein Beispiel habe ich genannt. Darüber hinaus wird uns nicht deutlich, wie dieser viel zitierte Anteil von 60 % deutschsprachiger Werke an der gesamten weltweiten Steuerliteratur durch das zurückgeführt werden kann, was bezüglich der Unternehmensteuerreform diskutiert wird. Wir sehen es auch nicht als hilfreich an, dass über eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage auf verschiedenen Feldern diskutiert wird; denn gerade für den Mittelstand wirkt sich dies natürlich faktisch wie eine Steuererhöhung aus. Wir halten – Herr Herrmann, da gebe ich Ihnen durchaus Recht – auch überhaupt nichts davon, die Erbschaftsteuer an den Erhalt von Arbeitsplätzen zu koppeln. Denn in der Praxis wird eine solche Regelung natürlich umgangen. Wenn beispielsweise von 10 % pro Jahr gesprochen wird, dann würde es in der Praxis natürlich so aussehen, dass der Arbeitsplatzabbau bereits vor der Betriebsübergabe erfolgt. Hinzu kommt, dass den betroffenen Unternehmen dann nicht die Möglichkeit gegeben würde, in Krisensituationen flexibel zu reagieren. Das wirkt sich dann wieder als besonderes Problem für den Mittelstand aus.

Fazit: Die generelle Richtung ist richtig und begrüßenswert, aber im Detail gibt es noch einiges nachzuarbeiten. Da möchte ich namens der FDP/DVP-Fraktion unseren geschätzten Koalitionspartner CDU, der ja bekanntermaßen einflussreich in Berlin ist, dazu aufrufen, diesen Einfluss zu nutzen, um die Unternehmensteuerreform in ihrer Ausgestaltung in eine Richtung zu bringen, von der auch der baden-württembergische Mittelstand, mithin das Land Baden-Württemberg profitiert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Gerhard Stratthaus.

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren waren steuerpolitische Diskussionen hier noch eine einfache Sache.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Oswald Metzger GRÜNE)

Man wusste genau, wer der Gegner war und wer hinter einem stand. Jetzt sitzen wir mit der SPD in der Großen Koalition, und was Herr Metzger sagt, ist immer richtig. Ob er in der richtigen Partei ist, weiß ich nicht.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Aber was er steuerpolitisch sagt, kann auch ich immer nur unterstreichen. Das tut mir leid.

(Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird er auch noch gelobt!)

Das einmal zur Einleitung.

Lassen Sie mich jetzt auf einige differenzierte Dinge eingehen. Es hat etwas lustig geklungen, es ist aber ganz ernsthaft so – und das gilt, glaube ich, auch für die SPD –: Wir hatten früher über den Vermittlungsausschuss natürlich ganz andere Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Heute besteht in der Großen Koalition immer die Gefahr, dass entscheidende Festlegungen irgendwann in Nachtsitzungen fallen; denn zum Vermittlungsausschuss dringt ja gar nichts mehr vor.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE nickt zustimmend.)

Das wollte ich jetzt schlicht und einfach einmal feststellen.

Bei dieser Steuerreform geht es in der Tat darum, dass sich die Steuersätze insbesondere für die international tätigen Gesellschaften in den letzten Jahren in Deutschland anders entwickelt haben als im Rest von Europa. Nach der letzten Steuerreform lagen wir ungefähr in der Mitte, und in der Zwischenzeit sind die anderen Länder mit ihren Steuersätzen ziemlich weit nach unten gegangen, sodass wir jetzt doch wieder ziemlich an der Spitze liegen.

Auf eine Sache muss ich aber hinweisen, weil immer wieder Beispiele gebracht werden, die sich, wenn man etwas näher hinschaut, als nicht zutreffend herausstellen. Zum Beispiel hat Österreich in der Tat einen niedrigen Gewinnsteuersatz, aber einen Zuschlag von 9,4 % auf die Lohnsumme, eine Lohnsummensteuer, sodass in Österreich die Unternehmen letzten Endes stärker besteuert werden als bei uns. Hinzu kommt aber noch etwas ganz anderes: Das, was dort als Flucht angesehen wird, ist oft keine Produktionsflucht, sondern eine Steuerflucht. Das heißt, hier wird produziert, und die Gewinne werden im Ausland versteuert. Das ist ja ein Riesenthema, das wir heute bei dieser ganzen Sache angehen müssen.

Im Mittelpunkt dieser Steuerreform steht ohne Frage die Besteuerung der Unternehmen, und zwar zunächst einmal der Kapitalgesellschaften. Ich komme gleich noch darauf, was das für den Mittelstand bedeutet. Aber ich muss auch darauf hinweisen – damit wir einmal eine vernünftige Diskussion führen –, dass man nicht sagen kann: Kapitalgesellschaften sind das eine, und der Mittelstand ist das andere.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr richtig!)

(Minister Gerhard Stratthaus)

Fast alle größeren Mittelstandsunternehmen haben doch die Form der GmbH. Ich meine, das wird hier immer so dargestellt. Deswegen muss man beim Mittelstand unterscheiden, ob das zum Beispiel die Firma Stihl ist, die sich Mittelstand nennt, oder der Handwerker, der normalerweise gemeint ist, wenn es hier um Diskussionen geht. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Von denen haben wir viele!)

Zunächst einmal will man bei der Körperschaftsteuerreform dafür sorgen, dass die Steuersätze, die heute zusammen mit der Gewerbesteuer ungefähr 39 % betragen – das hängt ganz davon ab, wie hoch der Hebesatz für die Gewerbesteuer ist; das können mal 38,5, aber auch mal 39,5 % sein –, auf ungefähr 29 % fallen sollen. Da sind sich eigentlich alle einig.

Die Frage lautet jetzt, was das für den Mittelstand bedeutet. Der Mittelstand, der exportiert und der im internationalen Wettbewerb steht, hat zum allergrößten Teil die Rechtsform der GmbH. Für den gilt das zunächst auch einmal; das ist klar. Nun ergibt sich allerdings ein Problem: Was geschieht eigentlich, wenn Gewinne ausgeschüttet werden? Da ist vorhin gesagt worden, es dürfte nicht nachversteuert werden. Aber bei den Kapitalgesellschaften wird natürlich auch nachversteuert. Die Kapitalgesellschaften werden heute beim Gewinn höher belastet als die Nicht-Kapitalgesellschaften, auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird. Denn die Kapitalgesellschaft zahlt 39 %, und bei der Ausschüttung unterliegt sie noch dem Halbeinkünfteverfahren. Wenn dann nun einer 42 %, also die höchste Progressionsstufe hat, dann kann das bis auf 53 % gehen. Auch das sollte man einfach mal sagen, um die Diskussion wieder zur Realität zurückzuführen.

Wir wollen nun in Zukunft das, was bei Kapitalgesellschaften ausgeschüttet wird, der Abgeltungssteuer unterwerfen. Das ist das nächste Problem. Es sollen ja nicht nur Zinsen und Dividenden sein, sondern zum Beispiel auch Ausschüttungen von GmbHs. Das ist so weit unumstritten – auch beim Koalitionspartner SPD. Das wird dazu führen, dass die Abgeltungssteuer sicher höher sein wird als der Steuersatz beim jetzigen Halbeinkünfteverfahren, der im höchsten Fall 21 % sein konnte, nämlich die Hälfte von 42 %. Dann werden es 25 % sein. Durch die Senkung werden wir aber dennoch eine niedrigere Gesamtsteuerbelastung von Gewinnen aus Kapitalgesellschaften nach Ausschüttung haben, als wir sie heute haben. Das kann man auf jeden Fall feststellen.

Jetzt kommt die Frage nach den Personenunternehmen. Da muss man unterscheiden, ob es große Personenunternehmen sind, die wirklich mit einem großen Teil ihres Gewinns bei 42 % Besteuerung liegen, oder ob es kleinere sind. Wenn ein großes Unternehmen 10 Millionen € Gewinn hat, dann muss es den größten Teil in der Tat mit 42 % versteuern; denn die Freibeträge und die Steuerprogression hören ja schon bei 100 000 bzw. 120 000 € auf. Das muss man genau betrachten.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Bei den großen Mittelständlern – das sieht die Union etwas anders; aber man bewegt sich aufeinander zu – wollen wir,

dass sie ein Optionsrecht haben, dass sie sich genauso behandeln lassen können wie Kapitalgesellschaften – vorausgesetzt, dass es keine sind. Das heißt also, ein großes Mittelstandsunternehmen, das in der Form eines Einzelunternehmens oder einer Personengesellschaft geführt wäre, würde zunächst wie eine Kapitalgesellschaft behandelt werden. Aber wenn es dann anschließend den Gewinn entnimmt, wird dieser nachversteuert. Da bin ich etwas anderer Meinung als der Sprecher der SPD-Fraktion.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der FDP meinen Sie!)

 Entschuldigung, der FDP/DVP-Fraktion. – Es geht ja um eine ganz sachliche Diskussion.

Mir geht es doch um Folgendes: Die Personengesellschaft oder der Einzelunternehmer zahlt ja Einkommensteuer. Wenn er nun den Gewinn im Unternehmen lässt und wir ihn genauso behandeln wie eine Kapitalgesellschaft, dann muss er den Gewinn, den er entnimmt, natürlich genauso behandelt sehen wie z. B. der Arbeitnehmer sein Einkommen oder wie der Minister sein Einkommen oder sonst einer, nämlich es muss der Einkommensteuer unterworfen werden. Ich glaube, das ist eigentlich ganz selbstverständlich. Das wird aber immer noch weniger sein als die Ausschüttung der Kapitalgesellschaft.

Wir stellen uns also vor, dass die großen Mittelständler ein Optionsrecht haben, bei dem dann die thesaurierten Gewinne – die Gewinne, die im Unternehmen bleiben – weniger besteuert werden. Wenn die Gewinne aus dem Unternehmen entnommen werden, sollen sie auf die Einkommensteuer gewissermaßen "hochgehievt" werden.

Problematisch wird die Sache bei den ganz Kleinen, denn diese zahlen ja in der Regel nicht 42 %, sondern wesentlich weniger – zumindest im Durchschnitt. Die 42 % sind ja der Grenzsteuersatz, den man erst in der Spitze bezahlt. Wenn jemand ein Einkommen von 10 Millionen € hat, ist der Grenzsteuersatz praktisch identisch mit dem Durchschnittssteuersatz. Aber wenn er sich mit seinem Einkommen gerade so an der Progressionsgrenze befindet, ist die Höhe des Grenzsteuersatzes ganz anders als die des Durchschnittssteuersatzes.

Den kleinen Handwerkern, den kleinen Unternehmern würde diese Reform allein also nichts nützen. Das muss man mit aller Klarheit sagen. Weil wir aber wollen, dass es ihnen auch etwas nützt, haben wir die Idee entwickelt – ich habe die Hoffnung, dass sie auch durchzusetzen ist –, die Ansparabschreibung zu verbessern oder eine steuerfreie Gewinnrücklage vorzusehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Darüber wird diskutiert werden. Die Idee mit der Ansparabschreibung würde bedeuten, dass man abschreiben kann und somit gewissermaßen steuerfrei eine Rücklage bilden kann, die dann allerdings innerhalb einer gewissen Zeit für Investitionen genutzt werden muss.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nun noch zu einer anderen Frage. Es ist so dargestellt worden, als ob sich Herr Steinbrück da in allem durchgesetzt

(Minister Gerhard Stratthaus)

hätte. So ist es nicht ganz. Wir sind vor allem auch noch nicht ganz am Ende.

Zunächst einmal zur Gewerbesteuer: Auch da wird es eine Veränderung geben. Ich bin übrigens wie auch der Ministerpräsident der Meinung, dass diese Steuer langfristig abgeschafft werden muss. Aber man darf doch, Herr Dr. Schmid, auch einmal eine Vision haben, von der man weiß, dass sie im Augenblick nicht durchsetzbar ist. Ich bin der Meinung, dass man die Gewerbesteuer – das ähnelt dem, was vorhin auch schon einmal gesagt worden ist – nach den Vorstellungen der Stiftung Marktwirtschaft umgestalten sollte.

Das wäre auch für die Kommunen gut. Hätten wir übrigens den Kommunen diesen Vorschlag vor drei Jahren gemacht, wären sie mit fliegenden Fahnen zu uns übergelaufen. Inzwischen fließt die Gewerbesteuer. Jetzt sagen alle: "Was ich habe, habe ich. Ich lasse mich auf keine Experimente ein." Das verstehe ich in gewisser Weise, okay. Aber das muss man einfach so erläutern.

Die Gewerbesteuer, die die Einzelunternehmen bezahlen, kann in Zukunft bis zu einem Hebesatz von 380 % von der Einkommensteuerschuld abgezogen werden. Das heißt, das Einzelunternehmen wird zwar Gewerbesteuer zahlen, aber keine tragen – um auch das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen.

Noch einmal: Wenn ein Einzelunternehmen eine bestimmte Summe an Gewerbesteuer zahlt, wird diese von der Einkommensteuerschuld abgezogen, sodass die Gesamtbelastung nicht höher als die Einkommensteuerschuld sein kann.

Das ist sogar noch eine ganz witzige Sache: Es wird bis zu einem Hebesatz von 380 % abgezogen. Der Durchschnittshebesatz in Baden-Württemberg beträgt aber 360 %. Das heißt, wenn da nicht noch nachjustiert wird, werden manche von der ganzen Sache bei der Gewerbesteuer – ein Gewerbesteuerzahler bzw. Gewerbesteuerempfänger hier nickt schon – eventuell sogar profitieren. Darüber wird sicher noch zu sprechen sein.

Ein letztes Problem – das ist eines, das noch nicht ganz gelöst ist – ist die Frage der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Zunächst einmal: Es freut mich, Herr Schmid, dass Sie gesagt haben, man sei mit den 5 Milliarden € einverstanden. Ich hatte den Eindruck, dass Teile der SPD dem noch nicht zugestimmt haben.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie wollten immer 8 Milliarden €!)

– Ja, ja. Aber Sie haben vorhin gesagt – Wir wollen es eigentlich nicht. Wir haben gedacht, es wäre notwendig, damit die Reform wirklich wirkt. Ich habe kein Interesse an Steuerausfällen – damit wir uns richtig verstehen. Unsere Hoffnung ist aber, dass sich die konjunkturelle Lage eben verbessert und mehr in Deutschland versteuert wird. Vielleicht sollte man gar nicht so sehr auf den Konjunkturverlauf hoffen, sondern darauf, dass in Deutschland mehr versteuert wird, dass, wie es so schön heißt, mehr Steuern zurückgeholt werden. Denn dann sind wir genau beim letzten Problem, bei dem –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie ist denn das jetzt mit der Abgeltungssteuer?)

– Ja, ja. Die Abgeltungssteuer ist aber das geringste Problem

Jetzt muss ich doch noch einmal auf die Finanzierungskosten zurückkommen. Da bringt z. B. – das kann man hier sagen, weil es in allen Zeitungen stand – der Finanzsenator von Hamburg immer das Beispiel, dass ganz große Unternehmen, die hier bei uns angesiedelt sind, hier keine Steuern zahlen müssen, weil sie sich durch ein verbundenes Unternehmen auf den Cayman-Inseln oder sonst irgendwo Geld leihen, denen dann die Zinsen überweisen, und dort werden die Zinsen so gut wie nicht versteuert, während bei uns kein Gewinn oder nur ein sehr geringer Gewinn anfällt. Es ist ein Riesenproblem, wie man das in den Griff bekommen soll.

Dazu ist von Steinbrück etwas vorgeschlagen worden. Da hat zunächst auch ein Ministerpräsident der Union mitgemacht. Viele Köche und so. Gut.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die falschen Köche, meinen Sie wohl! – Heiterkeit des Abg. Oswald Metzger GRÜNE – Abg. Oswald Metzger GRÜ-NE: Wenn die "Koch" heißen!)

Da besteht natürlich das Riesenproblem, dass eventuell auch dann Gewinnsteuern zu zahlen sind, wenn keine Gewinne anfallen, und dass es gerade Unternehmen, die wenig Eigenkapital und wenig Gewinn haben, in der Tat passieren könnte, dass sie dann, wenn sie keinen Gewinn haben, Körperschaftsteuer zahlen müssen. Das hat man dann etwas abzumildern versucht, indem man gesagt hat, man könne die Verluste dann auf die kommenden Jahre übertragen und verrechnen. Ich habe aber den Eindruck, dass man in der Zwischenzeit davon abgekommen ist. Die Versteuerung der Zinsen möchte auch Herr Steinbrück nicht mehr, wenn ich ihn kürzlich in Mannheim richtig verstanden habe. Das Ganze ist kompliziert. Ich will jetzt nicht in Einzelheiten gehen.

Deswegen hat man heute wohl eher die Absicht, die sogenannte Gesellschafterfremdfinanzierung nach § 8 a des Körperschaftsteuergesetzes zu verschärfen. Aber das wird sehr technisch. Man will eventuell eine Grundsteuer C, die Sie vorhin genannt haben, einsetzen, sodass im Grunde genommen ertragsunabhängige Bestandteile besteuert würden.

Alles in allem, meine Damen und Herren, glaube ich, dass diese Steuerreform durchaus für Deutschland etwas bringen wird. Ich möchte aber doch am Ende noch einen Satz sagen. Meines Erachtens ist die Steuer wichtig. Aber viel wichtiger wäre, dass auf dem Arbeitsmarkt einiges geschieht. Wenn ich unsere gesamte Situation sehe, denke ich: Man ist auf dem richtigen Weg. Man ist sich meines Erachtens aber noch nicht in allen Punkten einig.

Zur Erbschaftsteuer: Auch da ist der Weg richtig. Ich glaube nicht, dass es funktionieren wird, wenn man eine Betriebsfortführung über zehn Jahre verlangt. Wer so etwas verlangt, der negiert, dass sich innerhalb von zehn Jahren in einem Unternehmen vieles ändert. Auf der anderen Seite kann man natürlich sagen – ich habe es am Anfang immer et-

(Minister Gerhard Stratthaus)

was volkstümlich, aber verständlich ausgedrückt –: Es kann niemand eine riesige Mineralölgesellschaft erben – Royal Dutch oder sonst etwas – und anschließend eine Tankstelle weiterführen mit dem Argument, er hätte das Unternehmen weitergeführt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die wesentlichen Bestandteile! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Da müssen wir eine vernünftige Lösung finden. Das ist schon wichtig. Natürlich liegt der Sinn, jemanden von der Erbschaftsteuer freizustellen, darin, dass das Unternehmen weiterarbeitet, und nicht, dass das Vermögen im Verhältnis zum anderen Vermögen gesichert wird. Aber da gibt es, wie mir meine Fachleute sagen, mit dem Umwandlungssteuerrecht Möglichkeiten, wie man das durchaus in den Griff bekommen kann. Aber jetzt würde es zu kompliziert werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin überzeugt, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Wolfgang Drexler SPD)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Schmid hat das Wort.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU schweigt. Ich will jetzt aber doch noch einmal etwas sagen, weil auch der Beitrag des Finanzministers deutlich gemacht hat, dass das, was Finanzminister Steinbrück an den Anfang der Diskussion über die Unternehmensteuerreform gestellt hat, richtig war, nämlich zu sagen: Wir gehen weg von diesen großen Fragen und großen Theoriegebäuden, die auch in verschiedenen Gutachten zum Tragen gekommen sind, hin zu einer problemorientierten Lösung, die die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb, vor allem im europäischen Wettbewerb etwas stärker macht. Deshalb will ich zu ein paar dieser großen Fragen Stellung nehmen und meine Meinung dazu sagen.

Das erste große Thema, die Rechtsformneutralität der Besteuerung - derzeit gibt es eine unterschiedliche Besteuerung von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften - hat man relativ weit zurückgestuft. Da ist man auf einem pragmatischen Weg. Weshalb? Weil man festgestellt hat, dass über 90 % der Personengesellschaften weit weniger Steuern zahlen, als selbst bei einer reformierten Körperschaftsteuer zu zahlen wären, nämlich deutlich unter 30 %, sodass eine Einbeziehung der Personengesellschaften in ein reformiertes Unternehmensteuerrecht auf Basis der Körperschaftsteuer ohne Freibeträge, mit Zugriff auf den ersten Euro Gewinn gleich mit dem Definitivsteuersatz von meinetwegen 25 %, ein Nachteil für die Personengesellschaften wäre. Deshalb tun wir gut daran, das Thema Rechtsformneutralität etwas zurückzustufen und da pragmatische Lösungen zu finden.

Das zweite große Thema ist die Frage der Gleichbehandlung oder unterschiedlichen Behandlung von ausgeschütteten und von thesaurierten Gewinnen. Auch da ist man auf einem guten Weg. Wir sind uns nur noch uneinig über die genaue Wahl des Instruments. Wir wollen aber, dass Unternehmen – egal, ob Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft –

eine Möglichkeit zur Bildung einer Investitionsrücklage – wie auch immer das genannt wird – eingeräumt wird, damit sie die Möglichkeit haben, Gewinne anzusparen, um dadurch Investitionskraft zu schöpfen.

Der dritte Punkt: die große Reform bei der Gewerbesteuer. Dazu muss ich sagen, dass wir uns in der Diskussion entfernt haben von dem Gedanken einer totalen Abschaffung der Gewerbesteuer, einem völligen Umlegen der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer. Darüber bin ich sehr froh, denn eines kann man nicht wollen: ins Ungewisse hinein einen derart großen Wurf zu machen.

Wir sind uns auch einig, dass alles gut ist, was die Hebesatzmöglichkeiten der Kommunen stärkt. Deshalb finde ich es richtig, über die Grundsteuer C und über eine Modernisierung der Bemessungsgrundlage bei der bestehenden Grundsteuer zu diskutieren. Ich persönlich halte es für vertretbar, das Ansinnen der Stiftung Marktwirtschaft aufzugreifen, auf die bestehenden Einkommensteuerzuweisungen, die die Kommunen pauschal schon erhalten, ein Hebesatzrecht in beschränktem Umfang einzuführen. Das ist kein völliges Umschwenken und bedeutet auch nicht die Abschaffung der Gewerbesteuer, sondern es würde nur eine bestehende Säule der Kommunalfinanzierung mit einem zusätzlichen Hebesatzrecht ausgestaltet werden – unter Beibehaltung einer Gewerbesteuer, die dann kommunale Unternehmensteuer heißt, aber auch ein Hebesatzrecht hat.

Somit stünde die Kommunalfinanzierung auf drei Beinen: der Einkommensteuer mit beschränktem Hebesatzrecht, einer reformierten Gewerbesteuer mit Hebesatzrecht und weiterhin einer Grundsteuer A, B, C oder nur B, C – ebenfalls mit Hebesatzrecht. Das wäre ein ganz tolles Instrumentarium für die Kommunen, eine sehr ausgewogene Finanzierung auf breiter Grundlage.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dazu gehört aber auch, dass bei einer kommunalen Unternehmensteuer einem Verlust von Steuersubstrat entgegengewirkt wird. Genau an diesem Punkt muss die Große Koalition eifrig feilen. Denn selbst die Stiftung Marktwirtschaft hat in ihrem Modell, das angeblich alle ertragsunabhängigen Komponenten ausschließen soll, eine Lohnsummensteuer – im Ergebnis also doch wieder ein wie auch immer verstetigendes Element.

Wir sind uns also einig. Selbst mit denen, die groß tönen, sie seien massiv gegen ertragsunabhängige Elemente, sind wir uns einig: Auf kommunaler Ebene ist es sinnvoll, das Substrat der Unternehmensbesteuerung zu verstetigen, damit wir in der einen oder anderen Form ertragsunabhängige, stabilisierende Elemente hineinnehmen können. Denn die Kommunen halten Infrastruktur vor, die von der Gewinnsituation der Unternehmen unabhängig ist.

Lassen Sie uns deshalb darüber reden – die Grundsteuer C haben wir im Prinzip schon im Paket –, was wir zur weiteren Verstetigung des Substrats tun können. Ist diese berühmte Zinsschranke richtig? Ist es besser, eine Lohnsummenkomponente zu nehmen?

Für die SPD ist das Entscheidende – deshalb bin ich zufrieden mit dem, was in den Eckpunkten steht –, dass es eine

(Dr. Nils Schmid)

Verstetigung der kommunalen Unternehmensteuer gibt – heiße sie nun Gewerbesteuer oder nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Metzger.

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Herr Präsident! Nachdem die Debatte jetzt so fachlich geworden ist, will ich ein bisschen polemisch werden.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Oh!)

Die Debatte zeigt nämlich auch, wie wir das Steuerrecht – wenn auch durch gut gemeinte Veränderungen – jetzt weiter verkomplizieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau! So ist es! – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/ DVP)

Das ist eindeutig so.

Vor einem Jahr wurde im Bundestagswahlkampf ein Professor aus Heidelberg, der sich eine Steuervereinfachung auf die Fahne geschrieben hatte und der heute schon mehrfach in der Debatte genannt wurde, in der politischen Debatte geradezu verbrannt

(Abg. Ute Vogt SPD: Das darf man doch nicht mehr sagen!)

- "verbrannt" nicht nur von der SPD und uns Grünen, sondern auch von der Union; das muss man Ihnen sagen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

- Sie habe ich ausgelassen; das haben Sie registriert.

(Zustimmung bei der FDP/DVP)

Generalsekretär Kauder von der Union war neben Ministerpräsident Wulff aus Niedersachsen der erste, der diesen Mann – nachdem Frau Merkel ihn in ihr Kompetenzteam geholt hatte – attackiert hat. In einer "Heute"-Sendung des ZDF sagte er am darauf folgenden Sonntag, es widerspräche dem deutschen Gerechtigkeitsempfinden, eine Flat-Tax einzuführen.

Ich sage Ihnen eines: Egal, wohin man auf diesem Globus schaut, und auch dann, Herr Schmid, wenn man zwischen tatsächlicher und nominaler Steuerlast differenziert, gilt: Menschen und Kapital in dieser einen Welt sind mobil. Immer mehr Leistungsträger, auch einkommensteuerpflichtige, verlassen dieses Land, und deren Ertragskraft für unser Steuersystem geht der Republik genauso verloren,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

wie es bei Betrieben der Fall ist, die abwandern, oder bei Leuten, die einfach nicht mehr selbst unternehmerisch tätig werden. Wir müssen die Diskussion auch unter dem Aspekt führen, dass eine Steuervereinfachung auch Leistungsgerechtigkeit im Umgang des Staates mit seinen Bürgern bedeutet.

Auch der Finanzpolitiker Metzger, der Finanzpolitiker Schmid, der Finanzpolitiker Herrmann und wie sie in diesem Haus alle heißen, müssen ein Interesse hieran haben und müssen den Leuten sagen: Wenn ihr vom Staat eine vernünftige Bildung und eine vernünftige Infrastruktur wollt, wenn ihr innere und äußere Sicherheit sowie ein soziales Zusammenleben in der Gesellschaft garantiert haben wollt, dann müsst ihr dem Staat auch etwas geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nur wir Deutschen sind so bescheuert, dass wir mit unserem Steuerrecht nominal hohe Tarife generieren, unter der Hand für die Betroffenen Ausnahmen machen, wenn es einmal brennt, und uns am Schluss wundern, wenn niemand mehr durchblickt, wenn Steuerberater und Wirtschaftsprüfer ein ordentliches Geschäft machen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die Finanzämter!)

aber ansonsten die Gesellschaft unzufrieden ist. Das ist der falsche Weg. Hier hoffe ich darauf, dass sich gesellschaftlich an dieser Baustelle doch noch einmal etwas ändert.

Ein letzter Satz von mir an die Adresse der Großen Koalition: Sie – SPD und Union – haben mit der Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 auch der steuerpolitischen Reformagenda einen Bärendienst erwiesen. Wissen Sie, warum? Ich nenne Ihnen ein Argument, das in der öffentlichen Debatte zur Mehrwertsteuererhöhung eigentlich nie eine Rolle spielte: Die Verbrauchsteuern in Deutschland – die Mehrwertsteuer beträgt bislang 16 % – sind im internationalen Vergleich noch unterdurchschnittlich. Alle Steuerreformmodelle hatten ganz klar vorgesehen, die direkten Steuern für Unternehmen und Arbeitnehmer zu senken und dafür die Verbrauchsteuern zu erhöhen, weil diese investitionsneutral sind.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Frau Bauer ist anderer Meinung! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Warten Sie doch erst einmal ab! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Keine Einigkeit in der grünen Fraktion!)

Wenn man sich das jetzt anschaut, wird deutlich: Sie haben die 3 % verprasst, und zwar haben Sie sie überwiegend nicht für eine Steuerstrukturreform oder die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet, sondern sie zu zwei Dritteln als Haushaltseinnahmen dem Bundeshaushalt zugeführt. Das finde ich beschämend; und das hat letztendlich Herrn Kirchhof und sein Konzept für lange Jahre in Deutschland unmöglich gemacht. Denn wenn Sie jetzt den gleichen Weg noch einmal wählen wollen und ab Januar nächsten Jahres auf die 19 %-ige Mehrwertsteuer noch einmal eine höhere indirekte Steuerlast drauflegen, dann wird hierbei innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre niemand in der Gesellschaft mehr mitmachen, weil wir bei den Verbrauchsteuern in Europa jetzt durchaus im oberen Mittelfeld angekommen sind. Das ist ärgerlich, und es ist das Gegenteil einer vernünftigen Steuerstrukturdebatte in Deutschland.

(Beifall bei den Grünen)

(Oswald Metzger)

Wenn man konkret wird, Herr Schmid, dann sieht man im Laufe der Jahre, dass es, wenn man steuerpolitisch über die Lager hinaus denkt, ganz schön kompliziert wird. Wir hatten in der Zeit der rot-grünen Regierung als Grüne mächtig Probleme mit der SPD, weil wir – z. B. nenne ich hier Christine Scheel – beispielsweise bei der Erbschaftsteuer ein Privileg beim Betriebsübergang wollten. Wir wissen nämlich aus der Praxis, dass das eine Reihe von Unternehmen betrifft. Im Jahr gibt es in Deutschland ungefähr 70 000 Unternehmensübergänge durch Erbfall mit 680 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir haben, auch als Grüne, natürlich ein Interesse daran, dass diese Betriebe nach dem Tod der ursprünglichen Gründer möglichst weitergeführt werden.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber bisher war die Erbschaftsteuer doch kein Problem!)

Die Stundung der Erbschaftsteuer – wir haben immer das britische Modell als Referenzmodell in der Debatte herangezogen – war jedoch eine ganze Zeit lang unmöglich, weil in den Köpfen vieler Politiker wohl der Eindruck vorherrschte, der Unternehmer wolle zulasten des Steuerzahlers immer nur die schnelle Mark machen. Dieses Denken halte ich für extrem wirtschaftsfeindlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kann nicht den Begriff "Politik für den Mittelstand" im Mund führen und immer wieder darauf hinweisen, wie viele Mittelständler Zehn-, Zwölf- oder Vierzehnstundentage schieben, und dabei stets deren persönliches Risiko betonen, und gleichzeitig diesen Unternehmern durch die Gesellschaft eine Rechnung präsentieren, die lautet: "Nur, weil ihr irgendwann einmal Arbeitsplätze geschaffen habt, habt ihr auf Dauer diesen Menschen einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung zu bieten" – ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass deren Wertschöpfung auch auf der Basis ihrer Arbeitsleistung erfolgt.

In diesem Sinn sind wir als Grüne wirklich Mittelständler, und wir haben in der Fraktion Gott sei Dank auch selbst einige Mittelständler, die wissen, wie das funktioniert.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir auch!)

- Sie auch, das weiß ich.

(Abg. Ute Vogt SPD: Die CDU hat nur Bürgermeister und Landräte! – Gegenrufe von der CDU)

Ich will Sie jetzt nicht an die Wand reden. Ich kenne ja die Strukturen und weiß, wo innerhalb des Parlaments die Beamten am stärksten vertreten sind. Das ist in der Regierungsfraktion der CDU der Fall; das ist keine Frage. Bei uns in der Opposition insgesamt und natürlich auch bei den Liberalen ist das etwas besser.

(Zurufe)

Ich appelliere aber noch einmal an uns alle als Legislativorgan: Wir sollten ein bisschen den gesunden Menschenverstand einschalten. Die Gesetzgebungskompetenz im Steuerbereich, Herr Stratthaus, ist nun einmal eine Kompetenz des Bundes, insofern haben wir heute eine typische Debatte – wenn auch auf Antrag der Fraktion der CDU –, bei der man

Bundespolitik im Landtag diskutiert. Das ist das gute Recht des Landtags, aber im Prinzip ist es ein bisschen L'art pour l'art, was wir hier betreiben; das weiß auch ich.

Trotzdem: Wenn wir in den Steuerabteilungen weniger Juristen und mehr Ökonomen hätten,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

die auch die ökonomischen Auswirkungen des Steuerrechts betrachten würden, dann wäre die Ergiebigkeit unseres Steuersystems eine andere als die, die wir haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das gilt für alle Bereiche!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bei der Unternehmensteuerreform eingeschlagene Richtung stimmt ja, aber es ist noch viel zu viel ungeklärt. Unternehmen brauchen jedoch Sicherheit, zum Beispiel in Bezug auf Vertragsgestaltungen oder auf ihre Jahresabschlussstrategien. Deswegen wäre es höchste Zeit, dass endlich Klarheit herrscht. Vor allem aber kommen die Aktionen, auch im Interesse der Finanzen des Landes und unserer Kommunen, viel zu spät und zu zögerlich.

Der Kollege Schmid hat nun für die Kommunalsteuern ein Modell vorgetragen, das Sie bei der FDP schon lange nachlesen können. Auch was Kollege Metzger gesagt hat, steht bei uns schon lange in Programmen und Entwürfen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das kann nicht sein!)

 Ich hoffe ja, dass man, wenn man schon uns nicht glaubt, es dann wenigstens ihm jetzt glaubt. Dann wäre doch der Sache gedient.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was bei Ihnen in Programmen steht, ist doch völlig irrelevant! Sie setzen es doch nicht um!)

Kollege Herrmann hat von Steuerausfällen gesprochen, ebenso der Herr Finanzminister. Warum dieser fehlende Mut? Es weiß doch jeder: Erst, wenn man endlich etwas tut, wird sich etwas bewegen. Steuerausfälle wird es ohnehin geben. Ich erinnere mich noch: In einem meiner ersten Jahre hier in diesem Landtag hat die Kollegin Kipfer erklärt, bei einer Steuerreform würden so viele Steuern ausfallen, dass wir das nicht machen könnten. Schon ein Jahr später hat der damalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gesagt: Genau diese Steuerausfälle haben wir, obwohl nichts gemacht wurde, nun trotzdem gehabt.

Genauso passiert das jetzt mit dem Hinausschieben der Erbschaftsteuerreform. Es ist ganz klar, Herr Kollege Schmid, auch wenn Sie das nicht glauben: Eine ganze Reihe von Unternehmen werden nicht weitergeführt werden können.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist eine reine Behauptung! Die Studien besagen etwas anderes!)

Sie sagen, die zahlen keine Erbschaftsteuer. Was glauben Sie, was heute ein normaler Mittelbetrieb eigentlich an Betriebskapital hat? Das liegt, wenn es ein einigermaßen vernünftiger Vier- bis Fünfmannbetrieb ist, weit jenseits der Freibeträge. Der hat heute größere Investitionen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben auch die Stundung!)

Wenn die Unternehmen nicht weitergeführt werden, dann hat das Auswirkungen auf die Umsatzsteuer, auf die Lohnsteuer.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber es ist noch keines pleitegegangen!)

auf die Sozialkassen und auch auf die Gewerbesteuer.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Können Sie mir eines zeigen, das wegen der Erbschaftsteuer pleitegegangen ist?)

Dann wurde als weiteres Argument angeführt, dass ja die meisten mittelständischen Unternehmen gar nicht die 42 % zahlen, sondern nur 15 %. Es wurde angesprochen: Ab 100 000 € zahlt man 42 %. Jetzt frage ich Sie: Was ist das denn für ein Einkommen für eine Führungskraft? Wer ist denn heute noch bereit, sich für weit unter 100 000 € rund um die Uhr die ganze Woche hinzustellen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Landtagsabgeordnete!)

– Das ist die eine Ausnahme, genau! Aber von unseren Unternehmern erwarten wir es und sagen dann noch: Wir müssen im Steuerrecht nichts ändern, die zahlen ja eh so wenig. Das ist ja das Trauerspiel, dass unsere Unternehmen heute so wenig verdienen, dass sie keine Steuern mehr zahlen. Wir müssen es endlich schaffen, dass sie wieder Geld verdienen dürfen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber sie sollen nicht an der Steuer verdienen!)

Dann geht es dem Staat und den Unternehmen gut, und wir haben Arbeitsplätze.

Ich kann durchaus damit leben, wenn man die Erbschaftsteuerreform an zehnjährige Fortführung koppelt, und damit meine ich Fortführung der wesentlichen Bestandteile, mit Sicherheit nicht Fortführung mit dem seitherigen Personalstand; das wäre schlicht unwirtschaftlich gedacht. Aber Fortführung der wesentlichen Bestandteile – dafür gibt es ja Kriterien aus anderen Rechtsgründen – ist in Ordnung. Wer früher aufhört, zahlt halt pro rata temporis, was anfällt. Das ist eine vernünftige Lösung.

Dass unser Mittelstand heute so sehr auf Fremdfinanzierung angewiesen ist, liegt übrigens – das macht man sich viel zu wenig klar – an jahrzehntelanger falscher Steuerpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wie oft habe ich einem Unternehmer geraten, er solle endlich einen Gewinn ausweisen, weil sein Eigenkapital laufend am Sinken ist! Dann hat er gesagt: "Dann muss ich Steuern zahlen, und dann habe ich wieder kein Eigenkapital." Das ist das falsche Konzept; wir müssen es endlich ändern.

Übrigens hat genau dieses Steuerrecht die Unternehmen in die Rechtsform der GmbH getrieben mit all den Gefahren, die da bestehen, mit Geschäftsführerhaftung und allem Drum und Dran und zum Teil mit zu versteuernden "falschen" Entnahmen. Das ist ein großes Risiko und wäre völlig unnötig. Wir könnten weit mehr Unternehmer noch als Einzelunternehmer haben, wenn wir nicht so ein kompliziertes Steuerrecht hätten.

Dass man jetzt auch noch die Zinsen zur Besteuerung bei dem hohen Eigenkapital heranziehen wollte, war wirklich der größte Unsinn, und ich bin sehr froh, wenn ich Signale höre, dass dies jetzt nicht mehr vorgesehen ist.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Bringen Sie da nicht etwas durcheinander, Frau Kollegin?)

 Nein, das ist völlig richtig. Vielleicht verstehen Sie es nicht so ganz; das macht aber nichts.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dabei geht es um Fremdkapital, nicht um Eigenkapital!)

- Bitte?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Fremdkapital haben Sie gemeint!)

 Das Eigenkapital ist zu niedrig, und deswegen sind es hohe Zinsen. Sie werden es wohl doch noch verstehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Sie haben doch das Beispiel vom Herrn Finanzminister gehört! Machen Sie doch einen Vorschlag, wie man es machen kann!)

- Ich will jetzt nicht in die Feinheiten gehen.

(Ah-Rufe von der SPD)

Entschuldigung. Ich komme zu wichtigen Punkten. Aber für die Feinheiten haben wir Fachleute.

Das Schlimme ist, dass unser Steuerrecht heute so kompliziert ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, das ist das Problem!)

dass nicht einmal Finanzbeamte es noch verstehen. Wenn schon die Steuergewerkschaft zu mir kommt und sagt: "Macht endlich das Steuerrecht einfacher", dann sollte die Große Koalition schleunigst darüber nachdenken, wie schnell sie dies schaffen kann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber Sie machen es sich gemütlich in der Opposition! Das haben wir gern!)

(Heiderose Berroth)

Eine ganz, ganz wichtige Sache sind Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus. In aller Regel ist der Wiederbeschaffungswert für eine Maschine, eine Anlage heute durch die technologische Weiterentwicklung wesentlich höher

Dringend nötig ist auch die Abgeltungssteuer, weil sie sichere Einnahmen für den Staat bringt.

Zusammenfassend: Es gibt noch viel zu tun. Die FDP hat schon viele Jahre lang stimmige Lösungen erarbeitet und vorgeschlagen, weil wir wissen, dass unser kompliziertes Steuerrecht eines der größten Hemmnisse für Wachstum und Investitionen ist. Deshalb frage ich Sie: Wann kommt in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg eine für die Zukunft tragfähige Lösung bei den Unternehmensteuern und im gesamten Steuerrecht?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schlagen Sie doch einmal etwas vor!)

Schwarz-Rot ist dran, liebe Kollegen von CDU und SPD, tun Sie das Ihre dazu,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, wir tun was!)

dass sich endlich etwas in die richtige Richtung bewegt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Steuerberaterversorgungsgesetzes – Drucksache 14/27

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/360

Berichterstatter: Abg. Dr. Frank Mentrup

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Steuerberaterversorgungsgesetz in seiner Originalausgabe gehört noch nicht zu den kunsthistorischen Schriftsätzen in unserem Land. Das vorliegende Gesetz in seiner Änderung verkompliziert zudem nicht das Steuerrecht, weshalb die CDU-Fraktion dieser beabsichtigten Gesetzesänderung auch zustimmt.

Begründet ist dies mit der Notwendigkeit, das Gesetz an die europäische Gesetz- und Verordnungsgebung anzupassen und die bisherige Altersgrenze für eine Mitgliedschaft aufzuheben. Ein Versorgungswerk hat uns dies entsprechend empfohlen, und es ist auch der Wunsch des Verbands der Berufsständischen Versorgungseinrichtungen. Deshalb sind viele Länder derzeit dabei, dies gesetzlich umzusetzen.

Des Weiteren wird mit der Vereinfachung der Beitragsfestsetzung und mit dem geplanten Wegfall der Genehmigungspflicht für den Haushaltsplan durch das Finanzministerium und zusätzlich durch das Wirtschaftsministerium Bürokratie abgebaut, und es werden viele Verwaltungswege vereinfacht. Das kommt sowohl dem Versorgungswerk als auch dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium und nicht zuletzt dem Rechnungshof entgegen, der sich ebenfalls für diese Vereinfachungen ausspricht. Die Qualität der Fachaufsicht des Finanzministeriums wird durch diese Gesetzesänderung ebenfalls nicht leiden.

Deshalb ist die vorliegende Gesetzesänderung zu begrüßen. Wir sollten ihr zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Versorgungswerk, Herr Kollege Klein, gehört zwar noch nicht zu den kulturhistorisch schützenswerten Gütern. Es könnte sich aber als Sponsor für diese Kulturgüter anbieten, wie wir heute Morgen schon diskutiert haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gute Idee!)

Wir haben es mit einem Gesetzeswerk zu tun, das im Wesentlichen drei Elemente umfasst: die Öffnung der Mitgliedschaft für über 45-Jährige, die Vereinfachung der Beitragsfestsetzung und die Vereinfachung der Rechtsaufsicht. Allen drei Punkten können wir inhaltlich zustimmen.

Die Öffnung der Mitgliedschaft für über 45-Jährige resultiert unter anderem aus Vorgaben des europäischen Rechts. Ich glaube, das Berufs- und Ständerecht in unserem Land wird noch an vielen Stellen Änderungen erfahren müssen, um europarechtlichen Vorgaben zu entsprechen. Insofern ist die vorliegende Gesetzesänderung eine konsequente Umsetzung der europäischen Richtlinie.

Das Versorgungswerk – das geht aus Ihrer Vorlage hervor – ist gleichwohl in sich ausgewogen und verträgt diesen erweiterten Kreis von Mitgliedern, ohne dass es deshalb in eine finanzielle Schieflage geraten würde. Das Versorgungswerk der Ärzte und Zahnärzte hat es vorgemacht; dort funktioniert es ja in ähnlicher Weise.

In gleicher Weise stimmen wir der Vereinfachung der Beitragsfestsetzung zu. Die Beitragsfestsetzung erfolgte bisher durch Bescheid; künftig erfolgt sie durch ein Anmeldeverfahren, wie es etwa bei der Umsatzsteuer schon praktiziert wird. Auch das ist eine sinnvolle und rationelle Regelung.

Schließlich – Herr Kollege Klein hat es ebenfalls angesprochen –: Die Rechtsaufsicht des Finanzministeriums bleibt gewahrt. Deshalb bedarf es sicher keiner besonderen Genehmigungspflicht im Hinblick auf den Haushaltsplan mehr.

(Rainer Stickelberger)

Insgesamt ist es eine sinnvolle gesetzliche Regelung, die sicher auch zur Klarheit und zur Erweiterung des Spielraums der Versorgungswerke beiträgt. Wir begrüßen diese Gesetzesänderung. Für die SPD-Fraktion kann ich deshalb die Zustimmung erklären.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache ist unstreitig. Wir sind uns über die Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung einig.

Die drei wesentlichen Kriterien liegen auf dem Tisch: Es wird ein Hindernis bei der Niederlassungsfreiheit beseitigt, was durchaus im europäischen Sinne ist; das begrüßen wir. Denn Europatauglichkeit ist auch immer ein Thema unserer Fraktion. Im Bereich der Beitragsfestsetzung und im Bereich der Rechts- und Fachaufsicht wird ein irrsinniger Aufwand bzw. eine unnötige Überregulierung zurückgeschnitten; Stichwort Bürokratieabbau. Das sind die drei wesentlichen Stichworte zu diesem Gesetzesänderungsvorhaben.

Bei mir zu Hause in der Kurpfalz sagt man "Die Beer is' gschält", wenn eine Sache weitgehend ausdiskutiert und auf den Weg gebracht ist. Deswegen kann ich mich auf diese Ausführungen beschränken und die Zustimmung unserer Fraktion signalisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Kollegin Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Gesetz bringt erstens eine Flexibilität in der Altersgrenze und damit indirekt auch eine gewisse Wertschätzung älterer Arbeitnehmer, die vielleicht später noch in diesen Beruf wechseln. Es bringt zweitens eine Verwaltungsvereinfachung sowohl beim Staat als auch beim betroffenen Verband oder Versorgungswerk. Und es beseitigt drittens Überregulierung. Das sind drei gute Gründe, diesem Gesetz zuzustimmen, was wir auch tun werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Doch. Herr Finanzminister, Entschuldigung! Einige Kollegen schauen so hungrig, dass ich Sie ganz übersehen habe.

(Heiterkeit)

Finanzminister Gerhard Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Hungerzeit nicht verlängern. Ich bedanke mich, dass Sie alle dem Gesetzesvor-

schlag zustimmen wollen. Damit wäre aus meiner Sicht alles erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hervorragende Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/27.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/360. Ich werde artikelweise aufrufen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: "Der Landtag hat am 11. Oktober 2006 das folgende Gesetz beschlossen:".

Die Überschrift

lautet: "Gesetz zur Änderung des Steuerberaterversorgungsgesetzes". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Gesetz ist einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Mittagspause bis 14:15 Uhr.

(Vereinzelt Oh-Rufe – Abg. Brigitte Lösch GRÜ-NE: Das ist aber großzügig! – Zuruf: Aber heute Abend ist Länderspiel!)

– Heute Abend ist Länderspiel. Trotzdem soll die Unterbrechung bis 14:15 Uhr dauern.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:44 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzten die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg fort.

(Stelly. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

- a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/87
- b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg Drucksache 14/119

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/346

Berichterstatterin: Abg. Sabine Kurtz

- c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Umsetzung der Ganztagsschulkonzeption der Landesregierung – Drucksache 14/121
- d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Durchführung des Ganztagsschulprogramms – Drucksache 14/187

Die Berichterstatterin, Frau Abg. Sabine Kurtz, wünscht nicht das Wort.

Mit aufgerufen sind die zu den beiden Gesetzentwürfen eingebrachten Änderungsanträge, Drucksachen 14/403 und 14/404.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Zeller von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Vergleich zu dem Kind eines Akademikerpaares nur ein Viertel der Chancen, aufs Gymnasium zu kommen. Die Ursachen dafür mögen vielschichtig sein; der Befund ist beschämend. Bildungschancen sind Lebenschancen. Sie dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Darum werde ich immer auf der Seite derer sein, die leidenschaftlich eintreten für eine Gesellschaft, die offen und durchlässig ist und dem Ziel gerecht wird: Bildung für alle.

Dieses Zitat stammt aus der Rede des Bundespräsidenten am 21. September 2006 in Berlin. Genau dieses ist auch die Begründung dafür, dass wir für den deutlichen Ausbau von Ganztagsschulen sind. Sie sind gesellschaftspolitisch, familienpolitisch und bildungspolitisch dringend notwendig. Die SPD hat sich deswegen schon seit vielen Jahren für echte Ganztagsschulen eingesetzt. Mit echten Ganztagsschulen meine ich: Wir sind vor allem für die gebundene Form der Ganztagsschule.

Lange Zeit haben sich CDU und FDP/DVP dagegen gewehrt, und durch das IZBB-Programm des Bundes, das eine Art von Nachhilfeprogramm für die Landesregierung war,

wurden sie alle überrollt. Die Kommunen, die Schulträger erkannten die Vorteile der Ganztagsschule, Vorteile, die auch andere wie Handwerk, Industrie, Eltern und Pädagogen schon längst erkannt haben. Ganztagsschulen bieten bessere Lernbedingungen, bessere Lernmöglichkeiten, sie bieten neue Lernerfahrungen und sind ein Vorteil für alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen.

Inzwischen kann niemand mehr diese Tatsachen leugnen. Deswegen haben Sie – Gott sei Dank – diesen Schwenk vollzogen. Es gibt seit über 20 Jahren Ganztagsschulen in Baden-Württemberg. Es gibt sehr erfolgreiche Schulversuche. Ich war beispielsweise am letzten Freitag in Bodnegg am Bildungszentrum. Ich kann Ihnen sagen – Kollege Locherer kann es bestätigen, wenn ich das so nebenbei sagen darf, Herr Locherer –, dass hier Schülerinnen und Schüler, Lehrer, Eltern, Gemeinderat, Bürgermeister, also alle, von den Chancen, die Ganztagsschulen bieten, begeistert und angetan sind.

Inzwischen gibt es nach Ihren eigenen Darstellungen, Herr Minister, über 500 solcher Ganztagsschulen, und Sie wollen die Zahl dieser Schulen bis zum Jahr 2015 auf eine Quote von 40 % ausbauen. Ich diskutiere nicht über den Weg dorthin. Sie wissen, dass wir da andere Vorstellungen haben, und Sie wissen vor allem, dass die große Zahl der offenen Ganztagsschulen nicht unserer Vorstellung entspricht. Wir wollen die gebundene Form.

Eines ist aber klar: Inzwischen gehören die Ganztagsschulen ganz normal zu unserer Schullandschaft. Das ist richtig und gut so. Aber rechtlich gesehen muss sich jede Schule, die Ganztagsschule werden will, als Schulversuch anmelden, und nach § 22 des Schulgesetzes muss diese Schule dann genehmigt werden. Das heißt, es gibt keinen Normalfall für die Ganztagsschule, obwohl das inzwischen eine normale Schulform ist.

Auch angesichts dieser Größenordnung kann man nicht mehr von Schulversuchen reden. Deswegen haben wir gesagt: Wir brauchen Rechtssicherheit, um für diejenigen, die an einer solchen Schulform beteiligt sind, Klarheit zu haben, was sie erwartet. Insbesondere der Städtetag und der Gemeindetag haben uns zugestimmt und drängen ebenfalls auf diese Rechtssicherheit, damit die Unsicherheit für alle Beteiligten aufhört.

Anlässlich der Beratung unseres Gesetzentwurfs im Schulausschuss hat der Vertreter des Städtetags die entscheidende Frage gestellt, die Sie alle – Herr Schebesta, Herr Minister – nicht beantworten konnten und die da heißt: Was spricht gegen eine gesetzliche Lösung, nachdem die Landespolitik den Ausbau von Ganztagsschulen doch erklärtermaßen vorantreiben will und die weitere Marschrichtung geklärt ist? Was spricht dagegen? Das konnten Sie in der Sitzung nicht erklären, und das können Sie bis heute nicht erklären.

Für den investiven Bereich ist es klar. Da haben wir klare Regelungen, ausgelöst vor allem durch das IZBB. Baden-Württemberg hat immerhin 528 Millionen € erhalten, deren Zahlung die damalige rot-grüne Bundesregierung initiiert hat. Wir alle profitieren davon. Als zweiten Punkt gibt es

(Norbert Zeller)

jetzt das Landesprogramm, das ein Kompromiss ist; ich will das jetzt gar nicht weiter vertiefen. Diese Investitionen sind aber klar.

Was allerdings unklar ist und wo es immer Fragezeichen und Unsicherheiten gibt, ist die Frage des pädagogischen Personals. Wir wollen, meine Damen und Herren, auch in dieser Hinsicht endlich einmal Klarheit haben und die Kommunen und Schulen nicht im Unsicheren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zwar 1 840 Stellen zugesagt, aber wir sind ja nicht sicher, ob die kommen. Ich erinnere nur an Ihre Aussage, Herr Minister, 521 Stellen sollten in den nächsten beiden Jahren nicht mehr besetzt werden. Es gibt also einfach ein Risiko für die Schulträger. Bei der Förderung des Betreuungsbereichs ist eine Kürzung um 5 % vorgesehen. Wer muss dafür aufkommen? Bei den offenen Ganztagsschulen, die Sie favorisieren, sind es vor allem die Eltern und die Kommunen, die dafür aufkommen müssen. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Wir sehen es als eine Landesaufgabe an, das pädagogische Personal an den Schulen zu garantieren. Das darf kein Spielball irgendwelcher Machenschaften sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt haben Sie eingewendet, es stehe ja ohnehin alles unter dem Haushaltsvorbehalt. Das war Ihre Begründung, warum Sie unserem Antrag nicht zustimmen. Aber, meine Damen und Herren, Herr Kollege Röhm, es steht alles unter dem Haushaltsvorbehalt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ach nee!)

Wie wollen Sie denn garantieren – jetzt nehme ich einmal das Sonderschulwesen oder die Gymnasien –, dass die Schulen auch die erforderlichen Lehrkräfte bekommen? Den Organisationserlass erstellen Sie nach genau diesen Kriterien, wie viele Stellen Sie zu verteilen haben. Das kann wohl keine Begründung dafür sein, dass hier der Haushaltsvorbehalt herhalten muss. Das ist meines Erachtens eine Ausrede, und im Grunde genommen hat Ihnen ja auch der Vertreter des Städtetags deutlich den Spiegel vorgehalten. Er sprach sogar von einer babylonischen Regelungsvielfalt und hat zu Recht beklagt, wie das Wirrwarr in der Frage Ganztagsschule für die Beteiligten aussieht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir hier Rechtssicherheit bekommen, Klarheit bekommen. 10 von 13 Flächenländern haben solche Regelungen – klare Regelungen –, und deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf eingebracht.

Der Städtetag hat bei der schriftlichen und der mündlichen Anhörung zu unserem Gesetzentwurf einige Änderungsvorschläge vorgebracht. Denen wollen wir uns nicht verschließen, weil wir diese Regelungen für sinnvoll halten. Deswegen liegt Ihnen auch ein Änderungsantrag vor. Ich bitte Sie, auch diesem Änderungsantrag zuzustimmen, denn die Verantwortung, die Zuständigkeit, das Weisungsrecht und die Gestaltungsmöglichkeit liegen bei der Schule und dem Schulleiter. Die "investiven Sachen" und die Zeit vor und nach diesen verbindlichen Schulstunden sind Angelegenheit der Kommunen.

Jetzt wird immer mit dem Geld argumentiert. Hierzu möchte ich Ihnen gerne aus der bereits zitierten Rede noch kurz einen abschließenden Passus vortragen. Horst Köhler, unser Bundespräsident, sagte in dieser Rede:

Ich weiß um die schwierige Kassenlage der Länder, und ich kenne die Nöte der Haushaltspolitiker. Aber ohne ausreichende und effektive Bildungsausgaben wird der Weg zu gesunden Staatsfinanzen noch schwieriger. Deshalb müssen wir den Mut und die politische Kraft haben, anderes zugunsten der Bildung zurückzustellen. Sie ist die wichtigste Investition, die unsere Gesellschaft und jeder Einzelne tätigen kann. Wer an der Bildung spart, spart an der falschen Stelle.

Und er zitiert in diesem Zusammenhang noch John F. Kennedy:

"Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung – keine Bildung."

In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Gesetzentwurf, weil er genau das zum Ausdruck bringt, weil er für mehr Bildung, für Bildungsgerechtigkeit, für Bildungschancen, für Bildung für alle eintritt und damit ein Beitrag zu einer besseren Bildungspolitik im Land ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Rastätter von der Fraktion GRÜNE hat das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erst einmal ausschnaufen!)

Ich werde doch ausgerechnet bei diesem Tagesordnungspunkt, bei unserem eigenen Gesetzentwurf zur Ganztagsschule, nicht fehlen. Ich bin also rechtzeitig eingetroffen und kann jetzt unverzüglich beginnen.

(Heiterkeit – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Jetzt freuen wir uns! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der Debatte um die Ganztagsschule fangen wir ja nun wahrlich nicht bei Adam und Eva an. Das Thema begleitet uns schon seit vielen Jahren. Die Einrichtung von Ganztagsschulen ist in Baden-Württemberg bereits seit über 20 Jahren ein Thema. Die Ganztagsschule in Baden-Württemberg ist der längste Schulversuch, den wir in der baden-württembergischen Schulgeschichte jemals hatten. Fast 25 Jahre wird die Ganztagsschule in Baden-Württemberg als Schulversuch nach § 22 des Schulgesetzes gefahren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Angesichts der Tatsache, dass keine Evaluation mehr notwendig ist, dass es keine wissenschaftliche Begleitung gibt, dass wir bereits 600 Ganztagsschulen in Baden-Württem(Renate Rastätter)

berg haben, und angesichts der Tatsache, dass ein Ausbau von weiteren 1 000 Ganztagsschulen beabsichtigt ist, kann man doch wahrlich nicht mehr von einem Schulversuch sprechen, sondern hier müssen endlich Tatsachen geschaffen werden. Wir brauchen endlich die gesetzliche Verankerung der Ganztagsschule in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das sieht seit langer Zeit auch der Städtetag so. Der Vertreter des Städtetags, Herr Brugger, hat im Schulausschuss auch sehr eindrucksvoll noch einmal dargestellt, warum insbesondere die Kommunen in unserem Land die gesetzliche Verankerung brauchen. Sie brauchen sie für eine Planungssicherheit, damit die Verunsicherung im Land beendet wird. Sie brauchen sie für eine Rechtssicherheit, und sie brauchen sie vor allem auch, damit sich die Kommunen darauf verlassen können, dass das pädagogische Personal, das ihnen in Absichtserklärungen zugesagt wurde, auch tatsächlich zur Verfügung gestellt wird.

Bei den kommunalen Landesverbänden klingeln alle Alarmglocken, wie Herr Brugger im Schulausschuss gesagt hat; denn die Lehrerstellen, die jetzt durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werden, sollten ja zu einem erheblichen Teil für den Ausbau der Ganztagsschule eingesetzt werden. Wenn 521 Lehrerstellen nicht besetzt werden, haben Sie Ihr erstes Wahlversprechen gebrochen. Diese sollten ja auch den Ganztagsschulen zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, die Fraktion GRÜNE hat einen sehr pragmatischen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Wir regeln, dass die Schulen ein pädagogisches Konzept haben müssen. Wir regeln die Formen der Ganztagsschule. Nach unserem Gesetzentwurf soll es künftig zwei Formen von Ganztagsschulen geben.

Die offene Ganztagsschule soll eine Öffnungszeit von sieben Zeitstunden haben, und Ganztagsschulen mit erschwerter pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung sollen eine Öffnungszeit von acht Zeitstunden haben. Für diese Öffnungszeiten, die das Land festlegt, soll nach unserem Gesetzentwurf auch Schulgeldfreiheit bestehen.

Die kommunalen Landesverbände haben sich ausdrücklich bereit erklärt, über diese geregelten Öffnungszeiten hinweg zusätzlich Betreuungskräfte zur Verfügung zu stellen, für die sie dann auch die Finanzierung und die Verantwortung übernehmen. Ich halte es für einen sehr vernünftigen Kompromiss zwischen den Kommunen und dem Land, dass sich die Kommunen ergänzend beteiligen, dass aber das Land für die Kernzeit der Ganztagsschule, für einen verlässlich geöffneten Zeitraum mit einem integrierten pädagogischen Konzept die Verantwortung übernimmt. Das sind bei der offenen Ganztagsschule sieben Stunden – von 8 bis 15 Uhr. Ich halte es nicht für übertrieben, wenn da die kommunalen Landesverbände vom Land verlangen, seine Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, auch wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Die kommunalen Landesverbände

wollten, dass ihnen ein Initiativrecht, das ja ohnehin schon so im Schulgesetz enthalten ist, zugesprochen wird. Dem haben wir Rechnung getragen. Wir haben außerdem der Forderung Rechnung getragen, dass die Betreuung über die Mittagszeit auch Aufgabe der Schulen ist.

Wir legen Ihnen damit den Beweis vor, dass wir dazu bereit sind, überzeugende Änderungsvorschläge, die in einer Anhörung eingebracht werden, auch aufzunehmen. Damit sind wir beispielgebend für Sie: Kein gutes Gesetz verlässt den Landtag so, wie es eingebracht wurde. So ist es in anderen Bundesländern der Fall.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Beteiligte und Betroffene wirken mit. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie sich einen Ruck! Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf und unseren Änderungsvorschlägen, die von den kommunalen Landesverbänden kommen, zu!

Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir gerade entgegen der Geschäftsordnung debattieren. Bei der Zweiten Beratung eines Gesetzentwurfs richtet sich die Reihenfolge der Sprecher nach der Fraktionsstärke. Nun waren alle Fraktionen wohl der Auffassung, die Reihenfolge richte sich danach, wer die Initiativen eingebracht hat.

Ich habe nur auf diesen Punkt hinweisen wollen, damit wir das nächste Mal die Reihenfolge einhalten, wie sie die Geschäftsordnung vorsieht.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Nachdem es der Präsident merkt, machen wir es schon so!)

- Nein, ich habe es schon gemerkt. Aber alle sind so zügig vorgegangen und dachten immer, es würde so laufen. Dem wollte ich nicht widersprechen. Ich wollte es jetzt nur einmal gesagt haben. Ich bin ja ein sehr duldsamer Mensch.

Herr Kollege Schebesta, Sie haben das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, was sich die Opposition einfallen lässt, um ein Haar in der Suppe unserer guten Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Landesregierung, unterstützt von den beiden Regierungsfraktionen, hat ein überzeugendes Konzept zum Ausbau von Ganztagsschulen. Deshalb, Herr Kollege Zeller: All Ihre Zitate laufen ins Leere.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Es steht Ihnen gut an, dieses gute Konzept auch anzuerkennen. Herr Kollege Zeller, Sie haben heute nicht wiederholt,

(Volker Schebesta)

was Sie noch in der Ersten Beratung gesagt haben: Es handle sich nur um verbale Bekenntnisse.

Sie sollten aufhören, Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen, Entwürfe von Gesetzen, die Sie schon – im Fall der SPD – im Februar 2005 vorgelegt haben, in der neuen Legislaturperiode gleich wieder einzubringen. Sie sollten auch aufhören – wie im Fall der Grünen –, einen Gesetzentwurf vorzulegen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum? Erklären Sie einmal, warum!)

in dessen Begründung Sie die Deputatszahlen und die Beträge, die zur Verfügung gestellt werden sollen, aus dem Programm der Landesregierung abgeschrieben haben.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Sie wissen auch ganz genau, warum Sie Ihre Initiativen jetzt in dieser Legislaturperiode jeweils als einen der ersten Gesetzentwürfe vorlegen. Denn je mehr Zeit in dieser Legislaturperiode vergeht, desto mehr wird man in den Schulen auch von dem guten Konzept umgesetzt sehen. Damit läuft Ihnen natürlich die Zeit weg.

(Zurufe von der SPD)

Dieses überzeugende Konzept der Landesregierung, unterstützt von den Regierungsfraktionen, beinhaltet – deshalb kann man überhaupt nicht von Unsicherheit beim pädagogischen Personal sprechen – zusätzliche Lehrerwochenstunden im Umfang von rund 1 800 Deputaten, die wir im Laufe der nächsten Jahre für den Ausbau von Ganztagsschulen zur Verfügung stellen wollen und mit denen wir 40 % der allgemeinbildenden Schulen erreichen wollen, die dann von diesen zusätzlichen Lehrerwochenstunden profitieren. Das alles ist öffentlich bekannt. Das alles ist seit fast einem Jahr nachzulesen. Deshalb weiß ich nicht, wo Unsicherheit herkommen soll. Das läuft über einen gewissen Zeitraum, was Sie aber auch in Ihren Gesetzentwürfen gar nicht infrage stellen. Auch Sie sagen nicht, dass das alles morgen umgesetzt sein könnte.

Wir setzen dabei einen Schwerpunkt auf Schulen mit besonderer pädagogischer Aufgabenstellung. Wir wollen nun daneben auch Ganztagsschulen in offener Angebotsform mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden unterstützen. Wir haben gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden eine "Investitionsoffensive Ganztagsschule" vereinbart, in deren Rahmen 1 Milliarde € für Investitionsmaßnahmen in den Schulen zur Verfügung stehen, und wir haben das Programm "Jugendbegleiter" mit auf den Weg gebracht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sehr zögernd anläuft!)

mit dem in den nächsten Jahren ein zusätzlicher Impuls für die Ganztagsschulen gesetzt wird. Die Umsetzung dieses Konzepts hat bereits begonnen. In den nächsten Jahren werden weitere Schritte erfolgen.

Wir alle wissen, dass Ganztagsschulen – egal, ob sie mit besonderer pädagogischer Aufgabenstellung oder als offene Formen angeboten werden – nicht nur die Verlängerung von Unterricht am Nachmittag sind. Wir haben – wenn Sie davon sprechen, diese Entwicklung laufe in Baden-Württemberg seit 20 Jahren, möchte ich das anführen – zum Beispiel erst in diesem Jahr mit Jugendbegleitern im Unterricht in solchen Ganztagsschulen begonnen.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Lassen Sie uns Erfahrungen sammeln, daraus lernen und so das gute Konzept weiterentwickeln. Lassen Sie die Schulen ihre Arbeit machen. Legen wir uns nicht schon in einer frühen Phase der Umsetzung dieses Programms fest.

Meine Damen und Herren, ein Hauptgrund, den die kommunalen Landesverbände in der Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen vorgetragen haben, war das Thema Rechtssicherheit. Wenn nun vorgetragen wird, dass damit angeblich eine positive Begründung für einen Gesetzentwurf bestehe, dann ist doch die Frage erlaubt, ob dieses Argument trägt. Rechtssicherheit käme nicht nur daher, dass wir jetzt Ihre Gesetze verabschiedeten; denn der Haushaltsgesetzgeber bleibt weiterhin derjenige, der die Entscheidungen über Stellen und Mittel zu treffen hat. Dazu habe ich auch Ihre Bemerkung von irgendwelchen Machenschaften überhaupt nicht verstanden. Es ist ein normaler parlamentarischer Ablauf, dass das so ist.

Mit diesen Gesetzentwürfen wird eine Rechtssicherheit vorgegeben, die es so nicht gibt.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Für uns steht der klare politische Wille, der im Regierungsprogramm der CDU, in der Koalitionsvereinbarung mit der FDP/DVP, in den Regierungserklärungen und in Aussagen der Regierung zum Ausdruck gebracht worden ist. Dieses Konzept liegt vor. Wir werden das umsetzen. Dazu stehen wir. Darauf können sich alle Schulen, die kommunalen Landesverbände und alle Städte und Gemeinden auch verlassen. Mehr Sicherheit, wie Sie vorgaukeln, kommt durch dieses Gesetz nicht zustande.

Sie haben in der Ersten Beratung und auch im Schulausschuss darauf hingewiesen, dass andere Länder eine gesetzliche Regelung hätten. Es ist aber besser, wenn wir einen klaren politischen Willen zum Ausdruck gebracht haben und ihn konkret mit Zahlen, mit Deputaten und mit Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden, unterlegen.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist besser, als ins Gesetz zu schreiben: Das ist eine Angebotsform, die unter einem Finanzierungsvorbehalt steht, und dann schauen wir im nächsten Jahr, was politisch dabei herauskommt. Lieber eine politische Aussage, zu der wir stehen, als diese Wischiwaschi-Formulierungen, die nicht mehr Rechtssicherheit bringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Also Wischiwaschi kommt immer nur von der Landesregierung und sonst von gar niemandem!)

Wir wollen den Ausbau. Die Umsetzung ist im Gange. Ihr Gesetz ist dafür nicht notwendig. Ich lade Sie dazu ein, wei(Volker Schebesta)

ter mit uns um gute Konzepte in den Schulen und um eine gute Entwicklung der Schulen zu ringen. Dafür brauchen wir das Gesetz, wie gesagt, nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erhält Herr Kollege Kleinmann.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Gesetzentwürfe der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE zur Änderung des Schulgesetzes mit dem Ziel, Ganztagsschulen im Schulgesetz zu verankern, haben wir im Schulausschuss eingehend behandelt. Grundlage der Beratung waren neben den Gesetzentwürfen auch die in der erforderlichen Anhörung hierzu eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände. Für den Städtetag hat – wie Herr Zeller schon erwähnte – Herr Norbert Brugger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zusätzlich zur schriftlichen Stellungnahme auch im Ausschuss noch einmal mündlich Stellung zu nehmen sowie Nachfragen zu beantworten.

Die kommunalen Landesverbände haben zu den Gesetzentwürfen grundsätzlich positiv Stellung genommen und dies unter Verweis auf die von ihnen vertretenen Belange der kommunalen Schulträger begründet. Im Einzelnen sind von ihrer Seite noch Änderungsvorschläge zu den Gesetzentwürfen gemacht worden, die die SPD-Fraktion dann übernommen hat.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren in den Ausbau der Ganztagsschule in einem Maße Bewegung gebracht, wie gerade Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es nicht nur in der Zeit Ihrer Regierungsbeteiligung nicht hinbekommen haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben Bewegung hineingebracht! Doch nicht Sie! Das ist doch lächerlich!)

Sie hätten sich das auch aus der Opposition heraus in dieser Form noch nicht einmal als Ausbauziel vorstellen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da biegen sich ja die Balken! – Unruhe bei der SPD)

Unsere Ziele sind klar. Herr Kollege Schebesta hat darauf hingewiesen. Sie sind nicht nur als Absichtserklärung im Koalitionsvertrag vorhanden, sondern sind konkretisiert in einem detaillierten Ganztagsschulprogramm – entwickelt in Absprache und im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden. Die Umsetzung dieses Programms läuft.

Dass Sie von der Opposition dies im Einzelnen anders haben wollen, ist zweifelsohne Ihr gutes Recht. Wenn Sie von manchem etwas mehr und dies zugleich noch etwas schneller haben wollen, ist das ebenfalls Ihr gutes Recht. Ich korrigiere mich: Es wäre Ihr gutes Recht, wenn Sie hierbei die finanziellen Möglichkeiten des Landes in der gesamtpolitischen Sicht und Verantwortung berücksichtigen würden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen, ganz konkret!)

Nicht zuletzt gilt es auch, die realen Ausbaumöglichkeiten aufseiten der kommunalen Schulträger zu berücksichtigen.

Das Programm läuft. Ich wiederhole mich. Gerade die heute mit zur Beratung stehenden Anträge von SPD und Grünen belegen dies. Es wird Ihnen nicht gelingen, dies kaputtzureden, auch nicht durch unzutreffende Behauptungen wie beispielsweise der, für bestehende Ganztagsschulen nach klassischem Konzept des Landes, also früher sogenannte Brennpunktschulen, wären bei der Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden Kürzungen vorgenommen worden.

Zurück zu den Gesetzentwürfen. Unser Ziel heißt klar und deutlich: Aufbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots von Ganztagsschulen. Für jeden Schüler und jede Schülerin, die das wünschen, soll ein solches Angebot in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen. Rund 40 % der allgemeinbildenden Schulen sollen daher im Ausbaustadium des Programms ein solches Angebot unterbreiten – in der herkömmlichen Form des Landes, soweit es sich um Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung handelt, und daneben in neuer, inzwischen wahrlich oft genug im Einzelnen dargelegter offener Angebotsform.

40 % der Schulen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen: Es wird niemanden hier im Hause geben, der die Vorstellung hat, 40 % der allgemeinbildenden Schulen in einer Form zu führen, die im Schulgesetz so nicht verankert ist. Darüber müssen wir uns hier nicht lange unterhalten.

Warum dann die Beschlussempfehlung des Schulausschusses – der meine Fraktion heute selbstverständlich folgen wird –, die vorliegenden Gesetzentwürfe abzulehnen? In der Beratung im Ausschuss ist eines ganz klar geworden, und zwar gerade durch die mündlichen Ausführungen des Vertreters des Städtetags: Die kommunalen Landesverbände wünschen die Verankerung im Gesetz letztlich aus einem einzigen Grund, nämlich dem, Unwägbarkeiten insbesondere hinsichtlich der Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern bzw. Lehrerwochenstunden zu beseitigen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wissen, warum!)

– Ich weiß, warum. – Aber, meine Damen und Herren, dies kann ein Schulgesetz nicht leisten. Das ist doch der Punkt. Dazu bedarf es nicht einmal eines ausdrücklichen Finanzierungsvorbehalts, der von Ihnen zuvor auch angesprochen wurde und den mit einer Ausnahme alle Bundesländer mit in das Gesetz aufgenommen haben, bei denen die Ganztagsschule bereits im Schulgesetz verankert ist. Haushaltsbeschlüsse sind und bleiben Sache des Parlaments. Eine Verankerung der Ganztagsschule im Schulgesetz ändert hieran überhaupt nichts.

Im Übrigen: Mit der Konzipierung der neuen, offenen Form des Ganztagsschulangebots haben wir – das müssen Sie zugestehen – in der Tat Neuland betreten. Die anhaltende Diskussion über dieses neue Angebot belegt und unterstreicht dies gerade. Es ist nicht nur kein Fehler, sondern umgekehrt geradezu geboten, mit dieser offenen Form zunächst Erfahrungen zu sammeln und Änderungen, die sich vor dem Hin-

(Dieter Kleinmann)

tergrund dieser Erfahrungen möglicherweise als sinnvoll erweisen, nicht durch vorschnelle Festschreibungen im Gesetz zu erschweren.

Meine Damen und Herren, Herr Zeller hat darauf hingewiesen: Die gebundene Ganztagsschule wird die Schule der Zukunft sein. Herr Zeller, ich kann dem nur zustimmen. Es wird in der Tat so sein. In zehn Jahren wird die Schullandschaft wahrscheinlich völlig anders aussehen als heute. Die Ganztagsschule kommt, aber es nützt wenig, sie einfach überzustülpen. Sie muss gründlich vorbereitet sein. Es hängt, wie Sie gesagt haben, auch damit zusammen, welche Betreuungsmöglichkeiten über die professionellen Lehrkräfte hinaus notwendig sind. Ich nenne nur das Stichwort Schulsozialarbeit. Daher wollen wir keinen vorschnellen Schuss.

Die Fraktion der FDP/DVP lehnt heute nach dem derzeitigen Stand der Dinge die Schulgesetzänderung ab. Ich sage Ihnen: Lassen Sie uns noch etwas abwarten.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wie lange brauchen Sie denn noch? – Abg. Reinhold Gall SPD: Noch einmal 25 Jahre!)

Alles Ding währt seine Zeit, Gottes Lieb in Ewigkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rau das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Opposition nun wirklich nicht mehr mit Unterstellungen arbeiten kann, was unsere Absicht, die Ganztagsschulen im Land auszubauen, angeht, zetteln wir heute zum wiederholten Mal eine Debatte über ein Schulgesetz mit dem Ziel an —

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zweite Lesung!)

 Wir hatten den gleichen Entwurf hier bereits vor einem Jahr im Landtag vorliegen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Unserer ist anders!)

 Der von den Grünen ist neuer. Die SPD hat den gleichen Entwurf wieder gebracht.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Ich glaube, dass es keine Debatten sind, die uns auf dem Weg der Entwicklung der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg irgendwie voranbringen. Unsere Absicht ist klar, und unsere Taten sind klar.

Wir haben mittlerweile 616 Ganztagsschulen im Land Baden-Württemberg eingerichtet. Wir haben den Ausbauplan für die Schulen mit besonderen sozialen und pädagogischen Aufgabenstellungen realisiert. Wir haben deutlich gemacht, was wir in der neuen Legislaturperiode in diesem Bereich weiterentwickeln werden und wie wir diese Entwicklungen durch entsprechende Ressourcen unterfüttern wollen. Unse-

re Absichten sind auf dem Tisch, und die Realisierung läuft seit einiger Zeit. Auch das ist klar.

Auf der anderen Seite halte ich es durchaus für notwendig, dass in einer solchen Phase der Entwicklung die Dinge nicht zu fest gezurrt werden, sondern dass wir gerade in Schulentwicklungsfragen Spielräume haben, damit Schulen sich entsprechend ihren Bedarfen unterschiedlich entwickeln können. Ich muss nicht eine bestimmte Schulform festschreiben, wenn ich den Schulen gleichzeitig die Möglichkeit geben will, auf die örtlichen Situationen zu reagieren. Deswegen ist es wichtig, dass wir diesen Prozess, der in Gang gebracht ist und der auch in der Realisierung durch entsprechende materielle Absichten und Beschlüsse des Kabinetts unterfüttert ist, in großer Offenheit weiterführen können.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie mit diesem Gesetzentwurf tun, ist, eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen infrage zu stellen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gerade nicht!)

Ich halte es durchaus für richtig, dass die Schulträger ein Interesse daran haben müssen, das sie auch durch eigenes Engagement begründen, eine solche Schule in ihre Gemeinde bekommen zu können.

Was hat das IZBB-Programm des Bundes angerichtet?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja unglaublich, das so zu formulieren! Sie können doch froh sein, dass das gekommen ist! Sonst hätten Sie doch gar nichts gemacht!)

Es hat Investitionspläne auf den Weg gebracht, die so überhaupt nicht notwendig waren.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

In der Zwischenzeit haben eine ganze Reihe von Antragstellern ihren Zuwendungsbescheid zurückgegeben, weil sie gemerkt haben, dass sie sich dabei auf Konzepte eingelassen haben, die in den Folgekosten viel zu teuer sind.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn Sie Ihre Hausaufgaben richtig gemacht hätten und die Kommunen mit den Folgekosten nicht allein gelassen hätten, gäbe es das Problem nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Weil sie Ihre Lücken füllen müssen! Das ist das Problem dabei!)

Andere haben Investitionen vorgenommen, die man nur bei 90 % Bezuschussung überhaupt vornimmt.

Deswegen haben wir uns mit den Kommunen zusammengesetzt und etwas Tragfähiges mit zeitlicher Perspektive und klaren inhaltlichen und materiellen Absprachen auf den Weg gebracht. Das Investitionsprogramm, das im Land Baden-Württemberg für die nächsten neun Jahre verabredet ist, umfasst insgesamt 1 Milliarde €,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das meiste zahlen die Kommunen!)

(Minister Helmut Rau)

und alle können sich darauf verlassen, dass sie nicht hinter diesem Geld herrennen müssen, sondern dass sie dieses Geld dann auch wirklich verfügbar haben werden, wenn sie es abrufen wollen.

Wir haben in diesem Jahr, im ersten Jahr, in dem das Programm läuft, praktisch eine Deckung zwischen dem, was im Haushalt bereitgestellt ist, und den Beträgen, die sich aus den konkreten Anträgen ergaben, erreicht. Dadurch zeigt sich, dass das Programm, welches das Land aufgestellt hat, wirklich sachgerecht ist.

Als weitere Auswirkung dessen, was entstünde, wenn Ihre Gesetzentwürfe eine Mehrheit finden würden, ergäbe sich ein Rechtsanspruch für Schülerinnen und Schüler auf einen Platz in einer Ganztagsschule. Da wir aber einen Ausbauplan haben, können wir diesen Rechtsanspruch heute nicht garantieren. Die Absicht ist, dass wir zu einer flächendeckenden und bedarfsorientierten Landschaft an Ganztagsschulen im Land kommen. Aber wir wissen, dass wir dafür Zeit brauchen, übrigens auch im Interesse der Träger. Deswegen kann man hier heute nicht einen Gesetzentwurf zur Abstimmung bringen, durch den praktisch ein Rechtsanspruch für die Schülerinnen und Schüler entstehen würde und wir gezwungen würden, hinter Rechtsansprüchen herzurennen, anstatt einen systematischen Ausbau gemeinsam mit den Trägern voranzubringen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Das scheint mir ein ganz wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Zeller hat dann noch ein paar wohlfeile Sätze zitiert, wie wichtig es sei, dass man Geld für die Bildung bereitstelle. Das wissen wir ganz genau. Rund ein Viertel des Landeshaushalts, 7,5 Milliarden €, fließt in den Etat des Kultusministeriums. Weitere Milliarden fließen in den Etat des Wissenschaftsministeriums. Dieses Land liegt beim Anteil der Ausgaben für Bildung, Forschung und Ausbildung mit Abstand an der Spitze unter allen Bundesländern in Deutschland. Kein anderes Land kommt auf über 40 %. Wir liegen bei Mitte 40 %. Also sparen Sie sich die wohlfeilen Sätze! Wir kennen unsere Verpflichtungen, und wir nehmen sie auch wahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur A b s t i m m u n g.

Wir kommen zuerst zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 14/87. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/346. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zu dem Gesetzentwurf liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/403, vor. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Erhebt sich Widerspruch dagegen, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich jetzt den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 14/87, insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Gesetzentwurf wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Gesetzentwurf der Fraktion GRÜ-NE, Drucksache 14/119. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport schlägt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 14/346 vor, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Auch zu diesem Gesetzentwurf liegt ein Änderungsantrag vor, nämlich der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/404. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen.

Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE im Ganzen. Wer für diesen Gesetzentwurf ist, der möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über den Antrag der Fraktion GRÜ-NE, Drucksache 14/121, und den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/187, zu befinden. Da es sich um zwei Berichtsanträge handelt, gehe ich davon aus, dass beide Anträge erledigt sind. Können wir so verfahren? – Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik": Politik für ältere Menschen – Drucksache 14/58

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Altpeter das Wort.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In ihrer Koalitionsvereinbarung haben CDU und FDP angekündigt, die Ergebnisse und die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Demografischer Wandel", wie es so schön, aber auch wachsweich formuliert ist, "möglichst weitgehend" zu berücksichtigen. Die SPD-Fraktion hat deshalb diese Große Anfrage sehr schnell zu Beginn der Legislaturperiode eingebracht, weil wir wissen wollten, ob und inwieweit die Landesregierung bereit ist, Konsequenzen aus den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zu ziehen.

Die Beantwortung dieser Großen Anfrage war für uns auch die Nagelprobe, ob die Ernennung einer Beauftragten für (Katrin Altpeter)

den demografischen Wandel im Kabinett tatsächlich zu Veränderungen in der Politik der Landesregierung führt oder ob die neu geschaffene Position ähnlich wie bei den früher installierten Beauftragten der Landesregierung nur dazu dient, Altbekanntes und Allzubekanntes in ein neues Mäntelchen zu hüllen und wieder zu verkünden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Genau!)

Wenn man nun die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betrachtet, dann muss man sehr klar feststellen, dass die Landesregierung nicht bereit ist, dem Thema "Demografischer Wandel" landespolitisch den Stellenwert einzuräumen, der diesem Zukunftsthema zukommt, und dies, obwohl wir in der profitablen und komfortablen Lage wären, die Erfahrungen, die in anderen Bundesländern bereits gemacht wurden, weil man dort mit dem demografischen Wandel sehr viel weiter ist, hier einzubauen.

Die Landesregierung beschränkt sich bei diesem Thema weiter darauf, lediglich aufzuzählen, was in einzelnen Bereichen der Landespolitik irgendwie, vielleicht auch noch ganz entfernt, mit dem Thema "Demografischer Wandel" zusammenhängt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Alles hat damit zu tun!)

Mit anderen Worten: viel Zustandsbeschreibung, aber von Zukunftsentwürfen keine Spur.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bereits die Arbeit der Enquetekommission hat darunter gelitten, dass insbesondere die CDU sich geweigert hat, aus der Analyse der Herausforderungen des demografischen Wandels konkrete landespolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die CDU wollte lieber im Unverbindlichen bleiben, und beliebig gehaltene Prüfaufträge waren schon das Maximum an Vorgabe, die die CDU der Landesregierung machen wollte. Wenn nicht ab und zu – und das sage ich an dieser Stelle sehr gerne – der Vertreter der FDP/DVP in der Enquetekommission mit uns gestimmt hätte, dann wäre die Arbeit dieser Enquetekommission ohne eine einzige konkrete Handlungsempfehlung beendet worden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wohl wahr! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So ist es!)

Diese für das Thema schädliche Politik setzt sich in der Antwort der Landesregierung fort, indem sie selbst dort Konzepte verweigert, wo aufgrund der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission – und es sind, wie gesagt, wenig genug – konkrete Arbeitsaufträge erteilt wurden. Mit dieser Verweigerungshaltung wird die gesamte Kommissionsarbeit im Nachhinein infrage gestellt.

Nimmt man die Antwort auf unsere Große Anfrage zum Maßstab, dann war die Bestellung einer Demografiebeauftragten im Landeskabinett überflüssig. Man braucht keine Staatsrätin mit Kabinettsrang, um aufzulisten, was in einzelnen Ressorts sowieso schon gemacht wird, ohne dass dabei neue landespolitische Impulse gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich möchte noch auf einige Bereiche eingehen, in denen speziell der landespolitische Aspekt eine Rolle spielt, insbesondere auf den Themenbereich des bürgerschaftlichen Engagements. Die Kommission hat beschlossen, dass die Landesregierung den Auftrag bekommen soll, eine Gesamtkonzeption zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln, die alle Bereiche des ehrenamtlichen, freiwilligen und selbst organisierten Engagements der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg umfasst und die durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht nur eine effiziente Koordination und Vermittlung der Engagierten ermöglicht, sondern auch durch eine zielgruppenspezifische Ansprache mehr Bürger und Bürgerinnen für eine Tätigkeit in diesem Bereich gewinnen hilft.

Was bekommen wir zur Antwort, meine sehr geehrten Damen und Herren? Viel Lyrik zum Thema Ehrenamt, aber keinerlei konkrete Aussage, wie eine solche Gesamtkonzeption aussehen soll.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie üblich!)

Im Gegenteil: Die Landesregierung verzettelt sich in diesem Bereich weiter in alten Ressortrivalitäten. Die Stabsstelle "Bürgerschaftliches Engagement" im Sozialministerium und der Ehrenamtsbeauftragte im Kultusministerium

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

sollen wie bisher munter nebeneinander und gelegentlich auch gegeneinander schaffen. Daran erkennt man, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es offensichtlich überhaupt nicht gewollt ist, das bürgerschaftliche Engagement zum einen zusammenzufassen, zu bündeln, effizienter zu gestalten, zum anderen aber auch mehr Menschen aus diesem Land dafür zu gewinnen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir wissen, dass sich die Strukturen sehr verändern und wir zukünftig mehr bürgerschaftlich Engagierte brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Man sieht an dieser Stelle sehr deutlich: Immer dann, wenn es ernst wird mit der Förderung bestimmter Dinge, kneift die Landesregierung. Man könnte auch sagen: Viel Lärm um nichts und noch mehr Lärm um überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat nun Herr Kollege Raab von der CDU-Fraktion.

Abg. Werner Raab CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der demografische Wandel ist eine Herausforderung an die gesamte Gesellschaft, an alle Generationen, an alle die, die sich noch nicht, gerade oder nicht mehr im Arbeitsprozess befinden, an alle, die Verantwortung in der Wirtschaft, in der Politik, in der Verwaltung, im gesellschaftspolitischen Bereich und überall dort tragen, wo Zukunftsentscheidungen getroffen werden. Vor allem ist die ständige Auseinandersetzung nicht nur mit den Problemen, Frau Kollegin, son-

(Werner Raab)

dern auch mit den Chancen zu führen, die uns mit Zuversicht in die Zukunft schauen lassen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann tun Sie es doch endlich! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

- Ich komme noch darauf.

Die hervorragende und richtungweisende Arbeit der Enquetekommission ist eine gute Grundlage für unser Handeln. Die auf sie bezogene Große Anfrage, die wir heute zum Gegenstand der Befassung haben, bringt dies deutlich zum Ausdruck

Was können wir für unsere parlamentarische Arbeit nutzen? Zum einen die Erkenntnis, dass die Landesregierung und die sie tragende Koalition eine Vielfalt von Initiativen ergriffen haben, Politik für ältere Menschen zu gestalten. Mehr noch: In der gesamten Legislaturperiode bleibt die Bewältigung des demografischen Wandels auf der Agenda aller Ministerien und Landesbehörden. Daher begrüßt die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich die Einsetzung der Kabinettsausschüsse für demografischen Wandel und Seniorenpolitik sowie für den ländlichen Raum. Diese Einsetzung wurde am 29. August dieses Jahres beschlossen. Jetzt so zu tun, als ob man Ergebnisse zeitigen könnte, wie sie bis zum Ende der Legislaturperiode zu erwarten sind, geht, glaube ich, wirklich an dem Thema vorbei.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

In allen Fragen müssen auch die kommunalen Partner einbezogen werden. Denn es gilt auch hier der angelsächsische Grundsatz: All is local.

Angeregt und oftmals pilothaft anfinanziert, sind viele Projekte im Land entstanden, die Vorbildcharakter haben und auch dazu beigetragen haben, dass sich in Baden-Württemberg so viele Menschen im Ehrenamt engagieren. In keinem anderen Bundesland sind mehr Menschen im Ehrenamt engagiert als hier in Baden-Württemberg. Tun Sie doch nicht so, als ob nichts geschehen wäre und nichts geschehen würde!

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen: Jeder, der im Ehrenamt engagiert ist, fühlt sich von dem, was Sie hier vorgetragen haben, ins Gesicht geschlagen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Das stimmt doch gar nicht!)

Kompetenzen und Erfahrungen insbesondere älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben zu erhalten, um damit Wertschaffungspotenziale zu sichern, muss unsere Aufgabe sein. So wichtig wie die Ausbildung von qualifiziertem Berufsnachwuchs wird in naher Zukunft die Erhaltung des Arbeitspotenzials älterer Mitarbeiter sein. Nicht mehr Frühverrentung ist das Gebot der Zukunft, sondern stetige Qualifizierung aller Arbeitnehmer. Wenn wir unseren Rang als Exportland halten wollen, müssen wir die Quote der Erwerbstätigen über 55 Jahre mindestens auf den OECD-Durchschnitt von 51 % bringen. Derzeit beträgt sie nur 39 %.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Einrichtungen für ältere Menschen ist eine Selbstverständlichkeit. Auch hier ist die örtliche Planung auf Gemeinde- und Kreisebene unverzichtbar. Dort werden die Entscheidungen getroffen: bedarfsgerecht. Auf dieses Wort lege ich größten Wert.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wo bleibt das Land?)

Die Erfahrung lehrt, dass zunehmend privates Kapital in diese Aufgaben hineinfließt, und in jedem Kreistag werden Sie dies in den Diskussionen hören. Meine persönlichen Erfahrungen auf diesem Gebiet lassen mich zu der Aussage kommen, dass genügend private Investoren vorhanden sind und sich der Staat somit langsam, aber berechenbar aus dieser Finanzierung zurückziehen kann, ohne dass die Qualität und die Quantität darunter leiden würden.

Ein besonderes Augenmerk unserer Politik muss auf die Demenzerkrankten gelegt werden. Auch hier gilt es, Betreuungskonzepte zu finden, auch das Ehrenamt ein Stück weit einzubinden. Wir haben in unserer Stadt ein hervorragendes Konzept, mit dem wir Menschen ertüchtigen, sich in diesem Feld Kenntnisse anzueignen, um auf der einen Seite zu helfen, wo es notwendig ist, und auf der anderen Seite selbst zu erkennen, wo sich unter Umständen in einer Familie dieses Problem auftut.

Es wird in allem, was wir in den kommenden Wochen in der Haushaltsplanberatung zu besprechen haben, darauf zu achten sein, dass die vielen guten Ansätze erhalten bleiben und dass wir uns, wie ich vorhin schon sagte, dort herausnehmen, wo der Markt es regelt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Vieles wird sich verändern müssen, aber einen Vorteil haben wir: Die Wanderungsgewinne in Baden-Württemberg sind höher als in anderen Bundesländern, und deshalb wird sich der demografische Wandel hier nicht so brutal bemerkbar machen. Wir müssen nur eines tun: Wir müssen den roten Faden unserer Politik fortspinnen. Wir müssen von der Wirtschaft in deren eigenem Interesse unterstützt werden. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement mitnehmen und dürfen sie nicht angreifen. Die Verwaltung muss sich auf diese Entwicklung fokussieren. Und wir müssen uns viele innovative Gedanken machen, auch bezogen auf die Gesetzgebung. Dann werden wir es schaffen, auch auf diesem Politikfeld eine herausragende und damit beispielhafte Rolle in unserem Land zu spielen. Wir sind es unseren alten Menschen und den Kindern schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme mit der CDU überein, wenn sie sagt: Wir brauchen eine Generationenpolitik; wir brauchen eine Politik, die sowohl für die Jungen als auch für die Alten gedacht ist. Ich stimme auch darin überein, dass es in dieser Gesellschaft ein Klima braucht,

(Bärbl Mielich)

das sich verändert und ganz anders ist als das momentane, in dem demografischer Wandel eher als Krise oder als Makel bezeichnet wird. Ich finde, dass es ganz wichtig ist, dass wir sagen: Wir brauchen eine Generationenpolitik, die wirklich alle Menschen betrifft und die vor allem auch die Chancen und das Potenzial, das sich da bietet, nutzt.

Ich meine aber, dass wir dieses Klima erst einmal schaffen müssen. Da hat, finde ich, die Enquetekommission einiges geleistet. Ich bin ja neu hier in diesem Parlament und habe die Arbeit in der Enquetekommission nicht mitbekommen; um so spannender fand ich, ihren Bericht und die Große Anfrage zu lesen. Das, was sozusagen als Geist dieser Enquetekommission herausgekommen ist, kann ich unterstreichen. Ich kann unterstreichen, dass sehr viel Aufmerksamkeit auf die unterschiedlichen Felder gelegt wird, dass sehr viele Ideen vorgelegt und Vorschläge gemacht werden, was man letztendlich tun soll und tun muss.

Wenn ich diese Große Anfrage und die Antworten auf die ganz konkreten Fragen, die darin gestellt werden, lese, stelle ich mit Entsetzen fest, dass da ganz viel Lyrik enthalten ist, dass es da ganz viele Absichtserklärungen gibt, dass aber konkret letztendlich überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will das einmal an einzelnen Beispielen auftun. Sie sagen z. B., man müsse ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern. Klar. Das unterstütze ich voll. Jetzt stellt sich nur die Frage: Wie?

(Abg. Werner Raab CDU: Daran müssen wir arbeiten!)

– Ja. – Wie machen wir das denn jetzt? Dann heißt es: Na ja, das ist erst einmal Aufgabe der Unternehmen. Einverstanden. Aber die müssen natürlich auch unterstützt werden. Dann heißt es, es gebe Förderprogramme. Toll! Wenn ich schaue, was für Förderprogramme es wirklich gibt und wie viele Förderprogramme es gibt, dann lese ich, es gebe 22 Förderfälle mit insgesamt 42 teilnehmenden Personen. Da kann ich sagen: Das, was da auf den Weg gebracht wird, ist ja wirklich eine Maus oder eine Mücke, kann man besser sagen, also wirklich ein Minimum dessen, was gebraucht wird.

Ich will noch ein paar andere Punkte ansprechen. Von Ihnen, Herr Raab, aber auch von Frau Altpeter ist gerade das Thema "Ehrenamtliches Engagement" angesprochen worden. Das ist ja in Baden-Württemberg immer der Top-Renner. Bei sämtlichen öffentlichen Terminen wird darauf hingewiesen: 42 % der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, so viel wie nirgendwo sonst in der ganzen Republik. Das ist wirklich toll - das finde auch ich -, und das muss man unterstützen. Dann muss man es aber auch wirklich unterstützen, also wirklich einmal Taten folgen lassen. Dann darf man aber nicht bei Freiwilligkeitsleistungen immerzu kürzen! Man muss einfach einmal sagen, dass es z. B. im Doppelhaushalt 2005/2006 eine komplette Kürzung bei der ambulanten Altenbetreuung gegeben hat, dass z. B. die Landeszuschüsse für die Fort- und Weiterbildung für die Mitarbeiter in der Altenhilfe ebenso komplett gekürzt worden

Dazu muss man sagen: Das kann so nicht sein. Wenn wir A sagen, wenn wir also bürgerschaftliches Engagement wol-

len, müssen wir natürlich auch B sagen und dann auch die entsprechenden Strukturen zur Verfügung stellen, aber auch die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, um das bürgerschaftliche Engagement tatsächlich zu unterstützen. Denn – und das sagen auch alle Leute, die sich ehrenamtlich engagieren – es geht natürlich auch um eine Anerkennung und eine Wertschätzung, aber letztlich auch darum, dass Strukturen geschaffen werden, die das bürgerschaftliche Engagement insgesamt erleichtern.

Gerade bei einem Thema wie der Altenbetreuung ist es total wichtig, Nachbarschaftshilfe zu organisieren. Das ist gerade im ländlichen Raum ein ganz wichtiger Punkt, z. B. bei der ambulanten Pflege. Dann muss man die aber auch unterstützen! Da kann man doch nicht einfach die Strukturen kaputt machen, sondern muss denen auch Mittel zur Verfügung stellen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei der Familien- und der Dorfhilfe ist es ganz genauso. Da kann man, finde ich, nicht einfach hingehen und sagen: Wir machen nur diesen ersten Schritt, und den zweiten machen wir nicht. Es darf also nicht so sein, dass wir nur sagen, was wir alles toll finden und welche tollen Maßnahmen wir ergreifen wollen, dass aber dann, wenn es letztendlich darum geht, auch die Strukturen zu unterstützen und die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, leider nichts passiert.

Dann kommt noch so ein Punkt, bei dem sich dieses Land und diese Landesregierung von Baden-Württemberg, denke ich, kleiner machen, als es eigentlich nötig wäre. Es ist z. B. völlig klar, dass wir ein neues Heimrecht brauchen, und durch die Föderalismusreform haben wir auch tatsächlich die Chance, ein neues Heimrecht auszugestalten. Aber dann heißt es, bei der ambulanten Pflege sei gar nicht unbedingt das Heimrecht, sondern das Leistungsrecht das Thema. Dann sagen ich Ihnen: Machen Sie doch einmal Nägel mit Köpfen! Machen Sie doch einmal eine Bundesratsinitiative mit der Zielsetzung, dass die Pflegeversicherung Bestandteil der Krankenversicherung wird! Sie haben im Bundesrat die Mehrheit. Sie könnten das hinkriegen. Dann gäbe es diese großen Verwerfungen vor Ort nicht, wenn es darum geht, tatsächlich die Leistung für die betroffenen Menschen zu bezahlen.

Ich finde – und das ist das Fazit; damit komme ich zum Schluss –, wenn wir die Vorschläge der Enquetekommission wirklich ernst nehmen, dann müssen wir hingehen und sagen: Bei den kommenden Haushaltsberatungen kürzen wir nicht bei den Freiwilligkeitsleistungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Das ist der Punkt 1.

Punkt 2: Wir nehmen dieses Monitoring-Verfahren, das bei der Enquetekommission verabschiedet worden ist, sehr ernst. Daher müssen wir bei der Umsetzung all dieser geplanten Maßnahmen auch die Organisationen und die Initiativen vor Ort mit ins Boot holen und sagen: Wir brauchen ein gemeinsames Konzept, um dann tatsächlich auch für die Menschen, für die Kinder, für die Familien und für die Alten vor Ort ein gutes Konzept hinzukriegen.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass sich in der Enquetekommission "Demografischer Wandel" teilweise auch fraktionsübergreifende Mehrheiten zu bestimmten Sachfragen gebildet haben. Ich darf schon noch einmal daran erinnern, dass ich nach wie vor dankbar bin, dass der Vorschlag der FDP/DVP-Fraktion, diese Enquetekommission überhaupt zu installieren, ganz breite Zustimmung gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

– Ja, das darf man ja noch einmal sagen.

Jetzt zum Verständnis dieser Enquetekommission: Ich war auch der Meinung, dass es nicht sein kann, dass man viel Lyrik zusammenträgt und dass man das dann am Ende der Legislaturperiode in der Schublade verschwinden lässt, in der man, wenn man einmal bei der Vorbereitung von Grußworten ist, wenn man bei Senioren oder sonst wo redet, noch einmal nachguckt, was wir denn damals hierzu gesagt haben. Vielmehr haben wir in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass wir zur Mitte der Legislaturperiode einmal eine Bestandsaufnahme machen, was zu Beginn dieser Legislaturperiode Stand der Dinge war und was wir von den Empfehlungen der Enquetekommission umgesetzt haben.

Ich finde es auch richtig, dass wir in Person der Frau Professor Hübner eine Staatsrätin für die Aufgabe der Leitung des Kabinettsausschusses "Demografischer Wandel und Seniorinnen/Senioren" benannt haben, der in der Tat alles, was mit demografischen Entwicklungen zusammenhängt – das sind eigentlich mehr oder weniger alle Politikfelder – an einer Stelle konzentriert und dann in einer Art Monitoring überprüft, inwieweit die Konsequenzen, die wir ja gemeinsam in der letzten Legislaturperiode erkannt und beschlossen haben, auch in reales Gesetzeshandeln umgesetzt werden

Aber, liebe Kollegin Altpeter, so arg viele Sitzungen hatten wir noch nicht – die Legislaturperiode ist noch relativ jung –, und deshalb tue ich mich ein bisschen schwer, jetzt schon zu sagen, sie habe eigentlich bisher keinen Erfolg gehabt. Schon jetzt ein Urteil diesbezüglich zu fällen – vor einem knappen halben Jahr hat sie überhaupt erst mit ihrer Arbeit begonnen, und wir haben in dieser Legislaturperiode bisher noch relativ wenige Gesetze verabschiedet – halte ich nun in der Tat für verfrüht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Fangen Sie doch endlich mal an! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Zweiter Punkt, zum Selbstverständnis: Wer geglaubt hatte, als Opposition ein schönes Nachschlagewerk zu haben, um bei Haushaltsberatungen sagen zu können: "Das könnten wir noch machen, und das könnten wir noch machen" – sprich noch mehr Geld und noch mehr Geld –, der hat das missverstanden. Die Enquetekommission hat vielmehr gesagt, dass es darauf ankommen wird, dass wir die faire Verteilung von Lasten zwischen den Generationen im Auge be-

halten. Wenn wir uns hier und auch in der Koalition über eines einig sind, dann ist es das: Wenn wir irgendwo mehr Geld brauchen, dann lasst uns erst einmal nachschauen, ob wir möglicherweise an anderen Stellen bestimmte Dinge, die einmal richtig waren, verändern können, bevor wir über Schulden neue Dinge draufsatteln. Das wird so nicht gehen. Das also auf jeden Fall als Prämisse.

Jetzt will ich konkret etwas – man hat ja nicht so furchtbar viel Zeit bei diesem umfänglichen Thema – zum Thema "Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" sagen, das Sie zu Recht sehr in den Mittelpunkt gestellt haben.

Hierzu muss ich nun sagen: Wer jetzt das, was an vielfältigen Maßnahmen hier geschildert wurde – man kann ja alles nachlesen –, was insbesondere der Wirtschaftminister bisher schon zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht hat und was ja beschlossen ist – dass man in der neuen Förderperiode ESF-Mittel gezielt eher in diesem Bereich einsetzen wird –, kleinredet, der muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass das natürlich zunächst einmal originäre Aufgabe der Betriebe ist und übrigens auch Aufgabe des Landes ist, dort, wo es Arbeitgeber ist. Ich kann den Leuten nicht erzählen: "Ihr müsst künftig länger arbeiten", ohne dafür zu sorgen, dass sie gesundheitlich und durch Entwicklungen in der Berufswelt dazu befähigt werden, tatsächlich länger zu arbeiten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen will ich einfach einmal daran erinnern, dass wir z. B. dort, wo es uns angeht, nämlich bei Lehrern, intelligente Ansätze finden müssen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kürzungen bei der Weiterbildung!)

wie wir den Trend stoppen können, dass Menschen mit Burn-out-Syndrom vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden müssen. Wir müssen jetzt aufgrund der Vorschläge, die z. B. auch von der GEW vorgelegt werden, schnell in die Gänge kommen, dass wir dies tatsächlich tun.

Im Übrigen ist das zunächst einmal originäre Aufgabe der Betriebe, der Wirtschaft, weil sie daran ein Eigeninteresse haben muss. Aber es muss uns auch gelingen, in der politischen Diskussion klarzumachen: Es kann nicht sein, dass ihr ab einem bestimmten Alter sagt: "Ach, den brauchen wir nicht mehr lange; es lohnt sich nicht mehr, ihn fortzubilden." Es wäre ein Skandal, wenn man so denken würde. Aber man hat offensichtlich teilweise so gedacht, und dort, wo dies so ist, müssen wir das ändern. Politik ist auch dazu da, bewusstseinsbildend zu wirken und dann auch dafür zu sorgen, dass der Einzelne seine Bereitschaft zum Lernen mitbringt. Die legen wir übrigens hoffentlich schon in der Kindheit und in der Jugend an. Es geht nicht, den Menschen zu sagen, es reiche aus, einmal eine Ausbildung abzuschließen. Man kann nicht sagen, das werde schon reichen. Vielmehr muss man lebenslang lernen, und dafür wiederum sind die erforderlichen Strukturen zu schaffen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb kürzt ihr die Mittel beim lebenslangen Lernen! Wie toll! Ihr seid klasse!)

(Dr. Ulrich Noll)

Nicht alles ist zunächst einmal Staatsaufgabe. Vielmehr ist es auch eine originäre Aufgabe der Betriebe.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Deshalb auch die niedrigste Förderung!)

Zu einem weiteren Thema, das Sie angesprochen haben. Wenn man jedes Problem damit zu lösen versucht, dass man fragt: "Wie kann ich über Zuschüsse z. B. an einen Betrieb die Beschäftigung älterer Menschen erhöhen?", nimmt man die älteren Menschen doch sozusagen als Geiseln; denn dann wird gesagt: "Wenn ihr mir keine Zuschüsse zahlt, entlasse ich ihn. Dann stelle ich einen Jungen ein." Da muss man schon einmal über neue Möglichkeiten nachdenken und aufpassen, dass man nicht gut Gemeintes macht, was sich aber im Endeffekt zulasten der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirkt.

Ein zweites Beispiel: Freiwillige Leistungen beim bürgerschaftlichen Engagement werden wir gerade nicht kürzen. Wir sind uns alle einig, dass es bei der Haushaltsaufstellung nicht darum geht, die wenigen Mittel, die wir für die Stützung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements einsetzen, in 10-%-Schritten wieder abzuschmelzen. Nein, Sie werden, wenn der Haushalt vorliegt, sehen, dass wir das an dieser Stelle gerade nicht tun.

Noch etwas zum Thema "Bürgerschaftliches Engagement": Wenn Sie den Eindruck erwecken, bei den Älteren herrschten hier Defizite, darf ich Ihnen schon sagen: Alle Erfahrungen sprechen dagegen. Sie brauchen nur einmal in Vereine zu gehen, um das zu sehen. Dort gibt es Probleme, junge Menschen an bürgerschaftliches Engagement heranzuführen. Die Älteren sind sehr, sehr stark überrepräsentiert. Es ist ja manchmal das Problem, dass von den Jungen nichts nachkommt. Deshalb sollte man nicht Jung gegen Alt ausspielen, sondern die Menschen befähigen, aufeinander zuzugehen.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Es ist doch manchmal das konkrete Problem, dass die Jungen sagen: "Wenn die Alten da sitzen und etwas miteinander machen, ist das nicht unser Ding."

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sprechen Sie jetzt zu Ihrem Koalitionspartner, oder was?)

Nein, auch da muss man beide Gruppen ein bisschen stärker zusammenbringen.

Letzte Bemerkung: Gerade das Pflegeheiminvestitionsprogramm, Frau Altpeter, ist ein klassisches Beispiel, von dem ich einfach sagen muss: Das war einmal richtig. Aber inzwischen haben wir andere Probleme. Wenn wir mehr ambulante Versorgung der älteren Menschen wollen – die Betroffenen wollen es, die Angehörigen wollen es –, dürfen wir doch nicht immer weiter den Bau von neuen klassischen Pflegeheimen fördern. Vielmehr müssen wir überlegen, ob es nicht neue Möglichkeiten gibt.

Dass dazu das Heimrecht demnächst an der einen oder anderen Stelle möglicherweise geändert werden muss, ist auch klar. Aber es ist in der Tat so, dass die Hauptprobleme im Leistungsrecht liegen. In der Pflegeversicherung wird eben

nach wie vor die stationäre Pflege finanziell wesentlich stärker honoriert. Damit werden teilweise auch falsche Anreize gesetzt.

Da lassen wir uns als Land aber nun überhaupt nichts nachsagen. Wir haben nämlich im Bundesrat eine Initiative eingebracht, um genau dies zu ändern. Das heißt nicht, wir wollten die Pflegeversicherung abschaffen, wie Sie es angedeutet haben. Vielmehr wollen wir sie umgestalten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Noll, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, ich komme zum Schluss.

Deshalb ist es in der Tat so: Ihre Anfrage ist sehr, sehr verdienstvoll. Aber es ist für eine abschließende Bewertung der Tätigkeit des Kabinettsausschusses "Demografischer Wandel und Seniorinnen/Senioren" meiner Meinung nach noch viel, viel zu früh. Sie dürfen sicher sein, dass wir diese Enquete nicht nur angestoßen haben. Vielmehr wollen wir unser ganzes Engagement dafür aufbringen, für Jüngere und für Ältere die Konsequenzen, die wir als notwendig erkannt haben, in reales politisches Handeln umzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsrätin Dr. Hübner.

Staatsrätin für demografischen Wandel und Senioren Dr. Claudia Hübner: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Altpeter, als ich Ihnen zugehört habe, habe ich mich gefragt, warum Sie diese Anfrage eigentlich gestellt haben, nachdem Sie jetzt hier im Plenum jede qualifizierte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema verweigern. Ich habe von Ihnen nur Altbekanntes gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Da sind wir jetzt aber gespannt auf all das Neue!)

Eine weitere Vorbemerkung: Wenn Sie sagen, man habe eine Frau Staatsrätin installiert, möchte ich erwidern: Mein Job ist ein Ehrenamt. Er ist ein Null-Euro-Job. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal betonen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das heißt ja hoffentlich nicht null Arbeit!)

Ich möchte mich dennoch mit der gebotenen Ernsthaftigkeit – das hatte ich eigentlich von Ihnen als Antragstellerin erwartet – mit dem Thema auseinandersetzen.

Die Bedeutung des demografischen Wandels ist hier im Hause jeder und jedem von Ihnen bekannt. Auf Baden-Württemberg hat diese Entwicklung vielfältige Auswirkungen. Die Entwicklung läuft bei uns aber besser oder anders als in anderen Bundesländern, weil wir auch vom Binnenzuzug profitieren, weil die Dramatik bei uns sozusagen weniger drastisch ausfällt als anderswo. Aber auch wir sind von der Alterung der Bevölkerung massiv betroffen.

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Die Besonderheit hier ist: Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das immerhin noch einen geringen Geburtenüberschuss zu verzeichnen hat. Aber das verdeckt nicht, dass es auch hier an Kindern mangelt. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, eine Gesellschaft zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglicht, Ja zum Kind zu sagen.

Beide Trends, das heißt der Geburtenrückgang und die Alterung der Gesellschaft, verändern das Gesicht Baden-Württembergs. Unsere Aufgabe ist es, diesen Wandel zu gestalten und die Folgen planerisch zu steuern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann machen Sie doch etwas!)

Der Landtag hat dieses Problem und die Bedeutung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung ja erkannt. Die Enquetekommission, der Auslöser dieser Großen Anfrage, hat auch in intensiven Beratungen und Anhörungen den Handlungsbedarf aufgezeigt. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dem Landtag für diese sehr umfassende, profunde und kompetente Grundlagenarbeit gedankt. Daraus ist der Katalog entstanden, über den wir heute sprechen und der für die Landesregierung in dieser Legislaturperiode die Orientierungslinie sein wird.

Die Arbeit in der Enquetekommission – ich habe den Eindruck, dass heute eine totale Schieflage entsteht – erfolgte in weiten Bereichen fraktionsübergreifend und war in den Empfehlungen übrigens auch von großer Übereinstimmung getragen. Es ist richtig, dass es Minderheitsvoten gab. Ich habe sie mir jetzt noch einmal angesehen. Aber sie standen nicht im Zentrum dessen, was wir heute hier gehört haben.

Ich wollte eigentlich im Geiste dieser Zusammenarbeit in der Enquetekommission jetzt auch an die Umsetzung ihrer Empfehlungen gehen. Ich glaube, nur auf diesem Wege, nämlich im Geiste einer Gemeinsamkeit, können wir auch der Ernsthaftigkeit und der Bedeutung des Themas gerecht werden. Es gibt wohl kein Handlungsfeld, das für eine parteipolitisch zugespitzte Profilierung weniger geeignet ist als dieses.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Die SPD begründet ihre Anfrage mit der Sorge, die Landesregierung werde die Empfehlungen nicht oder nur eingeschränkt umsetzen. In der Verantwortung, die ich trage – Sie dürfen mir glauben, dass ich sie ernst nehme –, versichere ich, dass wir nichts weniger anstreben als dies.

Die Empfehlungen sind in Gänze sinnvoll. Eine möglichst umfassende Verwirklichung ist auch für die Zukunftssicherheit unseres Landes notwendig. Das ist das optimale Ziel, das wir vor Augen haben.

Ich will aber nach allem, was heute gesagt worden ist, auch ein grundsätzliches Wort dazu sagen. Die Ehrlichkeit – auch Ihre Ehrlichkeit, unser aller Ehrlichkeit – verlangt von jedem von uns, zu erkennen, dass hier ein Zielkonflikt vorhanden ist. Dieser Zielkonflikt besteht darin, dass wir in dieser Legislaturperiode die Nettonullverschuldung, die Haushaltssanierung fraktionsübergreifend als unser ehrgeizigstes Ziel anstreben. Sie können nicht einerseits sagen,

das Ziel der Nettonullverschuldung 2011 finde in diesem Haus breiteste Zustimmung, und andererseits so handeln, als ob es niemand merkt, wenn wir keine Schulden mehr machen

Meine Damen und Herren, wenn ich seit der Befassung mit diesem Thema ein Gebot aus der Generationengerechtigkeit ableite, dann besteht dieses darin, keine weiteren Schulden zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ohne Eingrenzung der Neuverschuldung und auch ohne langfristige Rückführung von Schulden marschieren wir zulasten der nachfolgenden Generationen in den blockierten Staat. Wir begeben uns sämtlicher Handlungsspielräume. Dann brauchen wir über die Gestaltung des demografischen Wandels gar nicht mehr nachzudenken.

Die Große Anfrage hat aus dem Bündel der Handlungsempfehlungen einen Schwerpunkt auf die Politik für ältere Menschen gelegt. Das halte ich für gut, wichtig und notwendig. Seniorenpolitik ist Zukunftspolitik, weil wir in eine Seniorengesellschaft hineinlaufen. Aber das ist nur ein Teil der Gestaltung des demografischen Wandels.

Im Tagesgeschäft wird von uns erwartet, dass wir – das Gesamtpaket vor Augen – entscheiden, abwägen und Prioritäten setzen. Prioritäten zu setzen heißt aber auch, Posterioritäten zu benennen, insbesondere in der Gewichtung der Empfehlungen sowie beim Ablauf und im Zeitraster ihrer Umsetzung. Dazu gehört auch, dass wir festlegen, in welcher Reihenfolge wir was machen. Es ist zutiefst unehrlich, so zu tun, als könnten wir alle Empfehlungen gleichzeitig und in kürzester Zeit umsetzen.

Ich möchte im Detail auf die Anfrage eingehen – was ich bei Ihnen, Frau Altpeter, vermisst habe.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir vermissen bei Ihnen eine konkrete Aussage!)

Zunächst einmal zur strategischen Ausrichtung: Die Bedeutung des Themas wurde bereits in der Koalitionsvereinbarung festgelegt. Dies setzte sich bei der Regierungsbildung fort, und zwar in der Verortung: Staatsrätin – direkt beim Ministerpräsidenten angesiedelt –, Landesbüro Ehrenamt und – sozusagen zur Abfederung – Kabinettsausschuss "Demografischer Wandel".

Wir haben diesen Kabinettsausschuss Ende August konstituiert und werden Ende Oktober die erste Arbeitssitzung haben und eine Arbeitsagenda auflegen.

Dieses Bündel – Regierungserklärung, Koalitionsvereinbarung, Staatsrätin und Kabinettsausschuss – zeigt, dass die Landesregierung dieses Thema ganz oben auf ihrer Agenda sieht. So wie wir uns des Themas Kinderland annehmen, sehen wir unsere Verantwortung auch im Bereich des demografischen Wandels.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, schlechter Vergleich! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kinderland ist abgebrannt!)

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Nun in aller Kürze zu den einzelnen Punkten; ich kann nur Stichworte nennen. Herr Kollege Noll ist schon auf das Thema "Ältere Arbeitnehmer und Beschäftigungsfähigkeit" eingegangen. Dies betrifft alle Arbeitnehmer, aber besonders die gering qualifizierten.

Wir gehen vom Leitbild des lebenslangen Lernens aus – nicht nur für Ältere. Das ist eine Kultur, die schon in der Jugend implementiert werden muss.

Wir gehen auch davon aus, dass wir gut daran tun, dem Grundsatz der Subsidiarität zu folgen. Demzufolge sehen wir die Verantwortung zuallererst in den Betrieben und Unternehmen. Das heißt nicht, dass der Staat nichts tut. Im Gegenteil, unter der Führung des früheren Wirtschaftsministers Döring ist sehr viel gemacht worden, gerade im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ja auch besser!)

Es sollte nicht in erster Linie daran gedacht werden, dass der Staat Angebote macht, sondern wir sollten in der Wirtschaft Verantwortungsgefühl implementieren. Es gibt 20 Projekte; darüber können Sie sich lustig machen oder auch nicht. Antragsberechtigt sind gerade auch kleine und mittlere Unternehmen. Wir haben dafür Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds, Ziel 3. Dieser Förderschwerpunkt wird auch in der Planung ab 2007 erhalten bleiben.

Was altersspezifische Arbeitsbedingungen angeht, lassen wir uns von dem Gedanken der Prävention leiten: Gesundheitsmanagement nicht erst im Alter, sondern auch schon in früheren Jahren. Hierzu hat vieles stattgefunden, z. B. ein Kongress im Januar 2006 unter der Führung des Wirtschaftsressorts: "Jugendwahn in der Gesellschaft? – Neue Chancen für Ältere". Anwesend waren 500 Teilnehmer im Haus der Wirtschaft.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Multiplikatoren!)

Dies mündete in ein greifbares Ergebnis: den sogenannten Altersatlas. Wir haben ein Internetportal. Dies alles sind nur punktuelle Stichworte zu diesem Bereich. Ich könnte die Aufzählung fortsetzen.

Ich muss aber auch sagen, dass vor dem Hintergrund der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, vor dem Hintergrund, dass wir ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren beschlossen haben – es wird in den Jahren 2012 bis 2029 stufenweise bis auf 67 angehoben –, natürlich ein ganz großer Schwerpunkt gerade darauf liegen muss, ältere Arbeitnehmer fit zu halten, weiterzubilden und zu begleiten. Dieser Verantwortung kommen wir nach.

Nun zum Thema "Bürgerschaftliches Engagement". Auch dazu hat Herr Kollege Noll schon vieles gesagt. Ich muss sagen, es ist immer wieder abenteuerlich, wie es gelingt, ein Land wie Baden-Württemberg, das bezüglich des ehrenamtlichen Engagements und der Förderung im Konzert der deutschen Bundesländer wirklich an der Spitze steht, in diesem Punkt schlechtzureden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wer macht das? – Abg. Reinhold Gall SPD: Wen meinen Sie damit? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das macht niemand! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Wir haben eine Engagementquote von 42 % und sind damit bundesweit Spitzenreiter.

Zu Ihrer Aussage, es gebe kein Konzept und keine Bündelungsfunktion,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das gibt es schon, aber nicht auf Landesebene! Das ist ein Unterschied!)

möchte ich sagen: Wir haben ein Landeskuratorium Bürgerarbeit, in dem alle Beteiligten vertreten sind und das gerade diese Bündelungsfunktion hat. Wir haben 1 700 Mentorinnen und Mentoren, und wir haben Kontakte zu allen Verbänden, mit denen wir auch Veranstaltungen durchführen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht aber nicht!)

Ich habe mit dem Landesseniorenrat, dem Landesfrauenrat, dem Landesjugendrat und dem Landesfamilienrat Kontakt aufgenommen. Wir haben ein ausgebautes Netzwerk, ein Netzwerk der Netzwerke. Die Akteure sind Landesnetzwerk, Städtenetzwerke und Gemeindenetzwerke. Wir haben kommunale Anlaufstellen. Wir haben eine Landesstabsstelle und den Herrn Staatssekretär Wacker, bei dem sich dies alles bündelt. Ich glaube, ein breiteres und besser vernetztes Angebot, als es das Land Baden-Württemberg hat, müssen Sie bundesweit erst einmal finden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Uns war wichtig – ich habe die Akteure, die Aktiven, genannt –, dass hier – auch das möchte ich noch einmal erwähnen – beispielsweise im Bereich des Versicherungsschutzes, Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz, durch das Land die letzten Lücken geschlossen wurden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ach ja?)

Frau Mielich – ich glaube, Sie haben es gesagt –: Es ist richtig, dass das Ehrenamt in ganz hohem Maße von einer Anerkennungskultur, einer Würdigungskultur und einer guten Öffentlichkeitsarbeit lebt. Da läuft zurzeit – das kann jeder täglich im Radio hören – unser Wettbewerb "ECHT GUT! Ehrenamt in Baden-Württemberg". Zudem haben wir über die Landesstiftung ein Qualifizierungsprogramm für ehrenamtlich Tätige. Ich denke, dass wir uns hier nicht zu verstecken brauchen.

Ich will zum Thema "Wohnen im Alter" wenig sagen, aber vielleicht doch einen Punkt ansprechen. An den bestehenden Wohnraum anzuknüpfen ist ebenfalls eine Forderung des demografischen Wandels. Anzustreben ist, dass wir keinen zusätzlichen Flächenverbrauch haben, dass wir letztlich auch nicht in die Nachverdichtung gehen. Vielmehr sollten wir versuchen, durch Ertüchtigung und Umwidmung des bestehenden Wohnraums zum Ausbau zu kommen – Stichwort Anreizförderung auch für barrierefreies Wohnen. Barrierefreies Wohnen ist übrigens nicht nur etwas für die ältere Bevölkerung, sondern auch für junge Familien, denn das,

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

was rollstuhlgeeignet ist, ist möglicherweise auch für Kinder geeignet.

Was Pflege und Unterbringung angeht, so legen 90 % der älteren Menschen Wert darauf, in der eigenen Wohnung zu leben. Dafür brauchen wir ein differenziertes Angebot. Wir haben eine Wohnberatung durch das Sozialministerium, eine Schulung für ehrenamtliche Wohnberater.

Zum Thema Pflege wurde auch schon viel gesagt. Hier geht der Trend dahin, dass wir dem Motto folgen: "Möglichst lange zu Hause". Wir steuern einen Pflegemix an. Wir haben auch hier im ehrenamtlichen Bereich fantastische Beispiele: Seniorengenossenschaften und Seniorennetzwerke etwa in Riedlingen oder in Steinen. Das Sozialministerium begleitet diese Modelle durch eine wissenschaftliche Studie, sodass ich davon ausgehe, dass wir diese Modelle auch landesweit multiplizieren können.

Die Bundesratsinitiative, um die Fördermittel für das Ehrenamt in der Pflege auf 40 Millionen € anzuheben, wurde bereits angesprochen. Dorfhilfe, Familienpflege – ich möchte hier nur Stichworte nennen.

Ich gehe auch davon aus, dass die stationäre Pflege durch die Strukturen, die geschaffen worden sind, langfristig tragbar ist. Man wird bis 2010 beobachten müssen, wie das läuft. Ich denke, dass wir hier auch Vertrauen haben müssen in die Träger und in die Struktur, die bereits vorhanden ist.

Ein wesentliches Thema, das sich auch aus der demografischen Entwicklung ergibt, ist, dass wir aufgrund der Zunahme der Zahl der Hochbetagten, der Hochaltrigen mit einer Zunahme der Zahl von Demenzkranken zu rechnen haben. Wir haben in Baden-Württemberg neun Zentren für Psychiatrie mit Institutsambulanzen. Wir haben insoweit auch die gerontopsychiatrischen Kompetenzen abgedeckt. Ich war vor zwei Wochen beim Bundeskongress der Gerontologen in Freiburg und habe mit Freude vernommen, dass die Ausgestaltung, die Konzeption dieser neun Zentren in Baden-Württemberg bundesweit als vorbildlich gilt.

Abschließend: Wie kommen wir unserer Verantwortung nach? Nochmals: Ich denke, dass wir das gemeinsam tun sollten angesichts der Wertigkeit und der Bedeutung des demografischen Wandels für uns alle. Er hat nämlich für jeden von uns persönliche Bedeutung – weit über das hinaus, was wir bislang in die Gesellschaft hineingetragen haben.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Rahmenbedingungen für die Bewältigung des demografischen Wandels nicht in Agonie zu beobachten, sondern aktiv zu gestalten. Ich möchte trotz des Verlaufs dieser Plenardebatte alle, die guten Willens sind, einladen, uns auf diesem Weg zu begleiten und konstruktiv mitzuarbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat jetzt Frau Abg. Altpeter von der SPD-Fraktion für das Schlusswort.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, meine lieben Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir durften jetzt hier einige Ausführungen mit vielen Leitworten hören. Wir haben sehr viel gehört über Ehrlichkeit, über Zuständigkeiten, die es im Bereich des demografischen Wandels gibt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber das wussten wir vorher schon!)

von der Zuständigkeit, die die Kommunen haben, bis hin zu der Zuständigkeit, die der Bund hat, was das Leistungsrecht betrifft.

(Zuruf von der CDU: Das ist die wichtigste!)

Wir haben gehört, dass es ein Leitbild "Lebenslanges Lernen" gibt. Wir müssen uns doch dann schon fragen: Was hat denn das alles mit der landespolitischen Realität zu tun?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Zuruf von der CDU: Die landespolitische Realität ist die Summe!)

Wenn ich vom Leitbild "Lebenslanges Lernen" höre und gleichzeitig in diesem Sommer mit den Weiterbildungsträgern vor Ort Diskussionen hatte, weil sie nicht mehr wissen, wie sie mit einer Haushaltssperre mitten im Jahr umgehen sollen und wie sie ihr Angebot aufrechterhalten sollen, dann muss ich mich fragen: Was bringt ein solcher Begriff, wenn die Realität eine ganz andere ist?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn ich höre, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt – das ist richtig –, auch und vor allem die Anzahl derer, die an Demenz erkrankt sind, wenn ich weiß, dass es einen landespolitischen Auftrag gibt, der sich aus § 16 des Landespflegegesetzes ergibt, nämlich die Sorge für das Vor- und Umfeld der Pflege, wenn ich auch weiß, dass es einen Mehrheitsbeschluss der Enquetekommission gibt, hier entsprechend tätig zu werden, neue Strukturen aufzubauen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und nicht alte zu erhalten, oder?)

damit die Menschen in Zukunft länger zu Hause bleiben können, auch wenn sie pflegebedürftig sind, und wenn ich dann höre, dass hier anscheinend alles in Ordnung ist und nichts getan werden muss,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das sagt doch niemand!)

dann muss ich mich schon fragen, wie Sie eigentlich Ihrer landespolitischen Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ein letztes Wort noch zu angeblichen Fortschritten im Bereich der stationären Pflege. Aus unserer Sicht machen Sie einen Rückschritt, indem Sie die Pflegeheimförderung zum Jahr 2010 ganz abschaffen wollen, auch und vor allem – das finde ich ganz interessant – gegen die Stimmen der kommunalen Landesverbände

(Katrin Altpeter)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Doch, das stimmt!)

doch, das stimmt, Herr Noll –, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, des Landesseniorenrats und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales.

Ich darf abschließend aus deren Resolution zitieren:

Ohne Förderung ist davon auszugehen, dass anstelle kleinerer, überschaubarer Pflegeeinrichtungen deutlich größere Einrichtungen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die alten Märchen brauchen Sie uns nicht zu erzählen!)

mit überörtlichem Einzugsbereich dort entstehen werden, wo günstige Rahmenbedingungen vorhanden sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Ich möchte Sie bitten, sich Ihrer Verantwortung in diesem Bereich des demografischen Wandels bewusst zu werden und statt großer Sprechblasen tatsächlich Taten folgen zu lassen. Dann sind wir gerne bereit, auch mitzuwirken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Ute Vogt SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit ist die Große Anfrage erledigt und Tagesordnungspunkt 5 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Lehrerbedarfsplanung – Drucksache 14/157

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ermittlung des künftigen Bedarfs an Personal ist für jedes Unternehmen eine der zentralen Aufgaben. Das scheint in der Schulpolitik in Baden-Württemberg anders zu sein. Hier findet eine umfassende Lehrerbedarfsplanung, die diesen Namen wirklich verdienen würde, nicht statt. Auf unsere zahlreichen Anfragen hin wird eher mit Zahlenakrobatik geantwortet und hier einmal ein Engpass in der Lehrerversorgung eingeräumt, dort einmal davon gesprochen, dass an beruflichen Schulen auch nicht originär ausgebildete Lehrkräfte unterrichten können.

Auf unsere ganz konkreten Fragen, wie viele Lehrkräfte für die jeweiligen Schularten in den nächsten fünf Jahren benötigt werden, wie viele Ersatz- und Neueinstellungen zu welchem Zeitpunkt erfolgen, gibt es nur allgemeine Hinweise, dass der Einstellungsbedarf in den kommenden Jahren von der Stellenentwicklung und der Zahl der durch Pensionierungen frei werdenden Stellen abhänge. Keine Angaben zu der von unserer Fraktion immer wieder geforderten Entlastung der Schulleitungen mit den entsprechenden Konsequenzen für die Personalstruktur an den Schulen, keine An-

gaben zum zusätzlich notwendigen Personal beim Ausbau der Ganztagsschulen!

Meine Damen und Herren, das wären Beispiele für eine Bedarfsentwicklung, bei der nicht nur quantitativ vorgegangen wird, sondern auch inhaltliche Parameter zugrunde gelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Ermittlung von Bedarf ist mehr als reine Zahlenakrobatik, und sie ist auch mehr als die rein lineare Verlängerung der Gegenwart in die Zukunft. Bedarf kann nur fachpolitisch und nur entlang inhaltlicher Festlegungen und zukunftsgerichteter Leitlinien ermittelt werden. Auch die Bedürfnisse der Akteure müssen hierbei eine Rolle spielen. Ich weiß natürlich, dass Bedarf und Bedürfnisse nicht dasselbe sind. Aber die Bedürfnisse von Schülern, von Lehrern, von Eltern müssen eben auch in eine Bedarfsbestimmung eingehen, genauso wie die Einschätzungen und die Forderungen aus Wirtschaft und Wissenschaft über die zukünftige pädagogische und strukturelle Notwendigkeit, über Auswirkungen veränderter Klassengrößen, über Konsequenzen aus neuen Unterrichtsformen, über Auswirkungen veränderter Schulstrukturen, über neue Verzahnungen an den Schnittstellen Elementarbereich und berufliche Bildung - um nur einige inhaltliche Aspekte zu nennen. Nichts davon kann ich erkennen.

Zwischenzeitlich ist nun Ihre Form der Lehrerbedarfsplanung zusätzlich noch Opfer der Haushaltssanierung geworden. Auf einmal werden zur Haushaltssanierung nun doch rechnerisch frei werdende Lehrerstellen herangezogen. 521 Stellen sollen wegfallen. Das, meine Damen und Herren, klang vor nicht allzu langer Zeit noch ganz anders.

Ministerpräsident Oettinger sagte in seiner Regierungserklärung vom 21. Juni dieses Jahres:

Hier sparen wir nicht, wenn die Schülerzahl zurückgeht. Wenn die Mittel und die Zahl der Lehrerstellen gleich bleiben, kommen in Baden-Württemberg Bildung, Erziehung und Betreuung besser voran.

Oder Kultusminister Rau am 3. August dieses Jahres:

Ich bin der Auffassung, dass angesichts der bildungspolitischen Herausforderungen dieser Legislaturperiode eine Streichung von Lehrerstellen noch nicht möglich ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da schau her!)

Das gilt alles nicht mehr. Man kann das nun Wahlbetrug nennen – in jedem Fall ist es ein Vorgang, den sich unser Land nicht leisten kann.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es ist einigermaßen grotesk, wenn zur Begründung hierfür auf veränderte Prognosen bei den Schülerzahlen verwiesen wird. Nach der neuesten Vorausschau vom Juli dieses Jahres liegt die prognostizierte Schülerzahl insgesamt lediglich um 2 300 Schüler niedriger als bei der Prognose, die im Wahlkampf und danach bei der Regierungserklärung zugrunde gelegt wurde – ein Minus von 0,18 %. Es ist nicht

(Christoph Bayer)

nachvollziehbar, wenn mit dieser Differenz der Wegfall von 521 Lehrerstellen zu legitimieren versucht wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Alle wesentlichen Daten zum Schülerrückgang waren bekannt, als die Landesregierung ihr Versprechen abgab, in dieser Legislaturperiode alle rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für Bildungsmaßnahmen zu verwenden und keine einzige Stelle zu streichen – und dies aus gutem Grund. Denn die Landesregierung hat in den letzten Jahren genügend Baustellen hinterlassen: 2,8 Millionen ausgefallene Unterrichtsstunden, ein unzureichendes Angebot an Ganztagsschulen, zum Teil erschreckend große Klassen – meine Damen und Herren, hier kann man nicht sparen. Wir brauchen jede frei werdende Lehrerstelle, um die dringend notwendige Weiterentwicklung des Schulwesens, und zwar einschließlich der Schnittstellen zum Elementarbereich und zur beruflichen Bildung, voranzutreiben.

Dabei sind weiter gehende Aufgaben wie zum Beispiel die Schulsozialarbeit noch gar nicht genannt. Ja, auch Schulsozialarbeit ist unserer Ansicht nach integraler Bestandteil von schulischer Arbeit. Da muss das Land eher wieder einsteigen, als sich dauerhaft davon zu verabschieden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle – weil ich keine Gelegenheit auslasse, dies zu betonen – den Hinweis: Die Mittel für ein breites psychosoziales Unterstützungssystem sind nicht nur Kosten, sondern sie sind Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Denn gerade hierdurch können erhebliche Folgekosten aufgrund gescheiterter Schul- und Berufskarrieren vermieden werden.

Ich fasse zusammen: Bedarfsentwicklung in einem so wichtigen Politikfeld mit so großen Herausforderungen setzt klare Ziele und eine echte Reformperspektive voraus. Baustellen und Modelle allein sind aber keine Reformpolitik. Die Landesregierung betont beispielsweise, bis zum Jahr 2015 40 % der Schulen zu Ganztagsschulen ausbauen zu wollen. Gut so! Dieses Ziel bleibt aber nebulös, solange nicht klare Aussagen gemacht werden, zu welchem Zeitpunkt, mit welchen Schritten, mit welchem Personalaufwand und welchen Qualitätsanforderungen ein solcher Ausbau erfolgen soll. Antworten auf diese Fragen wären Bedarfsplanung, die ihren Namen verdient.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Kollegin Lazarus von der CDU-Fraktion.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ein Antrag zum Thema Lehrerbedarf bzw. Lehrerbedarfsplanung wird nicht zufällig Ende Juli gestellt, sodass die Stellungnahme rechtzeitig zum Schuljahresbeginn vorliegt. Die Stellungnahme umfasst logi-

scherweise seitenweise Zahlentabellen, offensichtlich aber immer noch nicht genügend. Die Zahlentabellen sind interessant, und sie sind interpretierbar. Es ist von vornherein klar, dass die Oppositionsfraktionen fristgerecht zum Schuljahresanfang höchst kritisch mit diesen Tabellen umgehen. Das ist die Intention des Antrags; dagegen ist nichts einzuwenden.

Aber die Antworten und die Zahlen geben kaum etwas her, was wirklich kritikwürdig ist. Welche Enttäuschung für den Antragsteller! Die SPD nimmt also den Berichtsantrag, um vieles, was alljährlich wiederholt wird, auch in diesem Jahr als neu zu verkaufen: Es werde nicht genügend auf die Altersstruktur der Lehrer und die hohe Zahl der Pensionierungen eingegangen und nicht für entsprechenden Nachwuchs gesorgt. Die Zuordnung auf die Schularten sei eine Sozialauslese. Das haben wir schon oft gehört.

(Abg. Ute Vogt SPD: Dann merken Sie es sich doch einmal! – Zuruf von der SPD: Und handeln danach!)

Die Klassen seien zu groß, haben wir eben wieder gehört. Ich will nur darauf hinweisen, dass es sehr interessante wissenschaftliche Aussagen gibt, wonach in Ländern mit sehr großen Klassen, z. B. in Tschechien, die Ergebnisse in den Klassen hervorragend sind – etwa durch PISA für den Mathematikunterricht ermittelt –, oder dass in Italien, wo die Klassen extrem klein sind und viel Geld aufgewendet wird, die Ergebnisse gar nicht gut sind.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was wollen Sie uns damit sagen?)

Natürlich sind kleine Klassen bequem für die Lehrer. Aber es ist nicht wissenschaftlich erwiesen, dass kleine Klassen mit besseren Schülerleistungen in Zusammenhang stehen.

(Zuruf von der SPD: Was sind Sie von Beruf?)

Die Grundschule soll sechs Jahre umfassen. Das haben wir schon oft genug gehört. Gerade eben haben wir zudem gehört, die Schulsozialarbeit solle integrierter Bestandteil sein und damit auch vom Land getragen werden. Wir haben den Kommunen vor Jahren gesagt, dass sie bei Einführung der Schulsozialarbeit drei Jahre lang einen Zuschuss bekommen. Das hat jede Kommune gewusst; das haben wir eingehalten, und die Schulsozialarbeit war dennoch nie integriert. Diese Liste ist beliebig fortzusetzen, aber sie ist weder spektakulär noch neu. Sie will zu Schuljahresanfang etwas Aufmerksamkeit erregen.

Was aber ist im Jahr 2006 Realität? Wir haben 5 000 junge Leute, die ihren Dienst in der Schule gerade beginnen, und wir haben 3 300 Pensionierungen, für die junge Leute nachrücken. Wir haben zwei Stunden – ich nenne nur ein Beispiel – im Fremdsprachenunterricht in der Grundschule, die zusätzlich gehalten werden, was von allen gewollt war. Jedes Jahr – auch in diesem Jahr – entstehen neue Ganztagsschulen. Wir haben vorhin darüber geredet, dass wir diesen Weg weitergehen werden. Wir haben die Instrumente für Evaluation, die erprobt und eingeführt werden. All das eignet sich also nicht für Kritik.

(Beifall des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Ursula Lazarus)

Doch jetzt ist Anfang August etwas geschehen, was endlich Stoff für die Opposition liefert. Der Kultusminister spricht von 521 Stellen, die in drei Stufen in den nächsten beiden Haushaltsjahren eventuell nicht besetzt werden. Noch ist es nicht beschlossen. Das klingt schmerzlich, und das ist schmerzlich, wenn es so kommt. Doch der Kultusminister ist nach den Chefgesprächen mit dem Finanzminister über den nächsten Doppelhaushalt

(Zuruf von der SPD: Er hat ihn zusammengefaltet!)

und über die Umsetzung des festen Ziels der Nettonullverschuldung entwaffnend ehrlich. Einsparungen im freiwilligen Bereich reichen in seinem Haushalt nicht aus. Der größte Kostenfaktor – das gilt erst recht im Kultusetat – ist nun einmal der Personalanteil.

Der Finanzminister hat recht, ob wir das hören wollen oder nicht. Nettonullverschuldung ist nicht mit Kürzungen bei Investitionen und Zuschüssen allein erreichbar. Es gibt im Kultusetat zwei Stellschrauben, die es erlauben, so vorzugehen: Wir haben noch ein Polster – ein Polster ist immer eine angenehme Sache – bei der einen Stunde, um die wir das Deputat bei den beruflichen Schulen und den Gymnasien erhöht haben. Auch die Schülerzahlen fallen etwas schneller, wie man aus den Daten ablesen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, offenbar ist die Opposition der Auffassung: "Wenn Zahlen nichts Neues bringen, so müssen wir aber dennoch etwas nebulös Kritik üben." Wir glauben, dass wir in der Lehrerbedarfsplanung kurzfristig, mittelfristig und langfristig gute Arbeit leisten. Das Thema eignet sich nicht zur Polemik. Die CDU-Fraktion steuert einen Kurs der Vernunft zwischen den Notwendigkeiten aufgrund des Lehrerbedarfs und den Haushaltszwängen, und das ist verantwortungsvolle Politik.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Bayer hat selbstverständlich völlig recht, wenn er sagt, die Lehrerbedarfsplanung dürfe sich nicht nur auf irgendwelche Zahlen und Prognosen stützen. Es ist unter anderem eben auch dringend erforderlich, dass Veränderungen in der Schullandschaft mit bedacht werden. Als Beispiel möchte ich hier nur die demografische Entwicklung und die Frage der Schulstandorte nennen. Auch die Frage neuer Schulformen beispielsweise muss bei Lehrerbedarfsplanungen berücksichtigt werden.

Ich möchte hier aber noch ein paar weitere Aspekte anführen, die bei einer Lehrerbedarfsplanung natürlich auch dringend berücksichtigt werden müssen. Wir haben einige Problemlagen, die noch nicht angesprochen wurden und die bei der Lehrerbedarfsplanung auch berücksichtigt werden müssen.

Erstens haben wir ein riesiges Problem, was den strukturellen Lehrermangel an den beruflichen Schulen anbelangt. Dieser strukturelle Lehrermangel wird sich noch verschärfen; das sieht man, wenn man sich die Zahlen anschaut, die Sie

jetzt geliefert haben. Beispielsweise haben sich im Erstsemester an allen Hochschulen insgesamt nur sieben Studierende für das Lehramtsstudium im Fach Elektrotechnik eingeschrieben. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die Problemlage des Fachlehrermangels, des strukturellen Lehrermangels an den beruflichen Schulen dringend einer Lösung bedarf. Das Gleiche betrifft übrigens auch die Sonderschulen; denn auch an den Sonderschulen haben wir einen strukturellen Lehrermangel von rund 7 %. Das heißt, 7 % des in den Plänen vorgesehenen Unterrichts wird überhaupt nicht erteilt. Bei den beruflichen Schulen liegt dieser strukturelle Lehrermangel derzeit bei rund 5 %.

Da sind einfach neue Modelle und neue Lösungsansätze notwendig, wobei für die beruflichen Schulen der Ansatz, dass in Kombination mit den Fachhochschulen und den pädagogischen Hochschulen auch das Berufsschullehrerstudium absolviert werden kann, sicher ein innovativer Ansatz ist, der allein aber nicht genügen wird, um diesen strukturellen Lehrermangel zu beseitigen.

Das zweite Problem ist der generelle Fachlehrermangel an den Schulen. Bei den Gymnasien wird er immer schneller genannt, wenn Physik-, Mathematik- oder auch Lateinlehrer fehlen, aber es gibt einen wesentlich höheren Lehrermangel gerade auch an den Hauptschulen. Das heißt, das im Rahmen der Bedarfsplanung bestehende Problem, wie es speziell für die Hauptschule angesichts des extremen Lehrer- und Fachlehrermangels weitergeht, werden wir nur gelöst bekommen, wenn wir auch die Lehrerausbildung verändern und endlich ein Sekundarstufenlehramt einführen, sodass sich Lehrkräfte am Ende dieses Studiengangs entscheiden können, für welche Schwerpunkte der Schullandschaft sie eingesetzt werden wollen. Hier sind also auch Reformen in der Lehrerausbildung notwendig, um den Lehrerbedarf zukünftig decken zu können.

(Beifall bei den Grünen)

Weiterhin haben wir gerade für die frühe Bildung von Kindern auch insofern ein riesiges Problem, als an der Grundschule und der Hauptschule eine Feminisierung in unglaublichem Ausmaß stattfindet. Bereits heute sind 75 % der Lehrkräfte dort Frauen, und diese Quote wird – das wird deutlich, wenn wir die Einschreibezahlen an den Hochschulen betrachten – dort sogar noch dramatisch zunehmen. Wir brauchen im längerfristigen Bedarf aber auch Männer,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl!)

gerade an den Schulen, die von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden. Dort brauchen wir mehr Männer, und wir brauchen auch männliche Lehrkräfte mit Migrationshintergrund als Vorbilder und Ansprechpartner. Auch das ist eine riesige Herausforderung für die Lehrerbedarfsplanung.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich: Auf der anderen Seite fehlen Frauen in den Naturwissenschaften. Es ist versäumt worden, Frauen frühzeitig für die Naturwissenschaften zu interessieren und zu motivieren.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

(Renate Rastätter)

Auch hier brauchen wir eine Bedarfsplanung, die vorsieht, dass auch die Naturwissenschaften als Lehramtsstudiengang für Frauen attraktiv werden, damit wir mehr Frauen in den Naturwissenschaften an die Schulen bekommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das sind Problemlagen, die auch etwas mit Bedarfsplanung an den Schulen zu tun haben. Um diese zu bewältigen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden.

Selbstverständlich möchte ich auch das aufgreifen, was Kollege Bayer angesprochen hat: Wir haben Ihr Versprechen, dass in dieser Legislaturperiode keine einzige Lehrerstelle abgebaut wird. Nun 521 Lehrerstellen nicht zu besetzen und sich gleichzeitig aber zu loben, dass die ja nicht abgebaut werden, halte ich schon für eine verkehrte Welt. Wir brauchen diese Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode dringend, wenn wir die Zusagen, die Sie bezüglich Ganztagsschulen, frühkindliche Bildung, Hochschulen, Evaluation usw. gemacht haben, einhalten wollen. Wir brauchen die Lehrerstellen. Auch das hat etwas mit vernünftiger Planung zu tun.

Ich komme zum Schluss. Wir stehen in der Lehrerbedarfsplanung nicht nur vor der Herausforderung, langfristig für eine Veränderung der Schullandschaft Lehrerinnen und Lehrer bedarfsorientiert mit neuer Ausbildung zu qualifizieren. Wir stehen auch vor der Herausforderung, dass wir das Lehramtsstudium und den Lehrerberuf insgesamt sehr viel attraktiver machen müssen. Dazu gehört auch, dass Lehrer endlich vom Beamtenstatus befreit werden müssen,

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

der zunehmend eine Bürde geworden ist und ein attraktives Lehramt und ein modernes Dienstrecht verhindert.

Das sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir als Grüne werden unseren Beitrag dazu leisten, dass wir diese Herausforderungen gut bewältigen können.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Dr. Arnold von der FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Im Juni dieses Jahres hat die GEW Baden-Württemberg ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Das ging natürlich durch die Presse. In der "Schwäbischen Zeitung" vom 27. Juni dieses Jahres war als Überschrift zu lesen"

Lehrer geben dem Land eine gute Note.

Ich zitiere aus der "Schwäbischen Zeitung":

Zum 50-jährigen Bestehen zeigt sich die Gewerkschaft GEW höchst zufrieden; denn in den vergangenen zehn Jahren habe das Land mehr als 10 000 zusätzliche

Lehrerstellen eingerichtet. Das sei einmalig in Deutschland, hob Rainer Dahlem hervor.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Recht hat der Mann! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

- Recht hat der Mann. - Politik, meine Damen und Herren, beginnt mit der Wahrnehmung der Realität. Auch Sie von der Opposition sollten diese Realität wahrnehmen. Mit 10 000 neuen Lehrerstellen in den vergangenen Jahren haben wir eine Lehrerversorgung, die in Deutschland wirklich einmalig ist. Hier hat die GEW recht. Das gestehen wir ihr in diesem Fall gern zu. Ich darf daran erinnern, dass als letzte Tranche dieser 10 000 neuen Lehrerstellen knapp 1 000 Lehrer jetzt zu Beginn des neuen Schuljahrs eingestellt worden sind.

Natürlich – das gebe ich gern zu –, habe auch ich geschluckt, als ich davon gehört habe, dass 521 Lehrerstellen in den nächsten zwei Jahren nicht wieder besetzt werden sollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was Sie ja versprochen hatten vor den Landtagswahlen! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Und auch im Wahlkampf!)

Aber auch hier gilt: Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Realität. Wir haben mittlerweile eine neue Ausgangslage. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie alle kennen die Zahlen, meine Damen und Herren, die jetzt auf dem Tisch liegen. Nach den neuesten Prognosen des Statistischen Landesamts werden die Schülerzahlen erheblich rascher und stärker sinken, als wir das bisher angenommen hatten. Eine verantwortliche Bildungspolitik hat diese Entwicklung auch ins Auge zu fassen.

Hinzu kommt – wir von der FDP bekennen uns ausdrücklich dazu –: Die Nettoneuverschuldung, die heute schon verschiedentlich angesprochen wurde, muss zurückgeführt werden. Wir wollen und wir werden sie 2011 auf null reduzieren. Wir sind sehr froh, dass auch die Landesregierung und vor allem der Herr Ministerpräsident dieses Ziel mit allem Nachdruck verfolgt, dass es auch zur Chefsache gemacht worden ist.

Seit 20 Jahren, meine Damen und Herren, wird in Baden-Württemberg mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein – gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Seit wie vielen Jahren regieren Sie denn mit? Sie waren 16 Jahre lang an der Regierung! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir von der FDP/DVP fordern sehon sehr lange die Konsolidierung des Landeshaushalts.

Auch hierzu liegen die Zahlen auf dem Tisch. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir im nächsten Jahr (Dr. Birgit Arnold)

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der FDP/ DVP – Unruhe)

rund 550 Millionen € und 2008 rund 650 Millionen € einsparen. Andernfalls erreichen wir dieses Ziel nicht.

Das bedeutet im Klartext: Jetzt müssen alle Ressorts ihren Beitrag leisten – auch das Bildungsressort. Das tut weh, unbestritten.

Aber auch hier noch einmal ein Blick auf die Zahlen: Wir haben in unserem Land mittlerweile 115 000 Lehrer an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen. Davon werden in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich 521 Stellen nicht wieder besetzt. Das sind die Zahlenrelationen, meine Damen und Herren. Ich betone noch einmal: Sie werden nicht gestrichen, sondern nicht wieder besetzt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wo liegt der Unterschied?)

Es ist richtig – Frau Rastätter, Sie haben das eben angesprochen –: Es gibt im Land Lehrermangel in einzelnen Fächern, in bestimmten Regionen und vor allem in der Berufsschule. Aber die Ursache hierfür sind doch nicht fehlende Stellen, sondern sind die fehlenden Bewerber. In der Tat haben wir hier eine große Aufgabe vor uns – erste Schritte sind unternommen –, um dieses Problem zu bewältigen. Ich denke, Minister Rau wird dazu noch einiges sagen wollen.

Deshalb: Die Nichtwiederbesetzung von 521 Stellen in den nächsten zwei Jahren tragen wir mit. Angesichts der Haushaltssituation, der Schülerzahlen und der außerordentlich guten Lehrerversorgung in den letzten Jahren ist diese Maßnahme in unseren Augen angemessen. Denn Politik, meine Damen und Herren – ich sage es noch einmal –, fängt mit der Wahrnehmung der Realität an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rau das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Bayer hat als Mitunterzeichner des Antrags hier noch einmal sehr nachdrücklich gefordert, wir sollten so etwas wie ein planwirtschaftliches Verfahren für die Entwicklung des Bildungswesens einführen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist aber eine falsche Deutung! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das steht in Widerspruch zu dem Verfahren, das wir in den vergangenen Jahren gewählt haben,

(Zuruf des Abg. Christoph Bayer SPD)

nämlich immer stärker eine dezentrale Entwicklung in Gang zu bringen. Eine dezentrale Entwicklung wiederum können Sie nicht zentralistisch steuern.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die SPD schon!)

Was Sie tun können, ist, durch Rahmenbedingungen Einfluss darauf zu nehmen. Genau das haben wir auch getan. Deswegen ist es für mich eine ganz grundsätzliche Frage, ob Sie zu einer Art der Bildungspolitik zurückwollen, wie wir sie etwa mit dem Verfahren zur Erarbeitung der neuen Bildungspläne, die eigentlich die Grundlage jeder Schulentwicklung über viele Jahre hinweg sind, zur Anwendung gebracht haben.

Sie wissen, was wir alles vorhaben: die Umsetzung der neuen Bildungspläne, den Ausbau der Ganztagsschulen, die Entwicklung der Schulstandorte, die Stärkung der Frühförderung und natürlich den weiteren Ausbau im Bereich der beruflichen Bildung, weil dieser Bereich ja eine ausgesprochene Erfolgsgeschichte des baden-württembergischen Bildungswesens darstellt. Aber wir haben in all diesen Bereichen mittlerweile Konzepte zur Wirkung gebracht, die von unten nach oben wirken,

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

die in der einzelnen Schule, in der Kooperation von Standorten, in der Kooperation mit außerschulischen Partnern ihren Ausgangspunkt haben und die einen Bezugsrahmen z. B. in den neuen Bildungsplänen oder auch in den Ausbildungsplänen der beruflichen Bildung haben.

Deswegen werden wir keine Planung vorlegen – weil das völlig systemwidrig wäre –, die sagt: "Dieses Jahr so viele Stellen dafür, nächstes Jahr so viele Stellen für etwas anderes", sondern wir haben insgesamt durch unsere Festlegungen Ressourcen bereitgestellt, die wir zur Steuerung bei der Entwicklung der Ganztagsschulen, zur Steuerung bei der Entwicklung der Frühförderung und zur Steuerung bei der Stärkung des ehrenamtlichen Elements in der Ganztagsbildung einsetzen werden. Aber wir tun das im ständigen Dialog mit denen, die vor Ort die Verantwortung tragen.

Dass diese Stellen bereitstehen, ist überhaupt keine Frage. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode 5 500 neue Stellen angekündigt, und wir haben dieses Versprechen gehalten. Alle sind inzwischen haushaltswirksam geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Von diesen Stellen ist keine einzige durch eine aktuelle Entwicklung im Haushalt tangiert. Ich komme darauf noch zu sprechen. Das heißt, die Festlegungen, die aus der Umwandlung von ursprünglichen k.w.-Stellen in dauerhafte Stellen erfolgt sind, die wir gemeinsam mit der Koalition vorgenommen haben, haben unverändert Gültigkeit. Wir können den Ausbau der Ganztagsschulen vorantreiben wie vorgehabt, wir können die Stärkung der Frühförderung voranbringen wie vorgehabt, und wir werden natürlich den Schulen auch die notwendige Unterstützung bei der Umsetzung der neuen Bildungspläne, wie vorgehabt, zuteil werden lassen.

Frau Kollegin Rastätter, Sie haben dann angesprochen, dass wir in einigen Bereichen einen strukturellen Mangel hätten. Sie haben die Berufsschulen und die Sonderschulen genannt. Ich will Ihnen sagen – Sie haben das auch verfolgt –: Bei den Berufsschulen haben wir in den letzten Jahren ständig bessere Daten erzielt. Die Lehrerversorgung ist durch

(Minister Helmut Rau)

die Neueinstellungen in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr besser geworden. Frau Kollegin Arnold hat darauf hingewiesen: Letztlich gibt es dort Probleme, wo wir bestimmte Stellen, die verfügbar sind, nicht besetzen können, weil in einigen Fächern auch Bewerberinnen und Bewerber fehlen.

Wir haben deswegen den Seiten- und den Direkteinstieg gerade in das berufliche Schulwesen gestärkt. Das ist kein Notnagel, denn wenn Menschen mit Berufserfahrung in die beruflichen Schulen gehen, dann hat das durchaus auch ein qualitatives Element. Wir konnten hier beim Umstieg aus einer anderen beruflichen Laufbahn in die Lehrerlaufbahn eine Reihe von Erfolgen erzielen. Sie haben ja fairerweise auch erwähnt, dass wir mit der Kooperation zwischen Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen einen neuen Weg der Lehrerausbildung gerade auch für die beruflichen Schulen eingeschlagen haben. Es ist übrigens ein sehr erfolgreicher Weg.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja!)

Das ist der erste Lehrerstudiengang in Baden-Württemberg und bundesweit, der durch eine unabhängige Agentur zertifiziert worden ist. Das ist eine ganz erfolgreiche Geschichte. Was die FH Offenburg und die PH Freiburg hier geleistet haben, hat meine ganze Unterstützung.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das kann man auch andernorts noch machen!)

 Ja, es hat ja auch an anderen Standorten bereits begonnen in der Kombination zwischen FH und PH.

Bei den Sonderschulen, Frau Kollegin Rastätter, sehe ich das allerdings etwas anders. Wir haben, wie ich aus den Statistiken der KMK ersehe, in den Sonderschulen die bundesweit mit Abstand kleinsten Lerngruppen. Wir haben dort das mit Abstand beste Schüler-Lehrer-Verhältnis: 5,2 Schüler pro Lehrer. Es gibt kein Bundesland, das dies auch nur annähernd erreicht. Die meisten befinden sich irgendwo bei sieben bis acht Schülern pro Lehrer.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Und wir geben 13 400 € – die letzte Statistik, die vorliegt, stammt von 2003 – pro Schüler in den Sonderschulen im Jahr aus. Auch das ist bundesweit der Höchstwert. Das heißt, hier stellen sich auch die Fragen: Wie sind die Ressourcen eingesetzt? Sind viele Ressourcen vorhanden? Wenn da jemand ein strukturelles Defizit herausrechnen will, dann vielleicht deshalb, weil die Rahmenbedingungen bei uns sehr viel besser gehalten werden als in anderen Bundesländern. Dann muss man sich auch die Diskussion genehmigen, ob die Rahmenbedingungen so sein müssen oder ob man sie in Relation zu denen in anderen Bundesländern bringt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben doch die Schülerzahlen gedeckelt!)

Dann verschwindet jedes strukturelle Defizit von allein durch reines Herumrechnen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Senken wir das Niveau, dann ist es für alle wieder gleich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war natürlich klar, dass in dieser Debatte die Frage der Unterrichtsversorgung insgesamt und auch die Ankündigung zur Sprache kommen würden, dass wir in den nächsten beiden Jahren in drei Tranchen insgesamt 521 Stellen sperren – jedoch nicht wegfallen lassen, wie Sie irrtümlicherweise gesagt haben, Herr Kollege Bayer –, was angeblich die Unterrichtsversorgung beeinträchtige. Dem ist nicht so. Wir wollen jetzt einmal intellektuell redlich bleiben.

Die 5 500 Stellen sind entstanden; von ihnen verschwindet keine einzige. Über diese 5 500 Stellen hinaus haben wir aber 950 weitere Stellen durch die Deputatserhöhung auf 25 Stunden erhalten. Dies war ursprünglich nie als Beitrag zur Unterrichtsversorgung, sondern als Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts gedacht. Es stand im Zusammenhang mit der Erhöhung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und war keine isolierte Maßnahme.

(Zuruf von der SPD – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Ich erkläre es Ihnen, weil ich glaube, dass man sehr wohl nachvollziehen kann, was hier stattgefunden hat. – Diese 950 Stellen haben wir im Jahr 2003 deshalb nicht beim Finanzminister abgeliefert, weil wir im Jahr 2003 eine Schülerzahlenprognose für die kommenden Jahre erhalten haben, die besagte, dass die Schülerzahlen ansteigen würden – anders, als es ursprünglich prognostiziert war.

Jetzt, im Jahr 2006, haben wir eine neue Prognose erhalten, die uns sage und schreibe schon ab diesem Jahr, ab dem laufenden Schuljahr 30 000 Schülerinnen und Schüler weniger errechnet, als wir noch vor drei Jahren vermutet hatten. Diese Differenz wird in den nächsten Jahren bis auf etwa 40 000 ansteigen. Da kann ich doch nicht einfach sagen: Wir haben für die Unterrichtsversorgung 950 Stellen außer der Reihe erhalten; wir haben jetzt aber 30 000 bis 40 000 Schülerinnen und Schüler weniger und tun nun so, als ob das überhaupt nichts zu bedeuten hätte.

Ein Teil dieser 950 Stellen wurde durch Beschluss des Landtags den Berufsschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt. Diese Stellen verbleiben dort auch. Die übrigen Stellen haben wir jetzt jedoch gesperrt, weil es dafür keine sachliche Begründung mehr gibt.

(Lachen des Abg. Norbert Zeller SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Das gibt es doch nicht, so etwas!)

Das hat mit der Zusage für die Stellen, die wir für den Unterrichtsbereich geschaffen haben, nichts zu tun. Diese Zusage wird in vollem Umfang eingehalten. Diese Stellen stehen der Schulentwicklung in den nächsten Jahren zur Verfügung.

(Glocke des Präsidenten)

Zudem haben wir die Stellen nicht gestrichen, sondern wir haben sie gesperrt, weil wir im Jahr 2009 wieder eine Prognose erhalten. Damit können wir immer noch reagieren, falls wir im Jahr 2009 sehen, dass die Prognose von 2006 falsch war. Wir haben die Stellen nicht aus dem Haushalt genommen, sondern sperren sie für eine bestimmte Zeit.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Ja, bitte.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Minister Rau, sind Sie bereit, zuzugestehen, dass Ihre Berechnung, die Sie jetzt vorgetragen haben, den Sachverhalt nicht völlig abbildet? Denn im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung ist ausdrücklich erklärt worden, dass die frei werdenden Lehrerstellen bei rückläufigen Schülerzahlen dem Ausbau der Ganztagsschule, der frühkindlichen Bildung, dem Ausbau der Evaluation und der Schaffung zusätzlicher Studienplätze dienen sollten.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass diese Lehrerstellen gar nicht ausreichen, um die Bedarfe in diesen Bereichen abzudecken, und dass es deshalb nicht zu rechtfertigen ist, wenn diese Stellen nicht besetzt werden?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Ich stimme mit Ihnen nicht in der Bewertung überein, dass die Stellen, die aus den 5 500 rechnerisch frei werden, nicht ausreichen, um abzudecken, was an Neuerungen aufgebaut wird. Denn dies alles geschieht nicht über Nacht, sondern wir haben einen Entwicklungszeitraum, der sich zum Teil auf die gesamte Legislaturperiode oder – was die Ganztagsschulen angeht – auf die nächsten neun Jahre bezieht. Deswegen haben wir sehr wohl die Spielräume, um diese Vorhaben aus frei werdenden Stellen koordiniert zu entwickeln.

Mir war es ganz wichtig, zu zeigen, dass hier lediglich eine Gegenrechnung zu einem Bereich stattfindet, der nie als zusätzliche Ressource für den Schulbereich vorgesehen gewesen wäre, hätten wir nicht im Jahr 2003 eine nicht zutreffende Prognose erhalten, die jetzt um rund 35 000 Schülerinnen und Schüler nach unten korrigiert werden musste.

Ich sage Ihnen, wie das neue Schuljahr begonnen hat. Wir haben schon zum Schuljahresbeginn 350 Stellen gesperrt. Ich kann Ihnen sagen, wie die Meldungen zum Schuljahresbeginn sind. In den Zeitungen des Landes lese ich überall, dass sich die Unterrichtsversorgung auf einem sehr guten Niveau befindet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da lese ich aber etwas anderes! Sie sollten alle Zeitungen lesen! – Abg. Katrin Altpeter SPD: In meiner Zeitung steht etwas anderes! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das sind keine Äußerungen, die wir als Kultusministerium gemacht haben, sondern das sind Berichte, die die Zeitungen über die Situationen vor Ort schreiben. Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, gern ein paar Zitate geben. Im Kreis Heilbronn wurde berichtet: "Am Montag startet ein Schuljahr mit wirklich guter Lehrerversorgung."

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Schuldirektoren sagen das, aber nicht die Schulen!)

Im Ortenaukreis hieß es: "Die Schulen im Ortenaukreis haben eine deutlich verbesserte Lehrerversorgung; die Unterrichtsversorgung ist sehr gut gewährleistet." Landkreis Göppingen: "Ausgewogene Lehrerzahlen und eine gute Unterrichtsversorgung".

All das lese ich in der Presse unseres Landes. Das sind Dinge, die vor Ort recherchiert und berichtet wurden.

Aber ich lese auch, was der Vorsitzende der GEW, Rainer Dahlem, dazu sagt: Selbstverständlich möchte er alle Stellen, die er bekommen kann, auch halten. Aber er äußert sich zu den 521 Stellensperren und sagt, natürlich würden die Schulen dies verkraften. Der Vorsitzende des Philologenverbandes hat mir gestern – nachdem sich der Philologenverband zu Beginn des Schuljahrs ja noch anders geäußert hatte – in einem Brief geschrieben: "Was die Unterrichtsversorgung anbetrifft, so erkennt der Philologenverband Baden-Württemberg an, dass die Grundversorgung der Gymnasien gesichert ist."

Das heißt, alle nehmen wahr, dass wir überhaupt nichts getan haben, was eine vernünftige Unterrichtsversorgung an den Schulen gefährdet hätte. Vielmehr können die Schulen auf einem bewährten, qualitativ hochstehenden Niveau weiterarbeiten. Deshalb kommt es auch nicht von ungefähr, dass wir im Bildungsmonitor, der regelmäßig erstellt wird, immer eine Spitzenstellung einnehmen und auch in diesem Jahr wieder auf Platz 2 – nach Sachsen – liegen. Die Bayern liegen diesmal hinter uns. Es gibt vier Bundesländer, die bei all diesen Betrachtungen den anderen Ländern weit voraus sind; das sind Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen.

Wir werden alles daransetzen, dass das, was dazu beigetragen hat, z. B. der qualitative Ausbau mit den unterschiedlichen Aktionsfeldern, den ich am Anfang schon genannt habe, auch in Zukunft das Markenzeichen der Bildungspolitik in Baden-Württemberg bleibt. Lassen Sie uns miteinander daran arbeiten. Ich glaube, wir haben allen Grund, auf die bisherigen Erfolge stolz zu sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nur ganz kurz auf ein Stichwort eingehen, das mich besonders geärgert hat, nämlich das Stichwort Planwirtschaft. Sie haben uns unterstellt, wir wollten eine Art planwirtschaftliches Verfahren einführen. Das ist eine völlig unsinnige und auch unnötige Emotionalisierung in dieser Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Es geht mir und uns nicht um Planwirtschaft, sondern darum, dass moderne Planungsstandards Eingang in politische Prozesse finden. Das mag bei Ihnen nicht unbedingt en vogue sein; es ist auf jeden Fall überfällig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Christoph Bayer)

Es geht dabei um die Steuerung von Qualitätsentwicklungsprozessen. Es geht darum, inhaltliche Parameter deutlich zu machen und in Planungsziele umzusetzen. Wenn man dies möchte, dann muss man etwas dazu sagen, was man in welchem Zeitraum erreichen will, dann muss man etwas dazu sagen, welche Problemstellungen man wie angehen möchte, dann muss man etwas dazu sagen, welche Innovationen in welchem Zeitrahmen angestrebt werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie Ihre Gespräche bitte nach draußen verlegen würden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oder ganz einstellen!)

dann wäre es hier im Plenarsaal insgesamt etwas ruhiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP/DVP)

Abg. Christoph Bayer SPD: Danke, Herr Präsident.

Man muss auch etwas dazu sagen, mit welcher Systematik strukturelle Defizite insgesamt in welchem Zeitrahmen angegangen werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das halte ich für eine notwendige staatliche Aufgabe. Im föderalen System ist das eine Aufgabe der Schulpolitik, die in der Landesverantwortung liegt.

Sie sprachen von Rahmenbedingungen, die man schaffen müsse, und von Autonomie nach unten. Was aber haben wir heute Nachmittag erlebt? Nicht einmal in einem für Sie eigentlich einfachen Punkt ist ja erreicht worden, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, nämlich darin, die Ganztagsschulen im Schulgesetz zu verankern – etwas, wozu Sie ja nicht nur von der Opposition, sondern auch von den kommunalen Landesverbänden geradezu getrieben werden.

Wenn Sie das alles ignorieren, dann hat das mit moderner Planung nichts zu tun. Es hat auch nichts mit moderner Schulpolitik zu tun, aber sehr viel mit einer gewissen Form von Behäbigkeit, in der Sie sich offensichtlich ausruhen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Entscheidung über den Antrag. Es handelt sich um einen reinen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er erledigt ist. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Tarifbindung der Zentren für Psychiatrie erhalten – Drucksache 14/94

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Bitte, Frau Abg. Haußmann für die SPD-Fraktion.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Geschäftsführer der Zentren für Psychiatrie vor der Sommerpause versucht haben, mit einem Handstreich – anders kann man es nicht nennen – die Tarifbindung der Zentren für Psychiatrie zu kippen, haben sie – ich sage das in aller Deutlichkeit – falsch gehandelt. Es ist aus Sicht der SPD nicht hinnehmbar, die Beschäftigten der Zentren auf diese Art und Weise vor vollendete Tatsachen zu stellen, um so einen erst kurz zuvor nach langen Tarifauseinandersetzungen erzielten Tarifabschluss zu unterlaufen.

(Beifall bei der SPD)

Allein die pauschale Behauptung, der Tarifvertrag würde zu unvertretbaren wirtschaftlichen Mehrbelastungen führen, reicht als Begründung für einen so weitreichenden Schritt nicht aus, meine Damen und Herren. Ich sage auch sehr deutlich: Der Arbeitgeber, das Zentrum für Psychiatrie, hat sich hier eben nicht wie ein verantwortungsvoller öffentlicher Arbeitgeber verhalten, sondern dieses Verhalten erinnert eher an das parteiübergreifend völlig zu Recht kritisierte Verhalten mancher Manager in der privaten Wirtschaft.

Eines ist doch klar: Dieser Weg hätte für die Psychiatriezentren

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

eine weitere lange Tarifauseinandersetzung, Herr Kollege Noll, und einen daraus resultierenden, kaum zu beziffernden wirtschaftlichen Schaden

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

 ich glaube, da sind wir uns einig – bedeutet. Am Ende dieser Tarifauseinandersetzung – so meine Vorhersage – hätte nämlich ziemlich genau das gestanden, was im TdL-Tarifvertrag vereinbart worden wäre – also ein Schuss in den Ofen.

Wir haben deshalb den heute zur Beratung stehenden Antrag eingebracht, weil die SPD wollte, dass die Landesvertreter in den Aufsichtsräten der Zentren dafür sorgen, dass die Tarifbindung der Zentren erhalten bleibt. Wir freuen uns – ich sage das ganz ausdrücklich –, dass die Landesregierung hier mittlerweile korrigierend eingegriffen und dafür gesorgt hat, dass diese Pläne vorerst nicht umgesetzt werden. Dies ist sicher ein Erfolg für die Beschäftigten und wichtig für die Zukunft der Zentren für Psychiatrie.

Trotzdem stellen sich dabei Fragen, und diese hätte ich schon gern heute von der Landesregierung, von der Sozialministerin beantwortet. Es ist ja kaum vorstellbar, dass die Geschäftsführer einen so weitreichenden Schritt einleiten konnten, ohne dass sie zuvor die Landesvertreter in den Aufsichtsräten konsultiert haben. Wir haben den Verdacht, Frau Ministerin, dass die Landesregierung diese falsche Politik der Geschäftsführer unterstützt hat und erst zurückgerudert ist, als sich breiter öffentlicher Protest regte. Die Geschäftsführer konnten auch so handeln, weil die Landesregierung die Öffentlichkeit und die Beschäftigten seit Lan-

(Ursula Haußmann)

gem darüber im Unklaren lässt, wie sie sich die Zukunft der Zentren für Psychiatrie vorstellt. Ich will heute auch von Ihnen wissen: Wie geht es weiter, Frau Ministerin?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das steht aber nicht in dem Antrag!)

 Ich will das aber trotzdem wissen, Herr Kollege. Ich weiß, Sie begnügen sich immer mit einfachen Antworten, aber ich will das immer genau wissen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Einfach, aber richtig ist besser als kompliziert und falsch!)

Die Frage der Tarifflucht ist ja glücklicherweise vorerst gelöst, und nun muss die Frage nach der Zukunft der Zentren von der Landesregierung endlich beantwortet werden. Ich erwarte von der Ministerin heute mehr als nur Ausflüchte, mit denen sie das Parlament in der schriftlichen Stellungnahme abzuspeisen versucht hat.

So viel in der ersten Runde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

Abg. Andreas Hoffmann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist unbestritten: Die Mitarbeiter in den Zentren für Psychiatrie leisten jeden Tag eine wichtige und nicht einfache Arbeit bei der Behandlung und Pflege unserer psychisch kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich glaube, man darf am Beginn einer Rede den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch einmal für ihre schwierige Arbeit danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das hat doch niemand bestritten!)

Nicht ohne Grund wurden in den Psychiatrien – das haben Sie leider zu erwähnen vergessen, Frau Haußmann – nicht die DRGs eingeführt, sondern dort gelten weiterhin die Krankenhausbudgets, weil man sich bei der Versorgung psychisch Kranker einfach schwertut, die Dinge in einen Rahmen zu pressen, der Fallpauschale heißt.

Jetzt will ich erklären, warum die Geschäftsführer auf die Idee kamen, die Sie gerade zu geißeln versuchen. Sie haben sich nämlich etwas dabei gedacht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was?)

Die Zentren für Psychiatrie haben, wie wir alle, den Ärztestreik mitverfolgt. Alles ist ausgegangen, wie es ausgehen sollte. Wir alle kennen die Ergebnisse dieses Ärztestreiks. Aber klar ist, dass die Psychiatrien ganz besonders betroffen sind, weil für sie eine Besonderheit gilt. Keine einzige andere Krankenhausart hat so klare gesetzliche Vorgaben, wie viele Ärzte und wie viel Pflegepersonal vorzuhalten ist. Alle können rationalisieren, alle können umschichten und

verschieben und können Teile dieser Mehrkosten auffangen. Eine Krankenhausart kann das nicht, und das sind unsere Zentren für Psychiatrie.

Die Geschäftsführer, die meiner Meinung nach – ich sage es ganz deutlich – in den letzten zehn Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet haben – gestern wurde ja das zehnjährige Bestehen der Zentren gefeiert –,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da war von der CDU-Fraktion niemand dabei!)

machen folgendes Problem geltend, das man ernst nehmen muss. Die Zentren werden in den nächsten Jahren, beginnend mit dem Jahr 2007, aufgrund der bestehenden Konstellation – neuer Tarifvertrag und Personal per Gesetz vorgegeben – 23 Millionen € Minus machen. Dieses Minus wird von niemandem ausgeglichen, weder über den Landeshaushalt noch von den Krankenkassen, weil sie einfach in ein sogenanntes gesetzliches Loch fallen.

Jetzt haben die Tarifvertragspartner etwas vereinbart, was für die meisten Kliniken in Deutschland gilt. Aber es macht eben keinen Sinn, einen Tarifvertrag zu übernehmen, der überhaupt nicht zur Systematik eines Landespsychiatriemodells passt. Was haben die Träger also gemacht? Sie haben gesagt: "Wir brauchen einen eigenen Tarifvertrag, der diesen besonderen gesetzlichen Aufgaben zupasskommt und der auch zu unseren Häusern passt." Wenn man einen eigenen Tarifvertrag schließen will, dann hat man in Gottes Namen keine andere Wahl, als den alten vorher zu kündigen. Genau das war der Versuch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und das nach einer langen Tarifauseinandersetzung!)

Ich gebe Ihnen in einem recht, liebe Frau Haußmann: Der Zeitpunkt und möglicherweise auch das Management dieses geplanten Ausstiegs waren nicht ganz optimal gewählt. Aber es war eine Reaktion auf ein drohendes Minus von 23 Millionen €, das nicht gedeckt ist.

Ich glaube, der weitere Verlauf ist bekannt. Von dem Ausstieg wurde abgesehen, aber ich sage ganz deutlich: Er ist nur aufgeschoben, nicht ganz aufgehoben. Das kommt wieder, und wir können uns durchaus Gedanken machen – dafür ist heute kein schlechter Tag –, wie es um die Zukunft unserer Psychiatrien aussieht. Wir werden in den nächsten Wochen überlegen müssen, wie es mit den ZfPs weitergeht. Die Häuser haben eine besondere Aufgabe im Land, die sie hervorragend meistern. So besteht neben der Versorgung der Kranken, die sie leisten, auch noch die Kombination mit dem Maßregelvollzug.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion ist die Versorgung psychisch Kranker verbunden mit dem Maßregelvollzug kein Feld, das vordringlich der Gewinnerzielung dienen sollte. Vielmehr ist es eine öffentliche Aufgabe, eine hoheitliche Aufgabe.

Im Gegensatz zu anderen Ländern können wir inhaltlich und kaufmännisch stolz auf unsere psychiatrischen Einrichtungen sein. Einzelne Bundesländer haben versucht, ihre Einrichtungen an Krankenhausketten zu verkaufen. Dafür gab es Gründe: Die Häuser waren marode, ihr Zustand war (Andreas Hoffmann)

schlecht, Geld war keines da, und ohne Fremdkapital ist es nicht gegangen.

Unsere Häuser sind in einer völlig anderen Situation. Sie sind kaufmännisch gut aufgestellt, sie sind gut ausgestattet und haben die notwendige Infrastruktur in den letzten zehn Jahren aufgebaut.

Ich bin davon überzeugt, wir würden einen Riesenfehler machen, wenn wir das Thema "Privatisierung unserer Psychiatrien" in einer bestimmten Richtung diskutieren würden. Man kann mit der CDU-Fraktion darüber reden, eine neue Gesellschaftsform für die Zentren für Psychiatrie zu finden – diesmal eine, die nicht Holding, sondern vielleicht GmbH oder Aktiengesellschaft heißt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätte ich gleich nachher gefragt!)

Aber wir tun uns schwer damit und werden uns schwer damit tun, wenn es um einen Verkauf an Dritte geht. Denn wir sehen dafür weder eine Notwendigkeit, noch sehen wir darin einen Sinn. Wir haben − ich habe es gesagt − mit den Zentren für Psychiatrie gute Einrichtungen, die eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen. Wir werden von vielen anderen Bundesländern darum beneidet. Lassen Sie uns also nicht alte Dinge über Ausstiege aus Tarifverträgen verhandeln. Lassen Sie uns im Hinblick auf ein Minus von 23 Millionen €, auf funktionierende Häuser und auf Beschäftigte, die eine Zukunftsperspektive verdient haben, überlegen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

wie wir so umgestalten können, dass niemand von den Mitarbeitern seinen Besitzstand verliert, wir bei Neueinstellungen aber möglicherweise einen eigenen Tarifvertrag anwenden. Damit werden wir der Zukunft mit einer neuen Gesellschaftsform gerecht. Das würden wir gern mittragen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser kleine Antrag der Fraktion der SPD hat ja doch wirklich eine große Wirkung, wenn ich das richtig sehe. Das, was in der Stellungnahme des Ministeriums nicht enthalten ist, kommt jetzt langsam, aber sicher ans Tageslicht, wenn wir jetzt diese Debatte hier führen, und das finde ich schon ziemlich gut.

Auch wir haben im Sommer reagiert, als es um diesen Vorstoß der Geschäftsführer ging, und zwar aus zwei Gründen: zum einen, weil wir die Kündigung dieser Tarifbindung auf gar keinen Fall richtig fanden, zum anderen aber auch, weil wir speziell dieses Vorgehen völlig falsch fanden, weil es tatsächlich an den Beschäftigten vorbeigegangen ist. Sie haben ja gerade noch einmal bestätigt, Herr Hoffmann, dass es weder ein richtiger Zeitpunkt noch eine besonders gelungene Aktion war. Das heißt, letztendlich ist es gut, dass von allen Seiten zurückgerudert wurde.

Aber – und das wird jetzt, finde ich, in der heutigen Debatte wirklich deutlich – es geht ja darum, dass die Geschäftsführer offensichtlich sehr plakativ, aber doch nachhaltig darauf aufmerksam gemacht haben, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt. Natürlich stellt sich insgesamt die Frage, wie wir mit den wirtschaftlichen Defiziten, die dort entstehen, umgehen. Da finde ich schon, dass es wichtig ist – ich finde, die heutige Debatte zeigt auch, dass dies wichtig ist –, dass wir in diese Fachdiskussion einsteigen, wenn es darum geht, nach Wegen zu suchen, wie wir mit dieser Situation umgehen können, damit tatsächlich im Sinne der Patientinnen und Patienten, aber auch im Sinne der Beschäftigten eine gute Regelung erzielt wird.

Da kann es nicht unsere Antwort sein, den Tarifstreit, den wir in den kommunalen Krankenhäusern hatten und der ja unterm Strich letztendlich bedeutet, dass es in den Krankenhäusern ein riesiges Gehaltsgefälle zwischen den Pflegeberufen einerseits und den Arztberufen andererseits gibt, zu unterstützen. Das heißt, es muss schon dazu kommen, dass wir einen recht guten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen hinkriegen.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Ferner müssen wir auch die Frage nach der Geschäftsführung bzw. der Organisationsstruktur beantworten. Wir sind ganz klar dagegen, die Zentren für Psychiatrie zu privatisieren, an Dritte zu verkaufen. Ich höre jetzt von Ihnen, dass Sie da ähnlich skeptisch sind bzw. das eher nicht befürworten würden, sondern dass Sie eher befürworten würden, zum Beispiel den Weg in Richtung einer GmbH zu gehen. Das sind einfach Fragen, die dringend beantwortet werden müssen, wenn wir die Zukunft der Zentren sichern wollen.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir erscheint das Thema so, als ob dabei einfach gesagt wird: "Haltet den Dieb!", und dann irgendwie die Schuld auf irgendwelche Geschäftsführer, die unanständige Forderungen oder was weiß ich stellten, geschoben wird, ohne zu sehen, dass die Zentren für Psychiatrie im Grunde genommen Krankenversorgung leisten und damit ein Teil des Krankenhauswesens sind. Ich brauche Ihnen allen nicht zu erzählen, dass die Zitrone im Krankenhauswesen ausgequetscht ist ohne Ende.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Genau das, was andere Krankenhäuser machen müssen, weil die BAT-Schere aufgeht – sprich: Budgets werden nicht erhöht, Lohnsteigerungen pro Jahr kommen, also irgendwo muss eben Personal abgebaut werden –, geht aus den genannten Gründen – da hat Herr Kollege Hoffmann völlig recht: Psychiatrie-Personalverordnung – in diesem Fall eben nicht.

Ich halte den Dank an die Angestellten für richtig. Da schließe ich übrigens auch die Geschäftsführer ein, weil sich die-

(Dr. Ulrich Noll)

se natürlich sehr verantwortlich überlegen, wie sie mit der schwierigen Situation umgehen sollen, dass sie einerseits immer weniger Geld zur Verfügung haben – das hat die Politik zu verantworten, also auch wir ein Stück weit, aber insbesondere auch die Gesundheitspolitik – und andererseits sehen müssen, dass sie dem Land nicht Zahlen abliefern, zu denen das Land dann auch nicht sagen kann: "Nur her damit. Wir finanzieren euch das Defizit."

Von daher glaube ich: Gerade bei den Ärztestreiks ist deutlich geworden, dass möglicherweise das öffentliche Tarifrecht für Krankenhäuser nicht die richtige Form ist, weil es nicht die Möglichkeiten abbildet, die in Krankenhäusern im Sinne der Flexibilität notwendig sind. Deshalb sage ich auch, was Kollege Hoffmann schon erwähnte, dass man überlegen muss, für Neueinstellungen Möglichkeiten zu schaffen, die nicht wieder dazu dienen – das ist ganz wichtig –, die Gehälter radikal zu senken, sondern durch die – etwa über mehr Anreize, mehr Leistungsorientierung – nicht Demotivation, sondern Motivation in der Krankenversorgung erreicht wird.

Der Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband ist im Moment vom Tisch. Ich bitte darum, nicht auf die Geschäftsführer einzuschlagen, mit denen wir anlässlich des Zehn-Jahr-Jubiläums zusammengesessen haben. Wir haben ihnen gesagt: "Ihr habt in den letzten zehn Jahren eure Möglichkeiten, flexibler zu agieren, als es zuvor möglich war, als das Ganze noch voll in der Hand der Kameralistik im Landeshaushalt war, gut genutzt." Da haben wir sie alle sehr gelobt, dass sie sehr gut dastehen. Das ist auch hier noch einmal betont worden. Nun andererseits zu kommen, wenn sie sich Gedanken machen und sich fragen: "Wie lösen wir das Problem, das uns droht, dass wir nicht mehr einnehmen können, weil es politisch so gewollt ist" -- Rot-Grün hat sich besonders hervorgetan. Schwarz-Rot wird sich jetzt hervortun und noch einmal 1 % aus den Budgets herausquetschen. Wie das gehen soll, weiß kein Mensch. Dagegen kämpfen wir gemeinsam, auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

So viel zum Aktuellen. Dieser Punkt hat sich jetzt erledigt. Der Ausstieg ist, wie gesagt, gar nicht vorgesehen.

Jetzt kommt die Frage: Wie geht es weiter? Es ist auch auf der Jubiläumsveranstaltung thematisiert worden, dass eine Weiterentwicklung kommen muss. Nichts ist so gut, als dass man es nicht besser machen könnte. Das Einzige, was mich in der Debatte stört, ist, dass immer, wenn das Thema Privatisierung aufkommt, zunächst ein Horrorszenario an die Wand gemalt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Lieber Kollege Hoffmann, wir haben eine hervorragende psychiatrische Einrichtung im Land Baden-Württemberg, die privat betrieben wird und nicht auf Gewinnerzielung aus ist

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

- Das ist eine Stiftung. Sie leistet sehr gute Arbeit.

Es geht nicht um Gewinnerzielung, sondern um vernünftige Strukturen. Dann kann man überlegen, ob man angesichts dessen, was das Land in Zukunft an Investitionen möglicherweise nicht mehr leisten kann – vielleicht auch im Sinne der Haushaltskonsolidierung nicht mehr will –, neue Möglichkeiten eröffnet und meinetwegen auch einmal modellhaft, z. B. zusammen mit einer Stiftung, eine andere Rechtsform möglich macht. Von daher bitte ich, ganz gelassen zu bleiben und nicht wieder alle Leute auf die Bäume zu treiben nach dem Motto: Dann wird alles ganz schrecklich schlecht.

In diesem von einer Stiftung betriebenen psychiatrischen Krankenhaus höre ich weder von den Ärzten noch von den Patienten, dass sie sich in irgendeiner Form schlecht behandelt fühlten. Im Gegenteil, ein Oberarzt, der lange in einer psychiatrischen Klinik an der Uni Tübingen war, sagt: "Ich würde nie mehr zurückgehen." Das kann also alles nicht so furchtbar schlecht sein. Patienten haben sie auch.

Das Thema Gewinnerzielung muss man außen vor lassen. Denn um Gewinnerzielung geht es gerade gar nicht, sondern darum, dass wir nicht sehenden Auges in defizitäre Situationen gelangen, die wir als Land nicht mehr aufheben können. Deshalb müssen wir uns in aller Ruhe gemeinsam über das unterhalten, was von einer interministeriellen Arbeitsgruppe vorbereitet wird. Das muss so geschehen, dass man nicht wieder von vornherein sagt: "Das haben wir immer so gemacht; daran ändern wir nichts", und Probleme beiseiteschiebt. Sie holen uns dann irgendwann einmal so ein, dass wir nicht mehr daran vorbeikommen und überhaupt nicht mehr gestaltend einwirken können. Hierbei bitte ich um eine faire, sachliche und offene Diskussion.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern – es ist schon angesprochen worden –, am 10. Oktober, war der Welttag für seelische Gesundheit. Diesen Anlass haben die Zentren für Psychiatrie genutzt, um ihr zehnjähriges Bestehen zu feiern.

Die Zentren haben allen Grund, auf dieses Jubiläum stolz zu sein. 1996 sind sie aus den ehemaligen Landeskrankenhäusern zu rechtlich selbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts geworden, und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Zentren seither eine Erfolgsgeschichte geschrieben haben. Sie bilden das Rückgrat der psychiatrischen Versorgung im Land, sie versorgen ihre Patienten auf qualitativ hohem Niveau, und sie bieten ihren insgesamt 8 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichere Arbeitsplätze, und diese Arbeit wird auch angemessen bezahlt.

Die Landesregierung will, dass sich diese Erfolgsgeschichte fortsetzt. Dies liegt vor allem im Interesse der psychisch kranken Menschen, für die wir ja Verantwortung tragen. Dabei darf – das ist schon angesprochen worden – nicht verkannt werden, dass die Zentren Wirtschaftsunternehmen sind und dass sie auf ausgeglichene Betriebsergebnisse angewiesen sind. Denn schwarze Zahlen fallen nicht vom Himmel. Schwarze Zahlen erfordern vielmehr gute Arbeit.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Schwarze Zahlen nennt man üblicherweise Gewinne!)

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Das will ich jetzt nicht politisch deuten, obwohl das natürlich sehr naheliegt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Schwarze Zahlen sind Gewinne, egal, wer sie macht!)

Schwarze Zahlen erfordern gute Arbeit – und dies gilt für die Ärzte, für das Pflegepersonal und das Management gleichermaßen –, und sie erfordern Unternehmensstrukturen, die den Rahmenbedingungen angemessen sind.

Im Frühsommer dieses Jahres haben die Geschäftsführer der Zentren für Psychiatrie ihre Absicht bekundet, die Zentren aus dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes herauszuführen. Dazu muss man sich Folgendes vergegenwärtigen: Schon das Haushaltsstrukturgesetz 2004 hat die gesetzliche Bindung der Universitätsklinika und der Zentren für Psychiatrie an das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes aufgehoben. Die Universitätsklinika haben diese Rechtsänderung umgesetzt. Sie sind zum 30. Juni 2005 aus dem Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes und damit aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten. Drei Monate nach dem Austritt haben die Universitätsklinika mit der Gewerkschaft ver.di einen Haustarif vereinbart. Die Geschäftsführer der Zentren für Psychiatrie sahen für einen vergleichbaren Schritt, den Austritt aus der TdL, zunächst keine Notwendigkeit.

Die jüngste Tarifeinigung der TdL mit der Gewerkschaft ver di gab jedoch Anlass für eine andere Beurteilung seitens der Geschäftsführer. Die zu erwartenden Mehrkosten werden die Veränderungsraten, mit denen die Budgets angepasst werden, erheblich übersteigen, und vor diesem Hintergrund forderten die Geschäftsführer einen Haustarif für die Zentren für Psychiatrie. Dazu wäre der sofortige Austritt aus dem Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes notwendig geworden. Daraus ist in der Tat eine zugespitzte Situation entstanden.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich persönlich mit Herrn Finanzminister Stratthaus in die Verhandlungen eingeschaltet. Wir haben am 17. Juli gemeinsam die Geschäftsführer der Zentren angehört, und am 20. Juli haben wir mit der Gewerkschaft ver.di und mit Personalvertretern der Zentren gesprochen. Ziel der Gespräche war es, zu klären, welche Lösung einerseits den Interessen der Beschäftigten gerecht wird und andererseits unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen für die Zentren darstellbar ist. Wir haben die Vor- und Nachteile eines Austritts aus dem öffentlichen Tarifrecht sorgfältig geprüft und abgewogen, und die Gespräche ergaben, dass derzeit kein Austritt aus dem Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes erfolgt.

Dabei haben sich alle Beteiligten eines bewusst gemacht: Die Zentren für Psychiatrie können auf Dauer keine strukturellen Defizite verkraften. Deshalb müssen die Zentren bei der Umsetzung des neuen Tarifrechts große Anstrengungen unternehmen, um zu ausgeglichenen Betriebsergebnissen zu kommen. Ich will darauf jetzt nicht näher eingehen, bin allerdings optimistisch, dass die Geschäftsleitungen und die Personalvertretungen ihren Weg gemeinsam gehen und dabei einen fairen Interessenausgleich finden werden.

Jetzt ist gefragt worden, wie es weitergeht. Es wurde um eine nicht ausweichende Antwort gebeten. Liebe Frau Kollegin, da gibt es nichts auszuweichen. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung einen klaren Auftrag, eine formelle Privatisierung zu prüfen. Das ist etwas, was intensiv diskutiert werden muss. Die interministerielle Arbeitsgruppe, die natürlich diffizile Fragen und Möglichkeiten klärt und prüft, ist schon angesprochen worden, und Sie können davon ausgehen, dass wir, sobald Ergebnisse vorliegen, diese zur Diskussion stellen. Aber auch angesichts der Schwierigkeit der Diskussion kann ich im Moment nur sagen, dass diese Arbeitsgruppe intensiv arbeitet, aber dass wir da noch auf Ergebnisse warten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich steht im Koalitionsvertrag zwischen FDP/DVP und CDU eine ganz wolkige Ankündigung, die Zentren für Psychiatrie formell zu privatisieren. Aber die Realität haben wir ja alle gerade erlebt. Herr Hoffmann sagt, es könnte eine GmbH-Lösung sein. Ulrich Noll spricht von Privatisierung. Die beiden Koalitionsfraktionen sind unseres Erachtens schon sehr weit auseinander. Also, von daher hätte ich mir schon etwas Habhafteres in der Aussage gewünscht,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

weil die Beschäftigten in den Zentren auch endlich eine Antwort verdient haben, wie es weitergeht. Erst wenn klar ist, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen die Zentren künftig arbeiten sollen, kann auch über eine Fortentwicklung – ich betone ausdrücklich: Fortentwicklung, nicht Ausstieg, lieber Kollege Noll – des Tarifvertrags geredet werden.

Meine Frage: Wann können wir mit Ergebnissen rechnen? Die Beschäftigten hängen ja schon sehr lange in der Luft, und es besteht eine große Unruhe in den Einrichtungen.

Ich will für die SPD-Fraktion noch einmal ganz klar sagen: Wir lehnen die Privatisierung ab. Wir bekennen uns – und das wird auch in Zukunft so sein – zu der Verantwortung des Landes für die Zentren für Psychiatrie. Statt zentralistischer Holdingstrukturen, wie sie auch einmal durch die Landschaft gegeistert sind, wollen wir ganz klare regionale Kooperationen oder Zusammenschlüsse, wie sie beispielsweise in den oberschwäbischen Zentren bereits seit Längerem diskutiert wurden.

Ich sage: Frau Ministerin, es wird Zeit, dass hier wirklich klare Antworten gegeben werden. Die Öffentlichkeit und die Beschäftigten erwarten von Ihnen endlich Antwort auf die Fragen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lasst denen wenigstens das Geld noch eine Weile!)

 Lieber Kollege Noll, wie Ihre Lösung bezüglich der Unikliniken aussieht, wissen wir. Sie wollen privatisieren. Sie wollen die Zentren für Psychiatrie privatisieren. Eine Lan(Ursula Haußmann)

desaufgabe, die Versorgung von psychisch kranken Menschen, wollen Sie privatisieren, wollen Sie von sich wegschieben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Krankenversorgung ist zunächst einmal Aufgabe der Krankenversicherung!)

Die Antwort reicht uns in diesem Zusammenhang nicht. Ich habe heute nichts von den beiden Koalitionspartnern gehört, was uns in der Sache weiterbringt. Ich bin da sehr enttäuscht.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

 Ja, Sie haben gesagt: GmbH. Herr Noll wiederum sagt: Privatisierung. Und jetzt sind wir genauso schlau wie vorher, lieber Kollege.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/94. Wer diesem Antrag zustimmt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Moment! Das ist doch schon überholt!)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Durch Zeitablauf erledigt!)

- Nein, der ist nicht erledigt. Er beinhaltet eine Handlungs-aufforderung.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Er ist in jedem Falle abgelehnt, Herr Abg. Dr. Noll.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – Schutz von Journalisten und der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht – Drucksache 14/148

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Demokratie lebt von Transparenz. Demokratie braucht Transparenz, weil sonst Partizipation nicht möglich wird. In unserer demokratischen Gesellschaft stellt das öffentlich tagende Parlament die Transparenz her. Das tun aber insbesondere auch die Medien, und die Medien handeln durch Journalistinnen und Journalisten. Das Rechtsgut der Pressefreiheit ist für die Demokratie substanziell und muss deshalb auch substanziell geschützt werden.

Warum diskutieren wir das Thema heute? Weil im Land Baden-Württemberg seit inzwischen mehr als einem halben Jahr – Stand heute – gegen drei Journalisten ermittelt wird wegen des Verdachts der Beihilfe zum Geheimnisverrat, zur Verletzung von Dienstgeheimnissen.

Ganz kurz noch einmal: Was war der Anlass? Der Anlass war, dass Stuttgarter Medien, Stuttgarter Zeitungen über einen Vorgang im Zusammenhang mit einem Geburtstagsfest des SWR-Intendanten berichtet haben, wodurch dann offensichtlich klar war, dass Informationen vonseiten eines Amtsträgers an die Journalisten gegeben worden sind. Das wird auch gar nicht bestritten. Es ist auch überhaupt kein Thema, dass gegen die potenziell infrage kommenden Amtsträgerinnen und Amtsträger ermittelt wird. Das sieht das Strafgesetzbuch so vor.

Das Strafgesetzbuch sieht aber auch vor, dass Journalistinnen und Journalisten, die aufgrund der Dienstpflichtverletzung eines Amtsträgers einen Bericht erstellen, schließlich selbst in den Fokus der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen geraten, weil ihnen dann Beihilfe unterstellt wird. Zumindest wird von einem entsprechenden Verdacht ausgegangen, und es wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das heißt, es wird auch die Pressefreiheit – Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes – eingeschränkt.

Allein die Tatsache, dass inzwischen seit einem halben Jahr ermittelt wird – bei einem Tatbestand, von dem wir der Auffassung sind, dass man dafür keinen solchen Zeitraum benötigt –, schränkt die geistige Freiheit und auch die Handlungsfreiheit von Journalistinnen und Journalisten ein. Deswegen bin ich gespannt, ob uns der Justizminister heute berichten kann, dass die Verfahren endlich eingestellt oder zumindest einmal abgeschlossen worden sind.

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens der Diskussion bedarf: Der Justizminister selbst hat am 27. Juni 2006 auch öffentlich angekündigt, dass man insbesondere darüber nachdenken müsse, diesen Beihilfetatbestand, der dann ja auch zu strafrechtlichen Ermittlungsverfahren legitimiert, aus dem Gesetz zu streichen. Dies würde bedeuten, dass diese Beihilfehandlungen auch bei Journalistinnen und Journalisten strafrechtlich nicht mehr verfolgt und geahndet werden können.

Es wurden auch weitere Punkte angesprochen, z. B. die Veröffentlichung aus Urkunden aus laufenden Gerichtsverfahren. Auch sie ist derzeit strafbar. Auch da hat sich der Justizminister, denke ich, wohlwollend geäußert, indem er zum Ausdruck gebracht hat, dass man über diesen Punkt nachdenken könne.

Tatsache ist jetzt: Nach den Äußerungen des Ministers in der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses gibt es zumindest zwei Vorhaben, die offensichtlich auch vonseiten des Ministeriums mitgetragen werden. Zum einen sollen Telekommunikationsdaten bei Journalistinnen und Journalisten nicht mehr erhoben werden können. Dies wäre aus meiner Sicht selbstverständlich. Eine entsprechende Initiative hat der Minister angekündigt. Mir ist aber bis heute nicht bekannt, dass es eine solche Initiative gibt. Zum anderen soll die Beschlagnahme von Materialien, von Unterlagen auch am Heimarbeitsplatz – viele Journalistinnen und Journalisten arbeiten ja zu Hause – zumindest einer richterlichen Anordnung bedürfen.

(Thomas Oelmayer)

Diese Themen würde der Minister – so hat er es angekündigt – in eine Bundesratsinitiative einbringen. Entgegen seiner Ankündigung würde er aber nicht einbringen, dass der Beihilfetatbestand aus dem Gesetz gestrichen wird.

Interessant ist nun, dass es auf Bundesebene zwei Gesetzentwürfe gibt: einen von der FDP-Fraktion vom 15. März 2006, der genau die Streichung dieses Beihilfetatbestands vorsieht. Hier wäre der Minister, glaube ich, gut beraten, sich der Auffassung der Rechtspolitikerinnen und Rechtspolitiker der FDP auf Bundesebene auch im Land anzuschließen. Ich kann ihn dazu nur auffordern.

Des Weiteren gibt es einen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag vom 7. Februar 2006, nach dem all diese Forderungen auch in Gesetzesform gegossen werden sollen. Auch Beihilfe bzw. Teilnahmehandlungen, Verletzung von Dienstgeheimnissen, Straftaten durch Amtsträger und Anstiftungen sollen danach nicht mehr bestraft werden. Denn wir sind der Auffassung – ich habe es eingangs gesagt –, dass die Pressefreiheit des höchsten Schutzes bedarf, um die Transparenz in unserer Demokratie herzustellen.

Jetzt haben wir heute die Beratung im Landtag. Ende Oktober steht eine Anhörung im Bundestag zu den Gesetzentwürfen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen an. Wir haben bisher – ich habe es schon erwähnt – nichts gehört und nichts gesehen, keine Bundesratsinitiative des Justizministers hier im Haus, obwohl er diese angekündigt hat. Ich unterstelle jetzt einmal, er wird es heute wieder tun. Vielleicht legt er sie ja jetzt auch vor.

Wir haben des Weiteren aber auch bis zum heutigen Tag nicht gehört, dass die laufenden Ermittlungsverfahren eingestellt worden wären. Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir dieses Thema heute nicht abschließen können, sondern unseren Antrag, den wir heute hier zur Debatte stellen, an den Ausschuss überweisen müssen, um dann, wenn die entsprechenden Ergebnisse aus der Anhörung im Bundestag vorliegen und gegebenenfalls die Ermittlungsverfahren zu irgendeinem Zeitpunkt einmal eingestellt sind, das Thema noch einmal im Ausschuss zu beraten und dann vielleicht auch abschließend behandeln zu können, um zu sehen, welche Konsequenzen die Landesregierung zum Schutz der Pressefreiheit hier in Baden-Württemberg ziehen will.

Insofern will ich abschließend an Sie appellieren, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, damit wir das Thema dann abschließend behandeln können, wenn die Themen auf dem Tisch des Hauses liegen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Föll.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Deshalb ist er hier!)

Abg. Michael Föll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die Tatsache, dass die Pressefreiheit ein essenzieller Bestandteil des Grundrechts auf Meinungsfrei-

heit und damit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, sind wir uns in diesem Hause, glaube ich, alle einig. Aber auch das Grundrecht der Pressefreiheit ist in unserem demokratischen Rechtsstaat nicht unbeschränkt. Vielleicht hilft es dann weiter, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2003 in Erinnerung zu rufen. Ich zitiere:

Der Gesetzgeber ist weder gehalten noch steht es ihm frei, der Presse- und Rundfunkfreiheit absoluten Vorrang vor anderen wichtigen Gemeinschaftsgütern einzuräumen.

Er habe insbesondere auch den Erfordernissen der Rechtspflege Rechnung zu tragen.

Herr Kollege Oelmayer, genau der konkrete Anlass für den Antrag der Grünen, nämlich die Ermittlungsverfahren gegen drei Journalisten wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat, gebietet eine Änderung des § 353 StGB nicht. In diesen Verfahren wird ja gerade nicht der Vorwurf bestätigt, dass die Strafverfolgungsbehörde über den Teilnahmeverdacht versuche, sozusagen den Informantenschutz als wichtigen Teil der Pressefreiheit auszuhebeln. Fakt ist – zumindest soweit wir den Stand des Ermittlungsverfahrens aus den Berichten im Ausschuss kennen –, dass die Staatsanwaltschaft genau den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz angewendet hat und beispielsweise darauf verzichtet hat, einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken oder Telekommunikationsverbindungsdaten zu erheben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber das Verfahren läuft doch noch!)

In der Abwägung der Rechtsgüter, die wir auch vorzunehmen haben, ist eine pauschal gesetzlich normierte Rechtfertigung aller Beihilfehandlungen geradezu eine Einladung zur Veröffentlichung von Dienstgeheimnissen. Auch die Aufhebung des Verbots, Anklageschriften oder andere Schriftstücke eines Strafverfahrens vor der öffentlichen Verhandlung ganz oder in Teilen im Wortlaut zu veröffentlichen, stellt einen Eingriff in den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen – von Beschuldigten und Opfern – dar, der aus meiner Sicht nicht zu rechtfertigen ist.

Deswegen halten wir als CDU-Landtagsfraktion eine Änderung des Strafrechts nicht für geboten. Gleichwohl sind wir damit einverstanden, das Thema erneut und intensiv im Ausschuss zu diskutieren, wenn das denn Ihr Wunsch ist, wie Sie ihn vorgebracht haben.

Wir stimmen aber mit der Landesregierung darin überein, dass Änderungen in der Strafprozessordnung vorgenommen werden sollen, was die Anpassung an die veränderten Lebensverhältnisse und -realitäten von Journalisten, also die Einbeziehung der Wohnung, anbelangt, und dass auch bei der Telekommunikationsdatenerhebung die entsprechenden Beschränkungen vorzunehmen sind, wie sie für Geheimnisträger, die anderen Berufsgruppen angehören, gelten. Da liegen wir auf einer Linie.

Insoweit stimmen wir, nachdem die Landesregierung nunmehr mit Augenmaß vorzugehen beabsichtigt, in diesem Fall der Vorgehensweise der Landesregierung zu, wie wir (Michael Föll)

das immer tun, wenn die Landesregierung mit Augenmaß vorgeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für die SPD-Fraktion zu diesem wichtigen Thema Stellung nehmen. Es ist deshalb ein wichtiges Thema, weil die Pressefreiheit ein konstituierendes Element unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Sie schützt den Pressevertreter, den Journalisten, sie schützt die Organisationen, aber auch die Institution Presse.

Allerdings gilt dieser Schutz nicht uneingeschränkt. Herr Kollege Föll, Sie haben zu Recht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen, die eine praktische Konkordanz im Verhältnis zu anderen Rechtsgütern verlangt, die ebenso wichtig sind, z. B. dem Persönlichkeitsschutz. Im Sinne dieser praktischen Konkordanz sind, wie dies der Freiburger Staatsrechtler Hesse, ein ehemaliger Verfassungsrichter, formuliert hat, die Interessen der beteiligten Rechtsgüter auszugleichen.

Das ist keine theoretische verfassungsrechtliche Diskussion, sondern – Herr Kollege Oelmayer, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – eine äußerst praktische im Hinblick auf die Ermittlungsverfahren, die im Land Baden-Württemberg durchgeführt wurden und die Sie im Einzelnen benannt haben.

Wenn man das Spannungsverhältnis der hier im Streit stehenden Rechte und die genannten Ermittlungsverfahren betrachtet, kann man sicher eines sagen: Die Pressefreiheit im Land Baden-Württemberg ist nicht bedroht, und sie war nicht bedroht. Aber es gibt hier im Hause das Bedürfnis – das habe ich bisher aus allen Fraktionen so vernommen –, zum Schutz der Presse, vielleicht aber auch im Interesse der Strafverfolgungsbehörden Klarheit zu schaffen und das Schutzgut Presse klarer zu formulieren, als es bisher der Fall war.

Dann stellt sich mir, unserer Fraktion, Ihnen und uns allen die Frage: Wie erreichen wir dieses Ziel? Wir meinen, dafür gibt es gute Ansätze. Es gibt auf Bundesebene die gesetzlichen Initiativen, die bereits genannt wurden. Es gibt Aktivitäten der Landesregierung – mit einer etwas unterschiedlichen Bewertung durch die beiden Koalitionsfraktionen. Es wird eine Anhörung im Bundestag geben. Beim Bundesjustizministerium befindet sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung. Wir sind, glaube ich, gemeinsam auf einem gleichgerichteten, auf einem richtigen Weg.

Die Frage ist nur, welches Maß wir anlegen. Wir halten es nicht für angezeigt, bei der tatbestandlichen Würdigung schon im Tatbestand oder auf der Ebene des Rechtfertigungsgrunds für eine ganze Berufsgruppe einen Rechtfertigungsgrund zu schaffen. Verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch würden wir damit über das Ziel hinausschießen.

Wir meinen, man müsste auf der strafprozessualen Ebene im Sinne einer Ausdehnung eines Richtervorbehalts Klarheit schaffen – auch für Durchsuchung und Beschlagnahme in privaten Räumen, weil Journalisten nun einmal nicht nur in Redaktionsräumen, sondern auch in privaten Räumen tätig sind.

Wir sind dafür, dass man auch bei der Erhebung von Telekommunikationsdaten und deren Verwertung restriktiver vorgeht und Journalisten und Redakteure einem ähnlichen Schutz unterstellt, wie er beispielsweise für Verteidiger, Geistliche oder auch Abgeordnete gilt.

Wenn man das zusammenfasst, ergibt sich, dass der Antrag der Grünen, wie ich glaube, in die richtige Richtung geht. Aber er hält das Maß, das wir uns verfassungsrechtlich vorstellen können, bisher noch nicht ein.

Es gibt jetzt auch Aktivitäten der Landesregierung. Deshalb lohnt es sich, heute keine Schnellschüsse zu machen, sondern das Thema im Ausschuss vertieft zu diskutieren und dann auch den einen oder anderen Vorschlag der Landesregierung – der ja angekündigt ist – bzw. die Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung abzuwarten, um dann zu gemeinsamen Lösungen zu kommen - im Interesse der Pressefreiheit, aber auch im Lichte schutzwürdiger Güter des Einzelnen, der auch geschützt werden muss, z. B vor Scheckbuchjournalismus und ähnlichen Erscheinungsformen, die wir auch kritisieren und zu Recht kritisieren. Schutz von Opfern, Schutz der Person, der Persönlichkeitsschutz und die Pressefreiheit müssen in einen guten Ausgleich gebracht werden. Das kann man mit den Gesetzesvorhaben, die jetzt initiiert worden sind, aus unserer Sicht erreichen. Wir sollten das im Ausschuss in der Tat anhand dessen, was die Landesregierung noch an Beiträgen liefern kann, vertieft aufarbeiten und gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die nach dem Zweiten Weltkrieg gesetzlich gesicherte Pressefreiheit hat die Bundesrepublik ganz wesentlich geprägt und dadurch die Demokratie gefestigt und damit auch, Herr Kollege Oelmayer, die von Ihnen geforderte Transparenz gefördert.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Konflikte um die Pressefreiheit hat es in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gegeben; ich erinnere unter anderem an die "Spiegel"-Affäre.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Genau!)

Die Interessen von Staat und Medien prallen immer dann besonders heftig aufeinander, wenn Journalisten Informationen von Staatsbediensteten erhalten, die ihrerseits ein Dienstgeheimnis weitergeben und veröffentlichen. (Dr. Hans-Peter Wetzel)

Journalisten verfügen bereits heute über ein in der Strafprozessordnung verankertes Zeugnisverweigerungsrecht. Es garantiert, dass die Redaktionen ihre Quellen geheim halten dürfen. Damit ist ein Durchsuchungs- und Beschlagnahmeverbot verbunden. Ohne dieses Recht könnten die Journalisten schwerlich ihrer Kontrollfunktion nachkommen und Zusammenhänge aufdecken, die vor der Öffentlichkeit verborgen werden.

Wenn die Informanten befürchten müssten, dass sie sofort nur aufgrund der Veröffentlichung strafrechtlich verfolgt werden, dann würden die Journalisten weniger erfahren, könnten weniger veröffentlichen und könnten ihrer Kontrollfunktion weniger nachkommen.

Aufgrund des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Baden-Baden gegen die "Stuttgarter Zeitung" und die "Stuttgarter Nachrichten" im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Geburtstagsfeier des SWR-Intendanten hat der Justizminister eine Bundesratsinitiative gestartet. Das ist Ihnen offensichtlich entgangen, Herr Kollege.

(Widerspruch des Abg. Thomas Oelmayer GRÜ-NE)

- Vielleicht war es im Sommer.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Letzten Donnerstag war sie noch nicht gestartet!)

 Doch. Im Bundesrat haben sogar bereits die Ausschüsse darüber beraten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da war er wohl im Urlaub!)

Offensichtlich ist das in Ihrer Urlaubszeit gewesen, und offensichtlich haben Sie das in Ihrer Urlaubszeit einfach übersehen. Das ist möglich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Thomas ist 24 Stunden pro Tag Abgeordneter! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Auch im Sommer!)

Wenn Sie das gelesen hätten, wäre Ihre Initiative nicht erforderlich gewesen.

Unsere Bundesratsinitiative, Herr Kollege Oelmayer, verfolgt im Wesentlichen zwei Forderungen. Die erste Forderung lautet: Bei Durchsuchungen bei Journalisten soll der Richtervorbehalt nicht nur für die Redaktionsräume – Sie müssen zuhören –, sondern auch in den Wohn- und Arbeitsräumen der Journalisten gelten. Momentan ist er beschränkt auf Redaktionsräume. Ich denke, dass wir mit dieser Forderung eine Neuerung einführen, die der derzeitigen Situation gerecht wird. Denn wir müssen feststellen, dass die Journalisten nicht nur in den Redaktionsräumen ihrer Arbeit nachgehen, sondern teilweise auch zu Hause, in ihrem Wohnzimmer. Insbesondere freie Journalisten haben nicht unbedingt ein festes Büro, sondern sie haben vielleicht nur einen Laptop oder einen PC, der zu Hause steht.

Die zweite Forderung: Bei der Erhebung von Telekommunikationsverbindungsdaten sollen Journalisten vergleichbar den in § 100 h Abs. 2 der Strafprozessordnung genannten Zeugnisverweigerungsberechtigten besser geschützt wer-

den. Durch diese Regelung soll das in § 100 h Abs. 2 StPO bislang nur für Geistliche, Verteidiger und Abgeordnete normierte Verbot der Erhebung von Telekommunikationsverbindungsdaten auf Journalisten und sonstige nach § 53 Abs. 1 zeugnisverweigerungsberechtigte Medienmitarbeiter erweitert werden. Dadurch wird der Gefahr vorgebeugt –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Privatgespräche nach draußen zu verlegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum blicken Sie da eigentlich immer zu uns? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Weil Sie am lautesten sind!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Kritik am Präsidium!)

– Sie saßen gerade so vertraut im Viererklub beisammen.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir wollen dadurch der Gefahr vorbeugen, dass durch die Abfrage von Telekommunikationsverbindungsdaten die Identität des Informanten eines Journalisten ermittelt und dadurch der durch das Zeugnisverweigerungsrecht abgesicherte Informantenschutz ein Stück weit entwertet wird.

Eine Gefährdung der Pressefreiheit bereits durch die gesetzliche Möglichkeit, im Falle eines Teilnahmeverdachts Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, ist nicht ausgeschlossen. Wir halten es daher entgegen der Mehrheit im Ministerrat auch für sinnvoll, die bloße Veröffentlichung eines Dienstgeheimnisses nicht mehr als Beihilfe zu werten – wie Sie auch, Herr Kollege Oelmayer.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist aber überraschend!)

Dass dieser Punkt in der Gesetzesinitiative nicht mehr auftaucht, ist aus unserer Sicht aber auch nicht problematisch. Denn die FDP-Bundestagsfraktion hat, wie Sie selber gesagt haben, bereits eine entsprechende Initiative gestartet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ohne Aussicht auf Erfolg!)

Sie sehen, Herr Kollege, wir sind auf einer Linie.

Im Übrigen wundere ich mich natürlich schon ein bisschen, dass Sie mit Ihrer Initiative jetzt kommen. Sie hatten doch, wenn ich mich recht erinnere, jedenfalls im Bund von 1998 bis 2005 die Möglichkeit, dieses Gesetz entsprechend zu ändern. Warum kommen Sie jetzt mit dem Antrag und haben die Änderung nicht vorgenommen, als Sie dies hätten machen können?

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis 1998 hätten Sie es auch machen können! – Abg. Reinhold Gall SPD: 20 Jahre hätten Sie es machen können! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das interessiert keinen Journalisten! Von der Presse ist niemand da!)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt spricht das Recht!)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über ein wichtiges Thema: den verbesserten strafprozessualen Schutz für Journalisten. Allerdings scheinen die Betroffenen, lieber Herr Oelmayer, Ihren Antrag nicht so spannend zu finden. Sehen Sie jemanden?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Mich interessiert es und uns! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die sind bei der Recherche!)

Es ist richtig: Die Staatsanwaltschaft Baden-Baden ermittelt gegen drei Journalisten, die über Einzelheiten aus einem anderen Ermittlungsverfahren berichtet haben, wegen des Verdachts der Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses. In den Medien wurde dieses Verfahren als schwerwiegender Angriff auf die Pressefreiheit bewertet. Es ist übrigens so, dass nach den mir vorliegenden Informationen der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen im Wesentlichen abgeschlossen sind und die abschließenden Verfügungen bevorstehen.

In Fällen wie diesen wird oft gegenüber den Strafverfolgungsbehörden der Vorwurf erhoben, dass sie einen Teilnahmeverdacht gegen Journalisten konstruieren, um an den eigentlichen Täter, der das Dienstgeheimnis gebrochen hat, heranzukommen, und dass auf diese Art in gewisser Weise das Zeugnisverweigerungsrecht unterlaufen wird. Da möchte ich eines klarstellen: Was Baden-Württemberg anbelangt, sind das, was wir hier anstellen, alles vorsorgliche Überlegungen. Von einem Angriff auf die Pressefreiheit durch strafrechtliche Ermittlungen in Baden-Württemberg kann nicht die Rede sein, und nicht ohne Grund können Sie für Ihren Antrag auch kein einziges baden-württembergisches Beispiel zitieren, bei dem so vorgegangen wurde, dass strafprozessuale Maßnahmen gegen Journalisten ergriffen wurden, um an den Hintermann heranzukommen.

In Baden-Württemberg wurden zwischen 2000 und 2005 von den Staatsanwaltschaften insgesamt 214 Ermittlungsverfahren wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses geführt. In gerade einmal elf dieser Verfahren stand die Beteiligung von Medienangehörigen im Raum, und in keinem Fall ist es zu strafprozessualen Zwangsmaßnahmen wie etwa der Durchsuchung von Redaktions- oder Privaträumen oder der Feststellung von Kommunikationsverbindungen gekommen. Die Staatsanwaltschaften haben dem Grundrecht der Pressefreiheit und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ganz offensichtlich in einer sachgerechten Weise Rechnung getragen. Insofern ist der Vorwurf, dass in Baden-Württemberg ein Informantenschutz unterlaufen werde, von vornherein widerlegt.

Aber wenn man bundesweit die Fälle, die sich ereignet haben, anschaut, dann kann man natürlich schon von einer abstrakten Gefahr für das Recht der Medien auf freie Recherche reden. Heute schützt allein, wenn man so will, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vor solchen strafprozessualen Maßnahmen. Das ist ein guter Schutz, das ist eine

Bindung, die, wenn sie funktioniert, absolut in Ordnung ist. Aber wir sind schlicht darauf angewiesen, uns auf die Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu verlassen. Darüber mag man in der Tat nachdenken. Man mag darüber nachdenken, ob wir mehr formale Absicherung für Journalisten gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen bieten sollen.

Da haben wir von der Landesregierung Baden-Württemberg aus in der Tat die Initiative ergriffen. Ich möchte eindeutig sagen: Wir waren die Ersten von allen Bundesländern und sind die bisher Einzigen, die eine solche Initiative ergriffen haben.

(Abg. Ute Vogt SPD: Schlechte Informationspolitik!)

Es ist ein bisschen schade, dass Sie von der Bundesratsinitiative noch nichts mitbekommen haben. Wir haben sie beim Bund am 31. August 2006 eingereicht, und sie ist dort unter dem Datum 4. September 2006 registriert worden, also vor einem Monat.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die könnten Sie bei den Ausschussberatungen auch einmal vorlegen, Herr Minister!)

Ich darf darum bitten, lieber Herr Oelmayer, dass Sie unsere Tätigkeit etwas aufmerksamer verfolgen. Ich bitte um schärfere Kontrolle.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist doch lachhaft! Meinen Sie, wir recherchieren jeden Tag im Internet? Das ist reiner Service, da wird Ihnen kein Zacken aus der Krone brechen!)

Was in der Bundesratsinitiative steht, haben andere schon angesprochen, alle drei Vorredner, übrigens in einiger Konvergenz, stelle ich fest. Bis auf die antragstellende Fraktion sind wir uns wahrscheinlich im Moment ziemlich einig, was man machen könnte.

Zum einen geht es um das Thema "Erhebung von Telekommunikationsdaten". Dabei geht es um die Frage, ob man die Journalisten den Verteidigern, Geistlichen, Abgeordneten, gleichstellen kann, was deren Schutz vor Erhebung der Telekommunikationsdaten angeht. Das ist in der Sache richtig; deswegen haben wir es in unserer Initiative auch gefordert. Das ist der erste Teil.

Zum anderen geht es um die Ausdehnung des absoluten Richtervorbehalts auch auf die Wohnräume der Journalisten. Das ist nur richtig und logisch, weil sich die Arbeitsmethoden geändert haben.

Außerdem haben wir bei uns noch eine Verstärkung, eine nochmalige Nennung, einen nochmaligen Hinweis auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz drin.

So weit die Bundesratsinitiative. Das ist, glaube ich, ein guter und richtiger Vorschlag. Anhand dieses Vorschlags wird heute bundesweit dieses Thema diskutiert.

Insofern stelle ich ganz klar: Wir haben nicht geredet, wir haben gehandelt, wieder einmal von Baden-Württemberg aus als Erste.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht reden, handeln!)

Sie machen in Ihrem Antrag Vorschläge zum materiellen Strafrecht, Vorschläge, die in jedem Fall viel zu weit gehen. Sie sagen, dass im materiellen Strafrecht zunächst alle Beihilfehandlungen von Journalisten zum Bruch des Dienstgeheimnisses strafrechtlich herausgenommen, gerechtfertigt werden sollten. Ich finde, schon dieser Schritt geht erheblich zu weit.

Es ist bekannt, dass ich selbst an dem einen Punkt durchaus diskussionsbereit bin – um es so auszudrücken –, ob das bloße Veröffentlichen, wenn nur veröffentlicht wird, wenn das alles ist, ob diese Beihilfehandlung strafbar sein sollte. Aber auch zu diesem Punkt mag man unterschiedliche Positionen einnehmen, und ich respektiere auch die Position, dass jemand sagt: Der Schutz der Rechte des Betroffenen davor, dass seine Geheimnisse verletzt werden – es sind natürlich immer Menschen von diesem Ausplaudern und Veröffentlichen betroffen –, geht mir so weit, dass ich am materiellen Recht gar nichts ändern will. Auch diese Position respektiere ich; das muss ich deutlich sagen. Auf jeden Fall geht mir Ihre Position viel zu weit, zu sagen: Alle Beihilfehandlungen nehmen wir aus und dann auch noch alle Anstiftungshandlungen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Man muss sich vorstellen – ich habe es gesagt –, auf der anderen Seite "streiten", wie man so schön sagt, Rechte der Betroffenen und auch Rechte auf ein Verfahren, das nach geordneten Spielregeln abläuft. Dazu gehört eben auch, dass das Verfahren ein Stück weit ungestört ablaufen kann, ungestört durch ein ständiges Hineinfunken von außen, durch die Veröffentlichung von Papieren, von Daten aus diesem Prozess. Das müssen Sie akzeptieren. Das tut weder dem Verfahren gut noch vor allen Dingen den Rechten der Betroffenen, die geschützt sind.

Wenn andererseits ein Journalist gezielt dazu anstiftet, dass ein Papier, welches unter dem Schutz des Dienstgeheimnisses steht, insbesondere in einem Strafverfahren, herausgegeben wird, dann zu sagen, dass das strafrechtlich irrelevant sein soll, ich glaube, auf diesem Weg sollte niemand Sie begleiten – um das ganz deutlich zu sagen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das wollen wir auch gar nicht!)

Dasselbe gilt für diese spezielle Vorschrift, die ich auch schon angesprochen habe: Heute steht es unter Strafe, wenn man Auszüge aus Anklagen oder Strafakten wörtlich veröffentlicht. Ich finde es auch richtig, dass man das nicht darf. Wenn wir das zulassen würden, wenn wir die präventive Wirkung dieser gesetzlichen Vorschriften aufheben würden, dann wäre natürlich zu erwarten, dass vor allem in medienwirksamen Verfahren vorab in erheblichem Umfang über Originalschriftstücke aus Strafakten berichtet würde. Die Verfahrensbeteiligten könnten dann versucht sein, durch die selektive Auswahl und Weitergabe von Papieren – selektiv wohlgemerkt – an die Presse die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dann entsteht vor oder während des Prozesses natürlich ein völlig schiefes Bild.

Deswegen sollte man diesen beiden Vorschlägen von Ihnen auf keinen Fall folgen. Im Übrigen bedarf es eines solchen Antrags ohnehin nicht, weil wir längst unterwegs sind.

Wir müssen eine ausgewogene Balance finden – ich glaube, das ist auch gelungen – zwischen dem Interesse der Presse an einer möglichst weitgehenden Begrenzung von strafrechtlichen und strafprozessualen Zugriffen einerseits und dem öffentlichen Interesse an einer funktionierenden Strafrechtspflege und dem Schutz der Bürger, die sich aus guten Gründen auf die Einhaltung des Dienstgeheimnisses verlassen können müssen, andererseits. Diese Balance müssen wir finden. Der Gesetzentwurf findet sie mit seinen maßvollen, abgewogenen Vorschlägen.

Ich bitte alle Sprecherinnen und Sprecher, die vorhin dazu gesprochen haben, jeweils auch in ihren eigenen Fraktionen und Parteien – das bezieht sich jetzt auf die Bundesebene – ein bisschen um Unterstützung für unsere Initiative zu werben. Im Rechtsausschuss des Bundesrats – das war schon ein bisschen erstaunlich – ist niemand anderes mitgezogen. Im Rechtsausschuss waren wir die Einzigen, die zugestimmt haben. Im Kulturausschuss war es anders, da wurde ihr mit 10:3:3 Stimmen zugestimmt. Ich hätte in Ihre Richtung den Vorschlag: Bitte nicht nur hier mit uns reden, sondern auch in andere Richtungen, damit der Vorschlag in Berlin eine möglichst breite Mehrheit findet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Minister Heribert Rech: Oh, der ist ja doch da!)

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, klar. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch zwei kurze Bemerkungen.

Herr Minister, es ist natürlich richtig, dass Sie jetzt eine Bundesratsinitiative einbringen. Es wäre einfach ein gutes Geschäftsgebaren – ich sage das noch einmal, weil mich das ärgert –, wenn Sie, wenn wir diese Frage im Ausschuss diskutieren, die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss mit der Bundesratsinitiative "füttern" würden. Das wäre einfach ein ganz kollegialer Akt. Mehr erwarte ich da ja gar nicht. Aber dass Sie das jetzt im Parlament noch zum Thema machen, finde ich einfach unangemessen.

Ein zweiter Punkt: Natürlich hat unsere Initiative Wirkung gezeigt. Man kann natürlich sagen, Sie hätten Ihre Bundesratsinitiative sowieso gemacht. Aber unser Antrag, der vom 19. Juli 2006 datiert, beinhaltet unter anderem all die Dinge, die Sie jetzt als Bundesratsinitiative einbringen. Fairerweise sollten Sie auch dazusagen, warum das im Prinzip vertagt worden ist, nämlich einfach deshalb, weil jetzt die Anhörung in Berlin stattfinden soll. Deswegen können Sie sicher sein, dass Sie bei den wenigen Punkten, die Sie mittragen, natürlich auch unsere Unterstützung haben werden. Das ist selbstverständlich; das ist überhaupt keine Frage.

Ein allerletzter Punkt sei noch einmal angesprochen: Herr Minister, man muss sich doch einmal klarmachen, wer bei (Thomas Oelmayer)

dem Tatbestand der Verletzung des Dienstgeheimnisses der eigentliche Täter ist. Das sind ja nicht die Journalistinnen und Journalisten, sondern es ist der jeweilige Amtsträger. Wenn der Amtsträger Dokumente herausgibt, dann ist der Tatbestand ja schon vollendet.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich glaube, wir sind uns einig, dass man nicht die strafrechtliche Verfolgung von Teilnahmehandlungen wie Beihilfe ermöglichen sollte. Leider haben Sie in Ihrer Bundesratsinitiative – ohne dass ich sie kenne, weiß ich es – nicht das Begehren aufgenommen, dass die Beihilfehandlung dort herausfallen soll.

Im Übrigen muss – auch weil das Gesetz das explizit vorschreibt – von den Amtsträgern eingefordert werden, dass sie bei dem Verlangen von Journalistinnen und Journalisten auf Herausgabe von Informationen knochenhart sind und Nein sagen. Deswegen sagen wir: Zum Schutz der Pressefreiheit brauchen wir keine Strafbarkeit von Teilnahmehandlungen.

Diese Debatte können wir dann gerne – ich hoffe, die CDU-Fraktion stimmt der Überweisung des Antrags an den Ausschuss zu –, wenn die Verfahren konkret eingestellt sind, noch einmal führen. Ich bin gespannt darauf, was dann aus Ihrer Bundesratsinitiative geworden ist. Vielleicht wird sie dann auch noch etwas ausgedehnt hinsichtlich der Beihilfehandlungen, wenn sich der Kollege Föll vielleicht auch noch zu der Ansicht durchringen kann, dass die Beihilfehandlung bezüglich der Verletzung des Dienstgeheimnisses im Strafgesetzbuch nichts verloren hat. Dann haben wir ein richtig gutes Projekt in Baden-Württemberg hingekriegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Eines von vielen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Fraktion GRÜNE begehrt die Überweisung des Antrags zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung – Drucksache 14/155

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten uns bereits vor der Sommerpause mit den zehnprozentigen Kürzungen der Landesförderung bei der Weiterbildung beschäftigt. Ich möchte

heute die Antragsbegründung nicht zum Anlass nehmen, nochmals die gleichen Argumente vorzutragen, sondern auf andere Aspekte hinweisen, die in der bisherigen Diskussion etwas zu kurz gekommen sind.

Seit Kurzem liegt uns der neue OECD-Bildungsbericht 2006 "Bildung auf einen Blick" vor. Hier ist sicher zu vermerken, dass in dieser jährlichen Analyse die Botschaft neu ist, dass Deutschland auch bei der Weiterbildung im OECD-Vergleich nicht mithalten kann. Nach anderen Studien, die wir nach PISA schon zur Kenntnis nehmen mussten, wird deutlich, dass wir offensichtlich auch im Bereich der Weiterbildung erhebliche Defizite haben.

Folgerichtig hat der Bundespräsident in seiner Berliner Rede, die er unter dem Motto "Bildung für alle" vor Kurzem gehalten hat, die Schlussfolgerung gezogen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen zu wenig in das Bildungswesen investiert. Ebenso beklagte er die mangelnde Bedeutung der Weiterbildung in unserem Land. Das kann ich nur unterstreichen. Es ist eine Replik auf das, was wir vor der Sommerpause hier diskutiert haben.

Nach dem OECD-Bildungsbericht nahmen im Jahr 2003 in Deutschland lediglich 3 % der Personen mit einem Bildungsabschluss unter der Sekundarstufe II an einer Fortund Weiterbildungsmaßnahme teil. Im OECD-Schnitt waren es 7 %. Das ist mehr als das Doppelte. Das muss uns zu denken geben. Dagegen machen dies hier in Deutschland 24 % der Personen mit einem Bildungsabschluss im Tertiärbereich. Die Vergleichszahl beim OECD-Durchschnitt liegt bei 31 %. Auch in diesem Bereich sind wir hintendran.

Vor diesem Hintergrund müsste der Landesregierung endlich klar werden, dass die neuerlichen Kürzungen bei der Weiterbildung nicht nur unfair gegenüber den Trägern der Weiterbildung sind, sondern auch aufzeigen, dass die Landesregierung ihrem verfassungsrechtlichen und bildungspolitischen Auftrag zur Förderung der Weiterbildung nicht gerecht wird.

Der kontinuierliche Rückzug des Landes aus der Förderung der Weiterbildung führt nach Aussagen des Volkshochschulverbands dazu, dass 20 % der Volkshochschulen ihren Bildungsauftrag nicht mehr richtig wahrnehmen können. Durch die Kürzung der Landesförderung sorgt die Landesregierung dafür, dass Weiterbildung in Baden-Württemberg immer mehr zu einem Luxusgut wird, zu dem bestimmte Teile der Bevölkerung aus finanziellen Gründen keinen Zugang mehr haben.

Ich möchte die erste Runde mit den allgemeinen Ausführungen mit einem Zitat des Bundespräsidenten schließen:

Andere Nationen wandeln sich mit Begeisterung zu Wissensgesellschaften, in denen Lernen und Können als Auszeichnung gelten – Deutschland tut sich schwer damit.

Ich möchte für Baden-Württemberg und die Diskussionen um die Kürzungen, die im laufenden Haushalt bei der Weiterbildung vorgenommen wurden, hinzufügen: Baden-Württemberg tut sich in der Weiterbildung doppelt schwer.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Thema, wie es Herr Lehmann schon gesagt hat, kurz vor der Sommerpause ausführlich debattiert und die Bedeutung der Weiterbildung hier breit dargelegt und auch die Kürzungen besprochen. Für mich hat sich seither eigentlich überhaupt nichts geändert, nur dass wir jetzt vor den nächsten Haushaltsberatungen stehen und uns im Grunde schon mitten in den Beratungen für den nächsten Doppelhaushalt befinden. Ferner haben wir heute mindestens vier- oder fünfmal gehört, was unser Ziel ist, nämlich die Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2011, und dass wir im nächsten Jahr 550 Millionen € und im Jahr darauf 650 Millionen € einsparen wollen. Meine Damen und Herren, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir diese Summen einsparen können, ohne dass es einer merkt. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir das hinbekommen, ohne dass das wehtut.

Ich habe eigentlich immer gedacht, dass wir uns gerade mit Ihrer Fraktion, Herr Lehmann – allein unter dem Stichwort Generationengerechtigkeit –, in diesem Ziel einigermaßen einig wären. Ich habe vor diesem Hintergrund, ehrlich gesagt, überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir diesen rückwärtsgewandten Antrag von Ihnen heute noch einmal debattieren müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist daran rückwärtsgewandt? Bildung ist Zukunft!)

Warum müssen wir jetzt eine Haushaltssperre der Regierung vom Juni dieses Jahres, zu der die Regierung legitimiert ist und die auch Sinn macht, noch einmal neu besprechen,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

während wir jetzt vor den neuen Haushaltsberatungen stehen?

Wir müssen uns wirklich überlegen, wie wir in Zukunft den Verfassungsauftrag der Erwachsenenbildung – da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Lehmann – auf die Beine stellen wollen. Wenn Sie jetzt mit der Weiterbildung und der OECD-Studie kommen wollen, dann müssen wir uns wirklich einmal überlegen, welche Weiterbildung wir eigentlich meinen. Das kann ja nicht L'art pour l'art sein und im Elfenbeinturm stattfinden; Fußpflegekurse und Bauchtanz haben nichts mit Weiterbildung zu tun. Dann müssen wir uns wirklich einmal ganz fundiert überlegen, welche Weiterbildung wir eigentlich meinen.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Ich war eigentlich der Meinung, dass wir doch irgendwie noch einen Funken Konsens in dieser Beziehung haben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn ich sonntags in die Kirche gehe und mich der Pfarrer vorn vom Altar aus auf die Unterschriftenlisten hinweist, die ich beim Ausgang unterschreiben soll, um gegen die Kürzungen und die Haushaltssperre zu demonstrieren, dann frage ich mich wirklich, wo wir sind und wo wir in diesem Land noch Konsens haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bei der lebendigen Demokratie!)

Bei allem Respekt für das, was die Kirchen im Bereich der Weiterbildung leisten: Für diese Art der Agitation habe ich überhaupt kein Verständnis. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir uns weiterhin in diesem Stil über diese Dinge unterhalten,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Dann wird es übel! Dann wird es wirklich übel!)

dann muss ich sagen: Wir müssen wirklich einmal überlegen und prüfen, was nice to have ist und was wirklich existenziell, wirklich wichtig in unserem Land ist. Mit dieser Haushaltssperre wurde wirklich noch nicht die Axt an die Wurzeln der Weiterbildung gelegt. Ich kann mich da nur wiederholen. In meinem Wahlkreis hat eine Volkshochschule erklärt, diese Kürzung, diese Haushaltssperre vom Juni bedeute für sie, dass sie keinen zweiten Beamer anschaffen könne und dass der neue EDV-Raum, den einzurichten sie vorhabe, etwas kleiner ausfallen werde als geplant. Das war das Ergebnis der Haushaltssperre vom Juni in einer Volkshochschule in meinem Wahlkreis.

Ich bestehe auf der Feststellung: Das Land nimmt seine Verantwortung ernst. Denken Sie nur an das Lehrerprogramm. Denken Sie daran, was auf anderen Feldern geleistet wird, z. B. auch, was die IHKs leisten. Verschonen Sie uns mit rückwärtsgewandten Anträgen! Wir müssen nach vorn schauen, und das mit einem Minimum an Konsens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Verschonen Sie uns mit rückwärtsgewandten Reden! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kurtz, wenn an dieser Debatte überhaupt etwas rückwärtsgewandt war, dann war es das Pflegen alter Vorurteile gegenüber Weiterbildung, so, wie Sie es hier gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte bei diesem Thema gedacht: Schlimmer geht's nimmer. Aber man wird hier immer eines Besseren belehrt. Niemand hätte ja nach den Kürzungen der letzten Jahre überhaupt geglaubt, dass es noch schlimmer kommen könnte; denn der Punkt, der eigentlich nicht mehr unterschritten werden darf, ohne das System der öffentlich geförderten Weiterbildung überhaupt als Ganzes infrage zu stellen, war im Jahr 2005 schon längst erreicht.

Aber diese Landesregierung hat mit den Kürzungen in einem laufenden Haushalt – ob sie jetzt legal waren oder nicht, ist noch eine andere Frage –

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Dieter Hillebrand CDU)

(Christoph Bayer)

noch eins draufgesetzt; und ein Ende dieser Kürzungskaskaden ist offensichtlich immer noch nicht in Sicht. Zwischenzeitlich denkt Staatssekretär Wacker sogar laut darüber nach, dass man inzwischen bei einem so niedrigen Niveau angekommen sei, dass möglicherweise ganz auf Landeszuschüsse verzichtet werden könne.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Bei Veranstaltungen, wie sie vor Kurzem in Freiburg stattgefunden haben, wurde auch kolportiert, dass in den nächsten Jahren noch mit weiteren 18 % Kürzungen zu rechnen sei.

Meine Damen und Herren, da fällt es mir richtig schwer, sachlich zu bleiben. Ich möchte es trotzdem probieren und in aller Sachlichkeit sagen: Da drängen sich all denjenigen, die an staatlich geförderter Weiterbildung interessiert sind, und auch denen, die darauf angewiesen sind, einfach Fragen auf

Da ist zunächst die Frage nach der Glaubwürdigkeit, wenn in Sonntagsreden immer wieder das Hohelied der Weiterbildung und der Notwendigkeit lebenslangen Lernens gesungen wird, im politischen Alltag aber über viele Jahre hinweg nur noch eine Abrissbirne bewegt wird.

Dann ist da die Frage nach der Verlässlichkeit, wenn in einem laufenden Haushalt gekürzt wird, wenn die Träger aufgrund der Zusagen der Landesregierung Verträge und Verbindlichkeiten eingegangen sind, deren Erfüllung nun infrage steht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da ist die Frage nach der inhaltlichen Relevanz: Wenn alle bildungspolitischen Handlungsempfehlungen – auch die aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission, die wir hier im Haus in der letzten Legislaturperiode erlebt haben –, gerade auch mit dem Blick auf besonders bildungsferne Zielgruppen, die herausragende Stellung von Weiterbildung betonen, dann stellt sich die Frage der inhaltlichen Relevanz bei dem, was Sie mit der Weiterbildung hier im Lande anstellen.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit. Wenn die Verantwortung des Landes für die Weiterbildung in der Landesverfassung explizit verankert ist, mit der jahrelang anhaltenden Kürzungsorgie aber zwischenzeitlich eine Größenordnung der Förderung erreicht ist, die dem nicht mehr entspricht, dann ist das vielleicht kein Verstoß gegen den Buchstaben der Verfassung – das vermag ich nicht zu beurteilen –, in jedem Fall aber ein Verstoß gegen den Geist dieser Landesverfassung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Saal am 10. November eine Anhörung zu diesen Themen durchführen, bei der die Weiterbildungsträger und -institutionen nochmals die dramatischen Folgen der Kürzungskaskaden darstellen können. Spätestens dann sollten Sie begreifen, was die Stunde geschlagen hat. Wenn Sie die Kürzungen der Personalkostenzuschüsse, die sich für viele Träger

wirklich dramatisch auswirken – das geht bis hin zur Frage nach der Existenz –, schon nicht aus bildungspolitischer Überzeugung zurücknehmen, dann hilft vielleicht zumindest die Erkenntnis, dass Sie in diesem Punkt im Land völlig allein stehen, dass Ihnen völlig zu Recht Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit abgesprochen wird und dass Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit Ihres Vorgehens angemeldet werden. Stärkere Gründe, einen politischen Fehler zu korrigieren, kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich komme zum Ende. Bei alldem darf man nicht vergessen, dass die politischen Handlungsnotwendigkeiten in puncto Weiterbildung weit über das hinausgehen. Der Trend zur ungesteuerten Privatisierung der Weiterbildung muss gestoppt werden, indem wir die Weiterbildung auch als öffentliches Gut begreifen. Die Bildungsbeteiligung muss erhöht werden, indem Bildung auch für bildungsferne Gruppen erreichbar bleibt, unter anderem deswegen, weil wir es uns nicht leisten können, Begabungsreserven brachliegen zu lassen. Wir müssen auch Kriterien für eine nachhaltige Verteilung der Finanzierungslasten entwickeln, und zwar ohne dass sich das Land aus der Verantwortung stiehlt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für heute, meine Damen und Herren, würde es mir aber genügen, wenn Sie die Kürzung der Personalkostenzuschüsse zurücknehmen würden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass wir sparen müssen, ist Ihnen allen bekannt. Dass wir nur dort Einsparungen vornehmen können, wo wir gesetzlich nicht zu Zahlungen verpflichtet sind – also bei den freiwilligen Leistungen –, ist Ihnen auch bekannt. Das sollte man doch betonen.

Herr Kollege Metzger hat heute Vormittag eine sehr interessante Rede zum Thema Einsparen und zum Thema Haushaltskonsolidierung gehalten. Gleichzeitig knicken die Grünen genau an diesem Punkt schon ein und sagen: "Hier können wir nicht sparen." Dann müssen Sie Alternativen vorstellen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das machen wir, Kollege Kleinmann!)

wie Sie zu dieser Haushaltskonsolidierung und wie Sie im Jahr 2011 auf eine Nettoneuverschuldung von null kommen wollen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das machen wir! Das haben wir immer gemacht!)

Dass Haushaltskürzungen nicht legal sein sollen, Herr Bayer, halte ich für eine leichte Unterstellung. Mir ist die Verpflichtung zur Förderung der Erwachsenenbildung in der Landesverfassung sehr wohl bekannt. Ich bekenne mich da-

(Dieter Kleinmann)

zu. Dennoch: Hier von "legal" oder "doch nicht legal" zu reden scheint mir überzogen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ist Ihnen bekannt, wie die Voraussetzungen für eine Haushaltssperre aussehen?)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP bekennt sich zu dem hohen Stellenwert der Weiter- und der Erwachsenenbildung. Das haben wir schon immer getan. Wir bekennen uns zum Bildungsauftrag der Volkshochschulen und der weiteren Einrichtungen, die gemäß diesem Auftrag ein Angebot für alle Bevölkerungsgruppen machen sollen, woraus unter anderem folgt, dass man in der Tat nicht beliebig an der Gebührenschraube drehen kann.

(Abg. Christoph Bayer SPD: Was Sie seit zehn Jahren tun!)

So weit sind wir uns einig.

In diesem Zusammenhang wiederhole ich gern, dass ich, wie ich bereits in der letzten Debatte zu diesem Thema ausgeführt habe, zusammen mit meiner Fraktion wahrlich nicht glücklich bin über einen Finanzierungsanteil der Volkshochschulen

(Abg. Norbert Zeller SPD: Legen Sie einmal ein Veto ein!)

von gut 50 % durch Teilnehmergebühren, Herr Zeller – gut 50 % nur Teilnehmergebühren.

Ich kenne die in der Landesverfassung verankerte Verpflichtung von Staat, Gemeinden und Landkreisen, die Erwachsenenbildung zu fördern. Niemand von uns will dies ignorieren und sich hier davonschleichen, auch deshalb nicht, weil sich die Arbeit – dazu bekennen wir uns ganz bewusst – der Volkshochschulen und anderer Weiterbildungseinrichtungen in unserem Land höchster und von uns voll geteilter Wertschätzung erfreuen kann.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das hilft denen nicht!)

Ein Beleg für diese Wertschätzung ist übrigens auch und nicht zuletzt die in Baden-Württemberg mit 36 % – man höre und staune – außerordentlich hohe Teilnahmequote an der Weiterbildung, die mit Abstand über der aller anderen Bundesländer liegt. Bayern liegt mit 30 % auf der zweiten Position; der Bundesdurchschnitt beträgt sogar nur 26 %.

Das alles aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann nichts daran ändern, dass ich mich mit meiner Fraktion erneut ohne Wenn und Aber zur Unabweisbarkeit der Konsolidierung des Landeshaushalts bekenne.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da klatscht gerade einer!)

Diese kann nur gelingen, wenn nicht bestimmte Ressorts und bestimmte Bereiche von vornherein hiervon ausgenommen sind. So schwierig und im Einzelnen schmerzlich es ist: Auch der Bildungsbereich muss hierzu einen Beitrag erbringen. Das gilt gleichermaßen hinsichtlich der Haushaltssperre wie hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Landeshaushalte.

Mein letzter Satz lautet wie bei der letzten Debatte über dasselbe Thema vor der parlamentarischen Sommerpause: Ich lade Sie alle herzlich dazu ein, sich an der Lösung dieser gleichermaßen schwierigen wie unumgänglichen finanziellen Aufgabe konstruktiv zu beteiligen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Bist du jetzt für die Kürzungen oder nicht? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verschiedene Redner haben auf die Landtagsdebatte am 27. Juli dieses Jahres Bezug genommen, bei der wir über die Wichtigkeit und den Stellenwert der Weiterbildung in unserer Gesellschaft diskutiert haben. Dem kann ich mich anschließen.

Es ist auch meine Aufgabe als Weiterbildungsbeauftragter der Landesregierung, zunächst den Trägern der Weiterbildung sowohl im Bereich der Volkshochschulen als auch im kirchlichen Bereich für die Arbeit zu danken, die sie in den letzten Jahrzehnten geleistet haben und auch in diesen Jahren leisten. Es ist ein Beitrag für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch in aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren, dass die Kürzung der Personalkostenzuschüsse im Haushaltsvollzug des Jahres 2006 um 1,14 Millionen € die Träger in vielen Bereichen schmerzlich trifft. Es ist keine Frage: Es gibt Träger,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

die das ohne größere Probleme geschultert haben. Es gibt aber auch zahlreiche Träger, die durchaus große Probleme hatten, im Zuge der Planung im Jahr 2006 dieses Problem der Mindereinnahmen in den Griff zu bekommen. Daraus mache ich überhaupt keinen Hehl, meine Damen und Herren. Auf die finanzpolitische Relevanz dieses Problems komme ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal zu sprechen.

Dennoch möchte ich heute für eine differenzierte Sichtweise der Auswirkungen plädieren. Zunächst einmal haben wir – das ist auch vom Kollegen Kleinmann eben gesagt worden – eine Studie von TNS Infratest Sozialforschung, die belegt, dass wir im Bundesvergleich eine hohe Weiterbildungsbeteiligung unserer Bevölkerung haben. 33 % sind es in Baden-Württemberg, 26 % deutschlandweit. Das betrifft nicht nur Angebote, über die wir heute diskutieren, sondern auch Angebote, die privat zur Entfaltung gekommen sind

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

und die auch aufgrund von freien und privaten Initiativen zustande gekommen sind. Diese leisten im Übrigen auch einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. Diese Zahl, meine Damen und Herren, belegt, dass es bei der Weiterbildungsförderung nicht nur auf die Landesförderung ankommt. Deswegen darf ich Ihnen einige weitere Zahlen nennen.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Zunächst komme ich zur Landesförderung im Jahr 1994. Ich gehe jetzt bewusst einige Jahre zurück, und zwar auch in die Jahre der damaligen Großen Koalition in Baden-Württemberg. Damals wurde die Unterrichtseinheit pro Stunde mit einem Förderbetrag von 11,50 DM bezuschusst. Zugegeben: Es gab verschiedene Sparrunden, die zu Recht zitiert wurden. Heute sind es nach den Kürzungen 3,32 € pro Unterrichtseinheit. Diese Zahl belegt, dass der Löwenanteil sowohl damals als auch heute von den Kommunen, von den Trägern und von den Teilnehmern getragen und geleistet wurde.

Jetzt darf ich Ihnen eine andere Zahl nennen, nämlich die Zahl, dass wir im Jahr 1993 im Bereich der Volkshochschulen einen Teilnehmeranteil von 49,1 % hatten. Dieser Anteil an der Finanzierung wurde damals von den Teilnehmern erbracht. Heute sind das 56,3 %. Die Zahl ist gestiegen. Damit mache ich nur deutlich: Den Löwenanteil an der Finanzierung der Weiterbildungslandschaft leisten die Träger und die Teilnehmer.

Deswegen, meine Damen und Herren, erlaube ich mir die These, dass diese Kürzung, die wir jetzt vollzogen haben, gegenüber dem Haushaltsansatz des Jahres 2006 pro Unterrichtseinheit, pro Stunde, 35 Cent weniger bedeutet. Bei allen Schwierigkeiten und bei allem Respekt, den ich hier gegenüber den Trägern zolle, unterstelle ich, dass dieser schmerzliche Eingriff insgesamt dennoch verkraftbar ist.

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, dass man die Leistungen des Landes für die Weiterbildung insgesamt hier zum Ausdruck bringt. Vorhin ist auch die OECD-Studie zitiert worden, und verschiedene Reden sind heute hier auch schon zitiert worden. Bei der OECD-Studie muss man ja auch einige Dinge zurechtrücken, wobei ich da als Beispiel nur sagen möchte – was immer wieder auch ein bisschen verschwiegen wird oder nicht richtig zur Geltung kommt –, dass wir im OECD-Bereich in Bezug auf den Sekundar-II-Abschluss bzw. den Abschluss einer Berufsausbildung an der Spitze liegen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Darum geht es doch gar nicht! Es geht um die Weiterbildung!)

 Ja, gut. Aber das ist ein wichtiger Bildungsbereich, der überhaupt die Grundlage ist, um qualifizierte Weiterbildungsmaßnahmen belegen zu können.

Noch eines gehört zur Wahrheit: Ich denke, wenn wir fair über die Auswirkungen der Kürzungen diskutieren wollen, müssen wir das Gesamtpaket beleuchten. Wir haben durch die Gründung der Landesstiftung − auch dabei handelt es sich ja um Landesmittel − bewusst Schwerpunkte in der Förderung der Weiterbildungslandschaft gesehen. Wir haben mit dem Programm "start und click!", das von 2001 bis 2005 lief, allein für den Weiterbildungsbereich 15 Millionen € durch Mittel der Landesstiftung in die Fläche Baden-Württembergs investiert. Dadurch konnten 280 000 Teilnehmer begünstigt Kurse besuchen, und 33 000 Kurse sind allein für EDV-Schulungen und als Einsteigerkurse durch dieses Programm finanziert worden.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Es gibt ein Folgeprogramm, bei dem es um die Behandlung spezieller Probleme geht, vor allem auch für Menschen, die auf Arbeitssuche sind, die Qualifikationen brauchen und die EDV nutzen, um sich auch besser bewerben zu können. Auch hier werden 3 000 Kurse mit 30 000 Teilnehmern ermöglicht.

Darüber hinaus gibt es andere innovative Projekte in einem Umfang von 2,5 Millionen € sowie ein Kooperationsprojekt zwischen Weiterbildung und allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf die Anschlussfähigkeit der schulischen Allgemeinbildung, für das noch einmal 1,5 Millionen € aufgelegt werden.

Wenn man die Landesförderung sieht, die rückläufig war, muss man im Sinne eines vollständigen Bildes auch die ca. 20 Millionen € vonseiten der Landesstiftung, die in den letzten vier bis fünf Jahren investiert wurden, in das Gesamtbild einbeziehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über den Stellenwert der Bildung und der Weiterbildung im Besonderen diskutieren, müssen wir auch davon sprechen, dass wir einen verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Ressourcen in die Wege leiten müssen. So sprechen wir über zwei Seiten derselben Medaille. Klar ist, dass die Haushaltssperre im Umfang von 70 Millionen € erforderlich, zwingend und notwendig war. Davon war unser Ressort, das Kultusressort, mit 7,8 Millionen € betroffen. Wir haben alle denkbaren Bereiche durchforstet. Der Weiterbildungsbereich war nicht der einzige, der bluten musste. Dieser Schritt ist aufgrund der nicht ausreichend erfolgten Erlöse im Bereich der Holzwirtschaft und der Justizgebühren erforderlich geworden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass es darum geht, all jenen Respekt zu zollen, die in der Vergangenheit und in der Zukunft die Finanzierungslast unserer Weiterbildungslandschaft getragen haben und tragen werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Davon können sie sich nichts kaufen!)

Im Übrigen, Herr Kollege Bayer: Sie haben aus meiner Rede vor dem Volkshochschulverband in Ulm zitiert. Damit wollte ich im Grunde genommen auf genau diese Problematik hinweisen. Als Weiterbildungsbeauftragter ist es meine Aufgabe, dies auch hier in diesem Hohen Haus zu tun, aber auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der eigenen Regierungsfraktionen. Es geht darum, dass wir mittlerweile ein Niveau erreicht haben, bei dem man sich grundsätzlich die Frage stellen muss, was Weiterbildungsförderung in unserem Land wert ist. Dies war meine Aussage.

Es gibt keinerlei Absicht, die Landesförderung in diesem Bereich einzustellen. Dies ist schon im Hinblick auf die Verfassungslage überhaupt nicht möglich. Im Übrigen bin ich der Auffassung – da können wir nur um Verständnis bitten –, dass es jetzt darum geht, die schmerzlichen Einschnitte zu verkraften. Ich glaube, da kann man insgesamt zuversichtlich sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Überhaupt nicht! Da kann man nicht zuversichtlich sein!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lehmann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der sagt jetzt hoffentlich, dass wir nicht zuversichtlich sind!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Kurtz, eine Anmerkung muss ich natürlich machen. Wenn ich den heutigen Tag und seine Debatten Revue passieren lasse, fällt mir eines auf – das ist mir übrigens auch schon vor der Sommerpause aufgefallen –: Wenn die Argumente ausgehen, dann wird auf 2011 verwiesen. Ich glaube, diese Zahl werden wir in den nächsten Wochen und Monaten zu jedem beliebigen Thema hören.

(Widerspruch bei der CDU, u. a. des Abg. Dr. Klaus Schüle – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir sind uns in einem Punkt einig: Es ist zwingend geboten, Haushaltssanierung zu betreiben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Genau!)

Darüber besteht Einigkeit.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gut!)

Aber die Bürger erwarten von uns, dass wir Haushaltskonsolidierung auch mit Blick darauf vornehmen, was an Strukturen in der Gesellschaft vorhanden ist, und dass wir nicht Werte vor uns hertragen, die irgendwann zur leeren Hülse werden. Das erwarten die Bürger von uns.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was heißt das konkret, Herr Kollege?)

Frau Kurtz, Sie sind mit keinem Wort darauf eingegangen, dass es im Prinzip die gesamte Volkshochschullandschaft in Baden-Württemberg war, die aufgeschrieen hat und dann auch diese Unterschriftensammlung durchgeführt hat. Eine regionale Volkshochschule wurde auf Intervention des Landrats zurückgepfiffen, aber ansonsten haben alle gesagt: Es geht nicht mehr; wir sind an der Grenze.

Die Menschen, die diese Aufgabe wahrnehmen – und die sind an diesem Problem vielleicht näher dran als wir alle hier –, wissen genau, was da passiert. Es ist eben nicht so, dass es um Fußpflege geht – das kann man sehr leicht lächerlich machen. Schauen Sie einmal in die Statistik, was da getan wird. Zwei Drittel der angebotenen Kurse liegen im Bereich Sprachen, Arbeit, Beruf oder Grundqualifikationen bzw. Ausbildung, um den Bildungsstand zu verbessern. Allein zwei Drittel der Angebote fallen in diesen Bereich.

Wenn Sie das mithilfe des Vergleichs mit der Fußpflege abtun, würde ich Ihnen dann beipflichten, wenn es darum ginge, die Fußpflege aus Landesmitteln zu fördern. Das ist sicher nicht unsere Aufgabe.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die haben doch keine Ahnung! Das ist das Problem!)

Wir haben jedoch aufgrund der Situation, die hier im Land besteht, die verdammte Pflicht und Aufgabe, die Fort- und Weiterbildung zu fördern.

Ich möchte noch eine Sache anfügen: Sie alle haben sicher vor einigen Wochen die Aussagen des Statistischen Landesamts zur Kenntnis genommen – das hoffe ich zumindest –, dass hier in Baden-Württemberg ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. In Stuttgart sind das sogar 40 % der Einwohner. Wir wissen auch, und das wissen Sie alle, dass Menschen mit Migrationshintergrund,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die gehen aber nicht zur Volkshochschule!)

Kinder und Jugendliche, schlechtere Chancen in Ausbildung und Beruf haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dafür sind aber die Volkshochschulen nicht zuständig! – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wenn die Landesregierung in ihrer Stellungnahme sagt, zu Neukonzeption, Neuaufstellung und Weiterbildung, Herr Wacker, habe sie sich nichts überlegt – so steht das im Prinzip in der Stellungnahme; die Finanzierung sei eben so, wie sie ist, und Sie sagen ja selbst, mehr könne das Land nicht leisten –, dann nimmt das Land meines Erachtens seine Verantwortung und seine Aufgaben aufgrund der realen Situation, die wir haben, nicht wahr. Die Situation ist nämlich, dass wir Weiterbildung auch für diejenigen Menschen brauchen, die keinen Abschluss haben oder die zwar vielleicht einen Abschluss haben, aber eine berufliche Weiterbildung benötigen, ebenso wie für Menschen mit Migrationshintergrund. Auf diese Fragen geben wir keine Antwort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie geben keine Antwort darauf, zum Haushalt konkret zu werden! Wo gibt es Haushaltsmittel?)

Ich fordere Sie dazu auf, sich diesem Thema wirklich zu stellen und heute nicht nur über demografischen Wandel zu reden, die Generation, die hier heranwächst, aber im Regen stehen zu lassen. Meine Bitte ist: Setzen Sie politische Schwerpunkte in der Haushaltskonsolidierung, und verabschieden Sie sich bitte nicht aus der Politik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Keine Antworten!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags. Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist.

Über Abschnitt II haben wir abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Umsetzung und Fortschreibung des Generalverkehrsplans im Landesstraßenbau – Drucksache 14/156

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Wem darf ich das Wort erteilen? - Herr Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein herzliches Dankeschön auch an die wenigen Zuhörer, die sich dieses Themas annehmen. Falls noch ein Journalist da sein sollte, gilt dieses Dankeschön auch ihm.

(Heiterkeit)

Wer in Baden-Württemberg über Land fährt, nicht mit der Bahn oder mit einem voll gefederten Mountainbike wie so mancher OB-Kandidat, wer über Land fahren muss, weil er auf Bundesstraßen nicht ans Ziel kommt,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der fährt mit dem Rad!)

der kennt das wichtigste Verkehrszeichen des Landes Baden-Württemberg auf Landesstraßen: "Vorsicht Straßenschäden". Das ist die Zustandsbeschreibung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das kenne ich auch!)

Diese Infrastruktur des Landes ist beklagenswert. Wir wissen natürlich, dass für die großen Achsen der Bund zuständig ist. Das ist klar, und wir wünschen uns da alle mehr Geld. Aber dort, wo das Land Baden-Württemberg originär eigenständige Zuständigkeiten hat, von der Planung über den Bau bis zu Erhalt und Unterhalt, sieht es eigentlich am desaströsesten aus, was Idee, was Plan und was Wirklichkeit betrifft. Gute Landesstraßen scheinen nur noch eine Erinnerung an vergangene Zeiten zu sein.

An einer Stelle muss ich der Landesregierung Lob zollen.

(Zuruf von der CDU: Gut! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vorsicht! Das ist gefährlich! Wenn die Opposition lobt, dann ist was faul!)

 Das kommt vor. – Sie ist ehrlich. Auf die Frage, wie sie den Zustand der Landesstraßen bewertet, sagt sie – ich zitiere:

Nach dem Ergebnis der aktuellen Zustandserfassung aus dem Jahr 2004 hat der Gutachter rund die Hälfte der Gesamtlänge ... in einem sehr guten bis mittelmäßigen, die zweite Hälfte in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand eingestuft.

Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass die erste Hälfte von "mittelmäßig" bis "sehr gut" nicht durchgängig sehr gut ist, sondern wahrscheinlich auch die Hälfte mittelmäßig ist, sind rund 75 % der Landesstraßen in mittelmäßigem bis

sehr schlechtem Zustand. Das ist Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da können Sie sich auf nichts anderes berufen als auf Ihre Unfähigkeit oder Ihre Unwilligkeit, diesem Land eine angemessene Infrastruktur auch im ländlichen Raum bereitzustellen.

Die Frage "Warum brauchen wir denn die Landesstraßen?", soll mit ein paar Argumenten verdeutlicht werden.

Vor allem der ländliche Raum braucht sie. Mittelständische Betriebe, Handwerksbetriebe sind darauf angewiesen. Das ist die einzige Verkehrsinfrastruktur bis zur nächsten größeren Achse. Das können Sie überall feststellen. Im ländlichen Raum haben wir viel zu wenige Arbeitsplätze. Er blutet immer mehr aus. Deswegen haben wir immer mehr Pendler. Auch diese Bürger und Bürgerinnen haben ein Anrecht darauf, zügig und sicher an ihren Arbeitsplatz zu kommen, nicht nur mit dem ÖPNV und in den Ballungsgebieten. Dieser dient vielen sogar erst als zweites Element. Die Menschen brauchen die Landesstraßen in einem guten Zustand als Zubringer zum Arbeitsplatz oder zum nächsten Weiterbeförderungsmittel. Das sei einfach einmal deutlich gesagt.

Wir brauchen die Landesstraßen auch, damit Menschen überhaupt noch im ländlichen Raum wohnen wollen. Wir kennen die Charakteristika vieler schöner Landschaften. Wir wollen sie mit MEKA erhalten, damit dort Kühe, Schafe und Ziegen grasen. Das reicht aber nicht aus. Wir brauchen auch Menschen, die dort leben können und leben wollen. Das setzt voraus, dass sie in einem angemessenen Zeitraum und unter zumutbaren Bedingungen an andere Zielorte, z. B. an ihren Arbeitsplatz, kommen.

Wir brauchen Landesstraßen als Umgehungen für Ortskerne. Die Ortskerne bluten aus. Dafür gibt es vielerlei Gründe. Ein Grund sind der Lärm, der Verkehr, die Abgase. Die Folge davon ist: Neubaugebiete, neue Entwicklungen an den Ortsrändern führen zu Flächenverbrauch. Zwischendurch bemerkt: Auch das ist ein Gebiet, auf dem die Regierung völlig versagt hat, gemessen an den eigenen Zielen. Wenn wir den Flächenverbrauch also reduzieren oder einstellen wollen, ist es natürlich auch notwendig, die Kerne wieder zu beleben. Aber dort will niemand wohnen, solange dort Gefährdungen, Abgase etc. vorhanden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nochmals: Diese Menschen können alle nicht wählen, ob sie die Autobahn oder die Bundesstraße benutzen, die erste oder die zweite Klasse im Zug.

Im Übrigen stellt das auch der Generalverkehrsplan fest. Damit komme ich zu den Zahlen. Als der Generalverkehrsplan 1995 aufgestellt wurde, hatte das Land bereits aus dem alten Plan einen Überhang von ca. 1 Milliarde € Altlasten. Nun hat sich damals die Regierung ein Ziel bis 2012 gesetzt. Sie wollte für den Ausbau etwa 2,5 Milliarden € und für den Erhalt ca. 1 Milliarde € bereitstellen. Insgesamt bedeutet das jährlich etwa 60 Millionen € für den Erhalt und 125 Millionen € für den Ausbau, für Ortsumgehungen und anderes mehr.

(Hans-Martin Haller)

Wenn ich diese Zahlen der Regierung nehme und sehe, was in den letzten zehn Jahren geschehen ist, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass ein Investitionsstau von ca. 1 Milliarde € aufgelaufen ist. – Sie kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Vor allen Dingen warte ich jetzt immer noch darauf, dass Sie sagen, wie das gehen soll!)

Das ist die Situation, die diese Regierung zu verantworten hat. Kaum irgendwo hat die Regierung ihr Ziel so eklatant verfehlt wie mit diesem Generalverkehrsplan.

Nun wissen wir alle: Ein Plan ist ein Plan; den kann niemand 1 : 1 umsetzen. Aber dieser Plan ist letztendlich keine Vision mehr, der ist nur noch reine Halluzination. Das soll einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Eines ist auch klar: Die Folgekosten, meine Damen und Herren, werden immer höher. Wenn Sie an einem Haus ein offenes Dach oder rissige Fenster haben, leidet in Kürze das gesamte Haus. Genauso ist es mit Straßen. Straßen, die löcherig sind, Straßen, die Risse haben, Straßen, die an den Rändern abbrechen, haben ein viel, viel kürzeres Verfallsdatum. Nach dem letzten, harten Winter konnten Sie beobachten: Gute Straßen haben diesen Winter ohne Schaden überstanden. Dort, wo die Straßen miserabel sind, wie das bei den meisten Landesstraßen der Fall ist, ist ein dramatischer exponentieller Verfall festzustellen.

Es lohnt sich also, in Landesstraßen zu investieren, und die CDU hätte gut daran getan, den Anträgen der SPD auf Erhöhung des Landesstraßenbauetats in den vergangenen Jahren zuzustimmen. Sie haben unsere Anträge abgelehnt; das sei nochmals deutlich formuliert.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Haben Sie nicht auch welche auf Senkung der Mittel gestellt?)

- Herr Mappus, das war längst vor meiner Zeit.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Ja, natürlich.

Die Frage heißt letztendlich: Wie gehen wir weiter vor? Klar ist, selbst wenn eine so straßenfreundliche Partei wie die SPD in diesem Land an die Regierung kommt, kann sie den Stau von 1 Milliarde € nicht von heute auf morgen auflösen. Das muss uns allen klar sein; so realistisch sind wir auch. Deswegen müssen zwei Wege beschritten werden. Zum einen brauchen wir wesentlich mehr Mittel. Wir fordern Sie auf: Geben Sie sich dort einen Ruck, wo Sie Verantwortung haben.

Zum anderen: Schaffen Sie dauerhafte ministerielle Verantwortlichkeiten. Es gab in kurzer Zeit zu viele Minister für den Verkehr, und dieser Bereich ist heute nicht einmal mehr sozusagen ministerial zugeordnet.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Reden Sie von Berlin?)

Es gab lange Zeit einen guten Minister, aber seit Oettinger Ministerpräsident ist, hat nicht mehr die Kontinuität, sondern der Wandel die Dominanz beim Thema Verkehrsminister.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo kommt denn das Geld her?)

Das tut der Sache nicht gut. Wir brauchen – und daran führt letztlich kein Weg vorbei – eine gewisse Hierarchisierung der Planvorgaben unter der Fragestellung: Wo wollen wir wann was richten?

Weiteres später in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Razavi.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt wird alles gut!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verkehrsinfrastruktur ist für die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von großer Bedeutung. Schiene und Straße, das sind die Lebensadern unserer Städte und Gemeinden und der Lebensnerv des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Das Landesstraßennetz ist dabei nach wie vor das Rückgrat des Verkehrs, vor allem in ländlich geprägten Regionen.

Die Politik der CDU im Landesstraßenbau ist seit Jahren durch Konstanz geprägt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! Ganz schlecht!)

Gerade beim Ausbau und beim Unterhalt der Landesstraßen hat die Landesregierung – und ich betone: trotz Haushaltskonsolidierung und rückläufiger Steuereinnahmen – in den vergangenen Jahren Vorbildliches geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben erstens 1997 ein Sonderprogramm im Landesstraßenbau aufgelegt,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ehrenamtlich!)

zusätzlich 2002 ein fünfjähriges Investitionsprogramm beschlossen und dadurch eine Verstetigung der Landesstraßenbaumittel auf hohem Niveau erreicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Zweitens wurden seit 2002 die Erhaltungsaufwendungen verstärkt. Um den Zustand der Landesstraßen zu sichern sowie Aus- und Neubauvorhaben ebenso wie Erhaltungsmaßnahmen realisieren zu können, standen in diesem Jahr wieder über 100 Millionen € zur Verfügung.

Weil die Mittel, die uns der Bund für die Planungs- und Bauüberwachung von Bundes- und Landesprojekten sowie die Umsetzung des Landesstraßenbauprogramms gibt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt kommt die alte Scheibe!)

(Nicole Razavi)

deutlich unter den tatsächlich entstehenden Kosten liegen, haben wir die Deckungslücken von rund 18 Millionen € durch zusätzliche Mittel aus dem Haushalt geschlossen und dazu weitere 32 Millionen € für Planung und Bauüberwachung bereitgestellt.

Der Zustand der Landesstraßen ist deutlich besser als von manchen von Ihnen herbeigeredet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich gebe die Rede an meine örtlichen Zeitungen!)

Sie müssen sich fragen lassen, ob Sie mit Ihrer Schwarzmalerei unserem Land einen guten Dienst erweisen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Endlich sagt es einmal jemand deutlich!)

Klar ist, meine Damen und Herren, dass der Landesstraßenbau für die CDU von großer Bedeutung ist. Auch in Zukunft ist es unsere Politik, dass auch in einem engen Haushaltskorsett genügend Mittel bereitgestellt werden, um den bedarfsgerechten Um- und Neubau sowie den Erhalt und Unterhalt des Landesstraßennetzes zu gewährleisten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Im Dienstwagen spürt man die Schlaglöcher weniger!)

Konkret bedeutet das für uns, dass die Mittel aus den auslaufenden Sonderprogrammen für den Landesstraßenbau bis spätestens 2011 in den Landeshaushalt überführt werden, dass Substanzverluste verhindert und Erhaltungsmaßnahmen sowie notwendige Nachrüstungen durchgeführt werden

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stimmt doch nicht!)

und dass für laufende Vorhaben und für Neubeginne ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Überhaupt nicht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen Sie einmal eine Tour durch die Kreise mit!)

Schließlich wollen wir mit Nachdruck alternative Finanzierungsformen und Organisationsformen vorantreiben.

Unter diesen Vorgaben, meine Damen und Herren, wird die CDU die Fortschreibung des Generalverkehrsplans begleiten – nicht zu einem starren Datum, wie von der Opposition gefordert, sondern an Fakten und Notwendigkeiten orientiert und vor allem sach- und zielorientiert.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Alfred Winkler SPD: Schönwetterstraßenbau!)

Allerdings: Wer "Land" sagt, meine Damen und Herren, der muss auch "Bund" sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das Land wird seinen Verpflichtungen im Landesstraßenbau weiter nachkommen. Aber wir verlangen auch, dass der Bund zu seinen Aufgaben bei uns im Land steht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wir sind beim Land!)

Allein für die Bundesfernstraßen im Vordringlichen Bedarf müssten Baden-Württemberg jährlich mehr als 300 Millionen € zur Verfügung stehen. Tatsächlich erhielten wir von der rot-grünen Bundesregierung von 2001 bis 2004

(Abg. Norbert Zeller SPD: Mehr als geplant!)

jährlich nur 175 Millionen €. Die Konsequenzen aus dieser verfehlten Verkehrspolitik der Unterfinanzierung und des Investitionsrückstands sind für die Autobahnen und die übrigen Bundesfernstraßen katastrophal und überall spürbar und sichtbar.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Da wird es leise da drüben!)

und sie wirken sich – das ist das Schlimme – ebenfalls auf den Landesstraßenbau aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Sind die Landesstraßen besser als die Bundesstraßen?)

Die Verantwortung hierfür, meine Damen und Herren von der Opposition, liegt klar bei Ihnen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie lenken ab!)

Dass wir jetzt von der neuen Bundesregierung mit 238 Millionen € deutlich mehr Geld erhalten, ist erfreulich. Was wir aber im Bundesfernstraßenbau vermissen, ist Kontinuität und Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! Bravo!)

Dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Liebe zum Straßenbau und zur Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg entdeckt haben, freut uns wirklich sehr. Wir gehen davon aus, dass Sie diese Begeisterung auch bei dem einen oder anderen SPD-Minister, der in Berlin dafür zuständig ist, wecken. Die SPD fordert Verantwortung; wir tragen sie, und dies wird der Verkehrspolitik im Land auch in Zukunft guttun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Abg. Alfred Winkler SPD: Wacker geschlagen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Splett.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wo ist denn der Herr Palmer heute? Seit Neuestem mit Anzug und Krawatte in Tübingen unterwegs! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt nicht beurteilen, ob die Landesstraßen besser oder schlechter sind als die Bundesstraßen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Schade!)

(Dr. Gisela Splett)

sondern ich befasse mich jetzt tatsächlich nur mit den Landesstraßen; diese stehen heute ja auf der Tagesordnung.

Der Generalverkehrsplan von 1995 umfasst 1 380 Straßenbauprojekte. Man fragt sich schon, wozu wir diesen Plan haben und wozu er gut ist, wenn die Planumsetzung offensichtlich nicht verfolgt und nicht gesteuert wird. Denn eine Übersicht, wie weit die Projekte gediehen sind, wie es weitergeht, war ja nicht möglich.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Es gibt einen planungskritischen Satz, der lautet: "Planung ersetzt Zufall durch Irrtum." Ich würde sagen, der Generalverkehrsplan hat noch nicht einmal das geschafft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn es bleibt beim Zufall. Es bleibt dem Zufall überlassen, was umgesetzt wird, wo etwas umgesetzt wird und ob es die wichtigen Projekte sind, die umgesetzt werden, oder nicht

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wo ist die politische Aussage?)

Das ist Straßenbau nach Gutsherrenart.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Wenig Grüne da!)

Das führt zu vielen Enttäuschungen im Land. Es ist nicht sichergestellt, dass Projekte, die tatsächlich wichtig wären, entsprechend der Reihenfolge, die sie aufgrund ihrer Bedeutung eigentlich haben müssten, umgesetzt werden. Ein Stichwort ist der Branichtunnel, der wahrscheinlich hoch oben in der Reihenfolge anzusiedeln wäre.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Seit Sie einen Bürgermeister in Schriesheim haben! Das ist ganz neu! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

 Das weiß ich auch. Aber die Planung für den Tunnel ist schon etwas älter, und der Bau war auch schon vorher wichtig.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Bloß für die Grünen nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Halten Sie ihn jetzt auch für wichtig?)

Den halten wir für relativ wichtig.

(Zurufe von der CDU: Ah! – Abg. Stefan Mappus CDU: Wie schnell sich die Welt ändern kann!)

Jetzt komme ich zum zweiten wichtigen Punkt. Wir haben schon darüber gesprochen: Die Hälfte der Straßen sind in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand. Vor diesem Hintergrund ist für uns ganz klar: Wir müssen uns gar nicht so sehr den Kopf darüber zerbrechen, wo wir möglichst schnell neue Straßen bauen, sondern wir müssen Erhalt vor Neubau setzen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Also kein Tunnel?)

zumal – da gibt es auch klare Differenzen zur SPD – wir immer im Hinterkopf haben, dass jede neue Straße anschließend auch Unterhaltungskosten und Erhaltungskosten nach sich ziehen wird und wir ja schon mit dem Bestehenden nicht hinkommen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Also kein Tunnel?)

– Wenn Sie etwas Neues bauen, dann darf der Tunnel dabei sein, aber insgesamt wollen wir weniger Neubau.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Weniger neu! Gut!)

Nicht nur, dass wir mit dem Erhalt nicht hinkommen; noch schlimmer ist: Wir haben schon auf Pump gebaut. Wenn ich mir die Stellungnahme der Landesregierung ansehe, wird mir ganz klar: Im Jahr 2009 werden wir einen Schuldendienst von 84 Millionen € haben. Unsere Forderung ist ein sofortiger Stopp der kreditfinanzierten Programme. Wir fordern eine ehrliche Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit ist für uns klar: Wir brauchen eine Fortschreibung des Plans. Das ist schon lange überfällig, zumal überhaupt nicht verfolgt wurde, wie weit wir bislang gekommen sind. Sobald der neue Plan vorliegt, muss aber auch klar sein, dass er überwacht und gesteuert werden muss. Es muss ein Ranking, eine klare Reihenfolge geben, und wir brauchen, wie gesagt, eine ehrliche solide Finanzierung aller Projekte – und keine Versprechungen für 1 380 Projekte.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Pläne eines Betriebes, Verkehrs- oder Personalpläne machen nur Sinn, wenn sie fortlaufend kontrolliert, von Zeit zu Zeit evaluiert und vor allem fortgeschrieben werden. Dies gilt im Privaten, dies gilt in der Geschäftswelt, dies gilt aber auch in der Verwaltung und in der Verkehrspolitik.

Deshalb hält die FDP/DVP-Fraktion eine Fortschreibung des Generalverkehrsplans für wichtig, da sich die Rahmenbedingungen bei der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur in unserem Land fortlaufend ändern, dieser Prozess dynamisch ist und immer einer Fortschreibung bedarf. Dieses Fortschreibungsvorhaben ist deshalb in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen und wird bereits umgesetzt. Es wurde bei den zuständigen Behörden und dem Verkehrsministerium damit begonnen.

Den Teil Landesstraßen, wie Sie, meine Damen und Herren von der SPD, es für sinnvoll halten, heraus- oder gar aufs Korn zu nehmen, ist falsch und verwundert schon. Herr Haller, man fordert sehr schnell. Ich bin gespannt, wo Sie bei den Haushaltsberatungen Ihre Deckungsvorschläge dafür hernehmen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Martin Haller SPD: Abwarten!)

Meine Damen und Herren von der SPD, lieber Herr Kollege Haller, es wäre vielleicht besser gewesen – die Kollegin hat es gerade auch schon angesprochen –, wenn Sie schon etwas herauspflücken, die Bundesfernstraßen zu nehmen. Wenn dies Gegenstand Ihres Antrags gewesen wäre, hätte das erneut gezeigt, dass das Land in der Zeit der rot-grünen Regierung in Berlin, also in den letzten sieben Jahren – überhaupt für Deutschland eine verlorene Zeit –,

(Zuruf von der SPD: Oje!)

bei der Vergabe von Mitteln erheblich benachteiligt wurde. Aktuell geht es um die Kürzung im öffentlichen Personennahverkehr.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und warum? Weil FDP und CDU die Staatsfinanzen ruiniert haben! Das ist doch klar!)

Der zuständige Minister heißt Tiefensee und kommt auch von der SPD.

Es macht wirklich keinen Sinn, meine Damen und Herren von der SPD, den Teil Landesstraßen vorab separat zu behandeln, da das Straßennetz mit den klassifizierten Straßen eine in sich verknüpfte Systemeinheit darstellt und immer im Gesamtzusammenhang aller – ich betone: aller – Verkehrsträger zu sehen ist.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt es, dass mit den Arbeiten zur Fortschreibung des Generalverkehrsplans begonnen wurde. Der von der Landesregierung in der Stellungnahme genannte Zeitraum bis zur Vorlage eines Entwurfs in etwa drei Jahren, sehr geehrter Herr Staatssekretär, ist mir persönlich etwas zu lang. Unterschätzen Sie bitte nicht die Leistungsfähigkeit Ihrer Mitarbeiter und derer, die dort zuarbeiten.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Denn die Verkehrsinfrastruktur ist für unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg elementar wichtig, und wir wollen weiterhin die Nummer 1 sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Antrag der SPD ist im Grundsatz richtig, aber einen Teil herauszunehmen ist falsch. Deshalb treffen wir die Entscheidung, diesen Antrag abzulehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: In einem gebe ich der Frau Kollegin Razavi recht: Konstanz liegt in der Straßenbaupolitik bezüglich Landesstraßen in Baden-Württemberg vor, allerdings auf niedrigstem Niveau. Das ist festzustel-

len, und das ist keine Feststellung der SPD, sondern eine Feststellung der Landesregierung. Die Frau Kollegin hat nicht einmal die Vorlage richtig gelesen, sondern nur die Sprechblasen wieder aus dem Computer herausgeholt und immer dort, wo das Land versagt, mit dem Finger auf etwas anderes gezeigt und so nach dem Motto "Haltet den Dieb!" vom eigenen Versagen abgelenkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wechseln Sie doch im PC bitte einmal die Satzsegmente aus,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Kommen Sie zur Sache!)

und bedienen Sie sich dort, wo Sie originär Verantwortung haben, Ihres eigenen Verstandes!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist Verkehr ein vernetztes System. Das bestreitet doch niemand, Herr Bullinger. Da sind wir uns doch völlig einig. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich gesagt habe, dass auch wir uns mehr Geld vom Bund wünschten. Aber dem Vergleich – um es nur einmal am Rande anzusprechen – zwischen dem, was Rot-Grün in den Jahren zuvor dem Land gegeben hat, und der Situation heute hält Rot-Grün immer stand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf: Aber hallo!)

Das haben wir in der Vergangenheit lange und oft genug diskutiert. Da brauchen wir uns für nichts zu schämen.

Um Ihnen diesen Zustand mit verkommenen Landesstraßen einmal zu verdeutlichen, nenne ich noch ein Beispiel: Ich habe ein Schreiben von einer Bürgerinitiative, allerdings nicht aus meinem Wahlkreis, bekommen. Darin teilte sie mit: "Vergangene Woche wurden zwei Zeitungsausträgerinnen in unserer überwiegend gehweglosen Ortsdurchfahrt von einem Pkw angefahren." So etwas kommt vor. Ortsdurchfahrten mit Landesstraßen, die noch nicht einmal einen Gehweg haben – das ist der Zustand in diesem Lande.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gibt es das?)

Das ist Ihre Verantwortung. Kämpfen Sie darum, dass sich das verändert, Frau Razavi, und beschönigen Sie nicht das Versagen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben zu dem Antrag der Fraktion der SPD eine, wie Sie selber zugestehen, ehrliche Stellungnahme vorgelegt und alle Zahlen offengelegt. Deshalb reichen, glaube ich, ein paar wenige Anmerkungen, obwohl das Thema wirklich ganz wichtig ist. Wir sollten das Thema Straßeninfrastruktur/Verkehrsinfrastruktur nicht unterschätzen. Es ist für Baden-Württem-

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

berg als Wirtschaftsstandort auch Teil der Standortpolitik und damit bedeutend.

Die Landesregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bekennt sich ausdrücklich zu ihrer Verantwortung für den Landesstraßenbau. Wir werden manchmal leider sogar auch für Straßen verantwortlich gemacht, für die wir nicht zuständig sind. Ein Beispiel hat Kollege Haller gerade vorgetragen. Wenn an einer Ortsdurchfahrt kein Gehweg vorhanden ist, dann ist das – das müssten Sie als ehemaliger Oberbürgermeister wissen – zunächst einmal Thema der Kommune und nicht Thema des Landes.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden aber nicht nur für kommunale Versäumnisse verantwortlich gemacht, sondern auch für fehlende Investitionen des Bundes. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung auf Landesebene, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und die verkehrliche Mobilität auch in Zukunft zu sichern. Insofern, lieber Kollege Haller, sind wir uns ja auch weitgehend einig. Ich finde Ihren Antrag gar nicht unangenehm, muss ich sagen. Wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass Straßen wichtig sind, kann man auch die Frage stellen, wie der Zustand unserer Straßen aussieht, und sich gemeinsam bemühen, diese Situation zu verbessern.

Ich freue mich außerordentlich, dass die Grünen jetzt endlich einmal in den Klub derer eingeschwenkt sind, die mehr und bessere Straßen wollen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Mehr nicht!)

Ich kann Ihnen eigentlich nur empfehlen, mehr Vor-Ort-Aktionen zu machen und Ihre Fraktionssitzungen häufiger draußen zu machen, damit Sie mit der Wirklichkeit konfrontiert werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Ich mache Ihnen aber auch den Vorschlag, nicht nur dorthin zu gehen, wo es grüne Bürgermeister gibt, sondern überall dorthin, wo es Probleme gibt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir nennen Ihnen ganz viele Straßen, die wir nicht wollen!)

Wissen Sie, es ist nicht zielführend, wenn Sie genau das teuerste Projekt von diesen über 1 300 im Generalverkehrsplan aufgelisteten Straßen herausnehmen – ein 60-Millionen-E-Projekt – und sagen: "Konzentrieren wir die ganzen Landesstraßenbaumittel darauf", weil dort ein Parteikollege von Ihnen das Amt des Bürgermeisters übernommen hat.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Aber ich sehe das als Lob und als guten Ansatz. Ich weiß nicht, ob sich die Grünen vor ein paar Jahren dort für einen Tunnelbau für 60 Millionen € eingesetzt hätten.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten – ich glaube, da sind wir uns einig –: So wie es im Bundesfernstraßenbau erheblichen Bedarf für Erhaltung, Neu- und Ausbaumaßnahmen gibt, gibt es genauso im Land erheblichen Bedarf für Erhaltung, Neu- und Ausbaumaßnahmen.

Es hilft auch nicht weiter – wie es jetzt mit Zwischenrufen gemacht worden ist –, zu sagen: "Jetzt sind wir beim Land. Jetzt diskutieren wir über Maßnahmen des Landes." Bund und Land haben ähnliche Probleme – nicht in der Bewertung, wie viele Straßen man braucht, sondern in der Frage, wie wir bei der heutigen Situation der öffentlichen Haushalte unsere Ziele erreichen können. Da sollten wir nicht immer aufeinander zeigen und uns gegenseitig Vorwürfe machen, sondern wir sollten uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir vorankommen.

Wir haben dem Bund Vorschläge gemacht und tun es immer wieder, wie er aus seiner schwierigen Situation herauskommen kann, nämlich mit ähnlichen Finanzierungssystemen, wie wir sie in der Schweiz und in Österreich haben, also mit der Einführung einer Vignette. Wenn so etwas auf Landesebene möglich wäre, dann müsste man intensiver auf Landesebene darüber nachdenken. Aber ich würde meinen, dass in dieser Frage zunächst einmal der Bund gefordert ist. Auf Landesebene ist es weniger möglich, das umzusetzen.

Wir sind in einem typischen Zielkonflikt. Der Bund ist in einem Zielkonflikt, und wir auf Landesebene genauso. Wir wollen auf der einen Seite gute Straßen, mehr Straßen, bessere Straßen, weniger Staus, mehr Ortsumfahrungen, weniger Belastung und auf der anderen Seite die Nullneuverschuldung erreichen, und beide Ziele sind sinnvoll. Weil man beide Ziele nicht gleichzeitig erreichen kann – es geht ja nicht nur um Landesstraßenbau; wir haben vorher über Weiterbildung diskutiert; da fordern Sie genauso sehr stärkere Prioritätensetzung; da geht es bei der Lehrerversorgung genauso um mehr Engagement des Landes -, geht eben die Rechnung nicht auf. Da müssen Sie auch ehrlich sagen: Wir geben das Ziel der Nullneuverschuldung auf. Aber gehen Sie davon aus, dass die Regierung aus CDU und FDP/DVP konsequent am Ziel der Nullneuverschuldung bis zum Jahr 2011 festhält.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Weil das so ist, können wir nicht wesentlich mehr Geld für den Straßenbau einsetzen, als wir das momentan tun. Wir tun das im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten: einerseits um einen ordnungsgemäßen Zustand unserer Straßen zu erhalten, andererseits um den Neu- und Ausbau der Landesstraßen angemessen zu berücksichtigen.

Jetzt will ich eines hinzufügen. Kollege Haller hat eine Statistik vorgelegt. Sie wurde ja von uns erstellt, deshalb kann ich der Statistik gar nicht widersprechen. Aber es reicht eben nicht aus, wenn Sie im Straßenbau eine Straße nur nach dem Zustand bewerten. Für uns ist ein anderes Kriterium wesentlich wichtiger, das auch mit dem Zustand der Straße zu tun hat. Die entscheidende Frage ist: Ist eine Stra-Be sicher, oder ist sie nicht sicher? Das ist ein wichtigeres Thema als die Frage, ob eine Straße schön oder in ordnungsgemäßem Zustand ist. Beim Auto ist es haargenau gleich. Die entscheidende Frage ist, ob ein Auto sicher ist, ob es sicher fährt. Erst in zweiter Linie stellt sich die Frage, in welchem optischen Zustand etwas ist. Das Bild, das Sie anhand dieser Statistik zu malen versucht haben, trifft eben nur einen Teil der Wirklichkeit. Eine genaue Aussage, eine interessantere Aussage und ein Maßstab für die Prioritätensetzung bei uns ist eher die Frage, ob eine Straße sicher ist, ob die Sicherheit auf einer Straße garantiert ist.

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Wir haben Ihnen die Zahlen offengelegt, die zeigen, was das Land in den vergangenen Jahren für Neubau, Ausbau, Erhaltung und Planung ausgibt. Es lohnt sich, noch ein paar Zahlen zu erwähnen, weil eben viel Geld dahintersteht. So war es im Jahr 2005 möglich, 37 laufende Maßnahmen fortzusetzen und außerdem mit neun neuen Maßnahmen zu beginnen. Im Jahr 2006 waren es trotz Haushaltssperre, Schwierigkeiten und Engpässen im Haushalt 42 laufende Maßnahmen und 14 neu aufgerufene Maßnahmen.

Wie sieht es im kommenden Doppelhaushalt 2007/08 aus? Dazu laufen die Gespräche.

Zum Vorschlag der Kollegin von den Grünen: Es ist die Politik der Landesregierung, angekündigt in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und in der Koalitionsvereinbarung, von Sonderprogrammen abzurücken und wieder in die reguläre Haushaltsführung im Landesstraßenbau hineinzugehen. Das ist ein ganz konkretes Ziel. Es wird jetzt im kommenden Doppelhaushalt zumindest in einem ersten und wesentlichen Schritt umgesetzt werden müssen.

Gehen Sie davon aus, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um auch in Zukunft das erreichen zu können – wenn auch nicht alles Wünschenswerte –, was wir uns in einem finanziellen Kraftakt leisten können.

Noch eine Anmerkung abschließend zum Thema Generalverkehrsplan. Kollege Bullinger ist ja auch auf diese Thematik eingegangen. Der Generalverkehrsplan hat für uns und für die Bevölkerung im Land den gleichen Stellenwert wie der Bundesverkehrswegeplan, weil nämlich eine Orientierung darüber gegeben wird, was an Baumaßnahmen angestrebt wird und überhaupt möglich ist.

Wir haben uns entsprechend der Koalitionsvereinbarung vorgenommen, den Generalverkehrsplan aus dem Jahr 1995 fortzuschreiben. Kollege Bullinger, die Arbeiten laufen an. Wir könnten ganz schnell eine Vereinbarung mit dem Landtag treffen, wie wir schneller vorankommen. Wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus nicht fast rund um die Uhr damit gebunden wären, alle möglichen Detailfragen zu tausend Straßen im Land zu beantworten, sondern wenn ihre Arbeitszeit und Arbeitskraft auf die Fortschreibung des Generalverkehrsplans konzentriert werden könnte,

(Beifall des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

bräuchten wir dafür – ohne zusätzliches Personal einzustellen – nicht drei Jahre, sondern könnten die für die Fortschreibung erforderliche Zeit wesentlich verkürzen. Aber dafür wäre eine entsprechende Vereinbarung die Voraussetzung. Rechte, die jeder Landtagsabgeordnete hat, stelle ich gar nicht infrage. Aber alles können wir nicht erreichen.

Zentraler Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen – Ich sehe gerade eine Wortmeldung.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Staatssekretär Rudolf Köberle: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Frau Präsidentin, da Sie mir keinen Wortbeitrag am Rednerpult mehr erlauben, kleide ich das, was ich noch sagen möchte, in eine Frage.

Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass Vertreter der Bauwirtschaft, der Regierungspräsidien und der Straßenbauverwaltung in den Regierungspräsidien klagen und sagen, wir hätten im Bereich des Straßenbaus – dort, wo Mittel zur Verfügung stehen – mit Ausschreibungen und Planfeststellungsverfahren mehr nach außen bringen können, wenn wir dieses Thema noch vor der Verwaltungsreform hätten bewältigen können? Nach der Verwaltungsreform – so lauten deren Argumente – sind die Personalressourcen so zerschlagen, dass wir dies zeitlich nicht mehr auf die Reihe bekommen; deshalb sind einige Maßnahmen nicht durchgeführt worden.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Staatssekretär Rudolf Köberle: Lieber Kollege Haas, zunächst einmal – ohne das Thema vertiefen zu wollen –: Die Verwaltungsreform hat auch mit dem Thema Haushalt und mit dem Ziel zu tun, die Nettonullverschuldung zu erreichen. Wir wissen, dass wir den Personalbestand der Landesverwaltung querbeet reduzieren müssen. Davon können wir keinen Bereich freistellen. Geld, das im Personal gebunden ist, fehlt auch für gestalterische politische Aufgaben.

Die andere Aussage ist wesentlicher, lieber Kollege Haas: Sie können uns nicht vorwerfen, wir hätten durch die Verwaltungsreform oder durch Personalengpässe Geld, das wir vom Bund bekommen haben, oder Geld, das wir selbst für den Straßenbau im Land eingeplant haben, nicht bis auf den letzten Euro ausgeben können. Alles Geld, das für Baumaßnahmen – seien es Neubau-, Erhaltungs- oder Ausbaumaßnahmen – zur Verfügung gestellt wird, wird komplett ausgegeben. Dafür haben wir das Personal.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Der Punkt, den ich jetzt gerade angesprochen habe, betrifft eine zusätzliche Aufgabe, die wir bewältigen müssen, ohne dass wir für diese zusätzliche Aufgabe – wie es 1995 der Fall war – mehr Geld und mehr Personal bekommen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Haas?

Staatssekretär Rudolf Köberle: Eine weitere Frage, gern.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Staatssekretär, es geht nicht um den Zeitraum insgesamt, sondern um die Zeitnähe. Es geht darum, dass man im Jahr 2006 – so sagen mir die betreffenden Herrschaften in den Regierungspräsidien – Maßnahmen wegen der fehlenden Personalressourcen nicht hat ausschreiben können. Das ist das Thema. Dass die Gelder dann in die Jahre 2007 und 2008 übertragen werden, ist wohl klar. Ausgegeben werden sie. Es geht um die zeitnahe Verwirklichung der Maßnahmen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stimmen Sie dem zu?)

Staatssekretär Rudolf Köberle: Nein, ich stimme dem natürlich nicht zu.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD)

Lieber Kollege Haas, zeitnah heißt nicht, dass das Thema irgendwann kommt, weil momentan ein Engpass besteht, sondern das ist eine Frage von wenigen Monaten hin oder her. Es geht nicht darum, dass da irgendwo ein Stau entsteht oder dass für die Bauwirtschaft ein großes Problem entsteht, sondern zeitnah heißt im Kalenderjahr, im Haushaltsjahr, weil sonst Mittel des Bundes sowieso verfallen und Landesmittel verfallen, wenn es nicht Mittel aus einem Sonderprogramm sind.

Ich will zum Schluss kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich war gerade dabei, ein paar Informationen zu der Frage zu geben, wie wir mit dem Generalverkehrsplan des Landes weiter verfahren. Ein ganz wesentlicher Baustein der Überarbeitung – es geht ja nicht um einen neuen Generalverkehrsplan, sondern um eine Überarbeitung des bis zum Jahr 2012 geltenden Generalverkehrsplans – ist die Überarbeitung des Bedarfs für Landesstraßen. Dahin zielt ja auch Ihr Antrag, der sich auf den Generalverkehrsplan bezieht.

Ich glaube, aus heutiger Sicht des Jahres 2006 kann und muss man wohl sagen, dass man bei der Aufstellung des Generalverkehrsplans 1995 von einem recht hohen und sicher sehr optimistischen Finanzrahmen ausgegangen ist, was eine große Anzahl von Projekten im Vordringlichen Bedarf zur Folge hatte. Bei der nun anstehenden Fortschreibung wird sicherlich in Anbetracht der Haushaltssituation in diesen Jahren ein realistischer, den finanziellen Möglichkeiten des Landes angemessener Finanzrahmen zugrunde gelegt werden müssen. Auf dieser Basis wird zunächst einmal eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Anschließend werden wir die Prioritäten und den neuen Vordringlichen Bedarf definieren.

Frau Kollegin Dr. Splett, Sie sagten, wir wären da planlos und ziellos und ohne Kriterien unterwegs. Das Gegenteil ist wirklich richtig. Bei der Vielzahl von Maßnahmen ist man geradezu gezwungen, Prioritäten zu setzen.

Ich will Ihnen nennen, an was wir uns orientieren. Das wird noch enger zu fassen sein. Dabei geht es nach dem Erhaltungszustand der bestehenden Straßen – eine schlechtere Straße wird natürlich vor einer besseren Straße drankommen –, nach der Verkehrsbelastung, den Verkehrszahlen auf dieser Straße, der Belastung oder der Belästigung der Menschen, der Anwohner in Ortsdurchfahrten, aber vor allem und an allererster Stelle nach der Sicherheitsfrage auf den Straßen. Ein ganz besonderes Anliegen wird uns bei der Fortschreibung die Miteinbeziehung von regionalen Interessen sein. Damit können wir erreichen, dass wir auch eine ausgewogene und ausgeglichene Entwicklung zwischen städtischen und ländlichen Räumen haben.

Letzter Satz, meine Damen und Herren. Ich fasse nochmals zusammen: Landesstraßen sind für unser Land wichtig. Was für unser Land wichtig ist, hat oberste Priorität für die Landesregierung. Das galt in den vergangenen Jahren, und das gilt auch in der Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bravo! Sehr gut!)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir haben nun über den Antrag Drucksache 14/156 zu befinden. Ich gehe davon aus, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist. – Sie stimmen dem zu.

Dann haben wir noch über Abschnitt II abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 12. Oktober 2006, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls, Frau Präsidentin!)

Schluss: 18:49 Uhr